



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 6/2021–2022

	Inhalt	Seite
6.	Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) sowie Erlass eines Einführungsgesetzes zur IVöB (EGzIVöB)	377

Inhaltsverzeichnis

6.	Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) sowie Erlass eines Einführungsgesetzes zur IVöB (EGzIVöB)	
I.	Übersicht	377
II.	Ausgangslage	379
	1. Rechtliche Einbettung	379
	2. Revision des GPA und Auswirkungen auf die Schweiz	380
	3. Zielsetzung der Vorlage für eine revidierte Interkantonale Vereinbarung	381
	3.1 Umsetzung GPA 2012 und Harmonisierung	381
	3.2 Parallele Harmonisierung des nationalen Beschaffungsrechts	381
	3.3 Klären und strukturieren	382
	3.4 Flexibilisieren und modernisieren – Vergrößerung des Handlungsspielraums	382
	3.5 Weniger Administrativaufwand, mehr Effizienz für Anbietende	383
	4. Gemeinsame Umsetzung der GPA-Revision	383
III.	Vernehmlassung bei den Kantonen	384
IV.	Verabschiedung der IVöB 2019 durch das Interkantonale Organ über das öffentliche Beschaffungswesen	385
V.	Die wichtigsten Neuerungen und Grundsätze der IVöB 2019 ...	386
	1. Vorbemerkung	386
	2. Zweckartikel	387
	3. Klärung der Begriffe und des Anwendungsbereichs	387
	4. Beschaffungen ausgerichtet auf die Qualität	388
	5. Nachhaltigkeit	388
	6. Neue Zuschlagskriterien	389
	7. Unterstellung bestimmter Konzessionen und der Übertragung gewisser öffentlicher Aufgaben	389
	8. Gemeinsame Publikationsplattform von Bund und Kantonen	390
	9. Verkürzte Fristen zur Verfahrensbeschleunigung	391

10. Verbesserter Rechtsschutz.....	391
11. Massnahmen gegen Interessenkonflikte, unzulässige Wettbewerbsabreden und Korruption.....	392
12. Ausschluss, Widerruf und Sanktionen.....	392
13. Neue Instrumente.....	393
13.1 Dialog.....	394
13.2 Rahmenverträge.....	394
13.3 Elektronische Auktionen.....	395
14. Weitere Neuerungen.....	395
VI. Wirkung für die Anbietenden.....	397
VII. Wirkung für die Auftraggeberinnen und Auftraggeber.....	398
VIII. Ablauf des Beitrittsverfahrens zur IVöB 2019.....	398
IX. Vernehmlassungsverfahren zur revidierten IVöB und zum Entwurf des EGzIVöB.....	399
1. Vorgehen und Rücklauf.....	399
2. Generelle Beurteilung der Vorlage.....	400
3. Wichtige Einwände, Vorschläge und Bemerkungen.....	400
4. Behandlung der Anliegen.....	401
4.1 Revidierte IVöB.....	401
4.2 Unabhängige Meldestelle für Meldung von Missständen.....	401
4.3 Gesetzliche Verankerung der kantonalen Anlaufstelle.....	402
4.4 Einbezug bei der Erstellung des Beschaffungsleit- fadens und Unterstützung bei der Einführung des neuen Beschaffungsrechts.....	402
4.5 Aufnahme zusätzlicher Zuschlagskriterien.....	404
4.5.1 Zuschlagskriterium «Unterschiedliche Preis- niveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird».....	405
4.5.2 Zuschlagskriterium «Verlässlichkeit des Preises».....	407
4.5.3 Fazit.....	409
4.6 Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe zu Themen wie Arbeitsbedingungen, Lohngleichheit, Umweltstandards.....	409

4.7	Schaffung einer Ausnahmeregelung für sogenannte «Intragroup-Vergaben» an Sektorunternehmen	409
4.8	Jährliche Berichterstattung der Regierung zum öffentlichen Beschaffungswesen	410
X.	Erläuterungen zum Gesetzesentwurf eines Einführungs- gesetzes zur IVöB 2019 (EGzIVöB)	411
1.	Vorbemerkung	411
2.	Allgemeines	411
3.	Gegenstand (Art. 1)	412
4.	Geltungsbereich (Art. 2)	412
5.	Veröffentlichungen (Art. 3)	413
6.	Rechtsschutz (Art. 4)	413
7.	Meldung von Ausschlüssen (Art. 5)	414
8.	Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen (Art. 6)	414
XI.	Fremdänderungen	417
XII.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	417
XIII.	Regulierungsfolgenabschätzung (RFA)	419
XIV.	Gute Gesetzgebung	420
XV.	Regierungsrätliche Ausführungsverordnung	420
XVI.	Inkrafttreten	424
XVII.	Anträge	425

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

6.

Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) sowie Erlass eines Einführungsgesetzes zur IVöB (EGzIVöB)

Chur, den 17. August 2021

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft zum Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 (IVöB) sowie für den Erlass eines Einführungsgesetzes zur IVöB (EGzIVöB).

I. Übersicht

Das öffentliche Beschaffungsrecht (auch Submissionsrecht genannt) regelt ein wichtiges Segment der Schweizer Volkswirtschaft. Bund, Kantone und Gemeinden beschaffen jährlich Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen im Wert von rund 41 Milliarden Franken (rund 20 Prozent davon entfallen auf den Bund und rund 80 Prozent auf die Kantone und Gemeinden). Seine Grundlagen findet es im Wesentlichen im WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. April 1994 (Government Procurement Agreement, GPA; SR 0.632.231.422), das im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzordnung auf Ebene Bund durch das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen vom 16. Dezember 1994 (BöB; SR 172.056.1) und von den Kantonen durch die Interkantonale Verein-

barung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 25. November 1994/15. März 2001 (IVöB; BR 803.410 und BR 803.510) umgesetzt wird, sowie im bilateralen Abkommen mit der EU über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens vom 21. Juni 1999 (Abkommen Schweiz–EU, SR 0.172.052.68). Aufgrund der 2012 abgeschlossenen Revision des GPA sind Anpassungen im nationalen Recht erforderlich. Gleichzeitig sollen die Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen einander inhaltlich soweit möglich und sinnvoll angeglichen werden.

Die Kantone haben am 15. November 2019 an einer Sonderversammlung der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) die revidierte IVöB (nachfolgend IVöB 2019) einstimmig verabschiedet. Damit wird ein wichtiger weiterer Grundstein auf dem Weg zur Harmonisierung des Beschaffungsrechts in der Schweiz gelegt. Die angestrebte Umsetzung der IVöB 2019 führt zu einer im Vergleich zu heute noch weitergehenden Vereinheitlichung der Vorschriften im kantonalen Beschaffungsrecht, das in den Kantonen, Städten und Gemeinden zur Anwendung gelangt. Ausserdem schafft die IVöB 2019 eine weitgehende Harmonisierung mit dem revidierten BöB, das die Beschaffungen des Bundes neu regelt und per 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist. Die wenigen Abweichungen zwischen der IVöB 2019 und dem BöB sind hauptsächlich bedingt durch übergeordnete gesetzliche Vorgaben, welche die Kantone und der Bund bei ihrer Gesetzgebung einhalten müssen. So werden beispielsweise die Kantone auf Grund der Vorgaben im Bundesgesetz über den Binnenmarkt (BGBM; SR 943.02) weiterhin das Herkunftsortprinzip anwenden, während für den Bund das Leistungsortprinzip massgeblich ist.

Die IVöB 2019 verfolgt neben der Rechtsvereinheitlichung auch politische Ziele, nämlich die stärkere Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei öffentlichen Aufträgen, sowie die Stärkung des Qualitätswettbewerbs gegenüber dem Preiswettbewerb. Beides stärkt die Chancen von Schweizer Unternehmen zum Erhalt von Aufträgen. Zudem führt die IVöB 2019 neue Beschaffungsmethoden ein und macht es einfacher, Anbietende sowie Subunternehmerinnen und Subunternehmer, die unzuverlässig arbeiten oder sich nicht an Vorschriften halten, von Aufträgen auszuschliessen. Dies stärkt den fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen. Das Beschaffungsverfahren und die Schwellenwerte bleiben grundsätzlich unverändert, aber viele Einzelheiten des Verfahrens werden angepasst. Die verbesserte Anwenderfreundlichkeit, Klarheit und Rechtssicherheit versprechen auch bei den Anbietenden Sparpotenzial. Ein erheblicher Zusatznutzen dürfte sich den Anbietenden durch die Harmonisierung der nationalen Beschaffungsordnungen und die Publikation sämtlicher öffentlichen Ausschreibungen auf einer gemeinsam von Bund und Kantonen betriebenen Vergabeplattform (simap.ch) bieten.

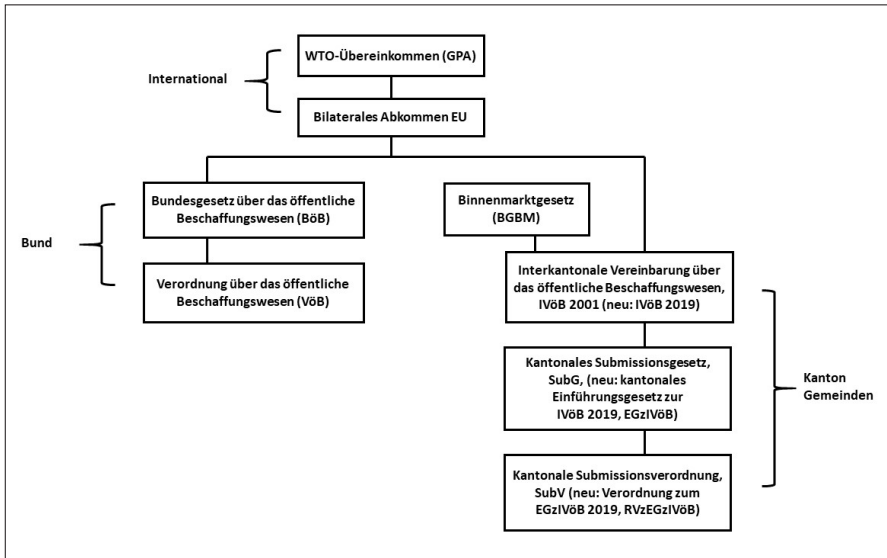
Mit dem Beitritt des Kantons Graubünden zur IVöB 2019 kann unter Beachtung der Harmonisierungsbestrebungen die Umsetzung der revidierten GPA-Bestimmungen sichergestellt werden. Zu beachten ist dabei, dass die einzelnen Kantone dem vorgelegten Text der IVöB 2019 entweder zustimmen oder diesen ablehnen können. Ein Beitritt unter Vorbehalt ist nicht möglich, ebenso wenig Anpassungen am Vereinbarungstext. Im Kanton Graubünden unterbreitet die Regierung die Vorlage – nach durchgeführter Vernehmlassung – zuständigkeitshalber dem Grossen Rat zur Genehmigung.

Mit dem Beitritt zur IVöB 2019 ist eine Aufhebung des kantonalen Submissionsgesetzes (SubG; BR 803.300) aus dem Jahr 2004 sowie die Schaffung eines Einführungsgesetzes zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EGzIVöB) verbunden. Angesichts der angestrebten Rechtsharmonisierung von Bundes- und Konkordatsrecht bleibt für materielle kantonale Beschaffungsvorschriften künftig nur wenig Raum. Sie sind auf einzelne wenige Ausführungsbestimmungen beschränkt. Der Beitrittsbeschluss zur IVöB 2019 und das neue EGzIVöB unterstehen dem fakultativen Referendum.

II. Ausgangslage

1. Rechtliche Einbettung

Wie bereits dargelegt, kennt das öffentliche Beschaffungsrecht verschiedene Grundlagen, namentlich das GPA, das im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzordnung auf Ebene Bund durch das BöB und von den Kantonen durch die IVöB umgesetzt wird, sowie im bilateralen Abkommen Schweiz-EU über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens. Zudem ist von den Kantonen und den Gemeinden das BGBM zu beachten, welches den Schweizer Anbietenden für die Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit auf dem gesamten Gebiet der Schweiz freien und gleichberechtigten Zugang zum Markt gewährleistet und ebenfalls amtliche Publikationspflichten für öffentliche Beschaffungen sowie einen Rechtsschutz der Anbietenden vorsieht.



2. Revision des GPA und Auswirkungen auf die Schweiz

Das revidierte WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen wurde am 30. März 2012 formell verabschiedet (GPA 2012) und trat am 6. April 2014 in Kraft, nachdem das erforderliche Quorum der unterzeichnenden Mitgliedstaaten erreicht wurde. Mit der Revision des Übereinkommens von 1994 (GPA 1994), dem die Schweiz mit Wirkung ab 1. Januar 1996 beigetreten ist, wird der Geltungsbereich erweitert, der Konventionstext vereinfacht und modernisiert sowie der Einsatz elektronischer Mittel geregelt. Das revidierte GPA soll auch die internationale Transparenz und Governance bei den öffentlichen Beschaffungen verbessern. Es stärkt den Kampf gegen missbräuchliche Praktiken, insbesondere zur Korruptionsbekämpfung und zur Verhinderung von Interessenkonflikten. Gleichzeitig trägt es dem technologischen Wandel Rechnung und sieht ausserdem die Möglichkeit zur Umsetzung von Umweltzielen vor. Wie bereits das GPA von 1994 stützt sich auch das revidierte Übereinkommen unverändert auf die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Inländerbehandlung. Sämtliche Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Änderung des GPA im nationalen Recht umzusetzen. Der Bundesrat hat am 2. Dezember 2020 die Annahmerkunde für das revidierte WTO-Abkommen hinterlegt. Das GPA 2012 ist für die Schweiz am 1. Januar 2021 in Kraft getreten (<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-81430.html>).

Für die Schweiz liegt die Bedeutung der Revision unter anderem in der Stärkung des Wettbewerbs, der Klärung von Unterstellungsfragen, der Flexibilisierung des Beschaffungsvorgangs und der Anpassung an die künftigen Herausforderungen, z. B. bei der elektronischen Vergabe. Zudem wird der Marktzugang von Schweizer Unternehmen in den GPA-Mitgliedstaaten verbessert. Gemäss Schätzungen beläuft sich dieser erweiterte Zugang für die wettbewerbsstarke schweizerische Wirtschaft mit ihren konstant hohen Leistungsbilanzüberschüssen auf zusätzliche 80 bis 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

3. Zielsetzung der Vorlage für eine revidierte Interkantonale Vereinbarung

3.1 Umsetzung GPA 2012 und Harmonisierung

Mit der vorgeschlagenen Revision soll das GPA 2012 auf Stufe Bund und Kantone möglichst rasch und aneinander angeglichen in nationales Recht umgesetzt werden. Die bisherigen Ziele des Beschaffungswesens – wirtschaftlicher Einsatz der öffentlichen Mittel, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung der Anbietenden, Förderung des Wettbewerbs sowie Transparenz der Verfahren – werden beibehalten. Ein besonderes Augenmerk der Vorlage gilt den Massnahmen gegen Kollusion und Korruption sowie der ausdrücklichen Anerkennung nachhaltiger Beschaffungen.

3.2 Parallele Harmonisierung des nationalen Beschaffungsrechts

Die Umsetzung des GPA 2012 ins nationale Recht wird zum Anlass genommen, eine parallele Harmonisierung der Beschaffungsordnungen beim Bund und bei den Kantonen herbeizuführen. Verschiedene Regelungen, die sich bisher für den Bund, die Kantone oder beide bewährt haben, werden in der vorliegenden Vorlage der Vereinbarung übernommen. In Bezug auf den Rechtsschutz werden Neuerungen vorgeschlagen, mit weitgehend einheitlichen Regeln zur Begründung und Eröffnung von Verfügungen, einheitlichen Beschwerdegründen und -objekten sowie mit einer einheitlichen Beschwerdefrist von 20 Tagen. Der Schwellenwert für die Lieferungen wird im freihändigen Verfahren von 100 000 auf 150 000 Franken angehoben, damit die Harmonisierung mit dem Bund vollzogen werden kann.

3.3 Klären und strukturieren

Die Erfahrungen und Entwicklungen seit Inkrafttreten der IVöB und des BöB wurden bei der Revision mitberücksichtigt und gaben wertvolle Impulse für die Optimierung der gesetzlichen Grundlagen. So zeigte sich bei der praktischen Anwendung, dass gewisse Sachverhalte und Begriffe der Klarstellung bedürfen.

In Anlehnung an das GPA 2012 wurde die IVöB beziehungsweise das BöB mit Begriffsdefinitionen ergänzt und terminologisch angepasst. Dadurch werden bisher unterschiedlich beantwortete Fragen etwa zum Geltungsbereich des Beschaffungsrechts geklärt. Im Verhältnis zum GPA 1994 sieht das GPA 2012 eine neue Struktur vor. Der Aufbau von BöB und IVöB orientieren sich an diesem sowie am Ablauf des Vergabeverfahrens, was die Verständlichkeit deutlich verbessert. Die neue IVöB besteht aus 65 Artikeln, verteilt auf zehn Kapitel, sowie aus vier Anhängen.

3.4 Flexibilisieren und modernisieren – Vergrößerung des Handlungsspielraums

Das BöB beziehungsweise die IVöB will den öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern und den Anbietenden – unter Vorbehalt der beschaffungsrechtlichen Grundsätze – möglichst grossen Handlungsspielraum gewähren und gleichzeitig den Einsatz moderner Informationstechnologien im öffentlichen Beschaffungswesen fördern. Materiell betreffen die vorgeschlagenen Änderungen der IVöB beziehungsweise des BöB insbesondere die Einführung flexibler Beschaffungsinstrumente, die wiederum die Schaffung innovativer Lösungen ermöglichen. Damit soll für künftige Entwicklungen, etwa im Bereich der Beschaffung intellektueller Dienstleistungen, der grösstmögliche Handlungsspielraum geschaffen werden. So werden die für den Bund seit 2010 vorgesehenen Instrumente wie Folgebeschaffungen, aber auch der Dialog zwischen Auftraggeberin bzw. Auftraggeber und Anbietenden sowie die in der Praxis schon länger genutzte Möglichkeit des Abschlusses von Rahmenverträgen (mit sog. Abrufverfahren) jetzt auf Gesetzesstufe für den Bund beziehungsweise in der IVöB für die Kantone verankert. Bei wirksamem Wettbewerb soll künftig sämtlichen – und nicht nur wie bis anhin den gemäss Abkommen Schweiz–EU unterstellten – Sektorenauftraggeberinnen und -auftraggebern die Möglichkeit offenstehen, eine Befreiung ihrer Beschaffungen von der Unterstellung unter die Vereinbarung beziehungsweise das Gesetz zu erwirken. Zur Flexibilisierung des öffentlichen Beschaffungswesens trägt nebst der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für elektronische Auktionen auch die Änderung bei, wonach neu

mehrere an einer Beschaffung beteiligte Auftraggeberinnen und Auftraggeber, die einerseits dem BÖB und andererseits der IVöB unterstellt sind, eine Rechtswahl treffen können (Art. 5 IVöB). Analog dazu und zur optimalen Ressourcennutzung kann bei der Beschaffung nationaler Infrastrukturen das anwendbare Beschaffungsrecht definiert werden.

3.5 Weniger Administrativaufwand, mehr Effizienz für Anbietende

Die Harmonisierung der Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen ermöglicht es den Anbietenden, ihre Prozesse bei der Einreichung von Offerten weiter zu standardisieren. Sie dürfen, auch zufolge der zu erwartenden einheitlicheren Rechtsprechung sowie der verbesserten Klarheit der gesetzlichen Grundlagen, mit geringerem Abklärungsaufwand rechnen. Gewisse Bestimmungen zielen zudem direkt auf einen Abbau des Administrativaufwands seitens der Anbietenden ab. So können die Vergabestellen beispielsweise erst zu einem späteren Verfahrenszeitpunkt die Nachweise im Zusammenhang mit den Teilnahmebedingungen von Anbietenden einholen. Auch die verstärkte Nutzung der modernen Informationstechnologien im öffentlichen Beschaffungswesen, namentlich die gemeinsame Internetplattform von Bund und Kantonen (simap.ch), dürfte den administrativen Aufwand der Anbietenden senken.

4. Gemeinsame Umsetzung der GPA-Revision

Bund und Kantone sind nach Abschluss der GPA-Revision übereingekommen, die internationalen Vorgaben im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten parallel umzusetzen. Die Revisionsprozesse auf Stufe Bund und Kantone erfolgten dabei je gesondert, beruhten jedoch auf den gemeinsam erarbeiteten Regelungsvorschlägen einer paritätischen Arbeitsgruppe Bund–Kantone. Der Kanton Graubünden war an diesen Arbeiten beteiligt und hatte die Delegationsleitung der Kantone inne. Nach Abschluss der GPA-Verhandlungen hat diese Arbeitsgruppe seitens des Bundes unter der Federführung der Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) und seitens der Kantone unter Federführung der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) den Entwurf für das revidierte BÖB sowie die revidierte IVöB erarbeitet.

IVöB und BÖB wurden im Zuge dieser Arbeiten neu strukturiert und modernisiert. Zahlreiche aus Sicht der Kantone bewährte Regelungskonzepte wurden dabei beibehalten und Bestimmungen, welche heute in den Vergaberichtlinien vom 2. Mai 2002 zur IVöB (VRöB) geregelt sind, weitgehend

und ihrem Sinn nach in die IVöB 2019 und das BöB integriert (vgl. dazu die Synopse IVöB 2001/IVöB 2019/VRöB bei den Vernehmlassungsunterlagen). Dies hat zur Folge, dass die Kantone nach einem Beitritt zur IVöB 2019 auf umfangreiche eigene Ausführungsbestimmungen im Sinne der Harmonisierung verzichten können. Dies gilt insbesondere für den Kanton Graubünden, der die VRöB praktisch unverändert in das SubG und die geltende Submissionsverordnung vom 25. Mai 2004 (SubV; BR 803.310) übernommen hat.

III. Vernehmlassung bei den Kantonen

Die Vernehmlassung zum Entwurf der revidierten IVöB fand vom 22. September bis am 19. Dezember 2014 statt. Es beteiligten sich dabei alle Kantone sowie 58 Organisationen und Einzelpersonen. In den Stellungnahmen brachten die Vernehmlassungsteilnehmenden ihre Ansichten vor allem zur parallelen Harmonisierung als vorgeschlagenes Vorgehen, zur Ausgestaltung des Rechtsschutzes, zur Beibehaltung des Verhandlungsverbotes und zum von der eidgenössischen Wettbewerbskommission (WEKO) vorgeschlagenen Behördenbeschwerderecht ein. In weiteren Rückmeldungen sprachen sich die Vernehmlassungsteilnehmenden für die vertiefte Berücksichtigung der Nachhaltigkeit nach ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten aus.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur neuen IVöB die laufenden Bestrebungen von Bund und Kantonen, ihre Beschaffungsordnungen unter Beibehaltung der föderalen Kompetenzaufteilung inhaltlich so weit als möglich einander angleichen zu wollen (Regierungsbeschluss vom 16. Dezember 2014, Prot. Nr. 1197/2014). Zur massgeblichen Harmonisierung des kantonalen Vergaberechts trügen zudem die beabsichtigte Aufnahme der heute lediglich als Empfehlungen für die kantonalen Ausführungsgesetzgebungen geltenden Vergaberichtlinien (VRöB) in das Konkordatsrecht bei. Damit würden kantonale Ausführungsbestimmungen (mit Ausnahme einzelner Regelungen organisatorischer Natur) künftig weitestgehend gegenstandslos. Die grossrätliche Kommission für Staatspolitik und Strategie wurde im Zuge des Vernehmlassungsverfahrens über die wichtigsten Neuerungen und Grundsatzfragen sowie die Entwicklungen im öffentlichen Beschaffungswesen durch das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement (ab 1. April 2020: Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität [DIEM]) informiert.

Nach Abschluss der Vernehmlassungsverfahren bei Bund und Kantonen wurde der Entwurf gemäss den Rückmeldungen überarbeitet. Anschliessend überwies der Bundesrat das Geschäft am 15. Februar 2017 an das Bundesparlament. Die Kantone sistierten ab diesem Datum ihre Arbeiten, um die parallele Harmonisierung mit dem Bund gewährleisten zu können.

IV. Verabschiedung der IVöB 2019 durch das Interkantonale Organ über das öffentliche Beschaffungswesen

Nachdem die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) im Rahmen der Schlussabstimmungen von Nationalrat und Ständerat am 21. Juni 2019 mit verschiedenen Änderungen verabschiedet wurde, hiess es für die Kantone nochmals zu prüfen, welche dieser Änderungen im Lichte der parallelen Harmonisierung auch für die IVöB übernommen werden sollen und bei welchen hingegen Differenzen zum Bundesrecht verbleiben müssen. Über den Stand der Revisionsvorlage, die bestehenden Differenzen und das weitere Vorgehen wurde die grossrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben im August 2019 seitens des DIEM wiederum orientiert.

Für die Prüfung der Übernahme der Änderungen beziehungsweise Beibehaltung der Differenzen gegenüber dem BöB wurde in den Kantonen eine kurze Vernehmlassung durchgeführt. Anschliessend wurden bei denjenigen Bestimmungen Anpassungen vorgenommen, bei denen mindestens drei Viertel der Kantone einer Angleichung zugestimmt hatten. Anpassungen, bei denen keine eindeutige Mehrheit ausgemacht werden konnten, wurden an der BPUK-Hauptversammlung am 19. September 2019 und an der BPUK-Sonderplenarversammlung am 15. November 2019 eingehend diskutiert und anschliessend durch Abstimmung des Interkantonalen Organs über das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) entschieden. Die vorgelegte Interkantonale Vereinbarung ist damit eine sorgfältig erarbeitete und tragfähige Vereinbarung.

Diverse Anpassungen konnten ohne Weiteres aus dem BöB übernommen werden. Nicht übernommen wurden hingegen die vom Bundesparlament ins BöB eingefügten Zuschlagskriterien «unterschiedliche Preisniveaus» und «Verlässlichkeit des Preises». Das InöB war der Auffassung, dass diese neuen Zuschlagskriterien nicht nötig sind und sowohl rechtliche wie auch sehr erhebliche praktische Umsetzungsschwierigkeiten mit sich bringen. Sie sind mit der neuen Vergabekultur sowie dem Ziel, das Beschaffungswesen möglichst zu vereinfachen, nicht zu vereinbaren. Es ist deshalb rechtlich ausgeschlossen, diese Kriterien im Rahmen der kantonalen Beitrittsgesetzgebung einzuführen (vgl. dazu die Faktenblätter der BPUK unter <https://www.bpuk.ch/bpuk/konkordate/faktenblaetter>). Mit Schreiben vom 1. Februar 2021 des InöB wurde diese klare Haltung gegenüber der Regierung des Kantons Graubünden auf deren explizite Anfrage als Folge eines Parlamentsauftrages erneuert (Fraktionsauftrag SVP betreffend Preisniveau-Klausel/Inländervorteil vom 12. Februar 2020).

V. Die wichtigsten Neuerungen und Grundsätze der IVöB 2019

1. Vorbemerkung

Die geltende IVöB 2001 stellt eine Rahmenvereinbarung dar, wohingegen die IVöB 2019 weitestgehend alle Bereiche des Beschaffungsrechts regelt. Die Kantone haben im Rahmen von Artikel 63 Absatz 4 die Möglichkeit, unter Einhaltung der übergeordneten Vorgaben eigene Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Die Kantone verfügen zudem weiterhin über die Organisationskompetenz und bestimmen, wer im Kanton über welche beschaffungsrechtlichen Kompetenzen verfügt.

In allgemeiner Hinsicht lässt sich feststellen, dass die IVöB 2019 keine grundlegende Änderung des öffentlichen Beschaffungswesens zur Folge hat. Obschon zahlreiche Einzelheiten des Verfahrens angepasst und modernisiert werden, bleiben das Beschaffungsverfahren, die Verfahrensarten sowie die Schwellenwerte (mit Ausnahme der Erhöhung des Schwellenwerts für das freihändige Verfahren bei den Lieferungen von 100 000 auf 150 000 Franken) grundsätzlich unverändert. Namentlich im Kanton Graubünden, der wie bereits erwähnt die Vergaberichtlinien der BPUK zur IVöB (VRöB) praktisch unverändert in seine kantonale Submissionsgesetzgebung übernommen hat, bleibt das Beschaffungsrecht somit im Wesentlichen das Gleiche. Entsprechend werden nach einem Beitritt des Kantons Graubünden zur IVöB 2019 nur noch wenige Regelungen auf kantonaler Ebene zu treffen sein (etwa Einzelheiten zum Verfahren, zum Vollzug sowie zur Organisation und Aufsicht).

Neben der angestrebten Harmonisierung und Modernisierung bringt die IVöB 2019 aber dennoch insbesondere für den Vollzug wichtige Änderungen mit sich, welche sich aus den politischen Zielsetzungen ergeben. Mit dem neuen Beschaffungsrecht sollen insbesondere der Qualitätswettbewerb, beschaffungsrechtliche Nachhaltigkeitsanliegen und die Berücksichtigung innovativer Lösungen gestärkt werden, was den einheimischen Anbietenden in Ausschreibungsverfahren generell entgegenkommen dürfte.

Die nachfolgenden Ausführungen dienen der zusammenfassenden Erläuterung der wichtigsten Auswirkungen und Neuerungen, welche die Einführung der IVöB 2019 für den Kanton Graubünden zur Folge haben wird.

Für vertiefere Ausführungen zur Ausgangslage des Revisionsvorhabens und Erläuterungen zur IVöB 2019 wird auf die Musterbotschaft des InöB zur revidierten IVöB (nachfolgend: Musterbotschaft) verwiesen. Diese Musterbotschaft (inkl. Vereinbarungstext und Anhänge 1–4) befindet sich bei den Vernehmlassungsunterlagen unter <https://www.gr.ch/DE/publikationen/vernehmlassungen/Seiten/default.aspx> sowie unter <https://www.bpuk.ch/bpuk/konkordate/ivoeb/ivoeb-2019>.

2. Zweckartikel

Im Zweckartikel wird nicht mehr nur der wirtschaftliche, sondern auch der volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltige Einsatz der öffentlichen Mittel verlangt (Art. 2). Damit werden neu alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ausdrücklich erfasst. Diese Ergänzung trägt dem erhöhten gesellschaftlichen Bewusstsein in Richtung eines nachhaltigeren Handelns Rechnung.

Der Zweckartikel dient der Auslegung der nachfolgenden Bestimmungen. Die Reihenfolge der Aufzählung in Artikel 2 bedeutet nicht, dass dem ersten Grundsatz Priorität vor den nachstehend genannten zukäme. Alle Grundsätze verlangen gleichermassen Beachtung.

3. Klärung der Begriffe und des Anwendungsbereichs

Die IVöB 2019 enthält neu eine kurze Liste mit Definitionen (Art. 3), welche unter anderem die Begriffe «öffentliche Unternehmen» und «Einrichtungen des öffentlichen Rechts» umfasst. Der subjektive Geltungsbereich in Bezug auf die Auftraggeberinnen und Auftraggeber ist präzisiert worden (Art. 4). Was den objektiven Geltungsbereich betrifft, wird eine Definition des Begriffs des öffentlichen Auftrags aufgenommen (Art. 8). Die Delegation öffentlicher Aufgaben und die Vergabe von Konzessionen werden nun ausdrücklich als öffentliche Aufträge behandelt (Art. 9). Einerseits sieht die IVöB 2019 vor, dass die Delegation einer öffentlichen Aufgabe oder die Vergabe einer Konzession als öffentlicher Auftrag gelten, wenn dem Anbietenden infolge einer solchen Delegation oder Vergabe ausschliessliche oder besondere Rechte gewährt werden, die er im öffentlichen Interesse gegen ein Entgelt oder eine Abgeltung, sei es direkt oder indirekt, ausübt. Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen des Bundes- und Kantonsrechts. So sind beispielsweise Konzessionen im Wasserkraftwerksbereich von diesem neuen Artikel nicht betroffen. Die Ausnahmen (Art. 10) wurden neu definiert und erweitert. So ist vorgesehen, dass die Vereinbarung nicht für Aufträge gilt, die an Behinderteninstitutionen, Organisationen der Arbeitsintegration, Wohltätigkeitseinrichtungen und Strafanstalten (Art. 10 Abs. 1 lit. e) oder an kantonale und kommunale Vorsorgeeinrichtungen des öffentlichen Rechts (Art. 10 Abs. 1 lit. g) vergeben werden. Die Kantone behalten sich das Recht vor, für die beiden genannten Fälle eine vergaberechtliche Unterstellung im Rahmen der kantonalen Ausführungsbestimmungen festzulegen (siehe hinten unter Ziff. X./4). Schliesslich nimmt die IVöB 2019 in Nachführung der geltenden Rechtsprechung vier Arten von Verträgen von den Bestimmungen aus: Monopol-, Instate-, Inhouse- und Quasi-Inhouse-Verträge (Art. 10 Abs. 2).

4. Beschaffungen ausgerichtet auf die Qualität

Ziel des neuen Rechts ist es, der Qualität mehr Gewicht zu verleihen. Von verschiedenen Stellen als «Paradigmenwechsel» bezeichnet, finden sich dazu verschiedene Bestimmungen im Vereinbarungstext. Damit hat das Qualitätskriterium an Bedeutung gewonnen und wird als verbindliches Vergabekriterium dem Preis gleichgestellt (Art. 29 Abs. 1). Artikel 41 verankert seinerseits das neue Konzept des «vorteilhaftesten» Angebots anstelle des bisher verwendeten «wirtschaftlich günstigsten» Angebots, um die Bedeutung, die dem wirtschaftlichen Aspekt der Angebote bei der Bewertung der Angebote beigemessen wird, zu verringern. Standardisierte Leistungen können dagegen wie bisher allein auf der Grundlage des niedrigsten Gesamtpreises vergeben werden, wobei die IVöB 2019 gleichzeitig eine verstärkte Sicherstellung der Einhaltung der Teilnahmebedingungen von den Beschaffungsstellen einfordert (u. a. zwingende Überprüfung durch Auftraggeberin bzw. Auftraggeber bei ungewöhnlich niedrigen Preisen).

Beim «vorteilhaftesten Angebot» geht es um die beste Erfüllung der Zuschlagskriterien, also um die Gesamtqualität des Angebots. Daher besteht im Beschaffungsrecht ein Rechtsanspruch auf die Erteilung des Zuschlags an denjenigen Anbietenden, der das vorteilhafteste Angebot eingereicht hat. Dieses wird ermittelt, indem neben Qualität und Preis einer Leistung sowie je nach Leistungsgegenstand weitere gleichwertige Kriterien wie beispielsweise Zweckmässigkeit, Termine, Lebenszykluskosten, Nachhaltigkeit, Lieferbedingungen, Kundendienst usw. (vgl. Art. 29) berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung von Sekundärzielen (wie soziale Eingliederung, Ausbildungsplätze in der beruflichen Grundbildung) ist ebenso möglich, darf aber nicht in einer Diskriminierung oder einer ungerechtfertigten Verweigerung des Marktzutritts resultieren.

5. Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeit spielt in der revidierten Vereinbarung eine zentrale Rolle. Die Bestimmungen dazu finden sich in den Artikeln 2, 12, 29 und 30. Den Vergabestellen wird ein grösserer Spielraum bei der Berücksichtigung der Nachhaltigkeit zur Verfügung gestellt, welcher nun genutzt werden soll. Diese Stärkung der Nachhaltigkeit soll und wird die Ausgestaltung der Kriterien in den künftigen Ausschreibungen vermehrt prägen.

Die Vergabestellen werden künftig beispielsweise gehalten sein, bei der Aufstellung ihrer Bewertungssysteme die Nachhaltigkeit mit all ihren Aspekten gemäss Zweckartikel, Innovationsgehalt und Plausibilität des Angebots vermehrt zu berücksichtigen. Als Vollzugshilfen stehen ihnen nebst

dem neuen gemeinsamen Beschaffungsleitfaden und Faktenblättern die von Bund und Kantonen geschaffene Wissensplattform nachhaltige öffentliche Beschaffung (WöB, <https://www.woeb.swiss/>) zur Verfügung. Diese Online-Plattform dient interessierten Personen aller föderalen Ebenen als Nachschlagewerk und unterstützt sie, Nachhaltigkeit in ihrer täglichen Arbeit wirkungsorientiert und auf der Basis von technischen, wissenschaftlichen und rechtlichen Fakten zu berücksichtigen.

Es ist aber auch mit den neuen rechtlichen Bestimmungen unzulässig, die Nachhaltigkeit für protektionistische Ziele zu verwenden. Im Sinne der Gleichbehandlung darf jedoch von in- und ausländischen Anbietenden ein gleich hoher Standard an Nachhaltigkeitskriterien verlangt werden.

6. Neue Zuschlagskriterien

Die IVöB 2019 führt für den öffentlichen Auftraggeber neu die Möglichkeit ein, sogenannte «vergabefremde» Zuschlagskriterien bei einer öffentlichen Beschaffung zu berücksichtigen. Diese Kriterien sind in Artikel 29 Absatz 2 aufgeführt. Die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber kann ergänzend berücksichtigen, inwieweit der Anbietende Ausbildungsplätze für Lernende in der Grundausbildung, Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmende oder eine Wiedereingliederung für Langzeitarbeitslose anbietet. Es handelt sich dabei um soziale Kriterien, welche nur für Vergaben im Binnenmarkt-bereich angewendet werden können.

7. Unterstellung bestimmter Konzessionen und der Übertragung gewisser öffentlicher Aufgaben

Die Konzessionen des schweizerischen Verwaltungsrechts sind vielfältig – die Konzession gibt es nicht. Die Unterstellung unter das Beschaffungsrecht erfolgt – wie bereits gemäss Artikel 8 – immer dann, wenn die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe in Frage kommt. Der Begriff wird in der Vereinbarung in dem Sinn verwendet, dass ein privater Anbietender mit der Verleihung Rechte erhält, die ihm vorher nicht zustanden. Konzessionen, die nicht im Zusammenhang mit öffentlichen Aufgaben stehen (z.B. Sondernutzungskonzessionen) oder die der Bewerberin bzw. dem Bewerber keine ausschliesslichen oder besonderen Rechte vermitteln, werden nicht erfasst.

Der Staat hat infolge beschränkter Ressourcen und Besinnung auf seine Kernkompetenzen öffentliche Aufgaben in verschiedenen Bereichen und auf allen Stufen (Bund, Kantone und Gemeinden) an private Anbietende ausgelagert. Lässt der Staat eine Aufgabe gestützt auf eine gesetzliche Grundlage

durch Dritte erbringen, dann untersteht die Übertragung dieser staatlichen Aufgabe grundsätzlich dem Geltungsbereich des Beschaffungsrechts (siehe dazu Art. 9). Dies gilt unabhängig davon, ob die Finanzierung direkt durch die Auftraggeberin bzw. den Auftraggeber oder aus Mitteln eines Fonds oder einer Versicherung erfolgt.

Der Verweis auf «öffentliche Aufgaben» erfasst alle Bereiche, in denen der Staat verantwortlich ist, diese zu erfüllen. Als Beispiele sind hier das Polizeiwesen, d.h. der Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, sowie die Gesundheits- oder die Sozialpolitik zu nennen. Muss der Staat etwa von Gesetzes wegen für die Entsorgung problematischer Abfälle sorgen, so kann er diese Aufgabe Dritten übertragen, sofern eine gesetzliche Grundlage dazu besteht.

Für Kantone und Gemeinden gilt eine Ausschreibepflicht nach dem Wortlaut von Artikel 2 Absatz 7 BGBM. Bei Monopolkonzessionen und Konzessionen öffentlicher Dienste bietet das Beschaffungsrecht mit seinem Fokus auf Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit jedoch nicht in allen Fällen den passenden Rahmen für die Konzessionsvergabe. Spezialgesetzliche Regeln gehen deshalb vor (z.B. Art. 3a und Art. 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Stromversorgung [StromVG; SR 734.7]; Art. 60 Abs. 3^{bis} und Art. 62 Abs. 2^{bis} des Bundesgesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte [WRG; SR 721.80]; auch kantonale Erlasse können als spezialgesetzliche Regelungen gelten).

8. Gemeinsame Publikationsplattform von Bund und Kantonen

Der Einsatz moderner Informationstechnologien verbessert die Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens und erleichtert den Marktzutritt. Sowohl im offenen als auch im selektiven Verfahren werden die Ausschreibung, der Zuschlag sowie der Abbruch auf der gemeinsam von Bund und Kantonen betriebenen Internetplattform (simap.ch; siehe unter www.simap.ch) für öffentliche Beschaffungen zwingend publiziert (Art. 48). Zudem besteht auch in Bezug auf freihändig erteilte Zuschläge im Staatsvertragsbereich eine Publikationspflicht. Nebst den öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern der Kantone, die simap.ch bereits als Publikationsplattform nutzen, müssen künftig alle öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggeber ihre Aufträge in offenen und selektiven Verfahren auf der Plattform veröffentlichen. Den Kantonen steht es frei, weitere Publikationsorgane (z.B. Kantonsamtsblatt) vorzusehen.

Die verstärkte Nutzung der modernen Informationstechnologien im öffentlichen Beschaffungswesen, namentlich von simap.ch, wird die Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen weiter erhöhen und den Aufwand

der Anbietenden senken. Aktuell werden auf simap.ch jährlich ca. 20000 Publikationen mit einem Beschaffungswert von rund 17.5 Milliarden Franken veröffentlicht. Mit der gesetzlichen Verpflichtung aller dem Konkordat unterstellten Vergabestellen zur Publikation auf simap.ch dürfte die Anzahl der publizierten Beschaffungen und das Vergabevolumen in Zukunft weiter stark steigen. Dank Abonnementsdiensten von simap.ch werden die Anbietenden mit sämtlichen sie interessierenden Ausschreibungen automatisch bedient.

9. Verkürzte Fristen zur Verfahrensbeschleunigung

Das GPA beinhaltet neu verschiedene Verkürzungen der Minimalfristen, welche nun im nationalen Recht abgebildet sind. Dabei sind Fristverkürzungen im Staatsvertragsbereich sowohl beim offenen als auch beim selektiven Verfahren möglich (Art. 47). Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs beträgt die Frist zur Einreichung von Angeboten in der Regel mindestens 20 Tage. Eine Unterschreitung dieser Minimalfrist ist nur ausnahmsweise bei standardisierten Waren und Dienstleistungen möglich, wobei eine Minimalfrist von fünf Tagen in jedem Fall einzuhalten ist (Art. 46 Abs. 4). Unter Einhaltung der Minimalfrist von fünf Tagen haben die Kantone dabei die Möglichkeit, andere Fristen vorzusehen.

10. Verbesselter Rechtsschutz

Die Rechtsmittelfrist wurde auf 20 Tage verlängert, um die Harmonisierung zwischen Bund und Kantonen sicherzustellen (Art. 56). Heute gilt für die Kantone eine Beschwerdefrist von lediglich zehn Tagen. Diese erweist sich im Vergleich zu den übrigen Beschwerdefristen als äusserst knapp.

Für beschaffungsrechtliche Beschwerdeverfahren ist kantonal weiterhin einzig das Verwaltungsgericht zuständig, wenn mindestens der Auftragswert den für das Einladungsverfahren massgebenden Schwellenwert erreicht (Art. 52). Die Beschwerdeinstanz kann über allfällige Schadenersatzforderungen gleichzeitig mit der Feststellung der Rechtsverletzung entscheiden (Art. 58). Wie bisher gelten keine Gerichtsferien.

11. Massnahmen gegen Interessenkonflikte, unzulässige Wettbewerbsabreden und Korruption

Kernstück der GPA-Revision ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb. Dieses Ziel soll vor allem durch erhöhte Transparenz und den konsequenten Kampf gegen die Korruption – die den Wettbewerb verfälscht bzw. verhindert – erreicht werden. Korruption kann viele Formen annehmen. Im Zentrum stehen die Gewährung und die Annahme geldwerter Vorteile, auf die kein gesetzlicher Anspruch besteht.

In Artikel 11 werden die Kantone verpflichtet, gegen Interessenkonflikte, unzulässige Wettbewerbsabreden und Korruption vorzugehen. Die Kantone sind gehalten, geeignete Massnahmen dafür vorzusehen. Zu denken ist hier beispielsweise an die aktive und angemessene Bekanntmachung sämtlicher Informationen über ein Vergabeverfahren und die Offenlegung der einzelnen Verfahrensschritte gegenüber den Anbietenden, die Anzeige von Korruptionshandlungen und anderer strafbarer Handlungen, die aktive Mitwirkung bei der Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Korruption sowie Einfrieren, Beschlagnahme, Einziehung und Rückgabe der Erträge aus Straftaten, das Verhängen disziplinarischer Sanktionen und das Umsetzen personalrechtlicher Konsequenzen, die aktive Vertiefung und Verbreitung der Korruptionsverhütung, die Aus- und Weiterbildung der Vergabestellen oder das Verwenden von Verhaltensvorschriften für die korrekte und ordnungsgemässe Wahrnehmung der Aufgaben seitens Auftraggeberin bzw. Auftraggeber.

12. Ausschluss, Widerruf und Sanktionen

Die Liste der exemplarisch genannten Ausschluss- und Widerrufsgründe wird in der IVöB 2019 systematisch gegliedert und erweitert. Artikel 44 enthält eine nicht abschliessende Liste möglicher Gründe. Neu werden zwei Kategorien unterschieden: Bei Absatz 1 sind sichere Kenntnisse erforderlich, um einen Ausschluss, einen Widerruf oder eine Streichung aus einem amtlichen Verzeichnis auszusprechen. Dass die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber negative Erfahrungen aus früheren Aufträgen ebenso wie die Resultate aus einer Abklärung durch die WEKO (Submissionsabreden, Kollusion) berücksichtigen kann, stellt eine zentrale Neuerung des neuen Konkordates dar (lit. h). Ebenso hat die Vergabestelle die Möglichkeit, Anbietende nicht zu berücksichtigen, die nach Artikel 45 Absatz 1 rechtskräftig ausgeschlossen wurden (lit. j). Bei Absatz 2 genügen hinreichende Anhaltspunkte, um einen Anbietenden ausschliessen zu können, aus einem Verzeichnis zu streichen oder einen ihm bereits erteilten Zuschlag zu widerrufen. Beruht der Ausschluss oder der Widerruf auf einem nicht aufgeführten Grund, sind immer hinreichende Anhaltspunkte ausreichend.

Zusätzlich wurden mit Artikel 45 die Sanktionen «Verwarnung», «Ausschluss» (bis zu fünf Jahren) und «Busse» (von bis zu 10 Prozent der bereinigten Angebotssumme) in der revidierten IVöB verankert. Diese Sanktionsmöglichkeiten wurden dem geltenden Submissionsrecht des Kantons Graubünden entnommen (Art. 32 SubG). Neu ist allerdings die explizite Erwähnung der Möglichkeit zur Sanktionierung auch der Subunternehmerinnen und Subunternehmer.

Über die sanktionierten Anbietenden und Subunternehmerinnen bzw. Subunternehmer wird neu vom InöB eine nicht öffentliche Liste geführt, welche die Gründe für den Ausschluss sowie die Dauer des Ausschlusses von öffentlichen Aufträgen enthält. Mittels eines automatisierten Abrufverfahrens soll künftig jede Auftraggeberin bzw. jeder Auftraggeber in Bezug auf einen bestimmten Anbietenden oder bestimmte Subunternehmerinnen und Subunternehmer die entsprechenden Informationen erhalten. Nach Ablauf der Sanktion wird der Eintrag aus der Liste gelöscht. Mit der neuen IVöB sind alle öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggeber verstärkt verpflichtet, die Einhaltung der Teilnahmebedingungen durch die Anbietenden zu überprüfen und gegebenenfalls fehlbare Unternehmen zu sanktionieren. Dank der Bereitstellung eines schweizweiten Registers erhalten sie nunmehr ein wichtiges Hilfsinstrument zur besseren Erkennung unzuverlässiger Anbietender. Die heute teilweise von der Regierung ausgesprochenen Sanktionen im Bereich der Arbeitsbedingungen entfallen aufgrund der Neuordnung der Sanktionsbestimmungen in der revidierten IVöB.

13. Neue Instrumente

Die revidierte Vereinbarung will den öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern und den Anbietenden – unter Vorbehalt der beschaffungsrechtlichen Grundsätze – möglichst grossen Handlungsspielraum gewähren und gleichzeitig den Einsatz moderner Informationstechnologien im öffentlichen Beschaffungswesen fördern. Materiell betreffen die vorgeschlagenen Änderungen insbesondere die Einführung flexibler Beschaffungsinstrumente, die wiederum die Schaffung innovativer Lösungen ermöglichen. Damit soll für künftige Entwicklungen, etwa im Bereich der Beschaffung intellektueller Dienstleistungen, der grösstmögliche Handlungsspielraum geschaffen werden. So werden Instrumente wie der Dialog zwischen Auftraggeberin bzw. Auftraggeber und Anbietenden (Art. 24), die in der Praxis schon länger genutzte Möglichkeit des Abschlusses von Rahmenverträgen (Art. 25), mit dem sogenannten Abrufverfahren, sowie die Durchführung von elektronischen Auktionen (Art. 23) in der IVöB 2019 verankert.

13.1 Dialog

Bei komplexen Aufträgen, bei intellektuellen Dienstleistungen oder bei der Beschaffung innovativer Leistungen ist es oft nicht möglich, schon vor der Ausschreibung den Inhalt der Beschaffung in einem Leistungsbeschrieb genügend präzise zu umschreiben und abzugrenzen. In diesem Fall kann das Instrument des Dialogs gewählt und im offenen und selektiven Verfahren eingesetzt werden.

Die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber kann im Dialog zusammen mit ausgewählten Anbietenden mögliche Lösungswege oder Vorgehensweisen erarbeiten, so dass am Ende des Dialogs eine Leistungsbeschreibung vorliegen sollte, die den Ansprüchen der Auftraggeberin bzw. des Auftraggebers ebenso wie dem Können und Vermögen der Anbietenden angemessene Rechnung trägt. Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber hat damit ein Instrument in der Hand, mit dem er auf das spezifische Fachwissen der Anbietenden in einem konkreten Beschaffungsmarkt zurückgreifen und Innovationen fördern kann. So können Verfahrensabbrüche und Neuausschreibungen vermieden werden. Für die Anbietenden hat der Dialog den Vorteil, dass sie ihre Angebote zu Beginn des Vergabeverfahrens nicht bis ins letzte Detail, sondern in einem fortlaufenden Prozess konkretisieren können.

Der Dialog darf nicht zum Zweck genutzt werden, die Offertpreise zu verhandeln (vgl. dazu Art. 11 lit. d). Entsprechend wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Dialog nicht zum Zweck geführt werden darf, Preise und Gesamtpreise zu verhandeln (Art. 24 Abs. 2).

Als Beispiel für eine solche komplexe Aufgabe, deren Rahmenbedingungen nicht im Voraus bestimmt werden können, ist die Umnutzung einer Industriebrache mit unbekannter künftiger Nutzung und vielen beteiligten Eigentümerinnen und Eigentümern zu nennen.

13.2 Rahmenverträge

Bei Rahmenverträgen wird nicht ein abschliessend bestimmtes Leistungsvolumen ausgeschrieben, sondern das Recht der Auftraggeberin oder des Auftraggebers, gewisse Leistungen über einen bestimmten Zeitraum zu beziehen. Rahmenverträge werden insbesondere aus wirtschaftlichen Überlegungen, zur Vermeidung einer Abhängigkeit von nur einem Anbietenden oder zwecks Verhinderung von Versorgungsengpässen ausgeschrieben. Die Möglichkeit, Rahmenverträge abzuschliessen, bildet kein eigenes Verfahren. Es kann innerhalb der bestehenden Beschaffungsverfahren angewendet werden. Auch wenn das Instrument des Rahmenvertrages einige Flexibilität für

die Vergabestelle mit sich bringt, so wird doch durch die Vereinbarung klar gefordert, dass zumindest die Dauer des Rahmenvertrages sowie die (maximalen) Preise festzulegen sind. Um belastbare Preise zu erhalten, ist auch der Vertragsgegenstand möglichst konkret und umfassend zu definieren.

Die Vereinbarung unterscheidet zwischen dem Rahmenvertrag mit einem Zuschlagsempfänger (vgl. Art. 25 Abs. 4) und demjenigen mit mehreren (vgl. Art. 25 Abs. 5). Beim Rahmenvertrag mit Mehrfachzuschlag werden zusätzlich «zureichende Gründe» verlangt.

13.3 Elektronische Auktionen

Bei der elektronischen Auktion handelt es sich nicht um ein eigenständiges Vergabeverfahren, sondern um ein Instrument, welches im Rahmen eines Beschaffungsvorhabens eingesetzt werden kann.

In einer ersten Phase (Präqualifikation) prüft die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber die Eignungskriterien und die technischen Spezifikationen und nimmt eine erste Bewertung vor. Die eigentliche Auktion kommt erst in einem zweiten Verfahrensschritt zur Anwendung, wobei mehrere Bewertungsrunden stattfinden können. Die Anbietenden können dabei ihre Offerten bezüglich des Preises oder bestimmter quantifizierbarer Komponenten modifizieren. Die Bewertung der modifizierten Angebote und die damit verbundenen Neuplatzierungen der Anbietenden werden dabei durch ein automatisiertes System vorgenommen.

Der Anwendungsbereich der elektronischen Auktion erstreckt sich nur auf standardisierte Leistungen. Andere Leistungen (wie z.B. intellektuelle Dienstleistungen) können somit nicht Gegenstand einer elektronischen Auktion sein. Die Praxis wird erst noch zeigen müssen, wo dieses neue Instrument gewinnbringend eingesetzt werden kann.

14. Weitere Neuerungen

Weitere relevante Neuerungen, welche die IVöB 2019 mit sich bringt, sind insbesondere:

- Die Anforderungen an die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen, der Lohngleichheit und (neu ausdrücklich auch) des Umweltrechts (Art. 12) sind konkreter formuliert. Die Anbietenden müssen die Vorgaben ihren Subunternehmerinnen und Subunternehmern überbinden. Ausländische Anbietende müssen im Ausland neu mindestens internationale Abkommen im Umwelt- und Arbeitsbereich einhalten.

- Neu bietet die IVöB 2019 klare und eindeutige Bestimmungen zur Vorbefassung von Beschaffungspersonal und Anbietenden sowie zum Ausstand (Art. 13 f.). Weiterhin soll es möglich sein, Marktanalysen durchzuführen, ohne dass der Tatbestand der Vorbefassung erfüllt wäre (Art. 14 Abs. 3).
- Auch der Katalog der Ausnahmegründe, die eine überschwellige freihändige Beschaffung erlauben (Art. 21), hat Änderungen erfahren. Für Folgeaufträge gilt neu, dass sie freihändig zulässig sind, wenn «ein Wechsel des Anbieters für Leistungen zur Ersetzung, Ergänzung oder Erweiterung bereits erbrachter Leistungen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht möglich [ist], erhebliche Schwierigkeiten bereiten oder substantielle Mehrkosten mit sich bringen [würde]».
- Nicht mehr explizit vorgesehen ist in der IVöB 2019 die öffentliche Offertöffnung, wie sie heute in Artikel 23 SubV geregelt ist. Die IVöB sieht in Artikel 37 Absatz 1 lediglich vor, dass die Angebote durch mindestens zwei Vertretende der Auftraggeberinnen und Auftraggeber geöffnet werden.
- Die Bereinigung und Anpassung der Angebote nach der Öffnung sind möglich, wenn dies zur Vergleichbarmachung oder wegen Leistungsänderungen nötig ist (Art. 39). Reine Preisverhandlungen («Abgebotsrunden») bleiben aber weiterhin verboten (Art. 11 lit. d). Neu gilt dies auch für die Beschaffungen des Bundes.
- Unter dem Titel «Prüfung der Angebote» macht Artikel 38 diverse Vorgaben für die Prüfung der Angebote (beispielsweise Abklärungspflicht bei ungewöhnlich niedrigen Angeboten) und für den Ablauf bei der sog. Zwei-Couvert-Methode (Bewertung der Angebote in einer ersten Phase ohne Berücksichtigung der finanziellen Bedingungen und Einbezug des Preises erst anlässlich der Öffnung des zweiten Couverts).
- Bei der Bewertung der Angebote erlaubt die IVöB 2019 neu unter gewissen Voraussetzungen, dass die Detailbewertung bei sehr aufwändigen Prüfungen auf die drei Angebote beschränkt wird, die anhand einer ersten summarischen Prüfung der Unterlagen als die besten erscheinen (sog. Shortlist, Art. 40 Abs. 2).
- Neu erhält nicht mehr das wirtschaftlich günstigste, sondern das vorteilhafteste Angebot den Zuschlag (Art. 41). Diese Neuformulierung wurde dem GPA entnommen und soll gemäss den parlamentarischen Beratungen dem angestrebten Paradigmenwechsel vom Preis- zum Qualitätswettbewerb äusseren Ausdruck verleihen. Auch mit dem neuen Recht bleibt es dabei, dass das Angebot mit den meisten Bewertungspunkten bei den Zuschlagskriterien – namentlich Qualität, Preis und weiteren je nach Leistungsgegenstand definierten Kriterien – zwingend den Zuschlag erhalten muss.

- Im Staatsvertragsbereich erteilte Zuschläge sind in der Regel innerhalb von 30 (statt bisher 72) Tagen zu veröffentlichen (Art. 48 Abs. 6).
- Neu müssen Verfügungen summarisch begründet werden, um die Rechtsmittelfrist auszulösen. Die summarische Begründung des Zuschlags umfasst die Art des Verfahrens und den Namen des berücksichtigten Anbietenden, den Gesamtpreis des berücksichtigten Angebots, die massgebenden Merkmale und Vorteile des berücksichtigten Angebots sowie gegebenenfalls eine Darlegung der Gründe für eine freihändige Vergabe (Art. 51 Abs. 3).

VI. Wirkung für die Anbietenden

Die Harmonisierung der Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen ermöglicht es den Anbietenden, ihre Prozesse weiter zu standardisieren. Sie dürfen, auch zufolge der zu erwartenden einheitlicheren Rechtsprechung sowie der verbesserten Klarheit der gesetzlichen Grundlagen, mit weniger Abklärungsaufwand rechnen.

Gewisse Bestimmungen bezwecken zudem direkt einen Abbau des Administrativaufwands seitens der Anbietenden. So können die Vergabestellen beispielsweise erst zu einem späteren Verfahrenszeitpunkt die Nachweise im Zusammenhang mit den Teilnahmebedingungen von Anbietenden einholen (z.B. eine Bankgarantie, Art. 26 Abs. 3 und Art. 27 Abs. 3). Auch die verbreitetere Nutzung der modernen Informationstechnologien im öffentlichen Beschaffungswesen, namentlich die neu zwingend für die Ausschreibungen zu nutzende Internetplattform von Bund und Kantonen (simap.ch), dürfte den administrativen Aufwand der Anbietenden senken. So können diese bei nachfolgenden Angebotseingaben auf ihre bereits hinterlegten Anbieterprofile zurückgreifen und ihre Offerten künftig mittels Standardvorlagen online eingeben. Zudem können die Anbieter auf dieser Plattform branchenspezifische Abonnemente einrichten, um über die in der Schweiz publizierten Ausschreibungen im eigenen Geschäftsbereich informiert zu werden.

Durch die neue Ausrichtung wie beispielsweise den Qualitätswettbewerb, die Einbindung der Nachhaltigkeit sowie die Berücksichtigung der Innovationskraft von Unternehmen, können die Schweizer KMU ihre Stärken bei öffentlichen Beschaffungen hervorheben, was ihre Zuschlagschancen weiter erhöhen dürfte.

VII. Wirkung für die Auftraggeberinnen und Auftraggeber

Durch die Revision der IVöB erfolgen eine Vereinfachung und Verbesserungen des rechtlichen Rahmens. Bewährte Instrumente der Praxis wie beispielsweise die Handhabung von Inhouse-Vergaben (Art. 10 Abs. 3 lit. c) oder die Rahmenverträge (Art. 25) wurden in der revidierten Vereinbarung verankert. Das hat ein umfassenderes und präziseres Regelwerk zur Folge. Ferner stehen neue Instrumente wie elektronische Auktionen (Art. 23) oder das Dialogverfahren (Art. 24) für Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber und Anbietende zur Verfügung. Dadurch entsteht eine grössere Flexibilität und wird der Einsatz moderner Informationstechnologie gefördert. Des Weiteren wurden Sanktionen eingeführt, um gegen das Recht missachtende Anbietende sowie Subunternehmerinnen und Subunternehmer vorzugehen. Die Bestimmungen der Artikel 44 und 45 sehen die Möglichkeit vor, Bussen auszusprechen bis hin zum Ausschluss von bis zu fünf Jahren von zukünftigen Vergaben. In leichten Fällen kann eine Verwarnung erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass die geltenden Bestimmungen des Arbeitsschutzes, der Arbeitsbedingungen, der Lohngleichheit und des Umweltschutzes eingehalten werden. Schliesslich wurde bei den freihändigen Verfahren der Schwellenwert für Lieferungen von 100 000 auf 150 000 Franken angehoben. Diese Neuerung hat den Vorteil, dass den öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern ein grösserer Spielraum für die Vergabe von kleinen Lieferaufträgen eingeräumt wird. Ausserdem wird dieser Schwellenwert nun an die Schwellenwerte der freihändigen Verfahren von Dienstleistungen und Bauleistungen (Baunebengewerbe) angeglichen. Zusätzlich erfolgt eine Harmonisierung mit den Schwellenwerten des Bundes im Bereich der freihändigen Verfahren.

VIII. Ablauf des Beitrittsverfahrens zur IVöB 2019

Interkantonale Vereinbarungen sind öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, die von zwei oder mehreren Kantonen über einen Gegenstand geschlossen werden, der in ihrem Kompetenzbereich liegt. Die IVöB ist eine solche Vereinbarung. Die einzelnen Kantone können dem vorgelegten Text entweder zustimmen oder diesen ablehnen. Ein Beitritt unter Vorbehalt ist nicht möglich. Die Inkraftsetzung der IVöB 2019 kann erfolgen, sobald ihr zwei Kantone beigetreten sind (Art. 65 Abs. 1 IVöB 2019).

Im Kanton Graubünden ist die Vorlage gemäss Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) dem Grossen Rat zu unterbreiten. Der Beschluss zum Beitritt zur IVöB sowie der Erlass des EGzIVöB unterstehen dem fakultativen Referendum (Art. 17 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 KV).

Mit einem Beitritt des Kantons Graubünden zur revidierten IVöB wird die Umsetzung der revidierten Bestimmungen aus dem GPA 2012 sichergestellt. Gleichzeitig schliesst sich der Kanton den Harmonisierungsbestrebungen an. Bei einem Nichtbeitritt würde der Kanton Graubünden abseitsstehen und müsste insbesondere die GPA-Bestimmungen selbst im kantonalen Recht umsetzen.

Mit dem revidierten Konkordat kann eine praktisch vollständige Harmonisierung des Beschaffungsrechts der Kantone erreicht werden. Kantonale Ausführungsbestimmungen im Einführungsgesetz sowie in der Ausführungsverordnung sind nur noch in begrenztem Umfang nötig.

Die Umsetzung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben obliegt wie schon bisher grundsätzlich den einzelnen Auftraggeberinnen und Auftraggebern bzw. den Vergabestellen. Sie werden dabei weiterhin durch das DIEM mit dem bei ihm angesiedelten Kompetenzzentrum Beschaffungswesen unterstützt. Es berät die Beschaffungsstellen, stellt Vorlagen, Hilfsmittel sowie Aus- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung, übernimmt weitere Querschnittsaufgaben und arbeitet mit dem Bund und den anderen Kantonen zusammen. Es veröffentlicht die entsprechenden Informationen im Internet unter <https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/diem/ds/Seiten/home.aspx>.

IX. Vernehmlassungsverfahren zur revidierten IVöB und zum Entwurf des EGzIVöB

1. Vorgehen und Rücklauf

Die Regierung nahm am 27. April 2021 von der revidierten IVöB, von den Entwürfen des DIEM für den Beitrittsbeschluss zur IVöB und für das EGzIVöB sowie von den dazugehörigen Erläuterungen Kenntnis und gab die Entwürfe zur Vernehmlassung frei. Vom 28. April 2021 bis zum 28. Juli 2021 konnten sich alle interessierten Organisationen, Personen und Gruppen zum Vorschlag der Regierung äussern.

Insgesamt gingen 33 Vernehmlassungen ein. Inhaltlich äusserten sich vier Parteien, sieben Gemeinden, sieben Interessenverbände und ein Elektrizitätsunternehmen.

2. Generelle Beurteilung der Vorlage

Die Gesamtbeurteilung der Vernehmlassungsvorlagen fällt durchwegs positiv aus. Die Absicht, der revidierten IVöB beizutreten und gleichzeitig die bisherige kantonale Submissionsgesetzgebung aufzuheben, wird unter Berücksichtigung der zwingenden Vorgaben des übergeordneten Rechts allgemein befürwortet. Weiter wird auch die vorgesehene Rechtsvereinheitlichung und damit die Harmonisierung zwischen den gesetzlichen Grundlagen auf Bundes- und Kantonsstufe unterstützt. Ebenfalls begrüsst wird der Paradigmenwechsel zur stärkeren Berücksichtigung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit bei öffentlichen Aufträgen und die Stärkung des Qualitätswettbewerbs gegenüber dem Preiswettbewerb. Dies stärke den effizienten und effektiven Einsatz der öffentlichen Mittel und gleichzeitig jene Unternehmen, die nachhaltig in allen drei Dimensionen aufgestellt seien. Entsprechend wird darin ein massgeblicher Beitrag gesehen, die Chancen von Schweizer Unternehmen zum Erhalt von Aufträgen zu stärken. Als wichtiges und zwingendes Hilfsmittel für den Vollzug wird zudem die Abgabe des angekündigten gemeinsamen Beschaffungsleitfadens von Bund, Kantonen und Gemeinden erachtet.

3. Wichtige Einwände, Vorschläge und Bemerkungen

In Anbetracht der mit der Rechtsvereinheitlichung verbleibenden Regelungskompetenzen des Kantons beschränken sich die von den Vernehmlassenden vorgetragenen Änderungs- und Ergänzungsvorschläge auf einzelne Punkte. Diese lassen sich folgendermassen gruppieren:

- Schaffung einer unabhängigen Meldestelle für die Meldung von Missständen im Beschaffungsbereich;
- Gesetzliche Verankerung der kantonalen Anlaufstelle;
- Einbezug bei der Erstellung des Beschaffungsleitfadens und Unterstützung bei der Einführung des neuen Beschaffungsrechts;
- Aufnahme der Zuschlagskriterien «Unterschiedliche Preisniveaus/Lohnniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird» und «Verlässlichkeit des Preises»;
- Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe zu Punkten wie Arbeitsbedingungen, Lohngleichheit, Umweltstandards;
- Schaffung einer Ausnahmeregelung für sogenannte «Intragroup-Vergaben» an Sektorunternehmen;
- Jährliche Berichtserstattung der Regierung zum öffentlichen Beschaffungswesen.

4. Behandlung der Anliegen

4.1 Revidierte IVöB

Die wenigen Anregungen und Einwände, die zu den einzelnen Bestimmungen der revidierten IVöB eingebracht worden sind, können nur im beschränkten Umfang berücksichtigt werden, weil ein Beitritt des Kantons zur IVöB 2019 nur gesamtheitlich und ohne Vorbehalte zum Konkordatstext erfolgen kann.

Soweit sich die im Zusammenhang mit der revidierten IVöB vorgetragenen Anliegen mit dem übergeordneten Recht vereinbaren lassen und praktikabel sind, werden diese selbstverständlich bei den Ausführungsbestimmungen auf kantonaler Stufe Berücksichtigung finden.

4.2 Unabhängige Meldestelle für Meldung von Missständen

Im Rahmen der Aufarbeitung der WEKO-Verfahren im Bereich des Bündner Bauhauptgewerbes hat der Kanton im Jahr 2016 eine Anlaufstelle für Meldungen von Submissionsabsprachen sowie für die Entgegennahme von Korruptionshinweisen geschaffen. Jede Person kann die beim Kompetenzzentrum Beschaffungswesen des DIEM angesiedelte Meldestelle nutzen, um Meldungen über vermutete oder tatsächliche Verstösse zu melden. Sämtliche Meldungen werden nach einem standardisierten Prozess entgegengenommen und an die zuständigen Behörden (z.B. WEKO) weitergeleitet. Alle gelieferten Informationen, einschliesslich der Identität der Hinweisgeberin oder des Hinweisgebers, werden unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich behandelt.

Um die Unabhängigkeit der Meldestelle zu stärken, regen einzelne Vernehmlassende an, die Meldestelle neu extern anzusiedeln. Damit lasse sich das Vertrauen der Bevölkerung in das öffentliche Beschaffungswesen zusätzlich verbessern. Es sei wichtig, dass diese Meldestelle als objektive und neutrale Stelle wahrgenommen werde. Die Prüfung der Auslagerung der Meldestelle entspricht auch einer Empfehlung der PUK Baukartell in ihrem zweiten Teilbericht betreffend die Untersuchung und Klärung der Verantwortlichkeiten und Amtsführung der Mitglieder der Regierung, der Departemente und Dienststellen insbesondere des Bau-, Verkehrs- und Forstdepartementes im Zusammenhang mit kolportierten Kartellabsprachen im Bündner Baugewerbe vom 11. Mai 2021.

Obwohl auch aus Sicht der PUK Baukartell zahlreiche Vorteile in der bisherigen Aufgabenwahrnehmung durch das Kompetenzzentrum Beschaffungswesen des DIEM bestehen, soll nach Ansicht der Regierung den Anlie-

gen der Vernehmlassenden Rechnung getragen werden und die Meldestelle ausserhalb der kantonalen Verwaltung angesiedelt sein. Damit sollen zum einen die Neutralität der Stelle weiter gestärkt und zum anderen allfällige Hürden für Meldewillige abgebaut werden. Gleichzeitig sollen die heutigen elektronischen Möglichkeiten zur anonymen Meldungsabgabe genutzt und wie bei anderen öffentlichen Einrichtungen (z.B. Eidg. Finanzkontrolle, SBB, Stadt Zürich) eingeführt werden.

4.3 Gesetzliche Verankerung der kantonalen Anlaufstelle

Gemäss dem Vernehmlassungsentwurf wird die Regierung in Artikel 6 Absatz 2 ermächtigt, die für den einheitlichen Vollzug, das Führen der Statistiken, die Auskunftserteilung und die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Beschaffungswesen zuständige kantonale Stelle zu bezeichnen. Gemäss der regierungsrätlichen Verordnung soll als zuständige Stelle weiterhin das DIEM bezeichnet werden, welches die gesetzlichen Aufgaben dem beim Departementssekretariat angesiedelten Kompetenzzentrum Beschaffungswesen überträgt. Die Regelung der auf den Kanton zufallenden Aufgaben auf Gesetzesstufe und die Bezeichnung der hierfür kantonsintern zuständigen Stelle auf Verordnungsstufe entspricht der bisherigen Gesetzessystematik und soll nach Ansicht der Regierung aus Rechtssetzungsgründen auch im neuen Beschaffungsrecht beibehalten werden. Auf die ausdrückliche Nennung der verwaltungsintern zuständigen Stelle im EGzIVöB ist deshalb zu verzichten.

4.4 Einbezug bei der Erstellung des Beschaffungsleitfadens und Unterstützung bei der Einführung des neuen Beschaffungsrechts

Verschiedene Vernehmlassende wünschen eine angemessene Mitwirkungsmöglichkeit bei der Erstellung des angekündigten gemeinsamen Beschaffungsleitfadens von Bund, Kantonen und Gemeinden, welcher derzeit von einer tripartiten Arbeitsgruppe der öffentlichen Hand erarbeitet wird. Zudem wird erwartet, dass der Kanton im Rahmen der Einführung des neuen Beschaffungsrechts wiederum die nötige Unterstützung für die Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber und die Anbietenden leisten wird.

Gemäss aktueller Terminplanung der eingesetzten Arbeitsgruppe wird der Beschaffungsleitfaden in seiner Endfassung in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 verfügbar sein. Wie schon für die Erarbeitung der sogenannten Faktenblätter, welche neue Themen des Beschaffungsrechts aufgreifen und die Beschaffungsstellen beim Vollzug unterstützen werden, ist auch für

den Beschaffungsleitfaden eine interne und externe Vernehmlassungsrunde vorgesehen. Alle interessierten Kreise werden demnach die Möglichkeit erhalten, sich beim Erlass dieses wichtigen Vollzugsinstruments einzubringen. Die externe Vernehmlassung wird voraussichtlich Anfang 2022 gestartet.

Mit der Abgabe eines gemeinsamen Beschaffungsleitfadens von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen auch auf Vollzugsstufe die Harmonisierungsbestrebungen fortgeführt und die Beschaffungsstellen auf die neue Vergabekultur und das flexibler ausgestaltete Beschaffungswesen vorbereitet werden. Mit der Bereitstellung dieses schlanken und praxistauglichen Leitfadens sollen das neue Vergaberecht möglichst auf allen Staatsebenen einheitlich gehandhabt und dadurch letztlich öffentliche Gelder für die Wahrnehmung der Staatsaufgaben optimal und nachhaltig eingesetzt werden. Die mit dem revidierten Recht angestrebte neue Vergabekultur (qualitätsorientierter Wettbewerb, Förderung von Nachhaltigkeitsanliegen) wird dabei speziell thematisiert. Der Kanton Graubünden nimmt wie bei der Redaktion der IVöB 2019 auch bei der Erarbeitung des gemeinsamen Beschaffungsleitfadens in der entsprechenden Arbeitsgruppe Einsitz und bringt die Anliegen kantonaler und kommunaler Beschaffungsstellen ein. Nähere Angaben zum Inhalt des Beschaffungsleitfadens können derzeit nicht gemacht werden.

Das DIEM wird im Rahmen der Einführung des neuen Vergaberechts, wie bereits bei der letzten Revision im Jahr 2004, verschiedene Informationsveranstaltungen im Kanton durchführen und dabei auch den Gemeinden sowie weiteren interessierten Personen die Neuerungen vermitteln und diesen die nötige Unterstützung anbieten. Dadurch sollen sämtliche Beschaffungsstellen im Kanton für die neue Vergabekultur, welche den Schwerpunkt auf den Qualitätswettbewerb, die Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Teilnahmebedingungen setzt, sensibilisiert werden.

Das beim DIEM angesiedelte Kompetenzzentrum Beschaffungswesen kann auch künftig als Auskunfts- und Beratungsstelle von allen öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern und weiteren interessierten Personen im Kanton in Anspruch genommen werden. Ergänzend zu den mit den anderen Kantonen und dem Bund abgestimmten Vollzugsinstrumenten wird das DIEM die weiteren benötigten Grundlagen im Sinne des einheitlichen Vollzugs erarbeiten. Das Weiterbildungsprogramm des DIEM für den Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens steht wie bisher auch den Beschaffungsverantwortlichen ausserhalb der kantonalen Verwaltung offen.

4.5 Aufnahme zusätzlicher Zuschlagskriterien

Im Rahmen der Vernehmlassung wurde trotz der vom InöB und der Regierung geäußerten rechtlichen und praktischen Vorbehalte von einzelnen Vernehmlassenden die Aufnahme zusätzlicher Zuschlagskriterien, namentlich die «Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus in den Ländern, in welcher die Leistung erbracht wird» sowie die «Verlässlichkeit des Preises», verlangt. Ein Vernehmlassender schlug anstelle der Berücksichtigung des Preisniveaus das Lohnniveau im jeweiligen Land vor. Einzelne Vernehmlassende wie der Graubündnerische Baumeisterverband lehnen dagegen die Einführung einer Länderniveaunklausel aufgrund des hohen Administrativaufwandes für alle Beteiligten, der Bemessungs- und Beurteilungsschwierigkeiten und der damit einhergehenden Rechtsunsicherheiten und Verzögerungen klar ab. Zudem könne zur Preisrelativierung im Rahmen der konkreten Beschaffungsverfahren anstelle der Schaffung eines neuen Zuschlagskriteriums «Verlässlichkeit des Preises» auf das bereits bestehende Kriterium «Plausibilität des Angebots» zurückgegriffen werden.

Mit dem Zuschlagskriterium «unterschiedliche Preisniveaus» sollen die schweizerischen Unternehmen vor der ausländischen Konkurrenz im Preiskampf um öffentliche Aufträge geschützt werden. Es sollen bei der Angebotsbewertung die unterschiedlichen Preisniveaus der einheimischen und der ausländischen Anbietenden berücksichtigt und allenfalls bereinigt werden.

Das Kriterium «Verlässlichkeit des Preises» soll bewirken, dass neben dem nominalen Preis neu auch die Verlässlichkeit des Preises miteinbezogen werden soll und so das vorteilhafteste Angebot gewählt werden kann. Entsprechend sollten nicht mit der Eingabe eines «Dumpingangebots» Aufträge aufgrund des tiefen Preises vergeben werden, welche später erhebliche Mehrkosten nach sich ziehen.

Gemäss Artikel 63 Absatz 4 IVöB 2019 dürfen die Kantone Ausführungsbestimmungen insbesondere zu den Artikeln 10, 12 und 26 erlassen. «Ausführungsbestimmungen» sind Normen organisatorischer, vollziehender oder konkretisierender Natur. Sie dürfen keine neuen Vorschriften aufstellen, welche die Rechte der Adressaten beschränken oder ihnen neue Pflichten auferlegen. Wenn im kantonalen Einführungsgesetz weitere generell-abstrakte Zuschlagskriterien vorgesehen würden, müssten diese von den Vergabestellen umgesetzt werden. Den Vergabestellen der Auftraggeberinnen und Auftraggeber und den Anbietenden, welche gemäss Artikel 4 und 6 IVöB 2019 zum Adressatenkreis der IVöB 2019 gehören, würden neue, kantonalrechtliche Pflichten auferlegt. Dies widerspricht Artikel 63 Absatz 4 IVöB 2019. Grundsätzlich sind somit weder eine Preisniveaunklausel noch eine Verlässlichkeitsklausel zulässig.

Selbst wenn man die grundsätzliche Unzulässigkeit gemäss Artikel 63 Absatz 4 IVöB 2019 ausser Acht lässt, bestehen zwingend zu beachtende Einschränkungen aus den Staatsverträgen und zusätzliche praktische Probleme.

4.5.1 Zuschlagskriterium «Unterschiedliche Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird»

Im Staatsvertragsbereich besteht kein Raum für die Berücksichtigung unterschiedlicher Preisniveaus, da ein solches Zuschlagskriterium im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz steht. Im Binnenmarktbereich wäre eine Preisniveaunklausel grundsätzlich anwendbar, jedoch praktisch ohne grosse Bedeutung: Im Einladungsverfahren kann eine Auftraggeberin oder ein Auftraggeber von vornherein seine Auswahl auf schweizerische Anbietende beschränken, sodass kein Bedarf für eine Preisniveaunklausel besteht. Somit wäre die Preisniveaunklausel für Lieferungen und Dienstleistungen lediglich auf Aufträge im Wert von 250 000 Franken bis 350 000 Franken anwendbar. Bei Bauaufträgen wäre die Preisniveaunklausel auf Aufträge von 250 000 Franken (Baunebengewerbe) und 500 000 Franken (Bauhauptgewerbe) bis 8.7 Millionen Franken anwendbar. Da jedoch der Auftragswert grundsätzlich anhand des Gesamtwerts aller für ein Bauwerk massgeblichen Bauleistungen bestimmt wird, fallen nach Ausschöpfung der sogenannten Bagatellklausel auch kleinere Beschaffungen in den Staatsvertragsbereich, wenn sie Teil eines Gesamtprojekts sind.

Zudem bestünden praktische Probleme bei der Anwendung. Die Vergabestellen müssten für jede Beschaffung einen internationalen Preisvergleich vornehmen, um feststellen zu können, welches Angebot das finanziell günstigste ist. Hierfür müssten zur Feststellung des inländischen Preisniveaus vorgängig branchen- oder sektorspezifische Preisvergleiche herangezogen werden, was sehr gute Kenntnis der betroffenen Märkte voraussetzt. Die Ausschreibung müsste sich auf Hypothesen abstützen, welche sich nach der Öffnung und Bewertung auch als falsch erweisen können. Die Erhebung und laufende Aktualisierung zuverlässiger Daten in diesem Kontext hätte bei den Auftraggeberinnen und Auftraggebern einen erheblichen bürokratischen Aufwand zur Folge. Der Nachweis der Herkunft jeglicher verwendeten Rohstoffe und Fertigprodukte würde gleichzeitig zudem auch den Aufwand der Anbietenden massiv erhöhen.

In hohem Masse ungeklärt und unsicher ist ausserdem die Frage, wie das Kriterium bei der Angebotsbewertung in der Praxis konkret angewendet werden soll. Die Beschaffungskonferenz des Bundes BKB und die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen

Bauherren KBOB hat mit Unterstützung der interessierten Verbände einen sogenannten Preisniveaurechner erarbeitet (<https://www.bkb.admin.ch/bkb/de/home/themen/preisniveaurechner.html>). Es gibt fünf unterschiedliche Rechner-Vorlagen, unterteilt nach Lieferungen, Dienstleistungen, IT-Leistungen, Bauhauptgewerbe und Baunebengewerbe. Mit dem Preisniveaurechner wird das auf der Basis der Herstellkosten das Herkunftsland einer Leistung bestimmt. Anschliessend werden prozentuale Herkunftsanteile mit dem Preis in Verbindung gebracht und der Angebotspreis mit seinen Komponenten nach Herkunft auf das Schweizer Preisniveau hochgerechnet. Es sind somit die Material-Einzelkosten (Rohmaterial, Vorprodukte, Halbfertigprodukte etc.), die Material-Gemeinkosten (Einkauf, Lagerung, Verlust- und Mengenrisiken etc.), die Fertigungs-Einzelkosten (Grundlöhne, Lohnnebenkosten etc., aufgeteilt nach einzelnen Ländern, sofern das Unternehmen in verschiedenen Ländern Angestellte hat), die Fertigungs-Gemeinkosten (Raum- und Energiekosten für Werkstatt/Fabrikgebäude, Abschreibungen auf Maschinen und Geräte, im Bauhauptgewerbe auch persönliche Handwerkzeuge und persönliche Ausrüstung etc.) sowie allfällige Fremdleistungen (bei IT-Beschaffungen zusätzlich Lizenzen und Cloud-Lösungen) detailliert auszuweisen. Bei den Bauhauptarbeiten ist zudem das Betriebsinventar aufzuführen, wobei auch die Amortisation, Versicherung und Stationierung (fixe Kosten) sowie die Kosten für Reparaturen, Schmiermittel, Wartung und Bedienung (variable Kosten) zu berücksichtigen sind. Da das Kriterium relativ neu ist, bestehen noch keine Erfahrungen mit dem Preisniveaurechner. Klar ist jedoch, dass die Anwendung einer Preisniveaunklausel – und in leicht abgewandelter Weise die von einem Vernehmlassenden eingebrachte Lohnniveaunklausel – sowohl bei der Angebotseingabe, der Angebotsüberprüfung und schliesslich nochmals bei der Ausführung des Auftrags auf beiden Seiten des Vergabeverfahrens ein beträchtlicher bürokratischer Aufwand entstehen lässt. Das mit der Revision verfolgte und von der Wirtschaft geforderte Ziel der Vereinfachung der Vergabeabläufe und Entlastung des Gewerbes lässt sich mit der Einführung eines solchen Kriteriums nicht erreichen.

Das Kriterium ist zudem praxisfern und steht dem Geist der neuen Vergabekultur entgegen. Demnach sollen stattdessen der Qualitätswettbewerb, die Innovation und die Nachhaltigkeit gefördert und verstärkt als Kriterien herangezogen werden. Die Anwendung dieser Kriterien kommt faktisch den schweizerischen Unternehmen, insbesondere den einheimischen KMU, zugute. Das Kriterium der unterschiedlichen Preisniveaus rückt demgegenüber wieder den Preis in den Fokus.

4.5.2 Zuschlagskriterium «Verlässlichkeit des Preises»

Die Verlässlichkeitsklausel hängt grundsätzlich nicht von der anzuwendenden Verfahrensart ab und könnte wohl für jede Beschaffung zur Anwendung gebracht werden. Jedoch hätte auch dieses Zuschlagskriterium erhebliche praktische Unsicherheiten zur Folge. Die Frage, wie verlässlich der offerierte Preis ist, kann vorgängig kaum für einzelne Anbietende unterschiedlich bewertet werden. Der offerierte Preis ist verbindlich und seine Verlässlichkeit wird mit dem Zuschlag fixiert. Es ist selbstverständlich bei der Bewertung der Angebote sicherzustellen, dass die ausgeschriebenen Leistungen vollständig enthalten sind. Dass für nachträgliche Projektänderungen auch zusätzlich zu vergütende Mehrkosten anfallen können, ist ebenfalls bei allen Anbietenden gleichermassen der Fall. Mit diesem Kriterium könnten somit höchstens Hypothesen angestellt werden, wie kulant jede oder jeder Anbietende auf der späteren Geltendmachung berechtigter Mehrkosten bestehen wird. Das ist willkürfrei kaum möglich. Unberechtigte Mehrkosten würden ebenfalls bei allen Anbietenden gleichermassen abgelehnt.

Ausserdem schreibt Artikel 38 Absatz 3 IVöB 2019 im Sinne einer Abklärungspflicht der öffentlichen Hand neu vor, dass die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber nachfragen muss, wenn ein Angebot mit einem ungewöhnlich niedrigen Preis eingeht. Absatz 2 sieht vor, dass von den Anbietenden verlangt werden kann, dass sie ihre Angebote erläutern müssen. Wenn ein aussergewöhnlich günstiges Angebot eingeht, muss die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber somit nachfragen und sich das Angebot allenfalls erklären lassen. Ergibt sich aufgrund der getroffenen Abklärungen, dass ein besonders niedriges Angebot tatsächlich Mängel aufweist, Vorgaben verletzt werden oder davon ausgegangen werden muss, dass die verlangte Leistungserbringung zum angebotenen Preis nicht gewährleistet ist, wird der Anbietende gemäss Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe c IVöB 2019 (und nicht wegen des niedrigen bzw. «nicht verlässlichen» Preises) ausgeschlossen (vgl. auch BGE 143 II 553 E. 7.1). Unlautere Dumpingangebote können also bereits ohne eine Verlässlichkeitsklausel ermittelt und aussortiert werden.

Die Anbietenden haben im Beschaffungswesen grundsätzlich Kalkulationsfreiheit. Ein tiefes Angebot darf nach der heutigen bundesgerichtlichen Rechtsprechung allein aufgrund seines Preises nicht schlechter bewertet werden als höhere Angebote, z.B. mit der Begründung, ein Angebotspreis sei zu tief, unplausibel oder unseriös. Es besteht deshalb grosse Unsicherheit, wie diese Preisplausibilitätsprüfung durch die Vergabestelle im Vergabeverfahren überhaupt bewerkstelligt werden könnte. Auch stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie eine Vergabestelle zudem die Plausibilität der (internen) Preiskalkulation des Anbietenden während des Verfahrens

überprüfen können soll. Die praktischen Schwierigkeiten und der Aufwand für die Vergabestellen sprechen klar gegen dieses Kriterium.

Die Anbietenden könnten durch die separate Prüfung der Preisplausibilität im Weiteren gezwungen sein, bei der öffentlichen Hand nicht mehr hart zu kalkulieren, da sie sonst Punktabzüge riskieren. Eine solche Vergabep Praxis würde zu Effizienzverlusten führen und sich als innovationshemmend erweisen. Dies steht im Widerspruch zur neuen Vergabekultur, welche mehr Nachhaltigkeit, Qualitätswettbewerb und Innovation im Beschaffungswesen anstrebt. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass bei einer Einführung einer Preisverlässlichkeitsklausel der öffentlichen Hand im Gegenzug das Preisniveau im privaten Sektor zusätzlich unter Druck geraten wird.

Schliesslich ist zu unterstreichen, dass die schweizerischen Behörden (Steuerbehörden, Wettbewerbsbehörden etc.) sowie die GAV-Vollzugsorgane die schweizerischen Unternehmen relativ eng überwachen. Da die bei der öffentlichen Hand obsiegenden Anbietenden fast immer schweizerische Unternehmen sind, würden mit dem Zuschlagskriterium «Verlässlichkeit des Preises» letztlich vor allem schweizerische Unternehmen getroffen (u.a. mit Administrativaufwand).

Die revidierte IVöB enthält andere Möglichkeiten und Instrumente, um das Ziel der Preisverlässlichkeit zu erreichen. So ist es nach dem neuen Beschaffungsrecht ausdrücklich zulässig, die angebotene Leistung (nicht nur den Preis) im Rahmen des Zuschlagskriteriums «Plausibilität des Angebots» zu plausibilisieren und zu bewerten. Bei Anwendung dieses Zuschlagskriteriums führen unplausible Angaben zu einer schlechteren Bewertung in der Benotung. Das kann auch Preisangaben oder preisbezogene Angebotsteile betreffen, sodass ein weiteres ähnliches Kriterium nicht nötig ist und eine Klärung des Verhältnisses dieser Kriterien untereinander unterbleiben kann. Die Abgrenzung in einer konkreten Bewertung im Verfahren wäre für die Vergabestelle schwierig und würde Fehlerrisiken bergen.

Für die Praxis bedeutet dies beispielsweise, dass die Schätzung des Stundenaufwandes im Angebot entweder mit einer individuellen Qualitätsprognose oder durch eine Gegenüberstellung zu den Angeboten der Mitbewerber oder der internen Aufwandschätzung der Vergabestelle überprüft und verifiziert werden darf (vgl. dazu BGE 143 II 553, E. 7.5.2).

Hinzu kommt ausserdem, dass die in seiner Gesamtheit anfallenden Beschaffungskosten mit dem Zuschlagskriterium «Lebenszykluskosten» bewertet werden können. Dieses Kriterium geht über die reinen Anschaffungskosten hinaus und stellt somit eine gesamtheitlichere Preisbeurteilungsmethode dar (Grundsatz «von der Planung bis zur Entsorgung»).

4.5.3 Fazit

Wie bereits festgehalten, ist die Aufnahme von zusätzlichen, generell-abstrakten Zuschlagskriterien aufgrund von Artikel 63 Absatz 4 IVöB 2019 nicht zulässig. Ausserdem sind sowohl die Preisniveau- als auch die Verlässlichkeitsklausel weder praktikabel noch zielführend, da sie einen Mehraufwand sowohl für die Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber als auch für die Anbietenden nach sich ziehen und dennoch mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind. Die Regierung ist aufgrund dieser Rechts- und Sachlage der Ansicht, dass auf die Aufnahme dieser oder ähnlicher zusätzlicher Kriterien zu verzichten ist.

4.6 Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe zu Themen wie Arbeitsbedingungen, Lohngleichheit, Umweltstandards

Einzelne Vernehmlassende vermissten im Erläuternden Bericht eine vertiefte Auseinandersetzung mit Themen wie Ausnahmen, Arbeitsbedingungen, Lohngleichheit und Umweltstandards (Art. 10 und 12 IVöB 2019) und wünschten sich in der Botschaft einen Ausblick auf die entsprechende Umsetzung in den Ausführungsbestimmungen.

Im Erläuternden Bericht zur Vernehmlassung wurde von der Regierung für vertiefere Ausführungen zu den verschiedenen behandelten Themen auf die sehr umfassende Musterbotschaft des InöB zur revidierten IVöB verwiesen. In dieser werden auch zu den von den Vernehmlassenden genannten Themenfeldern auf den Seiten 37–47 einlässliche Ausführungen angestellt. Ausserdem findet sich in der nachstehenden Ziffer XV. ein Ausblick auf die Stossrichtung und den Inhalt der regierungsrätlichen Ausführungsverordnung, sodass den Anliegen der Vernehmlassenden Rechnung getragen wird.

4.7 Schaffung einer Ausnahmeregelung für sogenannte «Intragroup-Vergaben» an Sektorunternehmen

Ein Vernehmlassender aus dem Energieversorgungsbereich beantragt in seiner Eingabe die Schaffung einer Ausnahmeregelung für sogenannte «Intragroup-Vergaben». Mit dieser Regelung soll der Ausnahmenkatalog von Artikel 10 IVöB 2019 auf Aufträge der Tochtergesellschaften an die kontrollierende Muttergesellschaft oder andere von der Muttergesellschaft kontrollierte Unternehmen ausgeweitet werden, da gemäss heutiger Rechtsprechung unter gewissen Voraussetzungen nur Aufträge von der dem Vergaberecht

unterstellten Muttergesellschaft an die Tochtergesellschaft vergaberechtsfrei erteilt werden könnten, nicht aber in umgekehrter Richtung.

Artikel 10 IVöB 2019 sieht einen Katalog von Leistungen vor, die vom Geltungsbereich der Vereinbarung ausgenommen sind. Gemäss Wortlaut der Bestimmung und auch den Ausführungen in der Musterbotschaft des InöB zur revidierten IVöB handelt es sich dabei um eine abschliessende Aufzählung. Alle Ausnahmen sind bereits im Staatsvertragsrecht enthalten oder ergeben sich aus einem Vorbehalt der Schweiz anlässlich ihres Beitritts zum jeweiligen Übereinkommen. Eine Ausweitung der abschliessend im Konkordat normierten Ausnahmetatbestände ist dem Kanton nicht erlaubt und würde sich als konkordatswidrig erweisen. Dem Anliegen kann deshalb von der Regierung nicht entsprochen werden.

4.8 Jährliche Berichterstattung der Regierung zum öffentlichen Beschaffungswesen

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens wurde von einzelnen Adressaten beantragt, dass die Regierung jährlich über das Beschaffungswesen einen Bericht zu erstatten habe und dieser Bericht dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht werden solle.

Gemäss der bestehenden Submissionsgesetzgebung und auch in den künftig vorgesehenen, kantonalen Beschaffungsvorschriften ist der Kanton verpflichtet, auf der Basis der ihm von den Auftraggeberinnen und Auftraggebern gemeldeten Vergaben (jährlich rund 6000–7000 Meldungen) im Rahmen eines relativ detaillierten Statistikberichts über die getätigten Beschaffungen jährlich zu berichten.

Der Kanton Graubünden ist heute der einzige Kanton in der Schweiz mit einer derart umfassenden gesetzlichen Melde- und Berichterstattungspflicht im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens. Diese erlaubt es dem Kanton seit mittlerweile rund 20 Jahren, den jährlichen Vergabestatistikbericht zu erstellen und allen Interessierten einen aussagekräftigen Überblick über das öffentliche Beschaffungswesen zu verschaffen. Die jährlichen Vergabestatistiken werden auf der Homepage des DIEM (<https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/diem/ds/beschaffungswesen/statistiken/Seiten/default.aspx>) publiziert und sind somit öffentlich für alle Interessierten einsehbar.

In der Vergangenheit konnte im Weiteren auf der Grundlage dieser detaillierten Vergabedaten aller öffentlichen Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber sowie der weiteren Berichtsausführungen der politische Diskurs geführt und entsprechende Anfragen des Grossen Rats mittels statistischem Zahlenmaterial beantwortet werden. Nebst dem Kanton Graubünden be-

richtet, soweit ersichtlich, nur der Kanton St. Gallen – in eingeschränkter Weise – regelmässig über seine öffentlichen Auftragsvergaben.

Die Regierung ist aufgrund dieser Sachlage der Auffassung, dass die bisherige Berichterstattung, welche bereits auf Seiten der meldepflichtigen Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand auslöst, für die politische Debatte ausreichend ist und den Informationsansprüchen der Öffentlichkeit genügend Rechnung trägt. Sie vertritt deshalb die Ansicht, dass die beantragte alljährliche Berichterstattung gegenüber dem Grossen Rat über das Ziel hinausschiesst und im Gesetzesentwurf keine Berücksichtigung finden soll. Gleichzeitig beabsichtigt sie, im Rahmen künftiger Statistikberichte auch weitere Themen von allgemeinem Interesse aufzugreifen und im Bericht abzubilden (z.B. Auswirkungen des neuen Beschaffungsrechts, Ausbildungsprogramm).

X. Erläuterungen zum Gesetzesentwurf eines Einführungsgesetzes zur IVöB 2019 (EGzIVöB)

1. Vorbemerkung

Die Gesetzesvorlage für ein Einführungsgesetz zur IVöB 2019 (EGzIVöB) orientiert sich im Sinne der angestrebten Harmonisierung mit den anderen Kantonen am Musterbeitrittsgesetz der BPUK (siehe Vernehmlassungsunterlagen oder unter <https://www.bpuk.ch/bpuk/konkor-date/ivoeb/ivoeb-2019>).

Gemäss Ziff. 4.2.1 der Richtlinien für die Rechtsetzung des Kantons Graubünden erhalten Gesetze, die unmittelbar der Einführung von Bundesrecht dienen, die Bezeichnung «Einführungsgesetz» (z.B. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr, EGzSVG). Das EGzIVöB dient zwar nicht der Einführung von Bundesrecht, aber von anderem übergeordnetem Recht, nämlich von interkantonalem Recht. Es enthält Bestimmungen, die über den blossen Beitritt zur IVöB 2019 hinausgehen. Daher rechtfertigt es sich, das Gesetz als Einführungsgesetz statt als Beitrittsgesetz zu bezeichnen.

2. Allgemeines

Mit dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 sind nur noch wenige ergänzende materielle kantonale Bestimmungen zum Beschaffungsrecht zulässig. Die IVöB 2019 ist direkt anwendbar. Artikel 63 Absatz 4 IVöB 2019 erlaubt den Kantonen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, und zwar materiell zu Ar-

tikel 10 (Ausnahmen), Artikel 12 (Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen, der Lohngleichheit und des Umweltrechts) und Artikel 26 (Teilnahmebedingungen) des Konkordats. Abweichende Bestimmungen zur IVöB in anderen Bereichen sind – mit Ausnahme der zum Vollzug notwendigen Bestimmungen – nicht zulässig. Ausführungsbestimmungen sind Normen organisatorischer, vollziehender oder konkretisierender Natur. Sie müssen sich an den gesetzlichen Rahmen halten und dürfen insbesondere keine neuen Vorschriften aufstellen, welche die Rechte der Adressaten beschränken oder ihnen neue Pflichten auferlegen. Nicht zulässig wäre es zum Beispiel, auf dem Weg des Ausführungsrechts neue generell-abstrakte Zuschlagskriterien wie die Berücksichtigung unterschiedlicher Preisniveaus (vgl. dazu das Rechtsgutachten Walder Wyss Rechtsanwälte vom 11. März 2020 im Auftrag der BPUK, Rz. 94 ff., abrufbar unter https://www.bpuk.ch/fileadmin/Dokumente/bpuk/public/de/dokumentation/berichte-gutachten-konzepte/oeffentliches-beschaffungswesen/DE_Rechtsgutachten_Beruecksichtigung_unterschiedlicher_Preisniveaus.pdf) zu schaffen. In den Ausführungsbestimmungen sind demnach massgeblich formelle Verfahrensvorschriften und Zuständigkeiten für Vollzug und Aufsicht zu regeln.

3. Gegenstand (Art. 1)

Artikel 1 beschreibt den Regelungsgegenstand des vorliegenden Erlasses, nämlich die Einführung der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 (IVöB) im Kanton Graubünden.

4. Geltungsbereich (Art. 2)

Artikel 2 erweitert den Geltungsbereich der Vereinbarung auf Aufträge an Organisationen der Arbeitsintegration. Damit wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Rahmen der Ausführungsbestimmungen (Art. 63 Abs. 4 IVöB 2019) eine Unterstellung dieser Aufträge festzulegen (vgl. Erläuterungen in der Musterbotschaft zu Art. 10 Abs. 1 lit. e IVöB 2019, S. 37 ff.).

Die Unterstellung dieser Aufträge entspricht der bisherigen Ausschreibungspraxis des Kantons Graubünden und mehrerer Deutschschweizer Kantone. Weiter ist zu bedenken, dass es sich teilweise um bedeutende Auftragssummen handelt (rund 650 Millionen Franken pro Jahr in der Schweiz) und dass es sich bei diesen Organisationen nicht nur um wohltätige Einrichtungen handelt, sondern auch gewinnstrebende Dienstleisterinnen und Dienstleister am Markt auftreten. Die generelle Ausnahme von Aufträgen an Institutionen der Arbeitsintegration lässt sich sachlich nicht begründen

und stünde im Widerspruch zum nach wie vor zentralen Wirtschaftlichkeitsgedanken und zur Transparenz im Beschaffungswesen.

5. Veröffentlichungen (Art. 3)

Die Auftraggeberinnen und Auftraggeber haben Zuschläge, die im Staatsvertragsbereich gestützt auf eine Ausnahmebestimmung nach Artikel 21 Absatz 2 IVöB 2019 freihändig vergeben werden, gemäss Artikel 48 Absatz 1 IVöB 2019 zu veröffentlichen. Die IVöB 2019 überlässt es den Kantonen, ob sie diese Pflicht analog auch für den Nichtstaatsvertragsbereich vorschreiben wollen. Da eine solche Veröffentlichungspflicht sowohl der Transparenz – es handelt sich um eine Ausnahme gemäss Artikel 21 Absatz 2 IVöB 2019 – als auch der Rechtssicherheit für alle Beteiligten dient, sollen auch im Binnenmarktbereich die freihändigen Vergaben nach Artikel 21 Absatz 2 IVöB 2019, wie im Mustergesetz vorgeschlagen, veröffentlicht werden.

6. Rechtsschutz (Art. 4)

Nach Artikel 52 Absatz 1 IVöB 2019 ist gegen Verfügungen der Auftraggeberinnen und Auftraggeber «mindestens ab dem für das Einladungsverfahren massgebenden Auftragswert» die Beschwerde an das kantonale Verwaltungsgericht als einzige kantonale Instanz zulässig, wobei es den Kantonen ausserhalb des Staatsvertragsbereichs freisteht, den Rechtsweg bereits ab einem Franken oder aufgrund der Verfahrensart zu eröffnen (Musterbotschaft, S. 95). Im Bundesrecht gilt der Rechtsschutz für Bauleistungen ab dem Schwellenwert des offenen oder selektiven Verfahrens und für andere Leistungen ab dem Schwellenwert des Einladungsverfahrens (Art. 52 Abs. 1 BöB 2019).

Der Kanton Graubünden kannte bisher den Rechtsschutz ab Stufe Einladungsverfahren, und zwar unabhängig vom konkreten Auftragswert, der gewöhnlich erst mit der Offertöffnung bekannt wird. Diese Regelung hat sich im Kanton bewährt und soll aus diesem Grund beibehalten werden. Eine Anfechtungsmöglichkeit der Anbietenden besteht überdies weiterhin, wenn trotz Erreichen der massgeblichen Schwellenwerte kein formelles Beschaffungsverfahren von den Auftraggeberinnen und Auftraggebern beschrritten wurde (z.B. freihändiges Verfahren anstelle des vom Gesetzgeber vorgesehenen Einladungsverfahrens oder offenen Verfahrens).

Eine Ausdehnung des Rechtsschutzes unterhalb des Einladungsverfahrens auch auf freihändige Verfahren und somit selbst auf Kleinstaufträge

erscheint dagegen nicht als sachgerecht. Bei unerschwelligen freihändigen Beschaffungen muss die Auftraggeberin bzw. der Auftraggeber keinerlei Dokumentation anfertigen – also keine Kriterien festlegen und den Vergabeentscheid weder formalisieren noch begründen. Die rechtliche Überprüfung durch das Verwaltungsgericht würde sich daher mangels Aktengrundlagen sehr schwierig gestalten. Auch die möglichen Rügen wären stark eingeschränkt: Weil das unerschwellige freihändige Verfahren der Auftraggeberin bzw. dem Auftraggeber sehr viel Freiheit in der Wahl des Vertragspartners lässt, könnte ein Beschwerdeführer oder eine Beschwerdeführerin nicht z.B. Fehler bei der Evaluation geltend machen, sondern höchstens grobe Verletzungen beschaffungsrechtlicher Grundsätze (Musterbotschaft zu Art. 21 Abs. 1 IVöB 2019, S. 55).

7. Meldung von Ausschlüssen (Art. 5)

Artikel 5 enthält die Verpflichtung der Auftraggeberin oder des Auftraggebers, bei Ausschlüssen nach Artikel 45 Absatz 1 IVöB 2019 dem Kanton eine Kopie des rechtskräftigen Entscheids zuzustellen. Letzterer sorgt für die Meldung an das InöB (Art. 45 Abs. 3 IVöB 2019), wobei die Regierung die hierfür zuständige Stelle (DIEM) bezeichnen wird. Das DIEM ist bereits gemäss heutigem Recht mit verschiedenen Vollzugsaufgaben im Beschaffungsbereich betraut. Mit der IVöB 2019 besteht neu insbesondere die Möglichkeit, neben dem fehlbaren Anbietenden auch fehlbare Subunternehmerinnen und Subunternehmer zu sanktionieren.

8. Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen (Art. 6)

Die Kantone können Ausführungsbestimmungen zur IVöB 2019 erlassen (Art. 63 Abs. 4 IVöB 2019). Die entsprechende Kompetenz wird wie im geltenden Recht (Art. 35 Abs. 1 SubG) der Regierung übertragen. Dies rechtfertigt sich, weil die damit zu regelnden Einzelheiten der Organisation und des Verfahrens gegebenenfalls rasch neuen wirtschaftlichen, politischen oder rechtlichen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Die entsprechende Verordnung soll zeitgleich mit dem Inkrafttreten der IVöB 2019 und dem EGzIVöB 2019 erlassen werden.

Die nicht abschliessende Aufzählung in Artikel 6 vermittelt einen Überblick darüber, welche Themen aus heutiger Sicht Gegenstand der Ausführungsbestimmungen sein können. Die Ermächtigungen erstrecken sich insbesondere auf:

- die Bezeichnung der für den Vollzug, die Kontrollen und die Aufsicht verantwortlichen Stellen;
- die Festlegung der Modalitäten zum elektronischen Verfahren (elektronische Abgabe von Angeboten und Eröffnung von Verfügungen);
- das Vorsehen von öffentlichen Offertöffnungen;
- das Vorsehen von zusätzlichen Publikationsorganen;
- das Vorsehen von zusätzlichen Statistiken;
- die Delegation der Mitteilungsbefugnis der Auftraggeberin oder des Auftraggebers zur Eröffnung von Verfügungen;
- die Bezeichnung der für den Vollzug, das Führen der Statistik, die Auskunftserteilung und die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Beschaffungswesen zuständigen Stellen;
- die Schaffung einer unabhängigen Meldestelle für die Meldung von Missständen im öffentlichen Beschaffungswesen;
- die Vornahme von Massnahmen, welche die Auftraggeberinnen und Auftraggeber gegen Risiken wie das Fehlverhalten von Anbietenden oder des Beschaffungspersonals treffen.

Diese Ermächtigungen bzw. Aufgaben sind weitestgehend schon in der bestehenden kantonalen Submissionsverordnung enthalten. Beibehalten werden soll aus Gründen der Verfahrenstransparenz unter anderem die öffentliche Offertöffnung, welche auch gemäss Artikel 36 Buchstabe g IVöB 2019 weiterhin möglich ist. Gemäss den Vorgaben der IVöB 2019 muss in jedem Fall spätestens nach dem Zuschlag auf Verlangen der Anbietenden Einsicht in das Protokoll mit unter anderem den jeweiligen Gesamtpreisen der Angebote gewährt werden (Art. 37 Abs. 4 IVöB 2019). Gegen eine Teilnahme der Anbietenden an der Offertöffnung wenige Tage oder Wochen vor der Mitteilung des Zuschlagsentscheids, und dies namentlich nach der erfolgten Offertabgabe, spricht somit auch aus Sicht der Auftraggeberin bzw. des Auftraggebers nichts dagegen. Die Teilnahmemöglichkeit an der Offertöffnung ist ausserdem laut Organisationen wie Transparency International eines der wirksamsten Instrumente gegen Korruptionsvorgänge im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.

Eine Neuerung stellt dagegen die in Litera i aufgenommene Verpflichtung der Auftraggeberinnen und Auftraggeber zur Vornahme von Massnahmen gegen ein mögliches Fehlverhalten von Anbietenden oder der mit Beschaffungen betrauten Personen dar, welche sich aus Artikel 11 Buchstabe b IVöB 2019 ergibt (vgl. vorstehende Ausführungen in Ziff. 4.11). Mittels Präventivmassnahmen (Checklisten, Verhaltenskodex, Selbstdeklarationen, Unbefangenheitserklärungen etc.) soll Interessenskonflikten, unzulässigen Wettbewerbsabreden und Korruptionsvorgängen noch stärker seitens der Beschaffungsstellen begegnet werden. Hierfür wird das DIEM die bereits

bei der kantonalen Verwaltung implementierten und noch weiter zu verfeinernden Vollzugsinstrumente den Gemeinden und den weiteren öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern zur Verfügung stellen. Zudem sollen die Beschaffungsverantwortlichen im Rahmen des Aus- und Weiterbildungsprogramms des Kantons auf diese wichtigen Themen regelmässig sensibilisiert werden. Entsprechende Informationsveranstaltungen wurden für alle Bündner Gemeinden in den vergangenen Jahren bereits durchgeführt (u. a. gemeinsam mit der WEKO).

Zu einer weiteren Professionalisierung der Ausbildung im öffentlichen Beschaffungswesen dürfte schliesslich die von Bund und Kantonen (Interessengemeinschaft eidgenössische Abschlüsse öffentliche Beschaffung IAöB) lancierte Berufsprüfung «Spezialist/-in öffentliche Beschaffung mit eidg. Fachausweis» führen. Der Kanton Graubünden ist Mitglied dieses Vereins und im Vorstand sowie in der Qualitätssicherungskommission vertreten. Im Rahmen des modular aufgebauten Berufsprofils eignen sich die Studierenden bei akkreditierten Bildungsanbietenden umfassende Kompetenzen für die korrekte und effiziente Abwicklung von Beschaffungsprozessen an. Ein Teilmodul der Ausbildung widmet sich dabei dem Thema der Compliance (Erkennen und Vermeiden von regelwidrigem Verhalten, Sensibilisierung im Bereich der Unbefangenheit und der Antikorruptionsregeln). Die ersten Prüfungen werden im Herbst 2021 abgenommen.

Neu soll gemäss Litera g eine externe und somit gänzlich von der Seite der Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber unabhängige Anlaufstelle für die Entgegennahme von Meldungen hinsichtlich Missständen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, wie z. B. die Vornahme von Wettbewerbsabreden oder Korruptionsvorgänge, geschaffen werden. Die Meldung kann über eine gesicherte Plattform unter Angaben, die der Identifikation der hinweisgebenden Person dienen, oder aber auch vollkommen anonym erfolgen und sollte zumindest auf einem hinreichenden Verdacht des Hinweisgebenden beruhen. Blosser Vermutungen und Gerüchte genügen nicht. Zudem soll die Meldung in guten Treuen erstattet werden, d. h. die hinweisgebende Person den Inhalt der Meldung für wahr halten darf, oder es gute Gründe gibt, weshalb das Gemeldete für wahrscheinlich gehalten werden darf. Die Meldestelle prüft hierauf den Inhalt der Meldung auf Basis der erhaltenen Informationen und allfällig weiterer Auskünfte der hinweisgebenden Person. Ergibt sich aufgrund der Hinweise ein hinreichender Anfangsverdacht, so leitet die Meldestelle unter Anonymitätswahrung die Meldung zur weiteren Prüfung an die zuständige Aufsichtsinstanz (z. B. Regierung, Amt für Gemeinden) oder an die zuständige Untersuchungsbehörde (z. B. Staatsanwaltschaft, WEKO) weiter. Diese haben nach Abschluss ihrer Prüfungen die Meldestelle über die Art der Erledigung zu informieren. Damit soll sichergestellt werden, dass allfällige Meldungen auch an die Hand

genommen werden und nicht versanden. Die von der Meldestelle benachrichtigten Instanzen dürften allerdings bei diesen heiklen Themen wie Korruption etc. ein hohes Interesse an einer raschen Klärung des Sachverhalts sowie der Beseitigung eines allfälligen Missstandes haben. Der Meldestelle kommen sodann keine weiteren Untersuchungs- bzw. Vollzugsaufgaben zu. Über ihre Tätigkeiten informiert die Meldestelle im Rahmen eines jährlich zu publizierenden Berichts.

Mit der verwaltungsexternen Ansiedlung der heute beim DIEM angegliederten Anlaufstelle wird einer Empfehlung der PUK Baukartell Nachachtung verschafft (siehe unter Ziff. IX./4.2). Damit sollen zum einen die Neutralität der Stelle weiter gestärkt und zum anderen allfällige Hürden für Meldewillige abgebaut werden.

Die Regierung wird im Falle des Beitritts zur neuen IVöB gemäss dem ebenfalls den Vernehmlassungsunterlagen zu entnehmenden Entwurf eines Beitrittsbeschlusses sodann ermächtigt, spätere Anpassungen der IVöB, soweit sie weniger wichtig sind, zu ratifizieren sowie mit anderen Kantonen und benachbarten Staaten Gegenrechtsvereinbarungen abzuschliessen. Diese Ermächtigungsklausel enthielt bereits der Beitrittsbeschluss zur IVöB 2001. Des Weiteren kann sie den Beschluss über den Beitritt des Kantons Graubünden zur IVöB 2001 aufheben, wenn sämtliche Kantone der IVöB 2019 beigetreten sind.

XI. Fremdänderungen

In den neuen beschaffungsrechtlichen Vorschriften wird konsequent die Terminologie «öffentliches Beschaffungswesen» für diesen Bereich des öffentlichen Rechts verwendet. Der Begriff des «Submissionswesens» oder des «Submissionsrechts» findet sich nicht mehr. Entsprechend sollen im Sinne einer formellen Nachführung auch im Gesetz über die Pensionskasse Graubünden (PKG; BR 170.450) sowie im Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG; BR 830.100) die neuen Begrifflichkeiten verwendet werden. Materielle Änderungen werden keine vorgenommen.

XII. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Harmonisierung der nationalen Beschaffungsrechtsordnungen bringt auch auf kantonaler und kommunaler Ebene Vorteile mit sich. Es wird erwartet, dass sich die angestrebte Rechtsangleichung einerseits im Verhältnis zwischen Bund und Kantonen sowie andererseits auch im Verhältnis der

Kantone und Gemeinden unter sich positiv auswirkt, sobald die IVöB 2019 für sie in Kraft getreten ist. Gründe dafür sind z.B. einheitlichere Rechtsprechung, Erfahrungsaustausch, gemeinsame Vorlagen, ähnliche Hilfs- und Lehrmittel sowie abgestimmte Aus- und Weiterbildungen.

Die Beschaffungsgrundsätze, die Vergabeabläufe und die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens bleiben trotz allem in grossen Teilen unverändert. Die Revision dürfte für die Schulung von kantonalen und kommunalen Stellen sowie für die Bereitstellung der Hilfsmittel geringfügige finanzielle Auswirkungen haben, die mit den vorhandenen finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen zu bewältigen sein sollten. Ein geringer Mehraufwand dürfte dem Kanton infolge der Schaffung einer externen Meldestelle für die Meldung von Missständen im Beschaffungswesen entstehen. Aufgrund der Erfahrungswerte des bisher mit der Aufgabe betrauten Kompetenzzentrums Beschaffungswesen ist jedoch mit äusserst wenigen Meldungen zu rechnen, die bei der Meldestelle eingehen werden und von dieser im Sinne einer Vorprüfung behandelt werden müssen.

Mittel- und langfristig dürften die neuen Beschaffungsvorschriften überschaubare monetäre Auswirkungen nach sich ziehen. Die Flexibilisierung des Vergabeprozesses, wie etwa die Einführung neuer Beschaffungsinstrumente, kann demgegenüber zusätzliche Kosten mit sich bringen. Da es sich meist um Kann-Bestimmungen handelt, entscheidet jede Beschaffungsstelle eigenständig, ob und wie sie diese Bestimmungen umsetzen will. Die aus der Revision resultierenden Kosten (z.B. im Zusammenhang mit der stärkeren Gewichtung von Qualitäts- und Nachhaltigkeitsaspekten) hängen damit stark vom konkreten Vollzug ab und sind demnach nicht genau quantifizierbar. Diesbezüglich ist allerdings darauf hinzuweisen, dass bei der Anschaffung zwar teurere, qualitativ aber bessere Angebote über die gesamte Lebensdauer betrachtet vielfach besser abschneiden. Die verstärkte Berücksichtigung von Betriebs- und Lebenszykluskosten kann sich somit in finanzieller Hinsicht ebenfalls positiv auswirken.

Mit der schweizweiten Harmonisierung des öffentlichen Beschaffungsrechts bis auf Vollzugsstufe wird einer seit langem bestehenden Forderung der Wirtschaft Rechnung getragen. In naher Zukunft werden Anbietende keine regional unterschiedlichen Beschaffungsvorschriften mehr vorfinden, sondern können im gesamten schweizerischen Binnenmarkt dank nahezu identischer Gesetzesbestimmungen und Vollzugsinstrumente auf ein weitestgehend vereinheitlichtes Beschaffungsrecht vertrauen. Dies dürfte zu einer deutlichen Vereinfachung und damit auch zu Kosteneinsparungen bei den Anbietenden führen. Die verbesserte Anwenderfreundlichkeit, Klarheit und Rechtssicherheit versprechen ebenfalls Sparpotenzial.

Mit dem Beitritt zur IVöB 2019 erschliessen sich den Schweizer Anbietenden zudem neue Märkte. Und durch die generelle Stärkung von Inno-

vation, Nachhaltigkeit und des Qualitätswettbewerbs werden die Schweizer KMU ihre Stärken eher noch besser zum Tragen bringen können, wobei bereits heute nur ein sehr geringer Prozentsatz (2018: ca. 2 Prozent) der Aufträge aus dem Kanton Graubünden an Unternehmungen mit Sitz im Ausland geht. Hierbei handelt es sich zudem vielfach um Spezialleistungen, die von einheimischen Anbietenden gar nicht erst angeboten werden.

Durch den Beitritt zur IVöB 2019 und die damit verbundenen Anpassungen in der Gesetzgebung ergibt sich schliesslich keine administrative Mehrbelastung des Gewerbes. Die schweizweite Vereinheitlichung der Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen führt im Gegenteil – wie oben beschrieben – zu einer Verminderung der administrativen Belastungen der Unternehmen. Zudem wird der vermehrte Einsatz technologischer Hilfsmittel sowie die gesetzlich neu vorgeschriebene Nutzung einer gemeinsamen Internetplattform für öffentliche Beschaffungen von Bund und Kantonen (simap.ch) dank einheitlicher Vorlagen, standardisierter Anbieterprofile, automatischer Benachrichtigung der Anbietenden über Ausschreibungen etc. tiefere Transaktions- bzw. Gesamtangebotskosten bewirken.

XIII. Regulierungsfolgenabschätzung (RFA)

Die schweizweite Vereinheitlichung der beschaffungsrechtlichen Vorschriften und insbesondere die zwingende Nutzung einer gemeinsamen Ausschreibungsplattform wird zu einer spürbaren Angleichung der heute teilweise unterschiedlichen Beschaffungsabläufe der öffentlichen Hand führen. Hiervon werden im besonderen Masse die Anbieter profitieren, die sich erfahrungsgemäss vielfach in verschiedenen Kantonen bewegen oder auch beim Bund offerieren. So müssen sie künftig nicht mehr je nach Kanton oder Staatsebene unterschiedliche Verfahrensvorgaben beachten, was insbesondere für die KMU eine starke Vereinfachung und Entlastung darstellt.

Als Folge der Rechtsvereinheitlichung des Vergaberechts kann die kantonale Ausführungsgesetzgebung deutlich entschlackt werden. So weist das neue Einführungsgesetz noch insgesamt sieben Artikel auf, wogegen das mit dem Beitritt zur IVöB 2019 aufzuhebende SubG noch 38 Bestimmungen enthält. Auch die von der Regierung noch zu erlassende Ausführungsverordnung wird gegenüber der bisherigen Submissionsverordnung deutlich kürzer ausfallen (siehe unter Ziff. XV).

XIV. Gute Gesetzgebung

Das vorliegende Gesetzgebungsprojekt setzt die Grundsätze der Notwendigkeit, Subsidiarität und Flexibilität um. Der vorliegende Entwurf der EGzIVöB trägt folglich den von der Regierung beschlossenen Vorgaben zur Rechtssetzung Rechnung (vgl. Beschluss der Regierung vom 16. November 2010, Nr. 1070/2010).

XV. Regierungsrätliche Ausführungsverordnung

Artikel 64a des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100) verpflichtet die Regierung seit dem 1. April 2021, in Botschaften an den Grossen Rat zu Teil- oder Totalrevisionen von Gesetzen nähere Ausführungen über den Inhalt der vorgesehenen regierungsrätlichen Ausführungsverordnungen zu machen. Durch dieses neue Informationsrecht sollen der Grosse Rat und seine Kommissionen bereits während des Gesetzgebungsverfahrens Kenntnis davon erhalten, ob und welche Regelungen von der Regierung infolge der dem Grossen Rat unterbreiteten Gesetzesänderungen auf Verordnungsebene geplant sind. Um diese Vorgaben zu erfüllen, soll nachfolgend der Inhalt der Änderungen skizziert werden, welche die Regierung aufgrund des Erlasses des EGzIVöB auf Verordnungsebene zu erlassen beabsichtigt.

In der neuen Verordnung zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (RVzEGzIVöB) werden die im EGzIVöB der Regierung übertragenen Regelungskompetenzen (Art. 6 EGzIVöB) ausgeführt und insbesondere die Einzelheiten des Verfahrens, des Vollzugs und der Organisation geregelt. Die neue Verordnung unterscheidet sich aufgrund der höheren Regeldichte der IVöB 2019 in Aufbau und teilweise auch im Inhalt wesentlich von der bisherigen SubV und weist nur etwa die Hälfte der Bestimmungen auf.

Als zuständige kantonale Stelle für den einheitlichen Vollzug des öffentlichen Beschaffungswesens im Kanton, die Meldung von Ausschlüssen gemäss Artikel 45 Absatz 1 IVöB, das Führen der Statistiken, die Auskunftserteilung und die Aus- und Weiterbildung soll weiterhin das DIEM amten. Die anfallenden Aufgaben sollen dabei von dem beim Departementssekretariat angesiedelten Kompetenzzentrum Beschaffungswesen als Fachstelle wahrgenommen werden.

Neu aufgenommen werden sollen in der RVzEGzIVöB die Ausführungsbestimmungen für die Schaffung einer unabhängigen Meldestelle für Missstände im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens sowie die konkreten Massnahmen gegen Interessenkonflikte und Korruption. Die Mitarbeiten-

den einer Auftraggeberin bzw. eines Auftraggebers sowie von diesen beauftragte Dritte, die an einem Beschaffungsverfahren mitwirken, sollen explizit verpflichtet werden, Nebenbeschäftigungen und Auftragsverhältnisse sowie Interessenbindungen, die zu einem Interessenkonflikt beim Vergabeverfahren führen können, offenzulegen und eine Erklärung ihrer Unbefangenheit zu unterzeichnen. Darüber hinaus hat eine Auftraggeberin bzw. ein Auftraggeber seine Mitarbeitenden, die an Vergabeverfahren mitwirken, regelmässig darauf hinzuweisen, wie sie Interessenkonflikte und Korruption wirksam vermeiden.

Wie bis anhin soll die Überprüfung der Teilnahmebedingungen im Beschaffungswesen mittels eines Selbstdeklarationssystems mit Sanktionsandrohung (bis fünf Jahre Ausschluss) erfolgen. Dieses Prüfsystem, welches für die Anbietenden den administrativen Aufwand in Grenzen hält, wird in fast allen Kantonen angewendet und hat sich sehr bewährt. Gemäss den Erfahrungen der Beschaffungsstellen und den erhaltenen Meldungen seitens der Paritätischen Berufskommissionen halten sich die allermeisten Anbietenden bei öffentlichen Beschaffungen an die Spielregeln, sodass die standardmässige Einforderung umfangreicher Nachweise im Rahmen der Angebotseingabe unverhältnismässig wäre. Die Auftraggeberinnen und Auftraggeber können ihrerseits die in der Selbstdeklaration gemachten Angaben im Rahmen von Stichproben oder bei Verdachtsfällen nachkontrollieren oder durch andere Gremien kontrollieren lassen, insbesondere durch die zuständigen paritätischen Berufskommissionen und Gleichstellungsbüros. In der Selbstdeklaration müssen die Anbietenden künftig die Einhaltung der Teilnahmebedingungen in Bezug auf mindestens folgende Bereiche zusichern: Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen, Lohngleichheit von Frau und Mann, Schwarzarbeitsgesetz, Umwelt, Steuern und Sozialabgaben, Wettbewerbsabreden, Korruption und finanzielle Stabilität. Darüber hinaus muss ein Anbietender seine Subunternehmerinnen und Subunternehmer ebenfalls vertraglich verpflichten, die Teilnahmebedingungen einzuhalten. Kommt ein Anbietender oder dessen Subunternehmen den Verpflichtungen nicht nach, drohen ihnen die Sanktionsfolgen von Artikel 44 und 45 IVöB 2019.

Sodann sollen in der Ausführungsverordnung das mit der IVöB 2019 neu eingeführte Instrument des Dialogs aufgenommen und dessen Modalitäten geregelt werden (Ablauf des Dialogs einschliesslich Dauer, Fristen, Entschädigung, Nutzung der Immaterialgüterrechte und Informationsfluss).

Weiter soll in der Verordnung analog wie beim Bund ein sogenanntes Debriefing aufgenommen werden. Im Rahmen eines Debriefings führt eine Auftraggeberin bzw. ein Auftraggeber mit einem nicht berücksichtigten Anbietenden auf dessen Verlangen hin ein Nachgespräch durch. Dabei werden dem Anbietenden unter Wahrung der Vertraulichkeitsaspekte insbesondere die wesentlichen Gründe für die Nichtberücksichtigung des Angebots be-

kannt gegeben. Ein professionelles Debriefing mit den nichtberücksichtigten Anbietenden kann zur Unterbreitung besserer Offerten in nachfolgenden Beschaffungsverfahren beitragen, weshalb es auch im Interesse der öffentlichen Hand liegt. Bereits heute führen die Auftraggeberinnen und Auftraggeber im Rahmen der Akteneinsicht eigentliche Begründungsgespräche durch. Mit der ausdrücklichen Aufnahme eines Debriefings in der Verordnung wird dieses Instrument für alle Verfahrensarten, und somit auch für freihändige Verfahren, nunmehr gesetzlich geregelt und werden die Gehörrechte der Anbietenden gestärkt.

In der neuen Verordnung sollen zur Förderung der Sprachenvielfalt bzw. zur Vermeidung von Ungleichbehandlungen die Regelungen zur Sprache des Verfahrens, der Ausschreibung und des Angebots umfassender als in der bisherigen SubV ausfallen. Gemäss der vorgesehenen Formulierung hat der Auftraggeber auf die sprachlichen Verhältnisse des Gebietes angemessene Rücksicht zu nehmen, in welchem der Auftrag zur Ausführung gelangt. In mehrsprachigen Gebieten soll die Veröffentlichung der Ausschreibung nach Möglichkeit mehrsprachig erfolgen. Grundsätzlich soll auch das Angebot oder der Antrag auf Teilnahme am selektiven Verfahren in der Sprache des Verfahrens eingereicht werden, wobei eine hiervon abweichende Regelung im Einzelfall angeordnet werden kann. Beilagen und Nachweise sollen demgegenüber grundsätzlich immer in einer anderen Kantonssprache als die Verfahrenssprache eingereicht werden können.

Bei der Umsetzung dieser sprachgesetzlichen Bestimmungen in unserem dreisprachigen Kanton gilt es im Bereich des Beschaffungswesens den besonderen Umstand zu berücksichtigen, dass für gewisse Beschaffungen meist sehr umfassende Ausschreibungsunterlagen bzw. Leistungsverzeichnisse erforderlich sind. Letztere basieren beispielsweise im sehr relevanten Baubereich auf schweizweit einheitlichen Normpositionskatalogen (NPK). Darin werden die Standardleistungen in Einzelpositionen detailliert umschrieben. Notwendige Spezifizierungen werden in Sonderpositionen individuell aufgezählt. Die NPK sind in Deutsch, Italienisch und Französisch, nicht jedoch in Romanisch verfügbar. Die Leistungsverzeichnisse als Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen werden deshalb im Kanton Graubünden – unter Berücksichtigung der regional vorherrschenden Sprache (Deutsch oder Italienisch) – von den Auftraggeberinnen und Auftraggebern in der Regel einsprachig publiziert, wobei im romanischen Sprachgebiet mangels entsprechender NPK im Regelfall auf die deutsche Sprache ausgewichen werden muss.

Dieses bewährte Vorgehen dient ausserdem einem einheitlichen Verständnis der Fachausdrücke sowie der technischen Begriffe und folglich auch der Gleichbehandlung bei der Beurteilung von Vergaben. Eine Übersetzung der gesamten, in der Regel sehr umfangreichen Ausschreibungsunterlagen

wäre einerseits mit einem erheblichen und unverhältnismässigen Mehraufwand verbunden, welcher beispielsweise zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten führen könnte. Andererseits ist eine Übersetzung der gesamten Unterlagen auch aus praktischen Gründen nicht zweckdienlich, da verschiedene Sprachversionen unvermeidlich zu Missverständnissen führen können (z.B. NPK-Sonderpositionen, Technische Unterlagen). Im Übrigen sind auch gemäss Artikel 6 Absatz 3 der kantonalen Sprachenverordnung (SpV; BR 492.110) Technische Berichte, Gutachten, Beschriebe und dergleichen von der Übersetzungspflicht ausgenommen.

Weiter soll die Ausführungsverordnung die bisherigen Statistikpflichten der Auftraggeberinnen und Auftraggeber an das zuständige DIEM enthalten. Dieses soll wie bis anhin im Anschluss die jährlichen Statistikberichte erstellen und den interessierten Kreisen zukommen lassen. In den Berichten sollen gemäss Absicht der Regierung nebst statistischen Grundlagen auch weitere aktuelle Informationen über das öffentliche Beschaffungswesen aufgenommen werden, welche von allgemeinem Interesse sind.

In der RVzEGzIVöB sollen in Nachachtung von Artikel 62 Absatz 1 IVöB 2019 die Kontroll- und Aufsichtspflichten im Bereich des Beschaffungswesens künftig klarer den jeweiligen Instanzen zugewiesen werden. Diesbezüglich ist vorgesehen, dass die internen Kontrollorgane der Auftraggeberinnen und Auftraggeber die Einhaltung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben durch die Beschaffungsstellen zu überwachen haben. Ausserdem soll die Aufsicht über die Auftraggeberinnen und Auftraggeber im Grundsatz dem jeweils für den Sachbereich zuständigen Departement übertragen werden. Die Oberaufsicht würde der Regierung obliegen. Ausgenommen hiervon sollen aus Gründen der Gewaltenteilung die Beschaffungen der Justizbehörden sowie des Grossen Rats sein. Ebenso sollen künftig kantonale Behörden, die Leistungsvereinbarungen mit Trägern öffentlicher Aufgaben abschliessen, die Einhaltung des öffentlichen Beschaffungsrechts durch die Leistungserbringenden verstärkter sicherstellen, namentlich indem die Pflicht zur Durchführung öffentlicher Beschaffungsverfahren in Bezug auf Aufträge im Bereich der Leistungsvereinbarung sowie die Berichterstattung über diese Pflicht in den Vereinbarungen aufgenommen wird.

Die Aufsicht im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens umfasst namentlich die Zuständigkeit zum Erteilen von Anweisungen zur Änderung der Beschaffungspraxis, wenn Auftraggeberinnen und Auftraggeber wiederholt oder schwerwiegend beschaffungsrechtliche Vorschriften missachten – etwa, wenn sie ihre Aufträge nicht wie vorgeschrieben öffentlich ausschreiben. Diese Aufsicht ist nötig, weil die Möglichkeit, gegen Vergabeentscheide Beschwerde zu erheben, die Umsetzung des öffentlichen Beschaffungsrechts nicht immer wirksam gewährleisten kann.

Die neu zu schaffende Verordnung zum EGzIVöB wird sich voraussichtlich in vier Abschnitte gliedern. Im ersten Abschnitt sollen die Allgemeinen Bestimmungen mit Gegenstand, Gegenrecht und Zuständigkeiten geregelt werden. Im zweiten Abschnitt folgen die spezifischen Regelungen zum Vergabeverfahren (Dialog, Angebots eingabe und Angebotsprüfung, Eröffnung und Veröffentlichung von Verfügungen, Debriefing, Sprachen). Der dritte Abschnitt widmet sich den Statistikpflichten und der vierte Abschnitt schliesslich der Kontrolle und der Aufsicht.

XVI. Inkrafttreten

Der vorliegende Beitritt zur IVöB 2019 und der Erlass des EGzIVöB unterstehen dem fakultativen Referendum (Art. 17 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 KV). Das Begehren um Durchführung einer Volksabstimmung kann innert 90 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Beschlusses des Grossen Rats gestellt werden (Art. 17 Abs. 3 KV). Das EGzIVöB kann demnach frühestens nach Ablauf der betreffenden Referendumsfrist in Kraft gesetzt werden. Zudem gilt es den Beschaffungsstellen eine angemessene Vorlaufzeit für die Instruktion und für die Vorbereitung der unter das neue Recht fallenden Ausschreibungen einzuräumen. Ebenso müssen die erst in der zweiten Hälfte 2022 verfügbaren Vollzugshilfen, namentlich der gemeinsame Beschaffungsleitfaden, in die Beschaffungsprozesse implementiert werden. Die für die Inkraftsetzung zuständige Regierung plant, das EGzIVöB gemeinsam mit der entsprechenden Ausführungsverordnung per 1. Oktober 2022 in Kraft zu setzen.

XVII. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. November 2019 zuzustimmen;
3. dem Einführungsgesetz zur IVöB zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Cavigelli*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019

Vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt:
 - a) den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen zu erklären;
 - b) spätere Anpassungen der Interkantonalen Vereinbarung, soweit sie weniger wichtig sind, zu ratifizieren;
 - c) mit anderen Kantonen und benachbarten Staaten Gegenrechtsvereinbarungen abzuschliessen.
3. Die Regierung kann den Beschluss über den Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 aufheben, wenn sämtliche Kantone der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 beigetreten sind.
4. Der Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 wird mit der Abgabe der Beitrittserklärung an das Interkantonale Organ rechtskräftig.
5. Die Ziffern 1 bis 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)

vom 15. November 2019

1. Kapitel Gegenstand, Zweck und Begriffe

Art. 1 Gegenstand

Diese Vereinbarung findet auf die Vergabe öffentlicher Aufträge durch unterstellte Auftraggeber innerhalb und ausserhalb des Staatsvertragsbereichs Anwendung.

Art. 2 Zweck

Diese Vereinbarung bezweckt:

- a) den wirtschaftlichen und den volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Einsatz der öffentlichen Mittel;
- b) die Transparenz des Vergabeverfahrens;
- c) die Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung der Anbieter;
- d) die Förderung des wirksamen, fairen Wettbewerbs unter den Anbietern, insbesondere durch Massnahmen gegen unzulässige Wettbewerbsabreden und Korruption.

Art. 3 Begriffe

In dieser Vereinbarung bedeuten:

- a) *Anbieter*¹: natürliche oder juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts oder Gruppe solcher Personen, die Leistungen anbieten, sich um die Teilnahme an einer öffentlichen Ausschreibung, die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe oder die Erteilung einer Konzession bewerben;

¹ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird in dieser Vereinbarung nur die männliche Form verwendet.

- b) *öffentliches Unternehmen*: Unternehmen, auf das staatliche Behörden aufgrund von Eigentum, finanzieller Beteiligung oder der für das Unternehmen einschlägigen Vorschriften unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben können; ein beherrschender Einfluss wird vermutet, wenn das Unternehmen mehrheitlich durch den Staat oder durch andere öffentliche Unternehmen finanziert wird, wenn es hinsichtlich seiner Leitung der Aufsicht durch den Staat oder durch andere öffentliche Unternehmen unterliegt oder wenn dessen Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die vom Staat oder von anderen öffentlichen Unternehmen ernannt worden sind;
- c) *Staatsvertragsbereich*: Geltungsbereich der internationalen Verpflichtungen der Schweiz über das öffentliche Beschaffungswesen;
- d) *Arbeitsbedingungen*: zwingende Vorschriften des Obligationenrechts vom 30. März 1911¹ über den Arbeitsvertrag, normative Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge und der Normalarbeitsverträge oder, wo diese fehlen, die orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen;
- e) *Arbeitsschutzbestimmungen*: Vorschriften des öffentlichen Arbeitsrechts, einschliesslich der Bestimmungen des Arbeitsgesetzes vom 13. März 1964² und des zugehörigen Ausführungsrechts sowie der Bestimmungen zur Unfallverhütung.
- f) *Einrichtung des öffentlichen Rechts*: jede Einrichtung, die
 - zum besonderen Zweck gegründet wurde, im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben nicht gewerblicher Art zu erfüllen;
 - Rechtspersönlichkeit besitzt; und
 - überwiegend vom Staat, von Gebietskörperschaften oder von anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts finanziert wird, hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch Letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die vom Staat, von den Gebietskörperschaften oder von anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts ernannt worden sind;
- g) *staatliche Behörden*: der Staat, die Gebietskörperschaften, Einrichtungen des öffentlichen Rechts und Verbände, die aus einer oder mehreren dieser Körperschaften oder Einrichtungen des öffentlichen Rechts bestehen.

¹ SR 220

² SR 822.11

2. Kapitel Geltungsbereich

1. Abschnitt: Subjektiver Geltungsbereich

Art. 4 Auftraggeber

- 1 Im Staatsvertragsbereich unterstehen dieser Vereinbarung die staatlichen Behörden sowie zentrale und dezentrale Verwaltungseinheiten, einschliesslich der Einrichtungen des öffentlichen Rechts auf Kantons-, Bezirks- und Gemeindeebene im Sinne des kantonalen und kommunalen Rechts, mit Ausnahme ihrer gewerblichen Tätigkeiten.
- 2 Im Staatsvertragsbereich unterstehen dieser Vereinbarung ebenso staatliche Behörden sowie öffentliche und private Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen und die mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten ausgestattet sind soweit sie Tätigkeiten in einem der nachfolgenden Sektoren in der Schweiz ausüben:
 - a) Bereitstellen oder Betreiben fester Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Produktion, dem Transport oder der Verteilung von Trinkwasser oder die Versorgung dieser Netze mit Trinkwasser;
 - b) Bereitstellen oder Betreiben fester Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Produktion, der Fortleitung oder der Verteilung von elektrischer Energie oder die Versorgung dieser Netze mit elektrischer Energie;
 - c) Betreiben von Netzen zur Versorgung der Öffentlichkeit im Bereich des Verkehrs durch Stadtbahn, automatische Systeme, Strassenbahn, Trolleybus, Bus oder Kabelbahn;
 - d) Versorgung von Beförderungsunternehmen im Luftverkehr mit Flughäfen oder anderen Verkehrseinrichtungen;
 - e) Versorgung von Beförderungsunternehmen im Binnenschiffsverkehr mit Häfen oder anderen Verkehrseinrichtungen;
 - f) Bereitstellen oder Betreiben von Eisenbahnen einschliesslich des darauf durchgeführten Verkehrs;
 - g) Bereitstellen oder Betreiben fester Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Produktion, dem Transport oder der Verteilung von Gas oder Wärme oder Versorgung dieser Netze mit Gas oder Wärme; oder

- h) Nutzung eines geographisch abgegrenzten Gebiets zum Zweck der Suche oder Förderung von Erdöl, Gas, Kohle oder anderen Festbrennstoffen.
- 3 Die Auftraggeber nach Absatz 2 unterstehen dieser Vereinbarung nur bei Beschaffungen für den beschriebenen Tätigkeitsbereich, nicht aber für ihre übrigen Tätigkeiten.
- 4 Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs unterstehen dieser Vereinbarung überdies:
 - a) andere Träger kantonaler und kommunaler Aufgaben, mit Ausnahme ihrer gewerblichen Tätigkeiten;
 - b) Objekte und Leistungen, die zu mehr als 50 Prozent der Gesamtkosten mit öffentlichen Geldern subventioniert werden.
- 5 Führt eine Drittperson die Vergabe eines öffentlichen Auftrags für einen oder mehrere Auftraggeber durch, so untersteht diese Drittperson dieser Vereinbarung wie der von ihm vertretene Auftraggeber.

Art. 5 Anwendbares Recht

- 1 Beteiligen sich mehrere dem Bundesrecht und dieser Vereinbarung unterstellte Auftraggeber an einer Beschaffung, so ist das Recht des Gemeinwesens anwendbar, dessen Auftraggeber den grössten Teil an der Finanzierung trägt. Überwiegt der kantonale Anteil insgesamt den Bundesanteil, so kommt diese Vereinbarung zur Anwendung.
- 2 Beteiligen sich mehrere dieser Vereinbarung unterstellte Auftraggeber an einer Beschaffung, so ist das Recht desjenigen Kantons anwendbar, der den grössten Anteil an der Finanzierung trägt.
- 3 Mehrere an einer Beschaffung beteiligte Auftraggeber sind im gegenseitigen Einvernehmen befugt, eine gemeinsame Beschaffung in Abweichung von den vorstehenden Grundsätzen dem Recht eines beteiligten Auftraggebers zu unterstellen.
- 4 Eine Beschaffung, deren Ausführung nicht im Rechtsgebiet des Auftraggebers erfolgt, untersteht wahlweise dem Recht am Sitz des Auftraggebers oder am Ort, wo die Leistungen hauptsächlich erbracht werden.
- 5 Eine Beschaffung durch eine gemeinsame Trägerschaft untersteht dem Recht am Sitz der Trägerschaft. Hat diese keinen Sitz, findet das Recht am Ort Anwendung, wo die Leistungen hauptsächlich erbracht werden.

- 6 Öffentliche oder private Unternehmen mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten, die ihnen durch den Bund verliehen wurden, oder die Aufgaben im nationalen Interesse erbringen, können wählen, ob sie ihre Beschaffungen dem Recht an ihrem Sitz oder dem Bundesrecht unterstellen.

Art. 6 Anbieter

- 1 Nach dieser Vereinbarung sind Anbieter aus der Schweiz zum Angebot zugelassen sowie Anbieter aus Staaten, denen gegenüber die Schweiz sich vertraglich zur Gewährung des Marktzutritts verpflichtet hat, Letzteres im Rahmen der gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen.
- 2 Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs werden ausländische Anbieter aus Staaten zum Angebot zugelassen, soweit diese Gegenrecht gewähren oder soweit der Auftraggeber dies zulässt.
- 3 Der Bundesrat führt eine Liste der Staaten, die sich gegenüber der Schweiz zur Gewährung des Marktzutritts verpflichtet haben. Die Liste wird periodisch nachgeführt.
- 4 Die Kantone können Vereinbarungen mit den Grenzregionen und Nachbarstaaten abschliessen.

Art. 7 Befreiung von der Unterstellung

- 1 Herrscht in einem Sektorenmarkt nach Artikel 4 Absatz 2 wirksamer Wettbewerb, kann das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) dem Bundesrat vorschlagen, die entsprechenden Beschaffungen ganz oder teilweise von der Unterstellung unter diese Vereinbarung zu befreien. Im betroffenen Sektorenmarkt tätige Auftraggeber sind berechtigt, zu Handen des InöB ein diesbezügliches Gesuch zu stellen.
- 2 Eine Befreiung gilt für die entsprechenden Beschaffungen aller im betroffenen Sektorenmarkt tätigen Auftraggeber.

2. Abschnitt: Objektiver Geltungsbereich

Art. 8 Öffentlicher Auftrag

- 1 Ein öffentlicher Auftrag ist ein Vertrag, der zwischen Auftraggeber und Anbieter abgeschlossen wird und der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dient. Er

ist gekennzeichnet durch seine Entgeltlichkeit sowie den Austausch von Leistung und Gegenleistung, wobei die charakteristische Leistung durch den Anbieter erbracht wird.

- 2 Es werden folgende Leistungen unterschieden:
 - a) Bauleistungen (Bauhaupt- und Baunebengewerbe);
 - b) Lieferungen;
 - c) Dienstleistungen.
- 3 Gemischte Aufträge setzen sich aus unterschiedlichen Leistungen nach Absatz 2 zusammen und bilden ein Gesamtgeschäft. Die Qualifikation des Gesamtgeschäfts folgt der finanziell überwiegenden Leistung. Leistungen dürfen nicht mit der Absicht oder Wirkung gemischt oder gebündelt werden, die Bestimmungen dieser Vereinbarung zu umgehen.

Art. 9 Übertragung öffentlicher Aufgaben und Verleihung von Konzessionen

Die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe oder die Verleihung einer Konzession gilt als öffentlicher Auftrag, wenn dem Anbieter dadurch ausschliessliche oder besondere Rechte zukommen, die er im öffentlichen Interesse wahrnimmt, und ihm dafür direkt oder indirekt ein Entgelt oder eine Abgeltung zukommt. Spezialgesetzliche Bestimmungen des Bundesrechts und des kantonalen Rechts gehen vor.

Art. 10 Ausnahmen

- 1 Diese Vereinbarung findet keine Anwendung auf:
 - a) die Beschaffung von Leistungen im Hinblick auf den gewerblichen Verkauf oder Wiederverkauf oder im Hinblick auf die Verwendung in der Produktion oder im Angebot von Leistungen für einen gewerblichen Verkauf oder Wiederverkauf;
 - b) den Erwerb, die Miete oder die Pacht von Grundstücken, Bauten und Anlagen sowie der entsprechenden Rechte daran;
 - c) die Ausrichtung von Finanzhilfen;
 - d) Verträge über Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit Ausgabe, Ankauf, Verkauf, Übertragung oder Verwaltung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Dienstleistungen der Zentralbanken;
 - e) Aufträge an Behinderteninstitutionen, Organisationen der Arbeitsintegration, Wohltätigkeitseinrichtungen und Strafanstalten;
 - f) die Verträge des Personalrechts;

- g) die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen der Kantone und Gemeinden.
- 2 Diese Vereinbarung findet zudem keine Anwendung auf die Beschaffung von Leistungen:
- a) bei Anbietern, denen ein ausschliessliches Recht zur Erbringung solcher Leistungen zusteht;
 - b) bei anderen, rechtlich selbständigen Auftraggebern, die ihrerseits dem Beschaffungsrecht unterstellt sind, soweit diese Auftraggeber diese Leistungen nicht im Wettbewerb mit privaten Anbietern erbringen;
 - c) bei unselbständigen Organisationseinheiten des Auftraggebers;
 - d) bei Anbietern, über die der Auftraggeber eine Kontrolle ausübt, die der Kontrolle über seine eigenen Dienststellen entspricht, soweit diese Unternehmen ihre Leistungen im Wesentlichen für den Auftraggeber erbringen.
- 3 Diese Vereinbarung findet sodann keine Anwendung auf öffentliche Aufträge,
- a) wenn dies für den Schutz und die Aufrechterhaltung der äusseren oder inneren Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung als erforderlich erachtet wird;
 - b) soweit dies erforderlich ist zum Schutz der Gesundheit oder des Lebens von Menschen oder zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt;
 - c) soweit deren Ausschreibung Rechte des geistigen Eigentums verletzen würde.

3. Kapitel Allgemeine Grundsätze

Art. 11 Verfahrensgrundsätze

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet der Auftraggeber folgende Verfahrensgrundsätze:

- a) Er führt Vergabeverfahren transparent, objektiv und unparteiisch durch;
- b) er trifft Massnahmen gegen Interessenkonflikte, unzulässige Wettbewerbsabreden und Korruption;
- c) er achtet in allen Phasen des Verfahrens auf die Gleichbehandlung der Anbieter;
- d) er verzichtet auf Abgebotsrunden;
- e) er wahrt den vertraulichen Charakter der Angaben der Anbieter.

Art. 12 Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen, der Lohngleichheit und des Umweltrechts

- 1 Für die im Inland zu erbringenden Leistungen vergibt der Auftraggeber einen öffentlichen Auftrag nur an Anbieter, welche die im Inland massgeblichen Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen, die Melde- und Bewilligungspflichten nach dem Bundesgesetz vom 17. Juni 2005¹ gegen die Schwarzarbeit (BGSA), sowie die Bestimmungen über die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit einhalten.
- 2 Für die im Ausland zu erbringenden Leistungen vergibt der Auftraggeber einen öffentlichen Auftrag nur an Anbieter, welche mindestens die Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nach Massgabe von Anhang 3 einhalten. Der Auftraggeber kann darüber hinaus die Einhaltung weiterer wesentlicher internationaler Arbeitsstandards fordern und entsprechende Nachweise verlangen sowie Kontrollen vereinbaren.
- 3 Der Auftraggeber vergibt einen öffentlichen Auftrag nur an Anbieter, welche mindestens die am Ort der Leistung geltenden rechtlichen Vorschriften zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen einhalten; dazu gehören im Inland die Bestimmungen des schweizerischen Umweltrechts und im Ausland die vom Bundesrat bezeichneten internationalen Übereinkommen zum Schutz der Umwelt nach Massgabe von Anhang 4.
- 4 Die Subunternehmer sind verpflichtet, die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 einzuhalten. Diese Verpflichtungen sind in die Vereinbarungen zwischen den Anbietern und den Subunternehmern aufzunehmen.
- 5 Der Auftraggeber kann die Einhaltung der Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 kontrollieren oder die Kontrolle Dritten übertragen, soweit diese Aufgabe nicht einer spezialgesetzlichen Behörde oder einer anderen geeigneten Instanz, insbesondere einem paritätischen Kontrollorgan, übertragen wurde. Für die Durchführung dieser Kontrollen kann der Auftraggeber der Behörde oder dem Kontrollorgan die erforderlichen Auskünfte erteilen sowie Unterlagen zur Verfügung stellen. Auf Verlangen hat der Anbieter die erforderlichen Nachweise zu erbringen.
- 6 Die mit der Einhaltung der Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 befassten Behörden und Kontrollorgane erstatten dem Auftraggeber Bericht über die Ergebnisse der Kontrollen und über allfällige getroffene Massnahmen.

¹ SR 822.41

Art. 13 Ausstand

- 1 Am Vergabeverfahren dürfen auf Seiten des Auftraggebers oder eines Expertengremiums keine Personen mitwirken, die:
 - a) an einem Auftrag ein persönliches Interesse haben;
 - b) mit einem Anbieter oder mit einem Mitglied eines seiner Organe durch Ehe oder eingetragene Partnerschaft verbunden sind oder eine faktische Lebensgemeinschaft führen;
 - c) mit einem Anbieter oder mit einem Mitglied eines seiner Organe in gerader Linie oder bis zum dritten Grad in der Seitenlinie verwandt oder verw schwägert sind;
 - d) Vertreter eines Anbieters sind oder für einen Anbieter in der gleichen Sache tätig waren; oder
 - e) aufgrund anderer Umstände die für die Durchführung öffentlicher Beschaffungen erforderliche Unabhängigkeit vermissen lassen.
- 2 Ein Ausstandsbegehren ist unmittelbar nach Kenntnis des Ausstandsgrundes vorzubringen.
- 3 Über Ausstandsbegehren entscheidet der Auftraggeber oder das Expertengremium unter Ausschluss der betreffenden Person.
- 4 Der Auftraggeber kann in der Ausschreibung vorgeben, dass Anbieter, die bei Wettbewerben und Studienaufträgen in einem ausstands begründenden Verhältnis zu einem Jurymitglied stehen, vom Verfahren ausgeschlossen sind.

Art. 14 Vorbefassung

- 1 Anbieter, die an der Vorbereitung eines Vergabeverfahrens beteiligt waren, sind zum Angebot nicht zugelassen, wenn der ihnen dadurch entstandene Wettbewerbsvorteil nicht mit geeigneten Mitteln ausgeglichen werden kann und wenn der Ausschluss den wirksamen Wettbewerb unter den Anbietern nicht gefährdet.
- 2 Geeignete Mittel, um den Wettbewerbsvorteil auszugleichen, sind insbesondere:
 - a) die Weitergabe aller wesentlichen Angaben über die Vorarbeiten;
 - b) die Bekanntgabe der an der Vorbereitung Beteiligten;
 - c) die Verlängerung der Mindestfristen.
- 3 Eine der öffentlichen Ausschreibung vorgelagerte Marktabklärung durch den Auftraggeber führt nicht zur Vorbefassung der angefragten Anbieter. Der Auf-

traggeber gibt die Ergebnisse der Marktabklärung in den Ausschreibungsunterlagen bekannt.

Art. 15 Bestimmung des Auftragswerts

- 1 Der Auftraggeber schätzt den voraussichtlichen Auftragswert.
- 2 Ein öffentlicher Auftrag darf nicht aufgeteilt werden, um Bestimmungen dieser Vereinbarung zu umgehen.
- 3 Für die Schätzung des Auftragswerts ist die Gesamtheit der auszuschreibenden Leistungen oder Entgelte, soweit sie sachlich oder rechtlich eng zusammenhängen, zu berücksichtigen. Alle Bestandteile der Entgelte sind einzurechnen, einschliesslich Verlängerungsoptionen und Optionen auf Folgeaufträge sowie sämtliche zu erwartenden Prämien, Gebühren, Kommissionen und Zinsen, ohne die Mehrwertsteuer.
- 4 Bei Verträgen mit bestimmter Laufzeit errechnet sich der Auftragswert anhand der kumulierten Entgelte über die bestimmte Laufzeit, einschliesslich allfälliger Verlängerungsoptionen. Die bestimmte Laufzeit darf in der Regel 5 Jahre nicht übersteigen. In begründeten Fällen kann eine längere Laufzeit vorgesehen werden.
- 5 Bei Verträgen mit unbestimmter Laufzeit errechnet sich der Auftragswert anhand des monatlichen Entgelts multipliziert mit 48.
- 6 Bei Verträgen über wiederkehrend benötigte Leistungen errechnet sich der Auftragswert aufgrund des geleisteten Entgelts für solche Leistungen während der letzten 12 Monate oder, bei einer Erstbeauftragung, anhand des geschätzten Bedarfs über die nächsten 12 Monate.

4. Kapitel Vergabeverfahren

Art. 16 Schwellenwerte

- 1 Die Wahl des Verfahrens richtet sich danach, ob ein Auftrag einen Schwellenwert nach den Anhängen 1 und 2 erreicht. Das InöB passt die Schwellenwerte nach Konsultation des Bundesrates periodisch gemäss den internationalen Verpflichtungen an.

- 2 Bei einer Anpassung der internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der Schwellenwerte garantiert der Bund den Kantonen die Mitwirkung.
- 3 Erreicht der Gesamtwert mehrerer Bauleistungen für die Realisierung eines Bauwerks den Schwellenwert des Staatsvertragsbereichs, so finden die Bestimmungen dieser Vereinbarung für Beschaffungen im Staatsvertragsbereich Anwendung. Erreichen jedoch die Werte der einzelnen Leistungen nicht zwei Millionen Franken und überschreitet der Wert dieser Leistungen zusammengenommen nicht 20 Prozent des Gesamtwerts des Bauwerks, so finden für diese Leistungen die Bestimmungen für Beschaffungen ausserhalb des Staatsvertragsbereichs Anwendung (Bagatellklausel).
- 4 Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs wird das massgebliche Verfahren für Bauleistungen anhand des Wertes der einzelnen Leistungen bestimmt.

Art. 17 Verfahrensarten

In Abhängigkeit vom Auftragswert und der Schwellenwerte werden öffentliche Aufträge nach Wahl des Auftraggebers entweder im offenen Verfahren, im selektiven Verfahren, im Einladungsverfahren oder im freihändigen Verfahren vergeben.

Art. 18 Offenes Verfahren

- 1 Im offenen Verfahren schreibt der Auftraggeber den Auftrag öffentlich aus.
- 2 Alle Anbieter können ein Angebot einreichen.

Art. 19 Selektives Verfahren

- 1 Im selektiven Verfahren schreibt der Auftraggeber den Auftrag öffentlich aus und fordert die Anbieter auf, vorerst einen Antrag auf Teilnahme zu stellen.
- 2 Der Auftraggeber wählt die Anbieter, die ein Angebot einreichen dürfen, aufgrund ihrer Eignung aus.
- 3 Der Auftraggeber kann die Zahl der zum Angebot zugelassenen Anbieter so weit beschränken, als ein wirksamer Wettbewerb gewährleistet bleibt. Es werden wenn möglich mindestens drei Anbieter zum Angebot zugelassen.

Art. 20 Einladungsverfahren

- 1 Das Einladungsverfahren findet Anwendung für öffentliche Aufträge ausserhalb des Staatsvertragsbereichs nach Massgabe der Schwellenwerte von Anhang 2.
- 2 Im Einladungsverfahren bestimmt der Auftraggeber, welche Anbieter er ohne öffentliche Ausschreibung zur Angebotsabgabe einladen will. Zu diesem Zweck erstellt er Ausschreibungsunterlagen. Es werden wenn möglich mindestens drei Angebote eingeholt.

Art. 21 Freihändiges Verfahren

- 1 Im freihändigen Verfahren vergibt der Auftraggeber einen öffentlichen Auftrag direkt ohne Ausschreibung. Der Auftraggeber ist berechtigt, Vergleichsofferten einzuholen und Verhandlungen durchzuführen.
- 2 Der Auftraggeber kann einen Auftrag unabhängig vom Schwellenwert freihändig vergeben, wenn eine der nachstehenden Voraussetzungen erfüllt ist:
 - a) es gehen im offenen Verfahren, im selektiven Verfahren oder im Einladungsverfahren keine Angebote oder keine Teilnahmeanträge ein, kein Angebot entspricht den wesentlichen Anforderungen der Ausschreibung oder den technischen Spezifikationen oder es erfüllt kein Anbieter die Eignungskriterien;
 - b) es bestehen hinreichende Anhaltspunkte, dass alle im offenen Verfahren, im selektiven Verfahren oder im Einladungsverfahren eingegangenen Angebote auf einer unzulässigen Wettbewerbsabrede beruhen;
 - c) aufgrund der technischen oder künstlerischen Besonderheiten des Auftrags oder aus Gründen des Schutzes geistigen Eigentums kommt nur ein Anbieter in Frage, und es gibt keine angemessene Alternative;
 - d) aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse wird die Beschaffung so dringlich, dass selbst mit verkürzten Fristen kein offenes oder selektives Verfahren und kein Einladungsverfahren durchgeführt werden kann;
 - e) ein Wechsel des Anbieters für Leistungen zur Ersetzung, Ergänzung oder Erweiterung bereits erbrachter Leistungen ist aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht möglich, würde erhebliche Schwierigkeiten bereiten oder substanzielle Mehrkosten mit sich bringen;
 - f) der Auftraggeber beschafft Erstanfertigungen (Prototypen) oder neuartige Leistungen, die auf sein Verlangen im Rahmen eines Forschungs-, Versuchs-, Studien- oder Neuentwicklungsauftrags hergestellt oder entwickelt werden;
 - g) der Auftraggeber beschafft Leistungen an Warenbörsen;

- h) der Auftraggeber kann Leistungen im Rahmen einer günstigen, zeitlich befristeten Gelegenheit zu einem Preis beschaffen, der erheblich unter den üblichen Preisen liegt (insbesondere bei Liquidationsverkäufen);
 - i) der Auftraggeber vergibt den Folgeauftrag an den Gewinner eines Planungs- oder Gesamtleistungswettbewerbs oder eines Auswahlverfahrens zu Planungs- oder Gesamleistungsstudien; dabei müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:
 - 1. das vorausgehende Verfahren wurde in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinbarung durchgeführt;
 - 2. die Lösungsvorschläge wurden von einem unabhängigen Expertengremium beurteilt;
 - 3. der Auftraggeber hat sich in der Ausschreibung vorbehalten, den Folgeauftrag oder die Koordination freihändig zu vergeben.
- 3 Der Auftraggeber erstellt über jeden nach Massgabe von Absatz 2 vergebenen Auftrag eine Dokumentation mit folgendem Inhalt:
- a) Name des Auftraggebers und des berücksichtigten Anbieters;
 - b) Art und Wert der beschafften Leistung;
 - c) Erklärung der Umstände und Bedingungen, welche die Anwendung des freihändigen Verfahrens rechtfertigen.

Art. 22 Wettbewerbe sowie Studienaufträge

Der Auftraggeber, der einen Planungs- oder Gesamtleistungswettbewerb veranstaltet oder Studienaufträge erteilt, regelt im Rahmen der Grundsätze dieser Vereinbarung das Verfahren im Einzelfall. Er kann auf einschlägige Bestimmungen von Fachverbänden verweisen.

Art. 23 Elektronische Auktionen

- 1 Der Auftraggeber kann für die Beschaffung standardisierter Leistungen im Rahmen eines Verfahrens nach dieser Vereinbarung eine elektronische Auktion durchführen. Dabei werden die Angebote nach einer ersten vollständigen Bewertung überarbeitet und mittels elektronischer Hilfsmittel und allenfalls mehrfacher Durchgänge neu geordnet. In der Ausschreibung ist darauf hinzuweisen.
- 2 Die elektronische Auktion erstreckt sich:
 - a) auf die Preise, wenn der Zuschlag für den niedrigsten Gesamtpreis erteilt wird; oder

- b) auf die Preise und die Werte für quantifizierbare Komponenten wie Gewicht, Reinheit oder Qualität, wenn der Zuschlag für das vorteilhafteste Angebot erteilt wird.
- 3 Der Auftraggeber prüft, ob die Anbieter die Eignungskriterien und ob die Angebote die technischen Spezifikationen erfüllen. Er nimmt anhand der Zuschlagskriterien und der dafür festgelegten Gewichtung eine erste Bewertung der Angebote vor. Vor Beginn der Auktion stellt er jedem Anbieter zur Verfügung:
 - a) die automatische Bewertungsmethode, einschliesslich der auf den genannten Zuschlagskriterien beruhenden mathematischen Formel;
 - b) das Ergebnis der ersten Bewertung seines Angebots; und
 - c) alle weiteren relevanten Informationen zur Abwicklung der Auktion.
- 4 Alle zugelassenen Anbieter werden gleichzeitig und auf elektronischem Weg aufgefordert, neue beziehungsweise angepasste Angebote einzureichen. Der Auftraggeber kann die Zahl der zugelassenen Anbieter beschränken, sofern er dies in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen bekannt gegeben hat.
- 5 Die elektronische Auktion kann mehrere aufeinander folgende Durchgänge umfassen. Der Auftraggeber informiert alle Anbieter in jedem Durchgang über ihren jeweiligen Rang.

Art. 24 Dialog

- 1 Bei komplexen Aufträgen, bei intellektuellen Dienstleistungen oder bei der Beschaffung innovativer Leistungen kann ein Auftraggeber im Rahmen eines offenen oder selektiven Verfahrens einen Dialog durchführen mit dem Ziel, den Leistungsgegenstand zu konkretisieren sowie die Lösungswege oder Vorgehensweisen zu ermitteln und festzulegen. Auf den Dialog ist in der Ausschreibung hinzuweisen.
- 2 Der Dialog darf nicht zum Zweck geführt werden, Preise und Gesamtpreise zu verhandeln.
- 3 Der Auftraggeber formuliert und erläutert seine Bedürfnisse und Anforderungen in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen. Er gibt ausserdem bekannt:
 - a) den Ablauf des Dialogs;
 - b) die möglichen Inhalte des Dialogs;

- c) ob und wie die Teilnahme am Dialog und die Nutzung der Immaterialgüterrechte sowie der Kenntnisse und Erfahrungen des Anbieters entschädigt werden;
 - d) die Fristen und Modalitäten zur Einreichung des endgültigen Angebots.
- 4 Der Auftraggeber kann die Zahl der teilnehmenden Anbieter nach sachlichen und transparenten Kriterien reduzieren.
 - 5 Er dokumentiert den Ablauf und den Inhalt des Dialogs in geeigneter und nachvollziehbarer Weise.

Art. 25 Rahmenverträge

- 1 Der Auftraggeber kann Vereinbarungen mit einem oder mehreren Anbietern ausschreiben, die zum Ziel haben, die Bedingungen für die Leistungen, die im Laufe eines bestimmten Zeitraums bezogen werden sollen, festzulegen, insbesondere in Bezug auf deren Preis und gegebenenfalls die in Aussicht genommenen Mengen. Gestützt auf einen solchen Rahmenvertrag kann der Auftraggeber während dessen Laufzeit Einzelverträge abschließen.
- 2 Rahmenverträge dürfen nicht mit der Absicht oder der Wirkung verwendet werden, den Wettbewerb zu behindern oder zu beseitigen.
- 3 Die Laufzeit eines Rahmenvertrags beträgt höchstens fünf Jahre. Eine automatische Verlängerung ist nicht möglich. In begründeten Fällen kann eine längere Laufzeit vorgesehen werden.
- 4 Wird ein Rahmenvertrag mit nur einem Anbieter abgeschlossen, so werden die auf diesem Rahmenvertrag beruhenden Einzelverträge entsprechend den Bedingungen des Rahmenvertrags abgeschlossen. Für den Abschluss der Einzelverträge kann der Auftraggeber den jeweiligen Vertragspartner schriftlich auffordern, sein Angebot zu vervollständigen.
- 5 Werden aus zureichenden Gründen Rahmenverträge mit mehreren Anbietern abgeschlossen, so erfolgt der Abschluss von Einzelverträgen nach Wahl des Auftraggebers entweder nach den Bedingungen des jeweiligen Rahmenvertrags ohne erneuten Aufruf zur Angebotseinreichung oder nach folgendem Verfahren:
 - a) vor Abschluss jedes Einzelvertrags konsultiert der Auftraggeber schriftlich die Vertragspartner und teilt ihnen den konkreten Bedarf mit;
 - b) der Auftraggeber setzt den Vertragspartnern eine angemessene Frist für die Abgabe der Angebote für jeden Einzelvertrag;

- c) die Angebote sind schriftlich einzureichen und während der Dauer, die in der Anfrage genannt ist, verbindlich;
- d) der Auftraggeber schliesst den Einzelvertrag mit demjenigen Vertragspartner ab, der gestützt auf die in den Ausschreibungsunterlagen oder im Rahmenvertrag definierten Kriterien das beste Angebot unterbreitet.

5. Kapitel Vergabeanforderungen

Art. 26 Teilnahmebedingungen

- 1 Der Auftraggeber stellt im Rahmen des Vergabeverfahrens und bei der Erbringung der zugeschlagenen Leistungen sicher, dass der Anbieter und seine Subunternehmer die Teilnahmebedingungen, namentlich die Voraussetzungen nach Artikel 12, erfüllen, die fälligen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben und auf unzulässige Wettbewerbsabreden verzichten.
- 2 Er kann vom Anbieter verlangen, dass dieser die Einhaltung der Teilnahmebedingungen insbesondere mit einer Selbstdeklaration oder der Aufnahme in ein Verzeichnis nachweist.
- 3 Er gibt in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen bekannt, zu welchem Zeitpunkt welche Nachweise einzureichen sind.

Art. 27 Eignungskriterien

- 1 Der Auftraggeber legt in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen die Kriterien zur Eignung des Anbieters abschliessend fest. Die Kriterien müssen im Hinblick auf das Beschaffungsvorhaben objektiv erforderlich und überprüfbar sein.
- 2 Die Eignungskriterien können insbesondere die fachliche, finanzielle, wirtschaftliche, technische und organisatorische Leistungsfähigkeit sowie die Erfahrung des Anbieters betreffen.
- 3 Der Auftraggeber gibt in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen bekannt, zu welchem Zeitpunkt welche Nachweise einzureichen sind.
- 4 Er darf nicht zur Bedingung machen, dass der Anbieter bereits einen oder mehrere öffentliche Aufträge eines dieser Vereinbarung unterstellten Auftraggebers erhalten hat.

Art. 28 Verzeichnisse

- 1 Der Auftraggeber oder die nach gesetzlicher Anordnung zuständige Behörde kann ein Verzeichnis der Anbieter führen, die aufgrund ihrer Eignung die Voraussetzungen zur Übernahme öffentlicher Aufträge erfüllen.
- 2 Folgende Angaben sind auf der Internetplattform von Bund und Kantonen zu veröffentlichen:
 - a) Fundstelle des Verzeichnisses;
 - b) Informationen über die zu erfüllenden Kriterien;
 - c) Prüfungsmethoden und Eintragungsbedingungen;
 - d) Dauer der Gültigkeit und Verfahren zur Erneuerung des Eintrags.
- 3 Ein transparentes Verfahren muss sicherstellen, dass die Gesuchseinreichung, die Prüfung oder die Nachprüfung der Eignung sowie die Eintragung eines Gesuchstellers in das Verzeichnis oder deren Streichung aus dem Verzeichnis jederzeit möglich sind.
- 4 In einem konkreten Beschaffungsvorhaben sind auch Anbieter zugelassen, die nicht in einem Verzeichnis aufgeführt sind, sofern sie den Eignungsnachweis erbringen.
- 5 Wird das Verzeichnis aufgehoben, so werden die darin aufgeführten Anbieter informiert.

Art. 29 Zuschlagskriterien

- 1 Der Auftraggeber prüft die Angebote anhand leistungsbezogener Zuschlagskriterien. Neben dem Preis und der Qualität einer Leistung kann er insbesondere Kriterien wie Zweckmässigkeit, Termine, technischer Wert, Wirtschaftlichkeit, Lebenszykluskosten, Ästhetik, Nachhaltigkeit, Plausibilität des Angebots, Kreativität, Kundendienst, Lieferbedingungen, Infrastruktur, Innovationsgehalt, Funktionalität, Servicebereitschaft, Fachkompetenz oder Effizienz der Methodik berücksichtigen.
- 2 Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs kann der Auftraggeber ergänzend berücksichtigen, inwieweit der Anbieter Ausbildungsplätze für Lernende in der beruflichen Grundbildung, Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmende oder eine Wiedereingliederung für Langzeitarbeitslose anbietet.
- 3 Der Auftraggeber gibt die Zuschlagskriterien und ihre Gewichtung in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen bekannt. Sind Lösungen, Lö-

sungswege oder Vorgehensweisen Gegenstand der Beschaffung, so kann auf eine Bekanntgabe der Gewichtung verzichtet werden.

- 4 Für standardisierte Leistungen kann der Zuschlag ausschliesslich nach dem Kriterium des niedrigsten Preises erfolgen.

Art. 30 Technische Spezifikationen

- 1 Der Auftraggeber bezeichnet in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen die erforderlichen technischen Spezifikationen. Diese legen die Merkmale des Beschaffungsgegenstands wie Funktion, Leistung, Qualität, Sicherheit und Abmessungen oder Produktionsverfahren fest und regeln die Anforderungen an Kennzeichnung und Verpackung.
- 2 Bei der Festlegung der technischen Spezifikationen stützt sich der Auftraggeber, soweit möglich und angemessen, auf internationale Normen, ansonsten auf in der Schweiz verwendete technische Vorschriften, anerkannte nationale Normen oder Branchenempfehlungen.
- 3 Bestimmte Firmen oder Marken, Patente, Urheberrechte, Designs oder Typen sowie der Hinweis auf einen bestimmten Ursprung oder bestimmte Produzenten sind als technische Spezifikationen nicht zulässig, es sei denn, dass es keine andere hinreichend genaue oder verständliche Art und Weise der Leistungsbeschreibung gibt und der Auftraggeber in diesem Fall in die Ausschreibungsunterlagen die Worte «oder gleichwertig» aufnimmt. Die Gleichwertigkeit ist durch den Anbieter nachzuweisen.
- 4 Der Auftraggeber kann technische Spezifikationen zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen oder zum Schutz der Umwelt vorsehen.

Art. 31 Bietergemeinschaften und Subunternehmer

- 1 Bietergemeinschaften und Subunternehmer sind zugelassen, soweit der Auftraggeber dies in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen nicht ausschliesst oder beschränkt.
- 2 Mehrfachbewerbungen von Subunternehmern oder von Anbietern im Rahmen von Bietergemeinschaften sind nur möglich, wenn sie in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen ausdrücklich zugelassen werden.
- 3 Die charakteristische Leistung ist grundsätzlich vom Anbieter zu erbringen.

Art. 32 Lose und Teilleistungen

- 1 Der Anbieter hat ein Gesamtangebot für den Beschaffungsgegenstand einzureichen.
- 2 Der Auftraggeber kann den Beschaffungsgegenstand in Lose aufteilen und an einen oder mehrere Anbieter vergeben.
- 3 Hat der Auftraggeber Lose gebildet, so können die Anbieter ein Angebot für mehrere Lose einreichen, es sei denn, der Auftraggeber habe dies in der Ausschreibung abweichend geregelt. Er kann festlegen, dass ein einzelner Anbieter nur eine beschränkte Anzahl Lose erhalten kann.
- 4 Behält sich der Auftraggeber vor, von den Anbietern eine Zusammenarbeit mit Dritten zu verlangen, so kündigt er dies in der Ausschreibung an.
- 5 Der Auftraggeber kann sich in der Ausschreibung vorbehalten, Teilleistungen zuzuschlagen.

Art. 33 Varianten

- 1 Den Anbietern steht es frei, zusätzlich zum Angebot der in der Ausschreibung beschriebenen Leistung Varianten vorzuschlagen. Der Auftraggeber kann diese Möglichkeit in der Ausschreibung beschränken oder ausschliessen.
- 2 Als Variante gilt jedes Angebot, mit dem das Ziel der Beschaffung auf andere Art als vom Auftraggeber vorgesehen erreicht werden kann.

Art. 34 Formerfordernisse

- 1 Angebote und Anträge auf Teilnahme müssen schriftlich, vollständig und fristgerecht gemäss den Angaben in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen eingereicht werden.
- 2 Sie können elektronisch eingereicht werden, wenn dies in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen vorgesehen ist und die seitens des Auftraggebers definierten Anforderungen eingehalten werden.

6. Kapitel Ablauf des Vergabeverfahrens

Art. 35 Inhalt der Ausschreibung

Die Veröffentlichung einer Ausschreibung enthält mindestens folgende Informationen:

- a) Name und Adresse des Auftraggebers;
- b) Auftrags- und Verfahrensart sowie die einschlägige CPV-Klassifikation¹, bei Dienstleistungen zusätzlich die einschlägige CPC-Klassifikation²;
- c) Beschreibung der Leistungen, einschliesslich der Art und Menge, oder wenn die Menge unbekannt ist, eine diesbezügliche Schätzung, sowie all-fällige Optionen;
- d) Ort und Zeitpunkt der Leistungserbringung;
- e) gegebenenfalls eine Aufteilung in Lose, eine Beschränkung der Anzahl Lose und eine Zulassung von Teilangeboten;
- f) gegebenenfalls eine Beschränkung oder einen Ausschluss von Bietergemeinschaften und Subunternehmern;
- g) gegebenenfalls eine Beschränkung oder einen Ausschluss von Varianten;
- h) bei wiederkehrend benötigten Leistungen wenn möglich eine Angabe des Zeitpunktes der nachfolgenden Ausschreibung und gegebenenfalls einen Hinweis, dass die Angebotsfrist verkürzt wird;
- i) gegebenenfalls einen Hinweis, dass eine elektronische Auktion stattfindet;
- j) gegebenenfalls die Absicht, einen Dialog durchzuführen;
- k) die Frist zur Einreichung von Angeboten oder Teilnahmeanträgen;
- l) Formerfordernisse zur Einreichung von Angeboten oder Teilnahmeanträgen, gegebenenfalls die Auflage, dass Leistung und Preis in zwei separaten Couverts anzubieten sind;
- m) Sprache oder Sprachen des Verfahrens und des Angebots;
- n) die Eignungskriterien und die geforderten Nachweise;
- o) bei einem selektiven Verfahren gegebenenfalls die Höchstzahl der Anbieter, die zur Offertstellung eingeladen werden;
- p) die Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung, sofern diese Angaben nicht in den Ausschreibungsunterlagen enthalten sind;
- q) gegebenenfalls den Vorbehalt, Teilleistungen zuzuschlagen;
- r) die Gültigkeitsdauer der Angebote;

¹ CPV = «Common Procurement Vocabulary» (Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge der Europäischen Union).

² CPC = «Central Product Classification» (Zentrale Gütersystematik der Vereinten Nationen).

- s) die Bezugsquelle für die Ausschreibungsunterlagen sowie gegebenenfalls eine kostendeckende Gebühr;
- t) einen Hinweis, ob die Beschaffung in den Staatsvertragsbereich fällt;
- u) gegebenenfalls zum Verfahren zugelassene, vorbefasste Anbieter;
- v) eine Rechtsmittelbelehrung.

Art. 36 Inhalt der Ausschreibungsunterlagen

Soweit diese Angaben nicht bereits in der Ausschreibung enthalten sind, geben die Ausschreibungsunterlagen Aufschluss über:

- a) Name und Adresse des Auftraggebers;
- b) den Gegenstand der Beschaffung, einschliesslich technischer Spezifikationen und Konformitätsbescheinigungen, Pläne, Zeichnungen und notwendiger Instruktionen sowie Angaben zur nachgefragten Menge;
- c) Formerfordernisse und Teilnahmebedingungen für die Anbieter, einschliesslich einer Liste mit Angaben und Unterlagen, welche die Anbieter im Zusammenhang mit den Teilnahmebedingungen einreichen müssen, sowie eine allfällige Gewichtung der Eignungskriterien;
- d) die Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung;
- e) wenn der Auftraggeber die Beschaffung elektronisch abwickelt: allfällige Anforderungen an die Authentifizierung und Verschlüsselung bei der elektronischen Einreichung von Informationen;
- f) wenn der Auftraggeber eine elektronische Auktion vorsieht: die Regeln, nach denen die Auktion durchgeführt wird, einschliesslich der Bezeichnung jener Angebotselemente, die angepasst werden können und anhand der Zuschlagskriterien bewertet werden;
- g) das Datum, die Uhrzeit und den Ort für die Öffnung der Angebote, falls die Angebote öffentlich geöffnet werden;
- h) alle anderen für die Erstellung der Angebote erforderlichen Modalitäten und Bedingungen, insbesondere die Angabe, in welcher Währung (in der Regel Schweizerfranken) das Angebot einzureichen ist;
- i) Termine für die Erbringung der Leistungen.

Art. 37 Angebotsöffnung

- 1 Im offenen und im selektiven Verfahren sowie im Einladungsverfahren werden alle fristgerecht eingereichten Angebote durch mindestens zwei Vertreter des Auftraggebers geöffnet.
- 2 Über die Öffnung der Angebote wird ein Protokoll erstellt. Darin sind mindestens die Namen der anwesenden Personen, die Namen der Anbieter, das Datum

der Einreichung ihrer Angebote, allfällige Angebotsvarianten sowie die jeweiligen Gesamtpreise der Angebote festzuhalten.

- 3 Sind Leistung und Preis in separaten Couverts anzubieten, so ist für die Öffnung der Couverts nach den Absätzen 1 und 2 vorzugehen, wobei im Protokoll über die Öffnung der zweiten Couverts nur die Gesamtpreise festzuhalten sind.
- 4 Allen Anbietern wird spätestens nach dem Zuschlag auf Verlangen Einsicht in das Protokoll gewährt.

Art. 38 Prüfung der Angebote

- 1 Der Auftraggeber prüft die eingegangenen Angebote auf die Einhaltung der Formerfordernisse. Offensichtliche Rechenfehler werden von Amtes wegen berichtigt.
- 2 Der Auftraggeber kann von den Anbietern verlangen, dass sie ihre Angebote erläutern. Er hält die Anfrage sowie die Antworten schriftlich fest.
- 3 Geht ein Angebot ein, dessen Preis im Vergleich zu den anderen Angeboten ungewöhnlich niedrig erscheint, so muss der Auftraggeber beim Anbieter zweckdienliche Erkundigungen darüber einholen, ob die Teilnahmebedingungen eingehalten sind und die weiteren Anforderungen der Ausschreibung verstanden wurden.
- 4 Sind Leistung und Preis in separaten Couverts anzubieten, so erstellt der Auftraggeber in einem ersten Schritt eine Rangliste entsprechend der Qualität der Angebote. In einem zweiten Schritt bewertet er die Gesamtpreise.

Art. 39 Bereinigung der Angebote

- 1 Der Auftraggeber kann mit den Anbietern die Angebote hinsichtlich der Leistungen sowie der Modalitäten ihrer Erbringung bereinigen, um das vorteilhafteste Angebot zu ermitteln.
- 2 Eine Bereinigung findet nur dann statt, wenn:
 - a) erst dadurch der Auftrag oder die Angebote geklärt oder die Angebote nach Massgabe der Zuschlagskriterien objektiv vergleichbar gemacht werden können; oder
 - b) Leistungsänderungen objektiv und sachlich geboten sind, wobei der Leistungsgegenstand, die Kriterien und Spezifikationen nicht in einer Weise angepasst werden dürfen, dass sich die charakteristische Leistung oder der potentielle Anbieterkreis verändert.

- 3 Eine Aufforderung zur Preisanpassung ist nur im Zusammenhang mit den Tatbeständen von Absatz 2 zulässig.
- 4 Der Auftraggeber hält die Resultate der Bereinigung in einem Protokoll fest.

Art. 40 Bewertung der Angebote

- 1 Sofern die Eignungskriterien und die technischen Spezifikationen erfüllt sind, werden die Angebote nach Massgabe der Zuschlagskriterien objektiv, einheitlich und nachvollziehbar geprüft und bewertet. Der Auftraggeber dokumentiert die Evaluation.
- 2 Erfordert die umfassende Prüfung und Bewertung der Angebote einen erheblichen Aufwand und hat der Auftraggeber dies in der Ausschreibung angekündigt, so kann er alle Angebote auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen einer ersten Prüfung unterziehen und rangieren. Auf dieser Grundlage wählt er nach Möglichkeit die drei bestrangierten Angebote aus und unterzieht sie einer umfassenden Prüfung und Bewertung.

Art. 41 Zuschlag

Das vorteilhafteste Angebot erhält den Zuschlag.

Art. 42 Vertragsabschluss

- 1 Der Vertrag mit dem berücksichtigten Anbieter darf nach Ablauf der Frist für die Beschwerde gegen den Zuschlag abgeschlossen werden, es sei denn, das kantonale Verwaltungsgericht habe einer Beschwerde gegen den Zuschlag aufschiebende Wirkung erteilt.
- 2 Ist ein Beschwerdeverfahren gegen den Zuschlag hängig, ohne dass die aufschiebende Wirkung verlangt oder gewährt wurde, so teilt der Auftraggeber den Vertragsabschluss umgehend dem Gericht mit.

Art. 43 Abbruch

- 1 Der Auftraggeber kann das Vergabeverfahren abbrechen, insbesondere wenn:
 - a) er von der Vergabe des öffentlichen Auftrags aus zureichenden Gründen absieht;
 - b) kein Angebot die technischen Spezifikationen oder die weiteren Anforderungen erfüllt;
 - c) aufgrund veränderter Rahmenbedingungen vorteilhaftere Angebote zu erwarten sind;

- d) die eingereichten Angebote keine wirtschaftliche Beschaffung erlauben oder den Kostenrahmen deutlich überschreiten;
 - e) hinreichende Anhaltspunkte für eine unzulässige Wettbewerbsabrede unter den Anbietern bestehen;
 - f) eine wesentliche Änderung der nachgefragten Leistungen erforderlich wird.
- 2 Im Fall eines gerechtfertigten Abbruchs haben die Anbieter keinen Anspruch auf eine Entschädigung.

Art. 44 Ausschluss vom Verfahren und Widerruf des Zuschlags

- 1 Der Auftraggeber kann einen Anbieter von einem Vergabeverfahren ausschliessen, aus einem Verzeichnis streichen oder einen ihm bereits erteilten Zuschlag widerrufen, wenn festgestellt wird, dass auf den betreffenden Anbieter, seine Organe, eine beigezogene Drittperson oder deren Organe einer der folgenden Sachverhalte zutrifft:
- a) sie erfüllen die Voraussetzungen für die Teilnahme am Verfahren nicht oder nicht mehr, oder der rechtskonforme Ablauf des Vergabeverfahrens wird durch ihr Verhalten beeinträchtigt;
 - b) die Angebote oder Anträge auf Teilnahme weisen wesentliche Formfehler auf oder weichen wesentlich von den verbindlichen Anforderungen einer Ausschreibung ab;
 - c) es liegt eine rechtskräftige Verurteilung wegen eines Vergehens zum Nachteil des jeweiligen Auftraggebers oder wegen eines Verbrechens vor;
 - d) sie befinden sich in einem Pfändungs- oder Konkursverfahren;
 - e) sie haben Bestimmungen über die Bekämpfung der Korruption verletzt;
 - f) sie widersetzen sich angeordneten Kontrollen;
 - g) sie bezahlen fällige Steuern oder Sozialabgaben nicht;
 - h) sie haben frühere öffentliche Aufträge mangelhaft erfüllt oder liessen in anderer Weise erkennen, keine verlässlichen und vertrauenswürdigen Vertragspartner zu sein;
 - i) sie waren an der Vorbereitung der Beschaffung beteiligt, und der dadurch entstehende Wettbewerbsnachteil der anderen Anbieter kann nicht mit geeigneten Mitteln ausgeglichen werden;
 - j) sie wurden nach Artikel 45 Absatz 1 von künftigen öffentlichen Aufträgen rechtskräftig ausgeschlossen.
- 2 Der Auftraggeber kann überdies Massnahmen nach Absatz 1 treffen, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass auf den Anbieter, seine Or-

gane, einen beigezogenen Dritten oder dessen Organe insbesondere einer der folgenden Sachverhalte zutrifft:

- a) sie haben unwahre oder irreführende Aussagen und Auskünfte gegenüber dem Auftraggeber gemacht;
- b) es wurden unzulässige Wettbewerbsabreden getroffen;
- c) sie reichen ein ungewöhnlich niedriges Angebot ein, ohne auf Aufforderung hin nachzuweisen, dass die Teilnahmebedingungen eingehalten werden, und bieten keine Gewähr für die vertragskonforme Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen;
- d) sie haben gegen anerkannte Berufsregeln verstossen oder Handlungen oder Unterlassungen begangen, die ihre berufliche Ehre oder Integrität beeinträchtigen;
- e) sie sind insolvent;
- f) sie missachten die Arbeitsschutzbestimmungen, die Arbeitsbedingungen, die Bestimmungen über die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit oder die Bestimmungen über die Vertraulichkeit, die Bestimmungen des schweizerischen Umweltrechts oder die vom Bundesrat bezeichneten internationalen Übereinkommen zum Schutz der Umwelt;
- g) sie haben Melde- oder Bewilligungspflichten nach dem BGSA¹ verletzt;
- h) sie verstossen gegen das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986² gegen den unlauteren Wettbewerb.

Art. 45 Sanktionen

- 1 Der Auftraggeber oder die nach gesetzlicher Anordnung zuständige Behörde kann einen Anbieter oder Subunternehmer, der selber oder durch seine Organe in schwerwiegender Weise einen oder mehrere der Tatbestände von Artikel 44 Absatz 1 Buchstaben c und e sowie Absatz 2 Buchstaben b, f und g erfüllt, von künftigen öffentlichen Aufträgen für die Dauer von bis zu fünf Jahren ausschliessen oder ihm eine Busse von bis zu zehn Prozent der bereinigten Angebotssumme auferlegen. In leichten Fällen kann eine Verwarnung erfolgen.
- 2 Diese Sanktionsmöglichkeiten gelten unabhängig von weiteren rechtlichen Schritten gegen den fehlbaren Anbieter, Subunternehmer oder deren Organe. Den Verdacht auf unzulässige Wettbewerbsabreden nach Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe b teilt der Auftraggeber oder die nach gesetzlicher Anordnung zuständige Behörde der Wettbewerbskommission mit.

¹ SR 822.41

² SR 241

- 3 Der Auftraggeber oder die nach gesetzlicher Anordnung zuständige Behörde meldet einen rechtskräftigen Ausschluss nach Absatz 1 dem InöB. Das InöB führt eine nicht öffentliche Liste der sanktionierten Anbieter und Subunternehmer, unter Angabe der Gründe für den Ausschluss sowie der Dauer des Ausschlusses von öffentlichen Aufträgen. Es sorgt dafür, dass jeder Auftraggeber in Bezug auf einen bestimmten Anbieter oder Subunternehmer die entsprechenden Informationen erhalten kann. Es kann zu diesem Zweck ein Abrufverfahren einrichten. Bund und Kantone stellen einander alle nach diesem Artikel erhobenen Informationen zur Verfügung. Nach Ablauf der Sanktion wird der Eintrag aus der Liste gelöscht.
- 4 Verstösst ein Auftraggeber gegen diese Vereinbarung, erlässt die nach gesetzlicher Anordnung zuständige Behörde die angemessenen Weisungen und sorgt für deren Einhaltung.
- 5 Werden für einen öffentlichen Auftrag finanzielle Beiträge gesprochen, so können diese Beiträge ganz oder teilweise entzogen oder zurückgefordert werden, wenn der Auftraggeber gegen beschaffungsrechtliche Vorgaben verstösst.

7. Kapitel Fristen und Veröffentlichungen, Statistik

Art. 46 Fristen

- 1 Bei der Bestimmung der Fristen für die Einreichung der Angebote oder Teilnahmeanträge trägt der Auftraggeber der Komplexität des Auftrags, der voraussichtlichen Anzahl von Unteraufträgen sowie den Übermittlungswegen Rechnung.
- 2 Im Staatsvertragsbereich gelten folgende Minimalfristen:
 - a) im offenen Verfahren: 40 Tage ab Veröffentlichung der Ausschreibung für die Einreichung der Angebote;
 - b) im selektiven Verfahren: 25 Tage ab Veröffentlichung der Ausschreibung für die Einreichung der Teilnahmeanträge und 40 Tage ab Einladung zur Angebotserstellung für die Einreichung der Angebote.
- 3 Eine Verlängerung dieser Fristen ist allen Anbietern rechtzeitig anzuzeigen oder zu veröffentlichen.

- 4 Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs beträgt die Frist für die Einreichung der Angebote in der Regel mindestens 20 Tage. Bei weitgehend standardisierten Leistungen kann die Frist auf nicht weniger als 5 Tage reduziert werden.

Art. 47 Fristverkürzung im Staatsvertragsbereich

- 1 Der Auftraggeber kann die Minimalfristen nach Artikel 46 Absatz 2 in Fällen nachgewiesener Dringlichkeit auf nicht weniger als 10 Tage verkürzen.
- 2 Er kann die minimale Angebotsfrist von 40 Tagen nach Artikel 46 Absatz 2 um je 5 Tage kürzen, wenn:
- a) die Ausschreibung elektronisch veröffentlicht wird;
 - b) die Ausschreibungsunterlagen zeitgleich elektronisch veröffentlicht werden;
 - c) Angebote auf elektronischem Weg entgegengenommen werden.
- 3 Er kann die minimale Angebotsfrist von 40 Tagen nach Artikel 46 Absatz 2 auf nicht weniger als 10 Tage verkürzen, sofern er mindestens 40 Tage bis höchstens 12 Monate vor der Veröffentlichung der Ausschreibung eine Vorankündigung mit folgendem Inhalt veröffentlicht hat:
- a) Gegenstand der beabsichtigten Beschaffung;
 - b) ungefähre Frist für die Einreichung der Angebote oder Teilnahmeanträge;
 - c) Erklärung, dass die interessierten Anbieter dem Auftraggeber ihr Interesse an der Beschaffung mitteilen sollen;
 - d) Bezugsquelle für die Ausschreibungsunterlagen;
 - e) alle weiteren zu diesem Zeitpunkt bereits verfügbaren Angaben nach Artikel 35.
- 4 Er kann die minimale Angebotsfrist von 40 Tagen nach Artikel 46 Absatz 2 auf nicht weniger als 10 Tage verkürzen, wenn er wiederkehrend benötigte Leistungen beschafft und bei einer früheren Ausschreibung auf die Fristverkürzung hingewiesen hat.
- 5 Überdies kann der Auftraggeber beim Einkauf gewerblicher Waren oder Dienstleistungen oder einer Kombination der beiden in jedem Fall die Frist zur Angebotseinreichung auf nicht weniger als 13 Tage verkürzen, sofern er die Ausschreibungsunterlagen gleichzeitig mit der Ausschreibung elektronisch veröffentlicht. Nimmt der Auftraggeber Angebote für gewerbliche Waren oder Dienstleistungen elektronisch entgegen, so kann er ausserdem die Frist auf nicht weniger als 10 Tage verkürzen.

Art. 48 Veröffentlichungen

- 1 Im offenen und im selektiven Verfahren veröffentlicht der Auftraggeber die Vorankündigung, die Ausschreibung, den Zuschlag sowie den Abbruch des Verfahrens auf einer gemeinsam von Bund und Kantonen betriebenen Internetplattform für öffentliche Beschaffungen. Ebenso veröffentlicht er Zuschläge, die im Staatsvertragsbereich freihändig erteilt wurden.
- 2 Die Ausschreibungsunterlagen werden in der Regel zeitgleich und elektronisch zur Verfügung gestellt. Der Zugang zu diesen Veröffentlichungen ist unentgeltlich.
- 3 Die vom Bund und den Kantonen mit der Entwicklung und dem Betrieb der Internetplattform beauftragte Organisation kann von den Auftraggebern, den Anbietern sowie weiteren Personen, welche die Plattform oder damit verbundene Dienstleistungen nutzen, Entgelte oder Gebühren erheben. Diese bemessen sich nach der Anzahl der Veröffentlichungen beziehungsweise nach dem Umfang der genutzten Leistungen.
- 4 Für jeden Auftrag im Staatsvertragsbereich, der nicht in einer Amtssprache der Welthandelsorganisation (WTO) ausgeschrieben wird, veröffentlicht der Auftraggeber zeitgleich mit der Ausschreibung eine Zusammenfassung der Anzeige in einer Amtssprache der WTO. Die Zusammenfassung enthält mindestens:
 - a) den Gegenstand der Beschaffung;
 - b) die Frist für die Abgabe der Angebote oder Teilnahmeanträge;
 - c) die Bezugsquelle für die Ausschreibungsunterlagen.
- 5 Ausserhalb des Staatsvertragsbereichs ist auf die sprachlichen Verhältnisse des Gebiets Rücksicht zu nehmen, in welchem der Auftrag zur Ausführung gelangt.
- 6 Im Staatsvertragsbereich erteilte Zuschläge sind in der Regel innerhalb von 30 Tagen zu veröffentlichen. Die Mitteilung enthält folgende Angaben:
 - a) Art des angewandten Verfahrens;
 - b) Gegenstand und Umfang des Auftrags;
 - c) Name und Adresse des Auftraggebers;
 - d) Datum des Zuschlags;
 - e) Name und Adresse des berücksichtigten Anbieters;
 - f) Gesamtpreis des berücksichtigten Angebots einschliesslich Mehrwertsteuer.
- 7 Die Kantone können zusätzliche Publikationsorgane vorsehen.

Art. 49 Aufbewahrung der Unterlagen

- 1 Die Auftraggeber bewahren die massgeblichen Unterlagen im Zusammenhang mit einem Vergabeverfahren während mindestens drei Jahren ab rechtskräftigem Zuschlag auf.
- 2 Zu den aufzubewahrenden Unterlagen gehören:
 - a) die Ausschreibung;
 - b) die Ausschreibungsunterlagen;
 - c) das Protokoll der Angebotsöffnung;
 - d) die Korrespondenz über das Vergabeverfahren;
 - e) die Bereinigungsprotokolle;
 - f) Verfügungen im Rahmen des Vergabeverfahrens;
 - g) das berücksichtigte Angebot;
 - h) Daten zur Rückverfolgbarkeit der elektronischen Abwicklung einer Beschaffung;
 - i) Dokumentationen über im Staatsvertragsbereich freihändig vergebene öffentliche Aufträge.
- 3 Alle Unterlagen sind für die Dauer ihrer Aufbewahrung vertraulich zu behandeln, soweit diese Vereinbarung nicht eine Offenlegung vorsieht. Vorbehalten bleibt die Auskunftspflicht, soweit hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht.

Art. 50 Statistik

- 1 Die Kantone erstellen innerhalb von 12 Monaten nach Ablauf jedes Kalenderjahres zuhanden des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) eine elektronisch geführte Statistik über die Beschaffungen des Vorjahres im Staatsvertragsbereich.
- 2 Die Statistiken enthalten mindestens die folgenden Angaben:
 - a) Anzahl und Gesamtwert der öffentlichen Aufträge jedes Auftraggebers gegliedert nach Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen unter Angabe der CPC- oder CPV-Klassifikation;
 - b) Anzahl und Gesamtwert der öffentlichen Aufträge, die im freihändigen Verfahren vergeben wurden;
 - c) wenn keine Daten vorgelegt werden können: Schätzungen zu den Angaben gemäss Buchstaben a und b mit Erläuterungen zur eingesetzten Schätzungsmethode.
- 3 Der Gesamtwert ist jeweils einschliesslich Mehrwertsteuer anzugeben.

- 4 Die Gesamtstatistik des SECO ist unter Vorbehalt des Datenschutzes und der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen öffentlich zugänglich.

8. Kapitel Rechtsschutz

Art. 51 Eröffnung von Verfügungen

- 1 Der Auftraggeber eröffnet Verfügungen durch Veröffentlichung oder durch individuelle Zustellung an die Anbieter. Die Anbieter haben vor Eröffnung der Verfügung keinen Anspruch auf rechtliches Gehör.
- 2 Beschwerdefähige Verfügungen sind summarisch zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.
- 3 Die summarische Begründung eines Zuschlags umfasst:
 - a) die Art des Verfahrens und den Namen des berücksichtigten Anbieters;
 - b) den Gesamtpreis des berücksichtigten Angebots;
 - c) die massgebenden Merkmale und Vorteile des berücksichtigten Angebots;
 - d) gegebenenfalls eine Darlegung der Gründe für eine freihändige Vergabe.
- 4 Der Auftraggeber darf keine Informationen bekanntgeben, wenn dadurch:
 - a) gegen geltendes Recht verstossen würde oder öffentliche Interessen verletzt würden;
 - b) berechnigte wirtschaftliche Interessen der Anbieter beeinträchtigt würden; oder
 - c) der laudere Wettbewerb zwischen den Anbietern gefährdet würde.

Art. 52 Beschwerde

- 1 Gegen Verfügungen der Auftraggeber ist mindestens ab dem für das Einladungsverfahren massgebenden Auftragswert die Beschwerde an das kantonale Verwaltungsgericht als einzige kantonale Instanz zulässig.
- 2 Für Beschwerden gegen Beschaffungen der oberen kantonalen Gerichtsbehörden ist das Bundesgericht direkt zuständig.
- 3 Ausländische Anbieter sind bei Aufträgen ausserhalb des Staatsvertragsbereichs zur Beschwerde nur zugelassen, soweit der Staat, in dem sie ihren Sitz haben, Gegenrecht gewährt.

Art. 53 Beschwerdeobjekt

- 1 Durch Beschwerde anfechtbar sind ausschliesslich die folgenden Verfügungen:
 - a) die Ausschreibung des Auftrags;
 - b) der Entscheid über die Auswahl der Anbieter im selektiven Verfahren;
 - c) der Entscheid über die Aufnahme eines Anbieters in ein Verzeichnis oder über die Streichung eines Anbieters aus einem Verzeichnis;
 - d) der Entscheid über Ausstandsbegehren;
 - e) der Zuschlag;
 - f) der Widerruf des Zuschlags;
 - g) der Abbruch des Verfahrens;
 - h) der Ausschluss aus dem Verfahren;
 - i) die Verhängung einer Sanktion.
- 2 Anordnungen in den Ausschreibungsunterlagen, deren Bedeutung erkennbar ist, müssen zusammen mit der Ausschreibung angefochten werden.
- 3 Auf Beschwerden gegen die Verhängung einer Sanktion finden die Bestimmungen dieser Vereinbarung zum rechtlichen Gehör im Verfügungsverfahren, zur aufschiebenden Wirkung und zur Beschränkung der Beschwerdegründe keine Anwendung.
- 4 Verfügungen nach Absatz 1 Buchstaben c und i können unabhängig vom Auftragswert durch Beschwerde angefochten werden.
- 5 Im Übrigen ist der Rechtsschutz gegen Verfügungen nach dieser Vereinbarung ausgeschlossen.
- 6 Die Beschwerde gegen den Abschluss von Einzelverträgen nach Artikel 25 Absätze 4 und 5 ist ausgeschlossen.

Art. 54 Aufschiebende Wirkung

- 1 Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.
- 2 Das kantonale Verwaltungsgericht kann einer Beschwerde auf Gesuch hin aufschiebende Wirkung gewähren, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen. Zur Frage der aufschiebenden Wirkung findet in der Regel nur ein Schriftwechsel statt.
- 3 Ein rechtsmissbräuchliches oder treuwidriges Gesuch um aufschiebende Wirkung wird nicht geschützt. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers und des berücksichtigten Anbieters sind von den Zivilgerichten zu beurteilen.

Art. 55 Anwendbares Recht

Das Verfügungs- und das Beschwerdeverfahren richten sich nach den Bestimmungen der kantonalen Gesetze über die Verwaltungsrechtspflege, soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt.

Art. 56 Beschwerdefrist, Beschwerdegründe und Legitimation

- 1 Beschwerden müssen schriftlich und begründet innert 20 Tagen seit Eröffnung der Verfügung eingereicht werden.
- 2 Es gelten keine Gerichtsferien.
- 3 Mit der Beschwerde können gerügt werden:
 - a) Rechtsverletzungen, einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens; sowie
 - b) die unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts.
- 4 Die Angemessenheit einer Verfügung kann im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens nicht überprüft werden.
- 5 Gegen Zuschläge im freihändigen Verfahren kann nur Beschwerde führen, wer nachweist, dass er die nachgefragten Leistungen oder damit substituierbare Leistungen erbringen kann und erbringen will. Es kann nur gerügt werden, das freihändige Verfahren sei zu Unrecht angewandt oder der Zuschlag sei aufgrund von Korruption erteilt worden.

Art. 57 Akteneinsicht

- 1 Im Verfügungsverfahren besteht kein Anspruch auf Akteneinsicht.
- 2 Im Beschwerdeverfahren ist dem Beschwerdeführer auf Gesuch hin Einsicht in die Bewertung seines Angebots und in weitere entscheidrelevante Verfahrensakten zu gewähren, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

Art. 58 Beschwerdeentscheid

- 1 Die Beschwerdeinstanz kann in der Sache selbst entscheiden oder diese an die Vorinstanz oder an den Auftraggeber zurückweisen. Im Fall einer Zurückweisung hat sie verbindliche Anweisungen zu erteilen.

- 2 Erweist sich die Beschwerde als begründet und ist der Vertrag mit dem berücksichtigten Anbieter bereits abgeschlossen, so stellt die Beschwerdeinstanz fest, inwiefern die angefochtene Verfügung das anwendbare Recht verletzt.
- 3 Gleichzeitig mit der Feststellung der Rechtsverletzung entscheidet die Beschwerdeinstanz über ein allfälliges Schadenersatzbegehren.
- 4 Der Schadenersatz ist beschränkt auf die erforderlichen Aufwendungen, die dem Anbieter im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Einreichung seines Angebots erwachsen sind.

Art. 59 Revision

Hat die Beschwerdeinstanz über ein Revisionsgesuch zu entscheiden, so gilt Artikel 58 Absatz 2 sinngemäss.

9. Kapitel Behörden

Art. 60 Kommission Beschaffungswesen Bund-Kantone

- 1 Die Überwachung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens obliegt der Kommission Beschaffungswesen Bund-Kantone (KBBK). Diese setzt sich paritätisch aus Vertretern des Bundes und der Kantone zusammen. Das Sekretariat wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sichergestellt.
- 2 Die KBBK nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
 - a) Ausarbeitung der Position der Schweiz in internationalen Gremien zu Handen des Bundesrates und Beratung der Schweizer Verhandlungsdelegationen;
 - b) Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen Bund und Kantonen und Erarbeitung von Empfehlungen betreffend die Umsetzung internationaler Verpflichtungen in Schweizer Recht;
 - c) Pflege der Beziehungen zu ausländischen Überwachungsbehörden;
 - d) Erteilung von Ratschlägen und Vermittlung in Einzelfällen bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Geschäften nach den Buchstaben a bis c.
- 3 Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass internationale Verpflichtungen der Schweiz über das öffentliche Beschaffungswesen verletzt werden, so kann die KBBK bei den Behörden des Bundes oder der Kantone intervenieren und sie

veranlassen, den Sachverhalt abzuklären und bei festgestellten Missständen die erforderlichen Massnahmen zu treffen.

- 4 Die KBBK kann Gutachten erstellen oder Sachverständige damit beauftragen.
- 5 Sie gibt sich ein Geschäftsreglement. Dieses bedarf der Genehmigung des Bundesrates und des InöB.

Art. 61 Interkantonales Organ

- 1 Die Mitglieder der an der Vereinbarung beteiligten Kantone in der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) bilden das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB).
- 2 Das InöB nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
 - a) Erlass dieser Vereinbarung;
 - b) Änderungen dieser Vereinbarung unter Vorbehalt der Zustimmung der beteiligten Kantone;
 - c) Anpassung der Schwellenwerte;
 - d) Vorschlag an den Bundesrat für die Befreiung von der Unterstellung unter diese Vereinbarung und Entgegennahme diesbezüglicher Gesuche der Auftraggeber nach Artikel 7 Absatz 1 (Auslinkklausel);
 - e) Kontrolle über die Umsetzung dieser Vereinbarung durch die Kantone und Bezeichnung einer Kontrollstelle;
 - f) Führen der Liste über sanktionierte Anbieter und Subunternehmer nach Massgabe von Artikel 45 Absatz 3;
 - g) Regelung der Organisation und des Verfahrens für die Anwendung dieser Vereinbarung;
 - h) Tätigkeiten als Kontaktstelle im Rahmen der internationalen Übereinkommen;
 - i) Bezeichnung der kantonalen Delegierten in nationalen und internationalen Gremien sowie Genehmigung der entsprechenden Geschäftsreglemente.
- 3 Das InöB trifft seine Entscheide mit Dreiviertelmehrheit der Anwesenden, sofern mindestens die Hälfte der beteiligten Kantone vertreten ist. Jeder beteiligte Kanton hat eine Stimme, die von einem Mitglied der Kantonsregierung wahrgenommen wird.
- 4 Das InöB arbeitet mit den Konferenzen der Vorsteher der betroffenen kantonalen Direktionen, mit den Fachkonferenzen der Kantone und mit dem Bund zusammen.

Art. 62 Kontrollen

- 1 Die Kantone überwachen die Einhaltung dieser Vereinbarung.
- 2 Das InöB behandelt Anzeigen von Kantonen bezüglich der Einhaltung dieser Vereinbarung durch andere Kantone.
- 3 Private können Anzeigen bezüglich der Einhaltung dieser Vereinbarung durch die Kantone an das InöB richten. Die Anzeige verleiht weder Parteirechte noch Anspruch auf einen Entscheid.
- 4 Das InöB erlässt hierzu ein Reglement.

10. Kapitel **Schlussbestimmungen****Art. 63** Beitritt, Austritt, Änderung und Aufhebung

- 1 Jeder Kanton kann der Vereinbarung durch Erklärung gegenüber dem InöB beitreten.
- 2 Der Austritt kann auf das Ende eines Kalenderjahres erfolgen. Er ist sechs Monate im Voraus dem InöB anzuzeigen.
- 3 Der Beitritt und der Austritt sowie die Änderung oder Aufhebung dieser Vereinbarung werden der Bundeskanzlei durch das InöB zur Kenntnis gebracht.
- 4 Die Kantone können unter Beachtung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz Ausführungsbestimmungen insbesondere zu den Artikeln 10, 12 und 26 erlassen.

Art. 64 Übergangsrecht

- 1 Vergabeverfahren, die vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung eingeleitet wurden, werden nach bisherigem Recht zu Ende geführt.
- 2 Im Fall des Austrittes eines Kantons gilt diese Vereinbarung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die vor dem Ende eines Kalenderjahres, auf das der Austritt wirksam wird, ausgeschrieben werden.

Art. 65 Inkrafttreten

- 1 Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald ihr zwei Kantone beigetreten sind. Das Inkrafttreten wird der Bundeskanzlei durch das InöB zur Kenntnis gebracht.
- 2 Für Kantone, die dieser Vereinbarung nicht beigetreten sind, gilt weiterhin die Vereinbarung vom 15. März 2001.

Anhänge Kantone

Anhang 1: Schwellenwerte Staatsvertragsbereich

Anhang 2: Schwellenwerte ausserhalb des Staatsvertragsbereichs

Anhang 3: Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Anhang 4: Massgebliche Übereinkommen zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen

Anhang 1

Schwellenwerte im Staatsvertragsbereich

a. Government Procurement Agreement GPA (WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen)

Auftraggeber	Auftragswert CHF (Auftragswert SZR)		
	<i>Bauleistungen (Gesamtwert)</i>	<i>Lieferungen</i>	<i>Dienstleistungen</i>
Kantone	8'700'000 CHF (5'000'000 SZR)	350'000 CHF (200'000 SZR)	350'000 CHF (200'000 SZR)
Behörden und öffentliche Unternehmen in den Sektoren Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation	8'700'000 CHF (5'000'000 SZR)	700'000 CHF (400'000 SZR)	700'000 CHF (400'000 SZR)

- b. Gemäss Bilateralem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind auch folgende Auftraggeber dem Staatsvertragsbereich unterstellt:

Auftraggeber	Auftragswert CHF (Auftragswert EURO)		
	<i>Bauleistungen (Gesamtwert)</i>	<i>Lieferungen</i>	<i>Dienstleistungen</i>
Gemeinden / Bezirke	8'700'000 CHF (6'000'000 EURO)	350'000 CHF (240'000 EURO)	350'000 CHF (240'000 EURO)
Private Unternehmen mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten in den Sektoren Wasser, Energie und Verkehr	8'700'000 CHF (6'000'000 EURO)	700'000 CHF (480'000 EURO)	700'000 CHF (480'000 EURO)
Öffentliche sowie aufgrund eines besonderen oder ausschliesslichen Rechts tätige private Unternehmen im Bereich des Schienenverkehrs und der Gas- und Wärmeversorgung	8'000'000 CHF (5'000'000 EURO)	640'000 CHF (400'000 EURO)	640'000 CHF (400'000 EURO)
Öffentliche sowie aufgrund eines besonderen oder ausschliesslichen Rechts tätige private Unternehmen im Bereich der Telekommunikation *	8'000'000 CHF (5'000'000 EURO)	960'000 CHF (600'000 EURO)	960'000 CHF (600'000 EURO)

* Dieser Bereich ist ausgeklinkt (VO des UVEK über die Nichtunterstellung unter das öffentliche Beschaffungsrecht, insbesondere Anhang – SR 172.056.111)

Anhang 2

Schwellenwerte und Verfahren im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich

Verfahrensarten	Lieferungen (Auftragswert CHF)	Dienstleistungen (Auftragswert CHF)	Bauleistungen (Auftragswert CHF)	
			<i>Baunebenge- werbe</i>	<i>Bauhauptge- werbe</i>
<i>Freihändiges Verfahren</i>	unter 150'000	unter 150'000	unter 150'000	unter 300'000
<i>Einladungs- verfahren</i>	unter 250'000	unter 250'000	unter 250'000	unter 500'000
<i>offenes / se- lektives Ver- fahren</i>	ab 250'000	ab 250'000	ab 250'000	ab 500'000

Anhang 3

Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)¹

- Übereinkommen Nr. 29 vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (SR **0.822.713.9**);
- Übereinkommen Nr. 87 vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (SR **0.822.719.7**);
- Übereinkommen Nr. 98 vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (SR **0.822.719.9**);
- Übereinkommen Nr. 100 vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (SR **0.822.720.0**);
- Übereinkommen Nr. 105 vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (SR **0.822.720.5**);
- Übereinkommen Nr. 111 vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (SR **0.822.721.1**);
- Übereinkommen Nr. 138 vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (SR **0.822.723.8**);
- Übereinkommen Nr. 182 vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (SR **0.822.728.2**).

¹ Als wesentliche internationale Arbeitsstandards kann der Auftraggeber neben den Kernübereinkommen gemäss diesem Anhang die Einhaltung von Prinzipien aus weiteren Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verlangen, soweit die Schweiz sie selbst ratifiziert hat.

Anhang 4

Massgebliche Übereinkommen zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen

- Wiener Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (SR **0.814.02**) und das im Rahmen dieses Übereinkommens geschlossene Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über die Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (SR **0.814.021**);
- Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (SR **0.814.05**);
- Stockholmer Übereinkommen vom 22. Mai 2001 über persistente organische Schadstoffe (SR **0.814.03**);
- Rotterdamer Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (SR **0.916.21**);
- Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die Biologische Vielfalt (SR **0.451.43**);
- Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 9. Mai 1992 (SR **0.814.01**);
- Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen vom 3. März 1973 (SR **0.453**);
- Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vom 13. November 1979 und die im Rahmen dieses Übereinkommens von der Schweiz ratifizierten acht Protokolle (SR **0.814.32**).

Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EGzIVöB)

Vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu:	803.600
Geändert:	170.450 830.100
Aufgehoben:	803.300

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 5, Art. 9 und Art. 11 des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (Binnenmarktgesetz, BGBM)¹⁾ vom 6. Oktober 1995 und Art. 63 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)²⁾ vom 15. November 2019,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Art. 1 Gegenstand

¹⁾ Dieses Gesetz regelt die Einführung der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019 (IVöB) im Kanton Graubünden.

¹⁾ SR [943.02](#)

²⁾ BR [803.710](#)

Art. 2 Geltungsbereich (Art. 10 Abs. 1 IVöB)

¹ Die Ausnahme von der Unterstellung nach Artikel 10 IVöB gilt nicht für Aufträge an Organisationen der Arbeitsintegration.

Art. 3 Veröffentlichungen (Art. 48 Abs. 1 IVöB)

¹ Die Auftraggeber veröffentlichen Zuschläge, die ausserhalb des Staatsvertragsbereichs freihändig gemäss Artikel 21 Absatz 2 IVöB erteilt wurden.

Art. 4 Rechtsschutz (Art. 52 IVöB)

¹ Die Beschwerde gegen Verfügungen der Auftraggeber ist ab Stufe Einladungsverfahren zulässig.

Art. 5 Meldung von Ausschlüssen (Art. 45 Abs. 3 IVöB)

¹ Bei Ausschlüssen gemäss Artikel 45 Absatz 1 IVöB stellt der Auftraggeber dem Kanton eine Kopie des rechtskräftigen Entscheids zu. Dieser erstattet Meldung an das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB).

Art. 6 Ausführungsbestimmungen (Art. 63 Abs. 4 IVöB)

¹ Die Regierung erlässt die Ausführungsbestimmungen zur IVöB und regelt darin die Einzelheiten des Verfahrens, des Vollzugs und der Organisation.

² Sie wird insbesondere ermächtigt:

- a) die für den Vollzug, die Kontrollen und die Aufsicht verantwortlichen Stellen zu bezeichnen (Art. 12 Abs. 5, Art. 28 Abs. 1, Art. 45 Abs. 1 bis Abs. 5, Art. 50 Abs. 1 und Art. 62 Abs. 1 und Abs. 2 IVöB);
- b) die Modalitäten zum elektronischen Verfahren (elektronische Abgabe von Angeboten und Eröffnung von Verfügungen) zu definieren (Art. 34 Abs. 2 IVöB);
- c) Offertöffnungen als öffentlich vorzusehen (Art. 37 IVöB);
- d) zusätzliche Publikationsorgane vorzusehen (Art. 48 Abs. 7 IVöB);
- e) zusätzliche Statistiken und Meldepflichten der Auftraggeber vorzusehen;
- f) die Befugnis des Auftraggebers zur Eröffnung von Verfügungen zu delegieren (Art. 51 Abs. 1 IVöB);
- g) die für den einheitlichen Vollzug, das Führen der Statistiken, die Auskunftserteilung und die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Beschaffungswesen zuständige kantonale Stelle zu bezeichnen;
- h) eine unabhängige Meldestelle für die Meldung von Missständen im öffentlichen Beschaffungswesen zu schaffen;
- i) Massnahmen vorzusehen, welche die Auftraggeber gegen Risiken wie das Fehlverhalten von Anbietern oder des Beschaffungspersonals treffen.

II.

1.

Der Erlass "Gesetz über die Pensionskasse Graubünden (PKG)" BR [170.450](#) (Stand 1. Januar 2015) wird wie folgt geändert:

Art. 13 Abs. 1 (geändert)

Öffentliches ~~Submissionsrecht~~**Beschaffungswesen (Überschrift geändert)**

¹ Die Pensionskasse ist dem öffentlichen ~~Submissionsrecht~~**Beschaffungswesen** nicht unterstellt.

2.

Der Erlass "Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG)" BR [830.100](#) (Stand 1. April 2019) wird wie folgt geändert:

Art. 30 Abs. 2 (geändert)

² Sie ist für Anlageinvestitionen dem öffentlichen ~~Submissionsrecht~~**Beschaffungswesen** nicht unterstellt.

III.

Der Erlass "Submissionsgesetz (SubG)" BR [803.300](#) (Stand 1. Januar 2014) wird aufgehoben.

IV.

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Participaziun dal chantun Grischun a la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da november 2019

dals ...

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la Constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la Regenza dals ...,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha a la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da november 2019.
2. La Regenza vegn autorisada:
 - a) da declarar la participaziun a la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas;
 - b) da ratifitgar adattaziuns posteriuras da la Cunvegna interchantunala, sch'ellas èn main impurtantas;
 - c) da far cunvegns da dretg reciproc cun auters chantuns e cun stadis vischins.
3. La Regenza po abolir il conclus davart la participaziun dal chantun Grischun a la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da mars 2001, cur che tut ils chantuns èn sa participads a la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da november 2019.
4. La participaziun a la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da november 2019 survegn forza legala cun la consegna da la decleraziun da participaziun a l'Organ interchantunal.
5. Las cifras 1 fin 3 da quest conclus èn suttamessas al referendum facultativ.

Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas (CIAP)

dals 15 da november 2019

1. chapitel Object, intent e definiziuns

Art. 1 Object

Questa cunvegna vegn applitgada per la surdada d'incaricas publicas tras incumbensaders ch'èn sutta mess ad ella, entaifer ed ordaifer il sectur da contracts internaziunals.

Art. 2 Intent

Questa cunvegna ha ils suandants intents:

- a) impunder ils meds finansials publicos en moda economica sco er cun in effect duraivel per l'economia publica, per l'ambient e per la societad;
- b) render transparenta la procedura da surdada;
- c) tractar en moda eguala e betg discriminar ils offerents;
- d) promover la concorrenza efficazia e gista tranter ils offerents, en spezial cun mesiras cunter cunvegns da concorrenza betg admissas e cunter corrupziun.

Art. 3 Definiziuns

En questa cunvegna signifitgan:

- a) *offerents*¹: persunas naturalas u giuridicas da dretg privat u da dretg public ubain gruppas da talas persunas, che offran prestaziuns, che s'annunzian per sa participar ad ina submissiun, per survegnir ina incumbensa publica u per ina concessiun;

¹ En l'interess d'ina meglra legibladad vegn duvrada en questa cunvegna mo la furma masculina.

- b) *interpresa publica*: interpresa, sin la quala autoritads statalas pon avair directamain u indirectamain ina influenza dominante pervia da la proprietad, pervia da la participaziun finanziaria u pervia da las prescripziuns respectivas per l'interpresa; ina influenza dominante vegn supponida, sche l'interpresa vegn finanziada per gronda part tras il stadi u tras autras interpresas publicas, sch'ella è suttamessa areguard sia direcziun a la surveglianza dal stadi u d'autras interpresas publicas u sche ses organ administrativ, directiv u da surveglianza cumpiglia per gronda part commembers ch'èn vegnids nominads dal stadi u d'autras interpresas publicas;
- c) *sectur da contracts internaziunals*: champ d'applicaziun da las obligaziuns internaziunals da la Svizra concernent las acquisiziuns publicas;
- d) *cundiziuns da lavur*: prescripziuns obligatoricas dal Dretg d'obligaziuns dals 30 da mars 1911¹ davart il contract da lavur, disposiziuns normativas dals contracts collectivs da lavur e dals contracts normals da lavur u, nua che tals mancan, las cundiziuns da lavur usitadas al lieu ed en la bransch;
- e) *disposiziuns per la protecziun dals lavurants*: prescripziuns dal dretg da lavur public, inclusiv las disposiziuns da la Lescha da lavur dals 13 da mars 1964² e dal dretg d'execuziun respectiv sco er da las disposiziuns davart la prevenziun d'accidents;
- f) *institut da dretg public*: mintga institut
- ch'è vegni fundà spezialmain per ademplir incumbensas d'interess public betg da natira commerziala;
 - che posseda ina personalitad giuridica; e
 - che vegn finanzià per gronda part dal stadi, da corporaziuns territorialas u d'auters instituts da dretg public, ch'è suttamess areguard la direcziun a la surveglianza da tals u che posseda in organ administrativ, directiv u da surveglianza che cumpiglia per gronda part commembers ch'èn vegnids nominads dal stadi, da las corporaziuns territorialas u d'auters instituts da dretg public;
- g) *autoritads statalas*: il stadi, las corporaziuns territorialas, ils instituts da dretg public e las federaziuns che cumpiglian ina u pliras da questas corporaziuns ubain in u plirs da quests instituts da dretg public.

¹ CS 220

² CS 822.11

2. chapitel Champ d'applicaziun

1. part: Champ d'applicaziun subjectiv

Art. 4 Incumbensader

- 1 En il sector da contracts internaziunals èn suttaless a questa cunvegna las autoritads statalas sco er unitads administrativas centralas e decentralas, inclusiv ils instituts da dretg public sin plaun chantunal, districtual e communal en il senn dal dretg chantunal e communal, cun excepziun da lur activitads commerzialas.
- 2 En il sector da contracts internaziunals èn suttalessas a questa cunvegna medemamain autoritads statalas sco er interpresas publicas e privatas che furneschan servetschs publics e che han dretgs exclusivs u spezial, uschenavant ch'ellas exequeschan activitads en in dals suandants secturs en Svizra:
 - a) metter a disposiziun u manar raits fixas per proverder la publicitad en connex cun la producziun, cun il transport u cun la distribuziun d'aua da baiver u proverder questas raits cun aua da baiver;
 - b) metter a disposiziun u manar raits fixas per proverder la publicitad en connex cun la producziun, cun il transport u cun la distribuziun d'energia electrica u proverder questas raits cun energia electrica;
 - c) manar raits per proverder la publicitad en il sector dal traffic cun viafiers urbanas, cun sistems automatics, cun trams, cun trolleybus, cun bus u cun funicularas;
 - d) proverder interpresas da transport en il traffic aviatic cun plazzas aviaticas u cun auters terminals da transport;
 - e) proverder interpresas da transport en il traffic da la navigaziun interna cun ports u cun auters terminals da transport;
 - f) metter a disposiziun u manar viafiers inclusiv il traffic respectiv;
 - g) metter a disposiziun u manar raits fixas per proverder la publicitad en connex cun la producziun, cun il transport u cun la distribuziun da gas u da chalur u proverder questas raits cun gas u cun chalur; ubain
 - h) utilizar in territori cunfinà geograficamain per tshertgar u per explotar petroli, gas, charvun u auters combustibels solids.

- 3 Ils incumbensaders tenor l'alineia 2 èn suttamess a questa cunvegna mo en connex cun acquisiziuns per il champ d'activitad descrit, dentant betg per lur ulteriuras activitads.
- 4 Ordaifer il sector da contracts internaziunals èn suttamess a questa cunvegna plinavant:
 - a) autras instituziuns ch'èn responsablas per incumbensas chantunalas e communalas, cun excepziun da lur activitads commercialas;
 - b) objects e prestaziuns che vegnan subvenziunads cun daners publics per dapli che 50 pertschient dals custs totals.
- 5 Sch'ina terza persuna realisescha la surdada d'ina incarica publica per in u per plirs incumbensaders, è questa terza persuna suttamessa a questa cunvegna sco l'incumbensader ch'ella represchenta.

Art. 5 Dretg applitgabel

- 1 Sche plirs incumbensaders ch'èn suttamess al dretg federal ed a questa cunvegna sa participeschan ad in'acquisiziun publica, è applitgabel il dretg da la communitad, da la quala l'incumbensader surpiglia la gronda part da la finanziaziun. Sche la part chantunala predominescha tut en tut la part federala, vegn applitgada questa cunvegna.
- 2 Sche plirs incumbensaders ch'èn suttamess a questa cunvegna sa participeschan ad in'acquisiziun publica, è applitgabel il dretg da quel chantun che surpiglia la gronda part da la finanziaziun.
- 3 Sche plirs incumbensaders sa participeschan ad in'acquisiziun publica, èn quels autorisads da suttametter in'acquisiziun cuminaivla – en encliegentscha vicendaivla ed en divergenza dals princips qua survert – al dretg d'in incumbensader participà.
- 4 In'acquisiziun che na vegn betg exequida en il champ giuridic d'in incumbensader, è suttamessa tenor libra tscherna al dretg dal lieu da la sedia da l'incumbensader u al dretg dal lieu, nua che las prestaziuns vegnan furnidas principalmain.
- 5 In'acquisiziun tras instituziuns ch'èn responsablas comunablamain è suttamessa al dretg dal lieu da la sedia da questas instituziuns. Sche questas instituziuns n'han nagina sedia, vegn applitgà il dretg dal lieu, nua che las prestaziuns vegnan furnidas principalmain.

- 6 Interpresas publicas u privatas cun dretgs exclusivs u spezials ch'èn vegnids surdads ad ellas da la Confederaziun, u che adempleschan las incumbensas en l'interess naziunal, pon tschermer, sch'ellas suttamettan lur acquisiziuns al dretg dal lieu da lur sedia u al dretg federal.

Art. 6 Offerents

- 1 Admess da far in'offerta è tenor questa cunvegna offerents da la Svizra sco er offerents da stadis, als quals la Svizra è s'obligada en in contract da conceder l'access al martgà en il rom da las obligaziuns vicendaivlas.
- 2 Ordaifer il sector da contracts internaziunals vegnan admess da far in'offerta offerents esters da stadis, uschenavant che quels concedan il dretg reciproc ubain uschenavant che l'incumbensader permetta quai.
- 3 Il Cussegl federal maina ina glista dals stadis ch'èn s'obligads envers la Svizra da conceder l'access al martgà. Questa glista vegn actualisada periodicain.
- 4 Ils chantuns pon far cunvegns cun las regions da cunfin e cun ils stadis vischins.

Art. 7 Dispensaziun da la subordinaziun

- 1 Sch'i dat en in sector dal martgà tenor l'artitgel 4 alinea 2 ina concorrenza effìcacia, po l'Organ interchantunal per las acquisiziuns publicas (INAP) proponer al Cussegl federal da deliberar las acquisiziuns correspondentas per part u dal tutfatg da la subordinaziun a questa cunvegna. Ils incumbensaders ch'èn activs en il sector dal martgà pertutgà èn autorisads da far ina dumonda respectiva per mauns dal INAP.
- 2 Ina deliberaziun da la subordinaziun vala per las acquisiziuns correspondentas da tut ils incumbensaders ch'èn activs en il sector dal martgà pertutgà.

2. part: Champ d'applicaziun objectiv

Art. 8 Incarica publica

- 1 Ina incarica publica è in contract che vegn fatg tranter l'incumbensader e l'offerent e che serva ad ademplir ina incumbensa publica. Ella sto vègnir pajada ed è caracterisada tras il barat da prestaziuns e da cuntraprestaziuns. La prestaziun caracteristica vegn furnida da l'offerent.

- 2 Differenziadas vegnan las suandantas prestaziuns:
 - a) prestaziuns da construcziun (industria principala e secundara da construcziun);
 - b) furniziuns;
 - c) servetschs.
- 3 Incaricas maschadadas cumpiglian differentas prestaziuns tenor l'alineia 2 e furman ina incarica globala. La qualificaziun da l'incarica globala vegn determinada tras la prestaziun che predominescha finanzialmain. Prestaziuns na dastgan betg vegnir maschadadas u colliadas ina cun l'autra cun l'intenziun u cun l'effect da guntgir las disposiziuns da questa convegna.

Art. 9 Surdada d'incumbensas publicas e da concessiuns

La surdada d'ina incumbensa publica u d'ina concessiun vala sco incarica publica, sch'il purschider survegn tras quai dretgs exclusivs u spezials ch'el observa en l'interess public e sch'el survegn per quai directamain u indirectamain in salari u ina indemnizaziun. Disposiziuns spezialas dal dretg federal e dal dretg chantunal precedan.

Art. 10 Excepciuns

- 1 Questa convegna na vegn betg applitgada per:
 - a) l'acquisiziun da prestaziuns per la vendita u per la rivendita commerciala ubain per vegnir utilisadas per producir u per offrir prestaziuns per la vendita u per la rivendita commerciala;
 - b) la cumpra, la locaziun u la fittanza da bains immobiliars, d'edifizis e da stabiliments sco er dals dretgs correspondents;
 - c) il pajament d'agids finansials;
 - d) contracts davart prestaziuns da servetschs finansials en connex cun l'emissiun, la cumpra, la vendita, il transferiment u l'administraziun da vaglias u d'auters instruments finansials sco er da servetschs da las bancas centralas;
 - e) incaricas ad instituziuns per personas cun impediments, ad organisaziuns da l'integraziun en il mund da lavur, ad instituziuns da beneficenza ed a praschuns;
 - f) ils contracts dal dretg da personal;
 - g) las instituziuns da provediment professiunal da dretg public dals chantuns e da las vischnancas.

- 2 Questa cunvegna na vegn plinavant betg applitgada per l'acquisiziun da prestaziuns:
 - a) d'offerents che han il dretg exclusiv da furnir talas prestaziuns;
 - b) d'auters incumbensaders giuridicamain independents, ch'èn sezs sutta mess al dretg d'acquisiziun, uschenavant che quests incumbensaders na furneschan betg questas prestaziuns en concorrenza cun offerents privats;
 - c) d'unitads d'organisaziun dependentas da l'incumbensader;
 - d) d'offerents, ils quals l'incumbensader controlla tuttina sco ses agens posts da servetsch, uschenavant che questas interpresas furneschan lur prestaziuns en emprima lingia per l'incumbensader.
- 3 Questa cunvegna na vegn er betg applitgada per incaricas publicas,
 - a) sche quai vegn considerà sco necessari per proteger e per mantegnair la segirezza externa ed interna u l'urden public;
 - b) uschenavant che quai è necessari per proteger la sanadad u la vita d'umans u per proteger la flora e la fauna;
 - c) uschenavant che la publicaziun da quellas violass ils dretgs da la proprietad intellectuala.

3. chapitel Principis generals

Art. 11 Principis da procedura

Per la surdada d'incaricas publicas resguarda l'incumbensader ils suandants principis da procedura:

- a) el realisescha las proceduras da surdada en moda transparenta, objectiva e nunpartischanta;
- b) el prenda mesiras cunter conflicts d'interess, cunter cunvegns da concorrenza betg admissas e cunter corrupziun;
- c) el observa il tractament egual dals offerents en tut las fasas da la procedura;
- d) el renunzia a rundas per dar rabats sin ils pretschs offrids;
- e) el mantegna il caracter confidenzial da las indicaziuns dals offerents.

Art. 12 Observanza da las disposiziuns per la protecciun dals lavurants, da las cundiziuns da lavur, da l'egualitad dals salaris e dal dretg d'ambient

- 1 Per las prestaziuns che ston vegnir furnidas en Svizra surdat l'incumbensader ina incarica publica mo ad offerents che observan las disposiziuns per la

proteccziun dals lavurants e las cundiziuns da lavur ch'èn decisivas en Svizra, las obligaziuns d'annunzia e da permissiun tenor la Lescha federala dals 17 da zercladur 2005¹ davart las mesiras per cumbatter la lavur illegala (LLI) sco er las disposiziuns davart il tractament egual da dunnas ed umens areguard ils salaris.

- 2 Per las prestaziuns che ston vegnir furnidas a l'exteriur surdat l'incumbensader ina incarica publica mo ad offerents che observan almain las Convenziuns centralas da l'Organisaziun internaziunala da la lavur (OIL) a norma da l'aggiunta 3. Plinavant po l'incumbensader pretender che ulteriurs standards da lavur internaziunals impurtants vegnian observads e dumandar cumprovas correspondentas sco er fixar controllas.
- 3 L'incumbensader surdat ina incarica publica mo ad offerents che observan almain las prescripziuns giuridicas per la proteccziun da l'ambient e per il mantegniment da las resursas natirals che valan al lieu da la prestaziun; latiers tutgan en Svizra las disposiziuns dal dretg svizzer d'ambient ed a l'exteriur las Convenziuns internaziunals per la proteccziun da l'ambient designadas dal Cussegl federal a norma da l'aggiunta 4.
- 4 Las subinterpresas èn obligadas d'ademplier las pretensiuns tenor ils alineas 1 fin 3. Questas obligaziuns ston vegnir integradas en las cunvegns tranter ils offerents e las subinterpresas.
- 5 L'incumbensader po controllar, sche las pretensiuns tenor ils alineas 1 fin 3 vegnan ademplidas u delegar la controlla a terzs, uschenavant che questa incumbensa n'è betg vegnida delegada ad in'autorità tenor ina lescha speziala u ad in'otra instanza adattada, en spezial ad in organ da controlla paritetic. Per realisar questas controllas po l'incumbensader dar a l'autorità u a l'organ da controlla las infurmaziuns necessarias sco er metter a disposiziun documents. Sin dumonda sto l'offerent furnir las cumprovas necessarias.
- 6 Las autoritads ed ils organs da controlla che s'occupan da l'adempliment da las pretensiuns tenor ils alineas 1 fin 3, fan in rapport per mauns da l'incumbensader davart ils resultats da las controllas e davart eventualas mesiras prendidas.

Art. 13 Recusaziun

- 1 A la procedura da surdada na dastgan cooperar da vart da l'incumbensader u da vart d'in gremi d'experts nagingas persunas che:
 - a) han in interess personal da l'incarica;

¹ CS 822.41

- b) èn colliadas cun in offerent u cun in commember d'in da ses organs tras lètq u tras in partenadi registrà ubain che mainan cun in da quels facticain ina communitad da vita;
 - c) èn parentas u quinadas en lingia directa u en lingia laterala fin al terz grad cun in offerent u cun in commember d'in da ses organs;
 - d) represchentan in offerent ubain èn stadas activas per in offerent en la medema chaussa; u
 - e) n'èn pervia d'autras circumstanzas betg independentas sco quai ch'igl è necessari per la realisaziun d'acquisiziuns publicas.
- 2 Ina dumonda da recusaziun sto vegnir fatga immediatamain suenter avair enconuschientscha dal motiv da recusaziun.
 - 3 Davart dumondas da recusaziun decida l'incumbensader u il gremi d'experts cun exclusiun da la persuna respectiva.
 - 4 L'incumbensader po prescriber en la submitsiun, ch'ils offerents, che stattan – en connex cun concurrenzas e cun incaricas da studi – en ina relaziun cun in commember da la giuria, che pretenda la recusaziun, vegnian exclus da la procedura.

Art. 14 Occupaziun preliminar

- 1 Offerents ch'eran participads a la preparaziun d'ina procedura da surdada, n'èn betg admess da far in'offerta, sche l'avantatg da concurrenza ch'els han survegni tras quai na po betg vegnir gulivà cun meds adattads e sche l'exclusiun na periclitescha betg la concurrenza effìcacia tranter ils offerents.
- 2 Meds adattads per gulivar l'avantatg da concurrenza èn particularmain:
 - a) la surdada da tut las indicaziuns essenzialas davart las lavurs preliminaras;
 - b) la publicaziun da las parts ch'èn stadas participadas a la preparaziun;
 - c) la prolungaziun dals termins minimals.
- 3 In'analisa dal martgà che vegn fatga da l'incumbensader avant la submitsiun, na correspunda betg ad in'occupaziun preliminar dals offerents adressads. L'incumbensader publitgescha ils resultats da l'analisa dal martgà en ils documents da submitsiun.

Art. 15 Determinaziun da la valor d'incarica

- 1 L'incumbensader stima la valor d'incarica probabla.

- 2 Ina incarica publica na dastga betg vegnir dividida per guntgir las disposiziuns da questa cunvegna.
- 3 Per stimar la valor d'incarica ston vegnir resguardads tut las prestaziuns u tut ils salaris publitgads, uschenavant che quels han in stretg connex material u giuridic. Tut las cumponentas dals salaris ston vegnir calculadas, inclusiv opziuns da prolungaziun ed opziuns per incaricas successivas sco er tut las premias, las taxas, las cumissiuns ed ils tschains che vegnan spetgads, senza la taglia sin la plivalur.
- 4 En cas da contracts cun ina tscherta durada, vegn la valor d'incarica calculada a maun dals salaris cumulads sur ina durada fixada, inclusiv eventualas opziuns da prolungaziun. La durada fixada na dastga per regla betg surpassar 5 onns. En cas motivads po vegnir prevista ina durada pli lunga.
- 5 En cas da contracts cun ina durada betg fixada vegn la valor d'incarica calculada a maun dal salari mensil multiplitgà cun 48.
- 6 En cas da contracts davart prestaziuns che vegnan duvradas periodicamain, vegn la valor d'incarica calculada sin fundament dal salari pajà per talas prestaziuns durant ils ultims 12 mais u, sche l'incarica vegn surdada per l'emprima giada, a maun dal basegn stimà durant ils proxims 12 mais.

4. chapitel Procedura da surdada

Art. 16 Limitas

- 1 La procedura vegn tschernida tenor la dumonda, sche l'incarica cuntanscha ina limita tenor las agiuntas 1 e 2. Il INAP adattescha las limitas – sunter avair consultà il Cussegl federal – periodicamain tenor las obligaziuns internaziunals.
- 2 En cas d'ina adattaziun da las obligaziuns internaziunals areguard las limitas garantescha la Confederaziun als chantuns ch'els possian cooperar.
- 3 Sche la valor totala da pliras prestaziuns da construcziun per realisar in'ovra da construcziun cuntanscha la limita dal sector da contracts internaziunals, vegnan applitgadas las disposiziuns da questa cunvegna per acquisiziuns en il sector da contracts internaziunals. Sche las valurs da las singulas prestaziuns na cuntanschan dentant betg dus milliuns francs e sche la valor da questas prestaziuns na surpassa betg tut en tut 20 pertschient da la valor totala da l'ovra da construc-

ziun, vegnan applitgadas per questas prestaziuns las disposiziuns per acquisiziuns ordaifer il sector da contracts internaziunals (clausula da bagatella).

- 4 Ordaifer il sector da contracts internaziunals vegn la procedura decisiva per prestaziuns da construcziun determinada a maun da la valor da las singulas prestaziuns.

Art. 17 Tips da procedura

Tut tenor la valor d'incarica e tenor las limitas vegnan incaricas publicas surdadas tenor la tscherna da l'incumbensader en la procedura averta, en la procedura selectiva, en la procedura d'invit u en la procedura directa.

Art. 18 Procedura averta

- 1 En la procedura averta publitgescha l'incumbensader uffizialmain l'incarica.
- 2 Tut ils offerents pon inoltrar in'offerta.

Art. 19 Procedura selectiva

- 1 En la procedura selectiva publitgescha l'incumbensader uffizialmain l'incarica ed envida ils offerents da far l'emprim ina dumonda da participaziun.
- 2 L'incumbensader tscherna ils offerents che pon inoltrar in'offerta tenor lur qualificaziun.
- 3 L'incumbensader po limitar il dumber dals offerents ch'èn admess d'inoltrar in'offerta uschè lunsch ch'ina concorrenza efficazia è garantida. Sche pussaivel vegnan admess almain trais offerents d'inoltrar in'offerta.

Art. 20 Procedura d'invit

- 1 La procedura d'invit vegn applitgada per incaricas publicas ordaifer il sector da contracts internaziunals a norma da las limitas tenor l'aggiunta 2.
- 2 En la procedura d'invit decida l'incumbensader, tge offerents ch'el vul envidar, senza publicaziun uffiziala, d'inoltrar in'offerta. Per quest intent elavura el documents da submission. Sche pussaivel vegnan dumandadas almain trais offertas.

Art. 21 Procedura directa

- 1 En la procedura directa surdat l'incumbensader ina incarica publica senza submitsiun. L'incumbensader è autorisà da dumandar offertas da cumpa-regliaziun e da far tractativas.
- 2 L'incumbensader po surdar ina incarica en ina procedura directa independentamain da la limita, sch'ina da las suandantas premissas è ademplida:
 - a) en la procedura averta, en la procedura selectiva u en la procedura d'invit na vegnan inoltradas naginas offertas u naginas dumondas da participaziun, nagina offerta na correspunda a las pretensiuns essenzialas da la submitsiun ubain a las specificaziuns tecnicas u nagin offerent n'ademplecha ils criteris da qualificaziun;
 - b) i dat avunda indizis che tut las offertas ch'èn entradas en la procedura averta, en la procedura selectiva u en la procedura d'invit sa basan sin ina cunvegna da concorrenza betg admissa;
 - c) i vegn en dumonda mo in offerent pervia da las particularitads tecnicas u artisticas da l'incarica u pervia da motivs da protecziun da la proprietad intellectuala ed i na dat nagina alternativa adequata;
 - d) l'acquisiziun daventa uschè urgenta pervia d'eveniments imprevisibels, ch'i na po gnanc cun termins pli curts vegnir realisada ina procedura averta u selectiva ed er betg ina procedura d'invit;
 - e) ina midada da l'offerent per prestaziuns per remplazzar, per cumplettar u per extender prestaziuns gia furnidas n'è betg pussaivel per motivs economics u tecnicos, chaschunass difficultads considerablas u custs supplementars substanzials;
 - f) l'incumbensader acquista emprimas fabricaziuns (prototips) u prestaziuns novas che vegnan producidas u svilupadas sin sia dumonda en il rom d'ina incarica da perscrutaziun, d'emprova, da studi u da nov svilup;
 - g) l'incumbensader acquista prestaziuns a bursas da rauba;
 - h) l'incumbensader po acquistar prestaziuns en il rom d'ina occasiun favuraivla, limitada temporalmain, per in pretsch ch'è considerablamain pli bass ch'ils pretschs usitads (en spezial en cas da venditas da liquidaziun);
 - i) l'incumbensader surdat l'incarica successiva al victur d'ina concorrenza da planisaziun u da prestaziuns totalas ubain d'ina procedura da selecziun per studis da planisaziun u da prestaziuns totalas; en quest connex ston esser ademplidas las suandantas premissas:
 1. la procedura precedenta è vegnida realisada en concordanza cun ils principis da la cunvegna;

2. las propostas da soluziun èn vegnidas giuditgadas d'in gremi d'experts independent;
 3. l'incumbensader è sa resalvà en la submissiun da surdar l'incarica successiva u la coordinaziun en la procedura directa.
- 3 L'incumbensader elavura per mintga incarica surdada a norma da l'alineia 2 ina documentaziun cun il suandant cuntegn:
- a) num da l'incumbensader e da l'offerent resguardà;
 - b) tip e valur da la prestaziun acquistada;
 - c) explicaziun da las circumstanzas e da las cundiziuns che giustifitgeschan l'applicaziun da la procedura directa.

Art. 22 Concurrenzas sco er incaricas da studi

L'incumbensader che organisescha ina concorrenza da planisaziun u da prestaziuns globalas ubain che surdat incaricas da studi regla la procedura en il cas singul, e quai en il rom dals principis da questa cunvegna. El po renviar a disposiziuns respectivas da federaziuns professiunalas.

Art. 23 Aucziuns electronicas

- 1 Per l'acquisiziun da prestaziuns standardisadas po l'incumbensader realisar in'aucziun electronica en il rom d'ina procedura tenor questa cunvegna. En quest connex vegnan las offertas – suenter in'emprima valitaziun cumpletta – repassadas ed ordinadas da nov eventualmain pliras giadas e cun meds auxiliars electronics. En la submissiun sto quai vegnir menziunà.
- 2 L'aucziun electronica cumpiglia:
 - a) ils pretschs, sche l'agiudicaziun vegn dada per il pretsch total il pli bass; u
 - b) ils pretschs e las valurs per componentas quantifitgablas sco il pais, la purezza u la qualitat, sche l'agiudicaziun vegn dada per l'offerta la pli avantagiusa.
- 3 L'incumbensader examinescha, sch'ils offerents adempleschan ils criteris da qualificaziun e las offertas las specificaziuns tecnicas. A maun dals criteris d'agiudicaziun e da lur impurtanza ch'è vegnida fixada, fa el in'emprima valitaziun da las offertas. Avant che cumenzar cun l'aucziun metta el a disposiziun a mintga offerent:
 - a) la metoda da valitaziun automatica, inclusiv la furmla matematica che sa basa sin ils criteris d'agiudicaziun menziunads;
 - b) il resultat da l'emprima valitaziun da sia offerta; e
 - c) tut las ulteriuras infurmaziuns relevantas per realisar l'aucziun.

- 4 Tut ils offerents ch'èn admess vegnan envidads a medem temp e sin via electronica d'inoltrar novas offertas respectivamain offertas adattadas.
L'incumbensader po limitar il dumber d'offerents admess, sch'el ha communitgà quai en la submissiun u en ils documents da submissiun.
- 5 L'aucziun electronica po cumpigliar pliras rundas consecutivas. L'incumbensader infurmescha tut ils offerents en mintga runda davart lur piazza respectiva.

Art. 24 Dialog

- 1 En cas d'incaricas complexas, da servetschs intellectuals u d'acquisiziuns da prestaziuns innovativas po l'incumbensader realisar in dialog en il rom d'ina procedura averta u selectiva cun la finamira da concretisar l'object da prestaziun sco er d'eruir e da fixar las vias a la soluziun u las modas da proceder. Al dialog stoi vegnir renvià en la submissiun.
- 2 Il dialog na dastga betg vegnir realisà per negoziar ils pretschs ed il pretsch total.
- 3 L'incumbensader formulescha ed explitgescha ses basegns e sias pretensiuns en la submissiun u en ils documents da submissiun. El communitgescha ultra da quai:
 - a) l'andament dal dialog;
 - b) l'eventual cuntegn dal dialog;
 - c) sche e co che la participaziun al dialog e l'utilisaziun dals dretg dals bains immaterials sco er las enconuschientschas e las experientschas da l'offerent vegnan indemnisadas;
 - d) ils termins e las modalitads per inoltrar l'offerta definitiva.
- 4 L'incumbensader po reducir il dumber dals offerents participants tenor criteris objectivs e transparents.
- 5 El documentescha l'andament ed il cuntegn dal dialog en moda adattada e chapavla.

Art. 25 Contracts generals

- 1 L'incumbensader po publitgar cunvegnas cun in u cun plirs offerents, che han la finamira da fixar las cundiziuns per las prestaziuns che duain vegnir retratgas en il decurs d'ina tscherta perioda, en spezial areguard lur pretsch ed eventualmain areguard las quantitads previsas. Sin fundament d'in tal contract general po l'incumbensader far contracts singuls durant ch'il contract general è valaivel.

- 2 Contracts generals na dastgan betg vegnir duvrads cun l'intenziun u cun l'effect d'impedir u d'eliminar la concorrenza.
- 3 In contract general vala maximalmain 5 onns. Ina prolungaziun automatica n'è betg pussaivla. En cas motivads po vegnir prevista ina durada pli lunga.
- 4 Sch'in contract general vegn fatg mo cun in offerent, vegnan ils contracts singuls che sa basan sin il contract general fatgs conform a las cundiziuns dal contract general. Per far contracts singuls po l'incumbensader envidar il partenari da contract respectiv en scrit da cumplettar sia offerta.
- 5 Sch'i vegnan fatgs per motivs suffizients contracts generals cun plirs offerents, vegnan ils contracts singuls fatgs tenor la tscherma da l'incumbensader a norma da las cundiziuns dal contract general respectiv senza nov invit per inoltrar offertas u a norma da la suandanta procedura:
 - a) avant che far mintga contract singul consultescha l'incumbensader en scrit ils partenaris da contract e communitgescha ad els il basegn concret;
 - b) l'incumbensader fixescha in termin adequat per ils partenaris da contract per inoltrar las offertas per mintga contract singul;
 - c) las offertas ston vegnir inoltradas en scrit ed èn liantas durant il termin ch'è menziunà en la dumonda;
 - d) l'incumbensader fa il contract singul cun quel partenari da contract che suttametia la meglra offerta sin basa dals criteris ch'èn definids en ils documents da submissiun u en il contract general.

5. chapitel Pretensiuns da surdada

Art. 26 Cundiziuns da participaziun

- 1 En il rom da la procedura da surdada e tar la furniziun da las prestaziuns agiuditgadas garantescha l'incumbensader che l'offerent e sias subinterpresas adempleschian las cundiziuns da participaziun, particularmain las premissas tenor l'artitgel 12, ch'els hajan pajà las taglias e las contribuziuns a las assicuranzas socialas ch'els ston pajar e ch'els renunzian a cunvegns da concorrenza betg admissas.
- 2 El po pretender da l'offerent da cumprovar ch'el observia las cundiziuns da participaziun, particularmain cun ina decleraziun persunala u cun l'inscripziun en in register.

- 3 El communitgescha en la submissiun u en ils documents da submissiun, cura ch'i ston vegnir inoltradas tge cumprovas.

Art. 27 Criteris da qualificaziun

- 1 En la submissiun u en ils documents da submissiun fixescha l'incumbensader definitivamain ils criteris da qualificaziun per ils offerents. Ils criteris ston esser necessaris ed examinabels objectivamain en vista al project d'acquisiziun.
- 2 Ils criteris da qualificaziun pon pertutgar en spezial la capacitad da prestaziun professiunala, finanziaria, economica, tecnica ed organisatorica sco er l'experientscha da l'offerent.
- 3 L'incumbensader communitgescha en la submissiun u en ils documents da submissiun, cura ch'i ston vegnir inoltradas tge cumprovas.
- 4 El na dastga betg fixar la cundiziun che l'offerent stoppia gia avoir survegnì ina u pliras incaricas publicas d'in incumbensader ch'è suttamess a questa cunvegna.

Art. 28 Registers

- 1 L'incumbensader u l'autoritad ch'è cumpetenta tenor l'ordinaziun legala po far in register dals offerents che adempleschan tenor lur qualificaziun las premissas per surpigliar incaricas publicas.
- 2 Las suandantas indicaziuns ston vegnir publitgadas sin la plattafurma d'internet da la Confederaziun e dals chantuns:
 - a) lieu da chat en il register;
 - b) infurmaziuns davart ils criteris che ston vegnir ademplids;
 - c) metodos d'examinaziun e cundiziuns d'inscripziun;
 - d) durada da la valaivladad e procedura per renovar l'inscripziun.
- 3 Ina procedura transparenta sto garantir che l'inoltraziun d'ina dumonda, l'examinaziun u la controlla successiva da la qualificaziun sco er l'inscripziun d'inpetent en il register u la stizzada da quel dal register vegnan permess da tut temp.
- 4 En in project d'acquisiziun concret è admiss er offerents che n'èn betg inscrits en in register, sch'els furneschan la cumprova da la qualificaziun.
- 5 Sch'il register vegn aboli, vegnan ils offerents inscrits infurmads en chaussa.

Art. 29 Criteris d'agiudicaziun

- 1 L'incumbensader examinescha las offertas a maun dals criteris d'agiudicaziun tenor prestaziuns. Ultra dal pretsch e da la qualidat d'ina prestaziun po el resguardar en spezial criteris sco la commensurabladad, ils termins, la valor tecnica, la rentabladad, ils custs dals ciclus da vita, l'estetica, la persistenza, la plausibladad da l'offerta, la creativad, il servetsch da clientella, las cundiziuns da furniziun, l'infrastructura, il potenzial d'innovaziun, la funcziunalidat, la prontezza da prestar servetschs, la cumpetenzza professiunala u l'effizienzza da la metodica.
- 2 Ordaifer il sector da contracts internaziunals po l'incumbensader resguardar cumplementarmain, quant enavant che l'offerent porscha plazzas da scolaziun per emprendists en la furnaziun fundamentala professiunala, plazzas da lavur per lavurants pli vegls u ina reintegraziun per persunas dischoccupadas da lunga durada.
- 3 L'incumbensader communitgescha ils criteris d'agiudicaziun e lur impurtanza en la publicaziun u en ils documents da submissiun. Sche soluziuns, vias a la soluziun u modas da proceder èn l'object da l'acquisiziun, poi vegnir desisti da communitgar l'impurtanza.
- 4 Per prestaziuns standardisadas po l'agiudicaziun vegnir dada exclusivamain tenor il criteri dal pretsch il pli bass.

Art. 30 Specificaziuns tecnicas

- 1 L'incumbensader designescha las specificaziuns tecnicas necessarias en la submissiun u en ils documents da submissiun. Quellas fixeschan las caracteristicas da l'object d'acquisiziun sco la funcziun, la prestaziun, la qualidat, la segirezza e las dimensiuns u la procedura da produczziun e reglan las pretenziuns envers la designaziun ed envers l'emballadi.
- 2 Per fixar las specificaziuns tecnicas sa basa l'incumbensader – sche quai è pussaivel e commensurà – sin normas internaziunalas, uschiglio sin prescripziuns tecnicas che vegnan duvradas en Svizra, sin normas naziunalas renconuschidas u sin recumandaziuns da las branschas.
- 3 Tschertas firmas u marcas, tschertas patentas, tscherts dretgs d'autur, tscherts designs u tscherts tips sco er in renviament ad in tschert origin u a tscherts producents n'èn betg admess sco specificaziuns tecnicas, nun ch'i na dettia betg in'otra moda e maniera exacta avunda u chapaivla per descriver las presta-

ziuns, e l'incumbensader dovra en quest cas en ils documents da submitsiun ils pleds «u equivalent». L'equivalenza sto vegnir cumprovada da l'offerent.

- 4 L'incumbensader po prevaier specificaziuns tecnicas per mantegnair las resursas natiralas u per proteger l'ambient.

Art. 31 Cuminanzas d'offerents e subinterpresas

- 1 Cuminanzas d'offerents e subinterpresas èn admessas, sche l'incumbensader n'excluda u na limitescha betg quai en la submitsiun u en ils documents da submitsiun.
- 2 Candidaturas multiplas da subinterpresas u d'offerents en il rom da cuminanzas d'offerents èn pussaivlas mo, sch'ellas èn admessas expressivamain en la submitsiun u en ils documents da submitsiun.
- 3 La prestaziun caracteristica sto da princip vegnir furnida da l'offerent.

Art. 32 Sorts e prestaziuns parzialas

- 1 L'offerent sto inoltrar in'offerta generala per l'object d'acquisiziun.
- 2 L'incumbensader po divider l'object d'acquisiziun en sorts e surdar quellas ad in u a plirs offerents.
- 3 Sche l'incumbensader ha furnà sorts, pon ils offerents inoltrar in'offerta per pliras sorts, nun che l'incumbensader haja reglà quai en moda divergenta en la submitsiun. El po fixar ch'in singul offerent po survegnir mo in dumber limità da sorts.
- 4 Sche l'incumbensader sa resalva da pretender dals offerents ina collavuraziun cun terzs, communitgescha el quai en la submitsiun.
- 5 En la submitsiun po l'incumbensader sa resalvar d'agiuditgar prestaziuns parzialas.

Art. 33 Variantas

- 1 Ultra da l'offerta per la prestaziun descritta en la submitsiun èn ils offerents libers d'inoltrar variantas. L'incumbensader po restrenscher u excluder questa pussaivladad en la submitsiun.
- 2 Sco varianta vala mintga offerta, cun la quala la finamira da l'acquisiziun po vegnir cuntanschida en in'autra moda che quella prevista da l'incumbensader.

Art. 34 Pretensiuns formalas

- 1 Las offertas e las dumondas da participaziun ston vegnir inoltradas en scrit, en moda cumpletta ed entaifer il termin fixà tenor las indicaziuns en la submissiun u en ils documents da submissiun.
- 2 Ellas pon vegnir inoltradas sin via electronica, sche quai è previs en la submissiun u en ils documents da submissiun e sche las pretensiuns definidas da l'incumbensader vegnan ademplidas.

6. chapitel Andament da la procedura da surdada**Art. 35** Cuntegn da la submissiun

La publicaziun d'ina submissiun cuntegna almain las suandantas infurmaziuns:

- a) num ed adressa da l'incumbensader;
- b) tip d'incarica e da procedura sco er la classificaziun CPV¹ respectiva, en cas da servetschs supplementarmain la classificaziun CPC² respectiva;
- c) descripciun da las prestaziuns, inclusiv tip e quantidad, u sche la quantidad n'è betg enconuschenta, ina stimaziun da quella, sco er eventualas opziuns;
- d) lieu e data da la furniziun da la prestaziun;
- e) eventualmain ina repartiziun da las sorts, ina limitaziun dal dumber da sorts ed in'admissiun d'offertas parzialas;
- f) eventualmain ina limitaziun u in'exclusiun da cuminanzeas d'offerents e da subinterpresas;
- g) eventualmain ina limitaziun u in'exclusiun da variantas;
- h) en cas da prestaziuns periodicas – sche pussaivel – ina indicaziun da la data da la proxima submissiun ed eventualmain ina remartga ch'il termin per inoltrar offertas vegn scursani;
- i) eventualmain ina remartga ch'i vegn realisada in'aucziun electronica;
- j) eventualmain l'intenziun da far in dialog;
- k) il termin per inoltrar offertas u dumondas da participaziun;
- l) pretensiuns formalas per inoltrar offertas u dumondas da participaziun, eventualmain la cundiziun che la prestaziun ed il pretsch stoppian vegnir offrids en duas cuvertas separadas;

¹ CPV = «Common Procurement Vocabulary» (vocabulari cuminaivel per incaricas publicas da l'Uniu europeica).

² CPC = «Central Product Classification» (sistemica centrala da rauba da las Naziuns Unidas).

- m) lingua u linguas da la procedura e da l'offerta;
- n) ils criteris da qualificaziun e las cumprovas che vegnan pretendidas;
- o) en cas d'ina procedura selectiva eventualmain il dumber maximal dals offerents che vegnan envidads d'inoltrar in'offerta;
- p) ils criteris d'agiudicaziun sco er lur impurtanza, nun che questas indicaziuns sajan cuntegnidas en ils documents da submitsiun;
- q) eventualmain la resalva d'agiuditgar prestaziuns parzialas;
- r) la durada da valaivladad da las offertas;
- s) il lieu da retratga per ils documents da submitsiun sco er eventualmain la taxa che cuvra ils custs;
- t) la remartga, sche l'acquisiziun tutga en il sector da contracts internaziunals;
- u) eventualmain ils offerents occupads preliminarmain ch'èn admiss a la procedura;
- v) ina indicaziun dals meds legals.

Art. 36 Cuntegn dals documents da submitsiun

Sche questas indicaziuns n'èn betg gia cuntegnidas en la submitsiun, infurmeschan ils documents da submitsiun davart:

- a) il num e l'adressa da l'incumbensader;
- b) l'object da l'acquisiziun, inclusiv specificaziuns tecnicas ed attestaziuns da confurmitad, plans, dissegns ed instrucziuns necessarias sco er la quantidad dumandada;
- c) las pretensiuns formalas e las cundiziuns da participaziun per ils offerents, inclusiv ina glista cun las indicaziuns ed ils documents ch'ils offerents ston inoltrar en connex cun las cundiziuns da participaziun sco er in'eventuala valitaziun dals criteris da qualificaziun;
- d) ils criteris d'agiudicaziun sco er lur impurtanza;
- e) sche l'incumbensader realisescha l'acquisiziun sin via electronica: eventualas pretensiuns envers l'autenticaziun ed envers la codaziun per inoltrar infurmaziuns sin via electronica;
- f) sche l'incumbensader prevesa in'aucziun electronica: las reglas, tenor las qualas l'aucziun vegn realisada, inclusiv la designaziun da quels elements da l'offerta che pon vegnir adattads e che vegnan valitads a maun dals criteris d'agiudicaziun;
- g) la data, las uras ed il lieu da l'avertura da las offertas, sche las offertas vegnan avertas publicamain;

- h) tut las ulteriuras modalitads e cundiziuns ch'èn necessarias per far las offertas, en spezial las indicaziuns davart la valuta (per regla francs svizzers), en la quala l'offerta sto vegnir inoltrada;
- i) termins per la furniziun da las prestaziuns.

Art. 37 Avertura da las offertas

- 1 En la procedura averta ed en la procedura selectiva sco er en la procedura d'invit vegnan tut las offertas ch'èn vegnidas inoltradas entaifer il termin fixà avertas d'almain dus represchentas da l'incumbensader.
- 2 Davart l'avertura da las offertas vegn fatg in protocol. Quel sto cuntegnair almain ils nums da las personas preschentas, ils nums dals offerents, la data da l'inoltraziun da lur offertas, eventualas variantas sco er ils pretschs totals respectivs da las offertas.
- 3 Sche la prestaziun ed il pretsch ston vegnir inoltrads en cuvertas separadas, ston las cuvertas vegnir avertas tenor ils alineas 1 e 2; en il protocol davart l'avertura da las segundas cuvertas sto vegnir menziunà mo il pretsch total.
- 4 Il pli tard suenter l'agiudicaziun vegn concedida sin dumonda l'invista dal protocol a tut ils offerents.

Art. 38 Examinaziun da las offertas

- 1 L'incumbensader examinescha, sche las offertas ch'èn entradas adempleschan las pretensiuns formalas. Sbagls da calculaziun evidents vegnan curregids d'uffizi.
- 2 L'incumbensader po pretender dals offerents ch'els explitgeschian lur offertas. El protocolescha la dumonda sco er las respostas.
- 3 Sch'ina offerta entra cun in pretsch che para ordvart bass en cumparegliaziun cun las autras offertas, sto l'incumbensader dumandar l'offerent infurmaziuns adequatas per sclerir las dumondas, sche las cundiziuns da participaziun èn vegnidas observadas e sche las ulteriuras pretensiuns da la submissiun èn vegnidas chapidas.
- 4 Sche la prestaziun ed il pretsch ston vegnir inoltrads en cuvertas separadas, fa l'incumbensader en in emprim pass ina glista da rangaziun tenor la qualitat da las offertas. En in segund pass valitescha el ils pretschs totals.

Art. 39 Rectificaziun da las offertas

- 1 Per eruir l'offerta la pli avantagiusa po l'incumbensader rectifitgar ensemen cun ils offerents las offertas areguard las prestaziuns sco er areguard las modalitads per furnir las prestaziuns.
- 2 La rectificaziun ha lieu mo, sche:
 - a) l'incarica u l'offerta po vegnir sclerida mo uschia u l'offerta po vegnir rendida cumparegliabla en moda objectiva mo uschia a norma dals criteris d'agiudicaziun; ubain
 - b) midadas da prestaziuns èn necessarias objectivamain e materialmain; l'object da prestaziun, ils criteris e las specificaziuns na dastgan dentant betg vegnir adattads uschia che la prestaziun caracteristica u il circol dals offerents potenzials sa mida.
- 3 Ina intimaziun d'adattar il pretsch è admissa mo en connex cun ils fatgs tenor l'alineia 2.
- 4 L'incumbensader fa in protocol cun ils resultats da la rectificaziun.

Art. 40 Valitaziun da las offertas

- 1 Sch'ils criteris da qualificaziun e las specificaziuns tecnicas èn ademplids, vegnan las offertas examinadas e validadas en moda objectiva, unitara e chapavla a norma dals criteris d'agiudicaziun. L'incumbensader documentescha l'evaluaziun.
- 2 Sche l'examinaziun e la valitaziun cumplessiva da las offertas chaschuna blera lavur e blers custs e sche l'incumbensader ha communitgà quai en la submissiun, po el suttametter tut las offertas ad in'emprima examinaziun e las rangar sin basa dals documents inoltrads. Sin basa da quai tschernia el sche pussaivel las offertas ch'èn sin las emprimas trais plazzas e suttametta quellas ad in'examinaziun cumplessiva ed ad ina valitaziun.

Art. 41 Agiudicaziun

L'offerta la pli avantagiusa survegn l'agiudicaziun.

Art. 42 Conclusiun dal contract

- 1 Il contract cun l'offerent resguardà dastga vegnir fatg sunter la scadenza dal termin per far recurs cunter l'agiudicaziun, nun che la dretgira administrativa

chantunala haja concedi in effect suspensiv pervia d'in recurs cunter l'agiudicaziun.

- 2 Sch'ina procedura da recurs cunter l'agiudicaziun è pendent, senza ch'igl è vegni pretendi u concedi in effect suspensiv, communitgescha l'incumbensader immediatamain a la dretgira ch'il contract saja vegni concludi.

Art. 43 Interrupziun

- 1 L'incumbensader po interromper la procedura da surdada, en spezial sche:
 - a) el desista per motivs suffizients da surdar l'incarica publica;
 - b) nagina offerta n'ademplescha las specificaziuns tecnicas u las ulteriuras pretensiuns;
 - c) ins po spetgar offertas pli avantagiusas, perquai che las cundiziuns da basa èn sa midadas;
 - d) las offertas inoltradas na permettun nagina acquisiziun economica u surpassan cleramain la limita da custs;
 - e) i dat avunda indizis per ina cunvegna da concorrenza betg admissa tranter ils offerents;
 - f) ina midada essenziala da las prestaziuns dumandadas è necessaria.
- 2 En cas d'ina interrupziun giustifitgada n'han ils offerents nagin dretg d'ina indemnizaziun.

Art. 44 Exclusion da la procedura e revocaziun da l'agiudicaziun

- 1 L'incumbensader po excluder in offerent da la procedura da surdada, stritgar quel d'in register u revocar in'agiudicaziun ch'el aveva gia concedi ad el, sch'i vegn constatà ch'i vala per l'offerent pertutgà, per ses organs, per ina terza persuna consultada u per organs da quella in dals suandants fatgs:
 - a) els n'adempleschan u n'adempleschan betg pli las premissas per la participaziun a la procedura, u l'andament conform al dretg da la procedura da surdada vegn disturbà tras lur cumportament;
 - b) las offertas u las dumondas da participaziun cuntengnan mancanzas formalas considerablas u divergeschan essenzialmain da las pretensiuns liantas d'ina submission;
 - c) igl exista ina condemnaziun legalmain valaivla pervia d'in delict a disfavur da l'incumbensader respectiv u pervia d'in crim;
 - d) els sa chattan en ina procedura d'impegnaziun u da concurs;
 - e) els han violà disposiziuns davart il cumbat cunter corrupziun;
 - f) els s'opponan a controllas ordinadas;

- g) els na pajan betg taglias u contribuziuns socialas che ston vegnir pajadas;
 - h) els han adempli manglusamain anteriuras incaricas publicas u èn sa mussads en in'otra moda sco partenaris da contract betg vardaivels e fidads;
 - i) els èn stads participads a la preparaziun da l'acquisiziun, ed il dischavan-tatg da concorrenza ch'è resultà tras quai envers ils auters offerents na po betg vegnir gulivà cun meds adattads;
 - j) els èn vegnids exclus tenor l'artitgel 45 alinea 1 cun vigur legala da futuras incaricas publicas.
- 2 L'incumbensader po plinavant prender mesiras tenor l'alinea 1, sch'i dat indizis avunda, ch'i vala per l'offerent, per ses organs, per ina terza persuna consultada u per ils organs da quella en spezial in dals suandants fatgs:
- a) els han fatg deposiziuns u indicaziuns faussas u talas che mainan en errur a l'incumbensader;
 - b) i èn vegnidas fatgas cunvegns da concorrenza betg admessas;
 - c) els han inoltrà in'offerta ordvart bassa senza cumprovar sin dumonda, che las cundiziuns da participaziun vegnian observadas, e na garanteschon betg da furnir las prestaziuns publitgadas conform al contract;
 - d) els han cuntrafatg a reglas renconuschidas da la professiun u commess acts u omissiuns che pericliteschan lur onur professiunala u lur integritad;
 - e) els èn insolvents;
 - f) els cuntrafan a las disposiziuns per la protecziun dals lavurants, a las cundiziuns da lavur, a las disposiziuns davart il tractament egal da dunnas ed umens areguard ils salaris u a las disposiziuns davart la confiden-zialitad, a las disposiziuns dal dretg federal d'ambient u a las Convenziuns internaziunalas per la protecziun da l'ambient designadas dal Cussegl federal;
 - g) els han violà obligaziuns d'annunzia e da permissiun tenor la LLI¹;
 - h) els violeschan la Lescha federala dals 19 da december 1986² davart la concorrenza illoiala.

Art. 45 Sancziuns

- 1 L'incumbensader u l'autorità ch'è cumpetenta tenor l'ordinaziun legala po excluder in offerent u ina subinterpresa che ademplescha sez u sezza ubain tras ses organs en moda gravanta in u plirs dals causals da l'artitgel 44 alinea 1 literas c ed e sco er alinea 2 literas b, f e g, da futuras incaricas publicas per la

¹ CS 822.41

² CS 241

durada da fin a 5 onns ubain imponer ad el u ad ella ina multa da fin a 10 per-tschient da la summa d'offerta rectificada. En cas levs po vegnir pronunzià in avertiment.

- 2 Questas pussaivladads da sancziun valan independentamain d'ulteriurs pass giuridics cunter l'offerent culpaivel, cunter la subinterpresa culpaivla u cunter lur organs. Il suspect da cuvegna da concorrenza betg admissas tenor l'artitgel 44 alinea 2 litera b vegn annunzià da l'incumbensader u da l'autorità ch'è cumpetenta tenor l'ordinaziun legala a la Cumiissiun da concorrenza.
- 3 L'incumbensader u l'autorità ch'è cumpetenta tenor l'ordinaziun legala annunzia l'exclusiun giuridicamain valaivla tenor l'alinea 1 al INAP. Il INAP maina ina glista betg publica dals offerents e da las subinterpresas sancziunads, inditgond ils motifs per l'exclusiun sco er la durada da l'exclusiun d'incaricas publicas. El procura che mintga incumbensader possia survegnir las infurmaziuns correspundentas areguard in tschert offerent u ina tscherta subinterpresa. Per quest intent po el installar ina procedura d'invista. La Confederaziun ed ils chantuns mettan a disposiziun vicendaivlamain tut las infurmaziuns retschertgadas tenor quest artitgel. Suenter la scadenza da la sancziun vegn l'inscripziun stizzada da la glista.
- 4 Sch'in incumbensader cuntrafa a questa cuvegna, relascha l'autorità ch'è cumpetenta tenor l'ordinaziun legala las directivas adattadas e procura che quellas vegnian observadas.
- 5 Contribuziuns finanzialas che vegnan concedidas per ina incarica publica pon vegnir retratgas u pretendidas enavos dal tuttafatg u per part, sche l'incumbensader cuntrafa a prescripziuns dal dretg d'acquisiziun.

7. chapitel Termins e publicaziuns, statistica

Art. 46 Termins

- 1 Per fixar termins per inoltrar las offertas u las dumondas da participaziun tegna l'incumbensader quint da la complexità da l'incarica, dal dumber previsibel da subincarcas sco er da las vias da transmissiun.
- 2 En il sector da contracts internaziunals valan ils suandants termins minimalis:
 - a) en la procedura averta: 40 dis a partir da la publicaziun da la submissiun per inoltrar las offertas;

- b) en la procedura selectiva: 25 dis a partir da la publicaziun da la submissiun per inoltrar las dumondas da participaziun e 40 dis a partir da l'invit da far in'offerta per inoltrar las offertas.
- 3 Ina prolungaziun da quests termins sto vegnir communitgada a temp a tut ils offerents u sto vegnir publitgada.
- 4 Ordaifer il sector da contracts internaziunals importa il termin per inoltrar las offertas per regla almain 20 dis. En cas da prestaziuns per gronda part standardisadas po il termin vegnir reduci a betg main che 5 dis.

Art. 47 Reducziun da termins en il sector da contracts internaziunals

- 1 L'incumbensader po reducir ils termins minimals tenor l'artitgel 46 alinea 2 en cas urgents cumprovads a betg main che 10 dis.
- 2 El po reducir il termin minimal per inoltrar offertas da 40 dis tenor l'artitgel 46 alinea 2 per mintgamai 5 dis, sche:
 - a) la submissiun vegn publitgada sin via electronica;
 - b) ils documents da submissiun vegnan publitgads a medem temp sin via electronica;
 - c) las offertas vegnan acceptadas sin via electronica.
- 3 El po reducir il termin minimal per inoltrar offertas da 40 dis tenor l'artitgel 46 alinea 2 a betg main che 10 dis, sch'el ha publitgà almain 40 dis e maximalmain 12 mais avant la publicaziun da la submissiun in preavis cun il suandant cuntegn:
 - a) object da l'acquisiziun intenziunada;
 - b) termin approximativ per inoltrar las offertas u las dumondas da participaziun;
 - c) explicaziun ch'ils offerents interessads duain communitgar a l'incumbensader lur interess per l'acquisiziun;
 - d) lieu per retrair ils documents da submissiun;
 - e) tut las ulteriuras infurmaziuns tenor l'artitgel 35 ch'eran gia disponibilas quel mument.
- 4 El po reducir il termin minimal per inoltrar offertas da 40 dis tenor l'artitgel 46 alinea 2 a betg main che 10 dis, sch'el acquista prestaziuns periodicas e sch'el ha renvià en ina submissiun precedenta a la reducziun dal termin.
- 5 Ultra da quai po l'incumbensader – sch'el cumpra rauba industrialia u servetschs ubain ina cumbinaziun da quels dus en mintga cas – reducir il termin per inoltrar offertas a betg main che 13 dis, sch'el publitgescha ils documents da

submissiun ensemen cun la submissiun sin via electronica. Sche l'incumbensader prenda encunter offertas per rauba industrialia u per servetschs sin via electronica, po el plinavant reducir il termin a betg main che 10 dis.

Art. 48 Publicaziuns

- 1 En la procedura averta ed en la procedura selectiva publitgescha l'incumbensader il preavis, la submissiun, l'agiudicaziun sco er l'interruptziun da la procedura sin ina plattafurma d'internet per acquisiziuns publicas che vegn manada cuminaivlamain da la Confederaziun e dals chantuns. Da medema maniera publitgescha el agiudicaziuns ch'èn vegnidas surdadas en ina procedura directa en il sector da contracts internaziunals.
- 2 Ils documents da submissiun vegnan mess a disposiziun per regla il medem mument sin via electronica. L'access a questas publicaziuns è gratuit.
- 3 L'organisaziun ch'è vegnida incumbensada da la Confederaziun e dals chantuns cun il svilup e cun la gestiun da la plattafurma d'internet po incassar indemnizaziuns u taxas dals incumbensaders, dals offerents sco er d'ulteriuras persunas che fan diever da la plattafurma u dals servetschs ch'èn colliads cun quella. Las indemnizaziuns e las taxas vegnan calculadas tenor il dumber da publicaziuns respectivamain tenor la dimensiun da las prestaziuns utilizadas.
- 4 Per mintga incarica en il sector da contracts internaziunals che na vegn betg publitgada en ina da las linguas uffizialas da l'Organisaziun mundiala da commerzi (WTO), publitgescha l'incumbensader ensemen cun la submissiun ina resumaziun da quella en ina lingua uffiziala da la WTO. La resumaziun cuntegna almain:
 - a) l'object da l'acquisiziun;
 - b) il termin per inoltrar las offertas u las dumondas da participaziun;
 - c) il lieu per retrair ils documents da submissiun.
- 5 Ordaifer il sector da contracts internaziunals stoi vegnir tegnì quint da las relaziuns linguisticas da la regiun, en la quala l'incarica vegn realisada.
- 6 Las agiudicaziuns ch'èn vegnidas dadas en il sector da contracts internaziunals ston per regla vegnir publitgadas entaifer 30 dis. La communicaziun cuntegna las suandantas indicaziuns:
 - a) tip da la procedura applitgada;
 - b) object e dimensiun da l'incarica;
 - c) num ed adressa da l'incumbensader;
 - d) data da l'agiudicaziun;

- e) num ed adressa da l'offerent resguardà;
- f) pretsch total da l'offerta resguardada inclusiv taglia sin la plivalur.

7 Ils chantuns pon prevair ulteriurs organs da publicaziun.

Art. 49 Archivaziun dals documents

- 1 Ils incumbensaders archiveschan ils documents decisivs en connex cun la procedura da surdada durant almain 3 onns a partir da la data da l'agjudicaziun legalmain valaivla.
- 2 Tar ils documents che ston vegnir archivads tutgan:
 - a) la submitsiun;
 - b) ils documents da submitsiun;
 - c) il protocol da l'avertura da las offertas;
 - d) la corrispondenza davart la procedura da surdada;
 - e) ils protocols da rectificaziun;
 - f) disposiziuns en il rom da la procedura da surdada;
 - g) l'offerta resguardada;
 - h) indicaziuns per repersequitar la realisaziun electronica d'ina acquisiziun;
 - i) documentaziuns davart las incaricas publicas ch'èn vegnidas surdadas en il sector da contracts internaziunals en la procedura directa.
- 3 Tut ils documents ston vegnir tractads en moda confidenziala per la durada da lur archivaziun, nun che questa cunvegna prevesia ina publicaziun. Resalvada resta l'obligaziun d'infurmaziun, sch'i dat ina basa legala per quest intent.

Art. 50 Statistica

- 1 Entaifer 12 mais suenter la scadenza da l'onn chalendar fan ils chantuns ina statistica electronica davart las acquisiziuns da l'onn precedent en il sector da contracts internaziunals per mauns dal Secretariat da stadi per l'economia (SECO).
- 2 Las statisticas cuntengnan almain las suandantas indicaziuns:
 - a) dumber e valur totala da las incaricas publicas da mintga incumbensader structuradas tenor incaricas da construcziun, da furniziun e da servetsch cun inditgar la classificaziun CPC u CPV;
 - b) dumber e valur totala da las incaricas publicas ch'èn vegnidas surdadas en la procedura directa;

- c) sche naginas datas na pon vegnir preschentadas: stimaziuns davart las indicaziuns tenor las literas a e b cun explicaziuns davart la metoda da stimaziun applitgada.
- 3 La valor totala sto vegnir inditgada mintgamai inclusiv taglia sin la plivalur.
 - 4 La statistica totala dal SECO è accessibla publicamain cun resalva da la protecziun da datas e da secrets da fatschenta.

8. chapitel Protecziun giuridica

Art. 51 Communicaziun da disposiziuns

- 1 L'incumbensader communitgescha disposiziuns tras publicaziun u tras ina consegna individuala als offerents. Avant la communicaziun da la disposiziun n'han ils offerents nagin dretg sin atenziun giuridica.
- 2 Disposiziuns contestablas ston vegnir motivadas en moda summarica e ston cuntegnair ina indicaziun dals meds legals.
- 3 La motivaziun summarica d'ina agiudicaziun cumpiglia:
 - a) il tip da la procedura ed il num da l'offerent resguardà;
 - b) il pretsch total da l'offerta resguardada;
 - c) las caracteristicas decisivas ed ils avantatgs decisivs da l'offerta resguardada;
 - d) eventualmain ina preschentaziun dals motifs per ina surdada directa.
- 4 L'incumbensader na dastga betg communitgar infurmaziuns, sch'el:
 - a) cuntrafaschess tras quai a dretg vertent u ad interess publics;
 - b) periclitass uschia interess economics legitims dals offerents; u
 - c) periclitass tras quai la concorrenza loiala tranter ils offerents.

Art. 52 Recurs

- 1 Cunter disposiziuns dals incumbensaders èsi admess – almain a partir da la valor d'incarica decisiva per la procedura d'invit – da far recurs tar la dretgira administrativa chantunala sco suletta instanza chantunala.
- 2 Per recurs cunter acquisiziuns da las autoritads giudizialas chantunalas superiuras è competent directamain il Tribunal federal.

- 3 Offerents esters han il dretg da far recurs en connex cun incaricas ordaifer il sectur da contracts internaziunals mo, sch'il stadi, nua ch'els han lur sedia, conceda il dretg reciproc.

Art. 53 Object dal recurs

- 1 Il dretg da far recurs vala exclusivamain per las suandantas disposiziuns:
- a) la submissiun da l'incarica;
 - b) la decisiun davart la tscherna dals offerents en la procedura selectiva;
 - c) la decisiun davart l'inscripziun da l'offerent en in register u davart la stritgada d'in offerent d'in register;
 - d) la decisiun davart dumondas da recusaziun;
 - e) l'agiudicaziun;
 - f) la revocaziun da l'agiudicaziun;
 - g) l'interrupziun da la procedura;
 - h) l'exclusiun da la procedura;
 - i) la decretaziun d'ina sancziun.
- 2 Las ordinaziuns ch'èn cuntegnidas en ils documents da submissiun, da las qualas l'impurtanza è visibla, ston vegnir contestadas ensemen cun la submissiun.
- 3 Per recurs cunter la decretaziun d'ina sancziun na vegnan betg applitgadas las disposiziuns da questa cunvegna davart l'attenziun giuridica en la procedura da disposiziun, davart l'effect suspensiv e davart la limitaziun dals motivs da recurs.
- 4 Cunter disposiziuns tenor l'aleina 1 literas c ed i poi vegnir fatg recurs independentamain da la valor d'incarica.
- 5 Dal rest è esclusa la protecziun giuridica cunter disposiziuns tenor questa cunvegna.
- 6 Il recurs cunter la clusiun da contracts singuls tenor l'artitgel 25 alineas 4 e 5 è exclus.

Art. 54 Effect suspensiv

- 1 Il recurs n'ha betg in effect suspensiv.
- 2 Sin dumonda po la dretgira administrativa chantunala conceder in effect suspensiv ad in recurs, sch'il recurs para dad esser motivà suffizientamain e

sche nagins interess publics predominants na s'opponan a quai. La dumonda da l'effect suspensiv vegn per regla tractada mo per corrispondenza.

- 3 Ina dumonda per in effect suspensiv, ch'è giuridicamain abusiva u che cuntrafa a la buna fai, na vegn betg sustegnida. Ils dretgs d'indemnisaziun da l'incumbensader e da l'offerent resguardà ston vegnir giuditgads da las dretgiras civilas.

Art. 55 Dretg applitgabel

La procedura da disposiziun e da recurs sa drizzan tenor las disposiziuns da las leschas chantunalas davart la giurisdicziun administrativa, nun che questa cunvegna fixeschia insatge auter.

Art. 56 Termin da recurs, motivs da recurs e legitimaziun

- 1 Recurs ston vegnir inoltrads en scrit e cun motivaziun entaifer 20 dis dapi la comunicaziun da la disposiziun.
- 2 Las vacanzas da dretgira na valan betg.
- 3 Cun il recurs pon vegnir contestadas:
 - a) violaziuns da dretg, inclusiv il surpassament u l'abus dal parairi; sco er
 - b) la constataziun faussa u incumpleta dals fatgs ch'èn giuridicamain relevants.
- 4 La commensurabladad d'ina disposiziun na po betg vegnir examinada en il rom d'ina procedura da recurs.
- 5 Cunter agiudicaziuns en la procedura directa po mo far recurs, tgi che cumprova ch'el possa e ch'el veglia furnir las prestaziuns dumandadas u prestaziuns substitutivas. I po vegnir contestà mo, che la procedura directa saja vegnida applitgada nungiustifitgadain u che l'agiudicaziun saja vegnida dada sin basa da corrupziun.

Art. 57 Invista da las actas

- 1 En la procedura da disposiziun n'exista nagin dretg da prender invista da las actas.
- 2 En la procedura da recurs stoi vegnir concedi sin dumonda al recurrent invista da la valitaziun da sia offerta e d'ulteriuras actas da procedura relevantas per la decisium, nun che interess publics u privats predominants s'opponian a quai.

Art. 58 Decisiun da recurs

- 1 L'istanza da recurs po decider senza en chausa u la refusar per mauns da l'istanza precedentata u da l'incumbensader. En cas d'ina refusa sto ella dar instrucziuns liantas.
- 2 Sch'il recurs è motivà e sch'il contract cun l'offerent resguardà è gia concludì, constatescha l'istanza da recurs, quant enavant che la disposiziun contestada cuntrafa al dretg applitgabel.
- 3 Ensemen cun la constataziun da la violaziun dal dretg decida l'istanza da recurs davart in'eventuala dumonda d'indemnisaziun dal donn.
- 4 L'indemnisaziun dal donn è limitada als custs necessaris ch'èn resultads a l'offerent per preparar e per inoltrar sia offerta.

Art. 59 Revisiun

Sche l'istanza da recurs sto decider davart ina dumonda da revisiun, vala l'artitgel 58 alinea 2 confirm al senn.

9. chapitel **Autoritads****Art. 60** Cumissiun per las acquisiziuns publicas da la Confederaziun e dals chantuns

- 1 La surveglianza da las obligaziuns internaziunalas da la Svizra en il sector da las acquisiziuns publicas è chausa da la Cumissiun per las acquisiziuns publicas da la Confederaziun e dals chantuns (CAPCC). Quella sa cumpona en moda paritetica da represchentants da la Confederaziun e dals chantuns. Il secretariat vegn garantì tras il Secretariat da stadi per l'economia (SECO).
- 2 La CAPCC ademplescha principalmain las suandantas incumbensas:
 - a) elavuraziun da la posiziun da la Svizra en gremis internaziunals per mauns dal Cussegl federal e cussegliaziun da las delegaziuns svizras da tractativa;
 - b) promoziun dal barat d'infurmaziuns e d'experiences tranter la Confederaziun ed ils chantuns ed elavuraziun da recumandaziuns concernent la realisaziun da las obligaziuns internaziunalas en il dretg svizzer;
 - c) tgira da las relaziuns cun autoritads da surveglianza da l'exteriur;

- d) dar cussegls ed intermediaziun en cas singuls, sch'i dat dispitas en connex cun fatschentas tenor las literas a fin c.
- 3 Sch'i dat indizis ch'i vegnian violadas obligaziuns internaziunalas da la Svizra concernent las acquisiziuns publicas, po la CAPCC intervegnir tar las autoritads da la Confederaziun u dals chantuns e las supplitgar da sclerir ils fatgs e da prender las mesiras necessarias en cas d'abus constatads.
- 4 La CAPCC po far expertisas u incumbensar experts da far talas.
- 5 Ella sa dat in reglament da gestiun. Quel sto vegnir approvà dal Cussegl federal e dal INAP.

Art. 61 Organ interchantunal

- 1 Ils commembers dals chantuns participads a la cuvegna en la Conferenza dals directurs da construcziun, planisaziun e protecziun da l'ambient (CCPA) forman l'Organ interchantunal per las acquisiziuns publicas (INAP).
- 2 Il INAP ademplescha principalmain las suandantas incumbensas:
 - a) decretar questa cuvegna;
 - b) midar questa cuvegna cun resalva dal consentiment dals chantuns participads;
 - c) adattar las limitas;
 - d) proponer al Cussegl federal da liberar ils incumbensaders da la subordinaziun a questa cuvegna e prender encunter dumondas respectivas tenor l'artitgel 7 alinea 1 (clausula d'exemziun);
 - e) controllar l'execuziun da questa cuvegna tras ils chantuns e designar in organ da controlla;
 - f) manar la glista davart offerents e davart subinterpresas ch'èn sancziunads a norma da l'artitgel 45 alinea 3;
 - g) reglar l'organisaziun e la procedura per applitgar questa cuvegna;
 - h) liquidar lavurs sco post da contact en il rom da las cuvegnas internaziunalas;
 - i) designar ils delegads chantunals en gremis naziunals ed internaziunals sco er approvar ils reglaments da gestiun correspondentes.
- 3 Il INAP prenda sias decisiuns cun ina maioritad da trais quarts dals preschents, sche almain la mesadad dals chantuns participads è represchentada. Mintga chantun participà ha ina vusch che vegn represchentada d'in commember da la regenza chantunala.

- 4 Il INAP collavura cun las conferenzas dals schefs da las direcziuns chantunalas pertutgadas, cun las conferenzas specificas dals chantuns e cun la Confederaziun.

Art. 62 Controllas

- 1 Ils chantuns surveglian che questa cunvegna vegnia observada.
- 2 Il INAP tracta denunziadas da chantuns concernent l'observaziun da questa cunvegna tras auters chantuns.
- 3 Persunas privatas pon drizzar denunziadas concernent l'observaziun da questa cunvegna tras ils chantuns al INAP. La denunzia na conceda ni dretgs da partida ni il dretg d'ina decisiun.
- 4 Il INAP relascha in reglament respectiv.

10. chapitel Disposiziuns finalas

Art. 63 Participaziun, extrada, midada ed aboliziun

- 1 Mintga chantun po sa participar a la cunvegna tras ina decleraziun al INAP.
- 2 In chantun po extrar da la cunvegna per la fin d'in onn chalendar. L'extrada sto vegnir communitgada al INAP 6 mais ordavant.
- 3 La participaziun e l'extrada sco er la midada u l'aboliziun da questa cunvegna vegnan communitgadas a la Chanzlia federala tras il INAP.
- 4 Resguardond las obligaziuns internaziunalas da la Svizra pon ils chantuns decretar disposiziuns executivas en spezial tar ils artitgels 10, 12 e 26.

Art. 64 Dretg transitoric

- 1 Proceduras da surdada ch'èn vegnidas introducidas avant che questa cunvegna è entrada en vigur, vegnan manadas a fin tenor il dretg vegl.
- 2 En cas da l'extrada d'in chantun vala questa cunvegna per la surdada d'incaricas publicas che vegnan publitgadas avant la fin da l'onn chalendar, en il qual l'extrada daventa valaivla.

Art. 65 Entrada en vigur

- 1 Questa cunvegna entra en vigur, cur che 2 chantuns èn sa participads ad ella. Il INAP communitgescha l'entrada en vigur a la Chanzlia federala.
- 2 Per ils chantuns che n'èn betg participads a questa cunvegna vala vinavant la cunvegna dals 15 da mars 2001.

Agiuntas chantuns

Agiunta 1: Limitas entaifer il sector da contracts internaziunals

Agiunta 2: Limitas ordaifer il sector da contracts internaziunals

Agiunta 3: Convenziuns centralas da l'Organisaziun internaziunala da la lavur (OIL)

Agiunta 4: Convenziuns decisivas per la protecciun da l'ambient e da las resursas naturalas

Agiunta 1

Limitas entaifer il sectur da contracts internaziunals

- a. Government procurement agreement GPA (Convenziun da la WTO davart las acquisiziuns publicas)

Incumbensader	Valur d'incarica en francs		
	(valur d'incarica en DRS)		
	<i>Prestaziuns da construcziun (valur totala)</i>	<i>Furniziuns</i>	<i>Servetschs</i>
Chantuns	8 700 000 francs (5 000 000 DRS)	350 000 francs (200 000 DRS)	350 000 francs (200 000 DRS)
Autoritads ed interpresas publicas en ils secturs aua, energia, traffic e telecommunicaziun	8 700 000 francs (5 000 000 DRS)	700 000 francs (400 000 DRS)	700 000 francs (400 000 DRS)

b. Tenor la Cunvegna bilaterala tranter la Communitad europeica e la Confederaziun svizra èn sutta mess er ils suandants incumbensaders al sector da contracts internaziunals:

Incumbensader	Valur d'incarica en francs		
	<i>(Valur d'incarica en euros)</i>		
	<i>Prestaziuns da construcziun (valur totala)</i>	<i>Furniziuns</i>	<i>Servetschs</i>
Vischnawncas / districts	8 700 000 francs (6 000 000 euros)	350 000 francs (240 000 euros)	350 000 francs (240 000 euros)
Interpresas privatas che han dretgs exclusivs u spezials en ils secturs aua, energia e traffic	8 700 000 francs (6 000 000 euros)	700 000 francs (480 000 euros)	700 000 francs (480 000 euros)
Interpresas publicas sco er interpresas privatas activas sin fundament d'in dretg exclusiv u spezial en il sector dal traffic da viafier e dal provediment da gas e da chalur	8 000 000 francs (5 000 000 euros)	640 000 francs (400 000 euros)	640 000 francs (400 000 euros)
Interpresas publicas sco er interpresas privatas activas sin fundament d'in dretg exclusiv u spezial en il sector da la telecommunicaziun *	8 000 000 francs (5 000 000 euros)	960'000 francs (600 000 euros)	960 000 francs (600 000 euros)

* Quest sector è distatgà (O dal DATEC davart l'exemziun da la subordinaziun al dretg da las acquisiziuns publicas, en spezial agiunta – CS 172.056.111)

Agiunta 2

Limitas e proceduras en il sector betg cumpiglià da contracts internaziunals

Tips da procedura	Furniziuns (valur d'incarica en francs)	Servetschs (valur d'incarica en francs)	Prestaziuns da construcziun (valur d'incarica en francs)	
			<i>Industria secundara da construcziun</i>	<i>Industria principala da construcziun</i>
<i>procedura directa</i>	sut 150 000	sut 150 000	sut 150 000	sut 300 000
<i>procedura d'invit</i>	sut 250 000	sut 250 000	sut 250 000	sut 500 000
<i>procedura averta u selectiva</i>	250 000 e dapli	250 000 e dapli	250 000 e dapli	500 000 e dapli

Agiunta 3

Convenziuns centralas da l'Organisaziun internaziunala da la lavur (OIL)¹

- Cunvegna nr. 29 dals 28 da zercladur 1930 davart la lavur sfurzada u obligatorica (CS **0.822.713.9**);
- Convenziun nr. 87 dals 9 da fanadur 1948 davart la libertad d'associaziun e la protecciun dal dretg d'associaziun (CS **0.822.719.7**);
- Convenziun nr. 98 dal 1. da fanadur 1949 concernent l'applicaziun dals princips dal dretg d'associaziun e da tractativas collectivias (CS **0.822.719.9**);
- Convenziun nr. 100 dals 29 da zercladur 1951 davart l'egualitad da la remuneraziun da forzas da lavur masculinas e femininas per la medema lavur (CS **0.822.720.0**);
- Convenziun nr. 105 dals 25 da zercladur 1957 concernent l'aboliziun da la lavur sfurzada (CS **0.822.720.5**);
- Convenziun nr. 111 dals 25 da zercladur 1958 concernent la discriminaziun en occupaziun e professiun (CS **0.822.721.1**);
- Convenziun nr. 138 dals 26 da zercladur 1973 concernent la vegliadetgna minimala per l'admissiun a la lavur (CS **0.822.723.8**);
- Convenziun nr. 182 dals 17 da zercladur 1999 concernent il scumond e mesiras immediatas d'allontanament da las piras furmas da la lavur d'uffants (CS **0.822.728.2**).

¹ Sco standards da lavur internaziunals essenzials po l'incumbensader pretender l'observaziun da las convenziuns centralas tenor questa agiunta sco er da princips or d'ulteriuras convenziuns da l'Organisaziun internaziunala da la lavur (OIL), sche la Svizra sezza ha ratifitgà quellas.

Agiunta 4

Convenziuns decisivas per la protecziun da l'ambient e da las resursas naturalas

- Convenziun da Vienna dals 22 da mars 1985 per la protecziun da la stresa d'ozon (CS **0.814.02**) ed il Protocol da Montreal dals 16 da settember 1987 concernent las substanzas che chaschunan la reducziun da la stresa d'ozon (CS **0.814.021**), ch'è vegni concludi en il rom da questa convenziun;
- Convenziun da Basilea dals 22 da mars 1989 davart la controlla dals moviments transcunfinals da rument privlus e ses allontanament (CS **0.814.05**);
- Convenziun da Stockholm dals 22 da matg 2001 davart substanzas nuschaivlas organicas persistentas (CS **0.814.03**);
- Convenziun da Rotterdam dals 10 da settember 1998 davart la procedura da consentiment precedent en enconuschientscha da la causa per tshertas chemicalias privlusas sco er products fitosanitaras e pesticids en il commerzi internaziunal (CS **0.916.21**);
- Convenziun dals 5 da zercladur 1992 davart la diversitad biologica (CS **0.451.43**);
- Convenziun da basa da las Naziuns Unidas davart las midadas dal clima dals 9 da matg 1992 (CS **0.814.01**);
- Convenziun davart il commerzi internaziunal cun spezias selvadias da fauna e da flora smanatschadas d'extincziun dals 3 da mars 1973 (CS **0.453**);
- Convenziun concernent la vasta contaminaziun da l'aria transcunfinala dals 13 da november 1979 ed ils otg protocols ch'èn vegnids ratifitgads da la Svizra en il rom da questa convenziun (CS **0.814.32**).

Lescha introductiva tar la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas (LIItCIAP)

Dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	803.600
Midà:	170.450 830.100
Aboli:	803.300

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 5, l'art. 9 e l'art. 11 da la Lescha federala davart il martgà intern (LMI)¹⁾ dals 6 d'october 1995 e sin l'art. 63 da la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas (CIAP)²⁾ dals 15 da november 2019, suenter avair gi' invista da la missiva da la Regenza dals ...,

concluda:

I.

Art. 1 Object

¹⁾ Questa lescha regla l'introducziun da la Cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da november 2019 (CIAP) en il chantun Grischun.

Art. 2 Champ d'applicaziun (art. 10 al. 1 CIAP)

¹⁾ L'excepziun da la subordinaziun tenor l'artitgel 10 CIAP na vala betg per incaricas ad organisaziuns da l'integrasiun en il mund da lavur.

¹⁾ CS [943.02](#)

²⁾ DG [803.710](#)

Art. 3 Publicaziuns (art. 48 al. 1 CIAP)

¹ Las incumbensadras ed ils incumbensaders publitgeschan agiudicaziuns ch'èn vegnidas concedidas ordaifer il sector da contracts internaziunals en la procedura directa tenor l'artitgel 21 alinea 2 CIAP.

Art. 4 Protecziun giuridica (art. 52 CIAP)

¹ Cunter disposiziuns da las incumbensadras e dals incumbensaders èsi admiss da far recurs davent dal stgalim da la procedura d'invit.

Art. 5 Annunzia d'exclusiuns (art. 45 al. 3 CIAP)

¹ En cas d'exclusiuns tenor l'artitgel 45 alinea 1 CIAP trametta l'incumbensadra u l'incumbensader al chantun ina copia da la decisiun legalmain valaivla. Quel fa in'annunzia a l'Organ interchantunal per las acquisiziuns publicas (INAP).

Art. 6 Disposiziuns executivas (art. 63 al. 4 CIAP)

¹ La Regenza decretescha las disposiziuns executivas tar la CIAP e regla en quellas ils detagls da la procedura, da l'execuziun e da l'organisaziun.

² En spezial vegn ella autorisada:

- a) da determinar ils posts ch'èn responsabels per l'execuziun, per las controllas e per la surveglianza (art. 12 al. 5, art. 28 al. 1, art. 45 al. 1 fin al. 5, art. 50 al. 1 sco er art. 62 al. 1 ed al. 2 CIAP);
- b) da definir las modalitads da la procedura electronica (inoltraziun electronica d'offertas e comunicaziun electronica da disposiziuns) (art. 34 al. 2 CIAP);
- c) da prevair averturas publicas da las ofertas (art. 37 CIAP);
- d) da prevair organs da publicaziun supplementars (art. 48 al. 7 CIAP);
- e) da prevair ulteriuras statisticas ed obligaziuns d'annunzia da las incumbensadras e dals incumbensaders;
- f) da delegar il dretg da l'incumbensadra u da l'incumbensader da communitgar disposiziuns (art. 51 al. 1 CIAP);
- g) da determinar il post chantunal ch'è responsabel per l'execuziun unitara, per la gestiun da las statisticas, per la furniziun d'infurmaziuns sco er per la scolaziun e per la furniziun supplementara en il sector da las acquisiziuns publicas;
- h) da stgaffir in post d'annunzia independent per annunziar abus en il sector da las acquisiziuns publicas;
- i) da prevair mesiras che las incumbensadras ed ils incumbensaders prendan cunter las ristgas, sco il fauss cumportament d'offerentas e d'offerents u dal personal d'acquisiziun.

II.

1.

Il relasch "Lescha davart la cassa da pensiun dal Grischun (LCPG)" DG [170.450](#) (versiun dals 01-01-2015) vegn midà sco suonda:

Art. 13 al. 1 (midà)

~~Dretg da submissiun public~~**Acquisiziuns publicas (Titel midà)**

¹ La cassa da pensiun n'è betg suttamessa al ~~dretg da submissiun publica~~ **las acquisiziuns publicas.**

2.

Il relasch "Lescha davart l'assicuranza d'edifizis dal chantun Grischun (lescha davart l'assicuranza d'edifizis, LAE)" DG [830.100](#) (versiun dals 01-04-2019) vegn midà sco suonda:

Art. 30 al. 2 (midà)

² Per investiziuns da chapital n'è ella betg suttamessa al ~~dretg da submissiun publica~~ **las acquisiziuns publicas.**

III.

Il relasch "Lescha da submissiun (Lsub)" DG [803.300](#) (versiun dals 01-01-2014) vegn aboli.

IV.

Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

Adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 novembre 2019

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 novembre 2019.
2. Il Governo viene autorizzato a:
 - a) dichiarare l'adesione al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici;
 - b) ratificare successivi adeguamenti del Concordato intercantonale, nella misura in cui questi siano di importanza subordinata;
 - c) concludere con altri Cantoni e Stati limitrofi accordi di reciprocità.
3. Il Governo potrà annullare la decisione d'adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 marzo 2001, non appena tutti i Cantoni avranno aderito al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 novembre 2019.
4. L'adesione al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 novembre 2019 diviene esecutiva con la consegna della dichiarazione di adesione all'organo intercantonale.
5. I numeri da 1 a 3 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

Concordato intercantonale sugli appalti pubblici (CIAP)

del 15 novembre 2019

Capitolo 1: Oggetto, scopo e definizioni

Art. 1 Oggetto

Il presente Concordato si applica all'aggiudicazione, da parte di committenti a essa sottoposti, di commesse pubbliche, siano queste incluse o meno nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali.

Art. 2 Scopo

Il presente Concordato persegue:

- a) un impiego dei fondi pubblici economico, nonché sostenibile sotto il profilo ecologico, sociale e dell'economia pubblica;
- b) la trasparenza della procedura di aggiudicazione;
- c) il trattamento paritario e non discriminatorio degli offerenti;
- d) il promovimento di una concorrenza efficace ed equa tra gli offerenti, in particolare mediante misure contro gli accordi illeciti in materia di concorrenza e contro la corruzione.

Art. 3 Definizioni

Nel presente Concordato si intende per:

- a) *offerenti*: le persone fisiche o giuridiche di diritto pubblico o privato oppure gruppi di tali persone che offrono prestazioni, chiedono di partecipare a un bando pubblico o chiedono che sia loro trasferito un compito pubblico o che sia loro rilasciata una concessione;
- b) *impresa pubblica*: l'impresa sulla quale le autorità dello Stato possono esercitare direttamente o indirettamente un'influenza dominante in virtù di rapporti di proprietà, di una partecipazione finanziaria o delle disposizioni applicabili a tali imprese; si presume un'influenza dominante se l'impresa è

- finanziata in prevalenza dallo Stato o da altre imprese pubbliche, se la sua direzione è soggetta alla vigilanza dello Stato o di altre imprese pubbliche o se il suo organo di amministrazione, direzione o vigilanza è composto in maggioranza da membri nominati dallo Stato o da altre imprese pubbliche;
- c) *ambito di applicazione dei trattati internazionali*: il campo d'applicazione degli impegni internazionali della Svizzera relativi agli appalti pubblici;
- d) *condizioni di lavoro*: le disposizioni imperative del Codice delle obbligazioni¹ relative al contratto di lavoro, le disposizioni normative dei contratti collettivi di lavoro e dei contratti normali di lavoro oppure, in loro assenza, le condizioni di lavoro usuali per il luogo e il settore;
- e) *disposizioni in materia di tutela dei lavoratori*: le disposizioni del diritto pubblico del lavoro, comprese le disposizioni della legge del 13 marzo 1964² sul lavoro e del pertinente diritto di esecuzione, nonché le disposizioni in materia di prevenzione degli infortuni;
- f) *istituzione di diritto pubblico*: ogni istituzione che
- è stata costituita con uno scopo specifico per adempiere compiti nel pubblico interesse non di carattere commerciale;
 - ha una personalità giuridica; e
 - è finanziata in prevalenza dallo Stato, dalle collettività territoriali o da altre istituzioni di diritto pubblico, per quanto riguarda la sua direzione è soggetta alla vigilanza di questi ultimi oppure il cui organo di gestione, direzione o vigilanza consta in maggioranza di membri designati dallo Stato, dalle collettività territoriali o da altre istituzioni di diritto pubblico;
- g) *autorità dello Stato*: lo Stato, le collettività territoriali, le istituzioni di diritto pubblico e le associazioni composte di una o più di queste collettività o istituzioni di diritto pubblico.

¹ RS 220

² RS 822.11

Capitolo 2: Campo d'applicazione

Sezione 1: Campo d'applicazione soggettivo

Art. 4 Committenti

- 1 Nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali sottostanno al presente Concordato le autorità dello Stato e le unità amministrative centrali e decentrate, comprese le istituzioni di diritto pubblico a livello cantonale, distrettuale e comunale nell'ottica del diritto cantonale e comunale, ad eccezione delle loro attività commerciali.
- 2 Nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali sottostanno al presente Concordato sia le autorità dello Stato sia le imprese pubbliche e private che forniscono prestazioni di servizio pubbliche e alle quali sono conferiti diritti esclusivi o speciali a condizione che esercitino in Svizzera attività in uno dei seguenti settori:
 - a) messa a disposizione o gestione di reti fisse destinate a fornire un servizio al pubblico nel campo della produzione, del trasporto o della distribuzione di acqua potabile o approvvigionamento di queste reti in acqua potabile;
 - b) messa a disposizione o gestione di reti fisse destinate a fornire un servizio al pubblico nel campo della produzione, del trasporto o della distribuzione di energia elettrica o approvvigionamento di queste reti in energia elettrica;
 - c) gestione di reti destinate a fornire un servizio al pubblico nel campo del trasporto urbano, dei sistemi automatici, delle tramvie, delle filovie, delle linee di autobus o delle funivie;
 - d) messa a disposizione dei vettori aerei di aeroporti o di altri terminali di trasporto;
 - e) messa a disposizione dei vettori nel traffico fluviale di porti interni o di altri terminali di trasporto;
 - f) messa a disposizione o gestione di ferrovie, compresi i trasporti effettuati avvalendosi di tali infrastrutture;
 - g) messa a disposizione o gestione di reti fisse destinate a fornire un servizio al pubblico nel campo della produzione, del trasporto o della distribuzione di gas o di calore o approvvigionamento di queste reti in gas o calore; o
 - h) sfruttamento di un'area geografica delimitata per la prospezione o l'estrazione di petrolio, gas, carbone o altri combustibili solidi.

- 3 I committenti di cui al capoverso 2 sottostanno al presente Concordato unicamente nel caso di appalti pubblici nel settore di attività descritto, non però per le loro altre attività.
- 4 Per gli appalti pubblici che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali sottostanno inoltre al presente Concordato:
 - a) altri enti preposti a compiti cantonali e comunali, ad eccezione delle loro attività commerciali;
 - b) oggetti e prestazioni di servizio, che sono sovvenzionati con fondi pubblici per oltre il 50 per cento dei costi complessivi.
- 5 Il terzo che aggiudica una commessa pubblica per conto di uno o più committenti sottostà al presente Concordato come il committente che rappresenta.

Art. 5 Diritto applicabile

- 1 Se più committenti sottoposti al diritto federale e al presente Concordato partecipano a un appalto pubblico, è applicabile il diritto dell'ente pubblico il cui committente assume la maggior parte del finanziamento. Il presente Concordato si applica se la quota cantonale supera complessivamente la quota della Confederazione.
- 2 Se più committenti sottoposti al presente Concordato partecipano a un appalto pubblico, è applicabile il diritto del Cantone che assume la maggior parte del finanziamento.
- 3 In deroga ai principi che precedono, più committenti partecipanti a un appalto pubblico possono, di comune accordo, sottoporre l'appalto pubblico al diritto di un committente partecipante.
- 4 Un appalto pubblico, la cui esecuzione non ha luogo nel territorio giuridico del committente, sottostà, a scelta, al diritto della sede del committente oppure del luogo dove le prestazioni vengono in prevalenza fornite.
- 5 Un appalto pubblico da parte di un ente comune sottostà al diritto vigente nel luogo in cui ha sede l'ente. Se questo non ha una sede, si applica il diritto del luogo dove le prestazioni vengono in prevalenza fornite.
- 6 Le imprese pubbliche o private che godono di diritti esclusivi o speciali conferiti dalla Confederazione o che eseguono compiti nell'interesse nazionale possono scegliere di sottoporre i loro appalti pubblici al diritto applicabile presso la loro sede o al diritto federale.

Art. 6 Offerenti

- 1 Secondo il presente Concordato sono ammessi a presentare un'offerta gli offerenti della Svizzera nonché gli offerenti di altri Stati nei confronti dei quali la Svizzera si è impegnata contrattualmente a garantire l'accesso al mercato nel quadro degli impegni assunti reciprocamente.
- 2 Gli offerenti esteri sono ammessi a presentare un'offerta per le commesse pubbliche che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali, a condizione che il loro Stato accordi la reciprocità o che il committente vi acconsenta.
- 3 Il Consiglio federale tiene un elenco degli Stati che si sono impegnati ad accordare alla Svizzera l'accesso al mercato. L'elenco è aggiornato periodicamente.
- 4 I Cantoni possono stipulare accordi con le regioni di frontiera e gli Stati confinanti.

Art. 7 Esenzione dall'assoggettamento

- 1 Se in un mercato settoriale ai sensi dell'articolo 4 capoverso 2 esiste una concorrenza efficace, l'Organo intercantonale per gli appalti pubblici (OiAp) può proporre al Consiglio federale di esentare integralmente o parzialmente dall'assoggettamento al presente Concordato gli appalti pubblici in tale mercato. I committenti che agiscono nel mercato settoriale in questione sono autorizzati a sottoporre all'OiAp una domanda di esenzione dall'assoggettamento.
- 2 L'esenzione dei relativi appalti pubblici si applica a tutti i committenti che agiscono nel mercato settoriale in questione.

Sezione 2: Campo d'applicazione oggettivo**Art. 8** Commessa pubblica

- 1 Una commessa pubblica è un contratto concluso tra il committente e l'offerente allo scopo di adempiere un compito pubblico. Tale contratto è a titolo oneroso ed è caratterizzato da uno scambio di prestazioni e controprestazioni, fermo restando che la prestazione caratteristica è fornita dall'offerente.
- 2 Si distinguono le seguenti prestazioni:
 - a) prestazioni edili (ramo principale e ramo accessorio dell'edilizia);
 - b) forniture;

c) prestazioni di servizio.

- 3 Le commesse miste si compongono di diverse prestazioni di cui al capoverso 2 e formano una commessa globale. La commessa globale è qualificata dalla prestazione finanziariamente prevalente. Le prestazioni non possono essere combinate o unite nell'intento o con l'effetto di eludere le disposizioni del presente Concordato.

Art. 9 Trasferimento di compiti pubblici e rilascio di concessioni

Il trasferimento di un compito pubblico o il rilascio di una concessione sono considerati una commessa pubblica se in virtù di tale trasferimento o rilascio all'offerente sono conferiti diritti esclusivi o speciali esercitati nell'interesse pubblico, per i quali l'offerente riceve direttamente o indirettamente una retribuzione o un'indennità. Sono fatte salve le disposizioni previste da leggi speciali del diritto federale e cantonale.

Art. 10 Eccezioni

- 1 Il presente Concordato non si applica:
- a) all'acquisto di prestazioni destinate alla vendita o alla rivendita commerciale o a essere utilizzate per la produzione o per l'offerta di prestazioni destinate alla vendita o alla rivendita commerciale;
 - b) all'acquisto, alla locazione o all'affitto di fondi, costruzioni e impianti né ai relativi diritti;
 - c) al versamento di aiuti finanziari;
 - d) ai contratti sui servizi finanziari relativi all'emissione, all'acquisto, alla vendita, al trasferimento o alla gestione di titoli o di altri strumenti finanziari, nonché sui servizi forniti da banche centrali;
 - e) alle commesse aggiudicate a istituzioni per i disabili, organizzazioni attive nell'integrazione professionale, istituti di beneficenza e penitenziari;
 - f) ai contratti fondati sul diritto in materia di personale;
 - g) agli istituti di previdenza di diritto pubblico dei Cantoni e dei Comuni.
- 2 Il presente Concordato non si applica nemmeno all'acquisto di prestazioni:
- a) di offerenti cui spetta il diritto esclusivo di fornire tali prestazioni;
 - b) di altri committenti giuridicamente autonomi, sottoposti a loro volta al diritto in materia di appalti pubblici, a condizione che tali committenti non forniscano queste prestazioni in concorrenza con offerenti privati;
 - c) di unità organizzative del committente non autonome;

- d) di offerenti sui quali il committente esercita un controllo corrispondente a quello che esercita sui propri servizi, a condizione che tali offerenti forniscano le loro prestazioni essenzialmente per il committente.
- 3 Il presente Concordato non si applica se:
- a) ciò è ritenuto necessario per la tutela e il mantenimento della sicurezza esterna o interna o dell'ordine pubblico;
 - b) ciò è necessario per la tutela della salute o della vita delle persone o per la protezione della fauna e della flora;
 - c) la messa a concorso delle commesse pubbliche violerebbe diritti della proprietà intellettuale.

Capitolo 3 Principi generali

Art. 11 Principi procedurali

Nell'aggiudicazione di commesse pubbliche il committente osserva i seguenti principi procedurali:

- a) esegue le procedure di aggiudicazione in maniera trasparente, oggettiva e imparziale;
- b) adotta misure contro i conflitti di interesse, gli accordi illeciti in materia di concorrenza e la corruzione;
- c) assicura la parità di trattamento degli offerenti in tutte le fasi della procedura;
- d) rinuncia a svolgere negoziazioni sul prezzo;
- e) tutela il carattere confidenziale dei dati degli offerenti.

Art. 12 Osservanza delle disposizioni in materia di tutela dei lavoratori, delle condizioni di lavoro, della parità salariale e del diritto in materia ambientale

- 1 Per le prestazioni che devono essere fornite in Svizzera, il committente aggiudica la commessa pubblica soltanto a offerenti che osservano le disposizioni in materia di tutela dei lavoratori e le condizioni di lavoro determinanti in Svizzera, gli obblighi di annuncio e di autorizzazione secondo la legge del 17 giugno 2005¹ contro il lavoro nero (LLN) e le disposizioni sulla parità salariale tra donna e uomo.

¹ RS 822.41

- 2 Per le prestazioni che devono essere fornite all'estero, il committente aggiudica la commessa pubblica soltanto a offerenti che osservano almeno le convenzioni fondamentali dell'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL) di cui all'allegato 3. Può inoltre esigere che siano osservati altri standard internazionali importanti in materia di lavoro e che siano apportate prove in tal senso, nonché convenire che siano effettuati controlli.
- 3 Il committente aggiudica la commessa pubblica soltanto a offerenti che osservano almeno le prescrizioni in materia di protezione dell'ambiente e di conservazione delle risorse naturali in vigore nel luogo della prestazione; in Svizzera tali prescrizioni comprendono le disposizioni del diritto svizzero in materia ambientale, mentre all'estero comprendono le convenzioni internazionali per la protezione dell'ambiente di cui all'allegato 4.
- 4 I subappaltatori sono tenuti a osservare i requisiti di cui ai capoversi 1–3. Tali obblighi devono essere menzionati negli accordi conclusi tra gli offerenti e i subappaltatori.
- 5 Il committente può controllare l'osservanza dei requisiti di cui ai capoversi 1–3 o delegare tale controllo a terzi, sempre che questo compito non sia stato trasferito a un'autorità prevista da una legge speciale o a un'altra autorità idonea, in particolare a un organo paritetico di controllo. Per l'esecuzione di tali controlli il committente può fornire all'autorità o all'organo di controllo le informazioni necessarie e mettere a loro disposizione documenti. L'offerente deve fornire su richiesta le prove necessarie.
- 6 Le autorità e gli organi di controllo incaricati di verificare l'osservanza dei requisiti di cui ai capoversi 1–3 presentano al committente un rapporto sui risultati del controllo e sulle eventuali misure adottate.

Art. 13 Ricusazione

- 1 Dalla parte del committente e del gruppo di esperti, non possono partecipare alla procedura di aggiudicazione le persone che:
 - a) hanno un interesse personale in una commessa;
 - b) sono il coniuge o il partner registrato di un offerente o di un membro di uno dei suoi organi o convivono di fatto con un offerente o un membro di uno dei suoi organi;
 - c) sono parenti o affini in linea diretta o fino al terzo grado in linea collaterale di un offerente o di un membro di uno dei suoi organi;
 - d) sono rappresentanti di un offerente o hanno agito per un offerente nella medesima procedura; o

- e) non godono per altre circostanze dell'indipendenza necessaria allo svolgimento di appalti pubblici.
- 2 La domanda di riconsuazione deve essere presentata non appena si è a conoscenza del motivo.
- 3 Sulle domande di riconsuazione il committente o il gruppo di esperti decide in assenza della persona interessata.
- 4 Nel bando il committente può prevedere che siano esclusi dalla procedura di aggiudicazione gli offerenti i quali, nei concorsi e nei mandati di studio paralleli, sono in una relazione con un membro della giuria che motivi la riconsuazione.

Art. 14 Preimplicazione

- 1 Gli offerenti che hanno partecipato ai lavori preliminari della procedura di aggiudicazione non sono autorizzati a presentare un'offerta se il vantaggio concorrenziale che ne hanno tratto non può essere compensato con mezzi adeguati e se l'esclusione non pregiudica una concorrenza efficace tra gli offerenti.
- 2 Sono in particolare mezzi adeguati per compensare il vantaggio concorrenziale:
 - a) la trasmissione di tutte le indicazioni essenziali sui lavori preliminari;
 - b) la comunicazione dei nomi dei partecipanti ai lavori preliminari;
 - c) la proroga dei termini minimi.
- 3 Un'analisi di mercato da parte del committente prima del bando pubblico non costituisce una preimplicazione degli offerenti consultati. Il committente pubblica i risultati dell'analisi di mercato nella documentazione del bando.

Art. 15 Determinazione del valore della commessa

- 1 Il committente stima il valore presumibile della commessa.
- 2 Una commessa pubblica non può essere suddivisa per eludere le disposizioni del presente Concordato.
- 3 Ai fini della stima del valore della commessa occorre tenere conto della totalità delle prestazioni o delle retribuzioni oggetto del bando, sempre che esse siano strettamente correlate sotto il profilo materiale o legale. Tutti gli elementi della retribuzione devono essere presi in considerazione, comprese le opzioni di proroga e le opzioni di commesse successive, nonché tutti i premi, gli emolumenti, le commissioni e gli interessi da versare, esclusa l'imposta sul valore aggiunto.

- 4 Nel caso di contratti di durata determinata il valore della commessa è calcolato cumulando le retribuzioni per tutta la durata determinata, comprese eventuali opzioni di proroga. Di norma la durata determinata non può superare i cinque anni. In casi motivati può essere prevista una durata superiore.
- 5 Nel caso di contratti di durata indeterminata il valore della commessa è calcolato moltiplicando le retribuzioni mensili per 48.
- 6 Nel caso di contratti relativi a prestazioni richieste periodicamente il valore della commessa è calcolato in funzione della retribuzione versata per tali prestazioni negli ultimi 12 mesi oppure, se si tratta del primo incarico, sulla base della necessità stimata per i 12 mesi successivi.

Capitolo 4: Procedura di aggiudicazione

Art. 16 Valori soglia

- 1 La procedura è scelta in funzione del raggiungimento di uno dei valori soglia di cui agli allegati 1 e 2. L'OiAp adegua periodicamente i valori soglia secondo gli impegni internazionali, previa consultazione del Consiglio federale.
- 2 In caso di adeguamento degli impegni internazionali riguardanti i valori soglia la Confederazione garantisce ai Cantoni la loro collaborazione.
- 3 Se il valore complessivo di diverse prestazioni edili fornite per la realizzazione di un'opera edile raggiunge il valore soglia fissato per l'ambito di applicazione dei trattati internazionali, si applicano le disposizioni del presente Concordato relative agli appalti pubblici che rientrano in tale ambito. Tuttavia, se il valore delle singole prestazioni non raggiunge due milioni di franchi e la somma di tali valori non supera il 20 per cento del valore complessivo dell'opera edile (clausola bagatellare), a queste prestazioni si applicano le disposizioni relative agli appalti pubblici che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali.
- 4 La procedura determinante per le prestazioni edili che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali è stabilita in funzione del valore delle singole prestazioni.

Art. 17 Tipi di procedura

A seconda del valore della commessa e dei valori soglia, le commesse pubbliche sono aggiudicate, a scelta del committente, in una procedura di pubblico concorso, selettiva, mediante invito o per incarico diretto.

Art. 18 Pubblico concorso

- 1 Nella procedura di pubblico concorso il committente pubblica il bando relativo alla commessa.
- 2 Tutti gli offerenti possono presentare un'offerta.

Art. 19 Procedura selettiva

- 1 Nella procedura selettiva il committente pubblica il bando relativo alla commessa e invita gli offerenti a presentare, in un primo tempo, una domanda di partecipazione.
- 2 Il committente sceglie gli offerenti ammessi a presentare un'offerta in funzione della loro idoneità.
- 3 Il committente può limitare il numero degli offerenti ammessi a presentare un'offerta nella misura in cui rimanga garantita una concorrenza efficace. Per quanto possibile, ammette a presentare un'offerta almeno tre offerenti.

Art. 20 Procedura mediante invito

- 1 La procedura mediante invito si applica alle commesse pubbliche che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali secondo i valori soglia di cui all'allegato 2.
- 2 Nella procedura mediante invito il committente stabilisce quali offerenti intende invitare a presentare un'offerta, senza indire un bando pubblico. A tal fine elabora la documentazione del bando. Si procura se possibile almeno tre offerte.

Art. 21 Incarico diretto

- 1 Nella procedura per incarico diretto il committente aggiudica una commessa pubblica direttamente, senza bando. Il committente è autorizzato a richiedere offerte comparative e a svolgere negoziazioni.
- 2 Il committente può aggiudicare una commessa per incarico diretto a prescindere dal valore soglia se è soddisfatta una delle seguenti condizioni:

- a) nella procedura di pubblico concorso, in quella selettiva o nella procedura mediante invito non vengono presentate offerte o domande di partecipazione, nessuna offerta è conforme ai requisiti essenziali definiti nel bando o adempie le specifiche tecniche oppure nessun offerente soddisfa i criteri di idoneità;
 - b) sussistono indizi sufficienti per ritenere che tutte le offerte presentate nella procedura di pubblico concorso, in quella selettiva o nella procedura mediante invito risultino da accordi illeciti in materia di concorrenza;
 - c) a motivo delle peculiarità tecniche o artistiche della commessa o per motivi di protezione della proprietà intellettuale, un solo offerente è preso in considerazione e non esiste un'alternativa adeguata;
 - d) a motivo di eventi imprevedibili l'appalto pubblico diventa a tal punto urgente da rendere impossibile l'esecuzione di una procedura di pubblico concorso, selettiva o mediante invito, anche abbreviando i termini;
 - e) il cambiamento di offerente per sostituire, completare o ampliare prestazioni già fornite non è possibile per motivi economici o tecnici, comporterebbe notevoli difficoltà o determinerebbe costi supplementari sostanziali;
 - f) il committente acquista prodotti (prototipi) o prestazioni nuovi, realizzati o sviluppati su sua richiesta nel quadro di una commessa di ricerca, di sperimentazione, di studio o di sviluppo originale;
 - g) il committente acquista prestazioni su una borsa merci;
 - h) il committente può acquistare prestazioni, nell'ambito di una promozione conveniente e limitata nel tempo, a un prezzo notevolmente inferiore a quello usuale (segnatamente nelle vendite di liquidazione);
 - i) il committente aggiudica la commessa successiva al vincitore di un concorso di progettazione o di prestazione globale o al vincitore di una procedura di selezione legata a un mandato di studio di progettazione o di prestazione globale; a tal fine devono essere soddisfatte le seguenti condizioni:
 - 1. la procedura precedente è stata eseguita conformemente ai principi del presente Condordato;
 - 2. le proposte di soluzione sono state valutate da un gruppo di esperti indipendente;
 - 3. il committente si è riservato nel bando la facoltà di aggiudicare la commessa successiva in una procedura per incarico diretto.
- 3 Il committente redige per ogni commessa aggiudicata ai sensi del capoverso 2 una documentazione del seguente contenuto:
- a) nome del committente e dell'offerente scelto;
 - b) genere e valore della prestazione acquistata;

- c) spiegazione delle circostanze e delle condizioni che giustificano l'applicazione della procedura per incarico diretto.

Art. 22 Concorsi e mandati di studio paralleli

Il committente che organizza un concorso di progettazione o di prestazione globale o che assegna un mandato di studio parallelo definisce la procedura applicabile nel singolo caso, nel rispetto dei principi del presente Concordato. Può rinviare alle pertinenti disposizioni delle associazioni di categoria.

Art. 23 Aste elettroniche

- 1 Per l'acquisto di prestazioni standardizzate in una procedura secondo il presente Concordato il committente può svolgere un'asta elettronica. Nell'ambito di un'asta elettronica, dopo una prima valutazione completa le offerte sono rielaborate e, mediante mezzi elettronici ed eventualmente attraverso più turni ripetuti, riclassificate. L'intenzione di ricorrere a un'asta elettronica deve essere menzionata nel bando.
- 2 L'asta elettronica concerne:
 - a) i prezzi, in caso di aggiudicazione al prezzo complessivo più basso; o
 - b) i prezzi e i valori di elementi quantificabili, come il peso, la purezza o la qualità, in caso di aggiudicazione all'offerta più vantaggiosa.
- 3 Il committente verifica se gli offerenti soddisfano i criteri di idoneità e se le offerte adempiono le specifiche tecniche. Effettua una prima valutazione delle offerte sulla base dei criteri di aggiudicazione e della relativa ponderazione. Prima dell'inizio dell'asta il committente mette a disposizione di ogni offerente:
 - a) il metodo di valutazione automatica, compresa la formula matematica fondata sui criteri di aggiudicazione menzionati;
 - b) il risultato della prima valutazione della sua offerta; e
 - c) tutte le altre informazioni rilevanti per lo svolgimento dell'asta.
- 4 Tutti gli offerenti ammessi a partecipare sono invitati simultaneamente e per via elettronica a presentare offerte nuove oppure adattate. Il committente può limitare il numero degli offerenti ammessi, sempre che lo abbia indicato nel bando o nella relativa documentazione.
- 5 L'asta elettronica può comprendere più turni successivi. In ogni turno il committente informa tutti gli offerenti in merito alla loro posizione nella classifica.

Art. 24 Dialogo

- 1 Nel caso di commesse complesse, di prestazioni di servizio intellettuali e di acquisto di prestazioni innovative il committente può avviare un dialogo, nel quadro della procedura di pubblico concorso o selettiva, nell'intento di concretizzare l'oggetto della prestazione nonché di individuare e stabilire soluzioni o metodologie. L'intenzione di condurre un dialogo deve essere menzionata nel bando.
- 2 Il dialogo non può essere condotto allo scopo di negoziare i prezzi singoli e i prezzi complessivi.
- 3 Il committente formula e precisa nel bando o nella relativa documentazione le sue necessità e i requisiti. Comunica inoltre:
 - a) lo svolgimento del dialogo;
 - b) i contenuti possibili del dialogo;
 - c) se e come sono indennizzate la partecipazione al dialogo, nonché l'utilizzazione dei diritti della proprietà intellettuale, delle conoscenze e delle esperienze dell'offerente;
 - d) i termini e le modalità per la presentazione dell'offerta definitiva.
- 4 Il committente può ridurre il numero degli offerenti partecipanti al dialogo in funzione di criteri oggettivi e trasparenti.
- 5 Documenta lo svolgimento e il contenuto del dialogo in maniera adeguata e ricostruibile.

Art. 25 Contratti quadro

- 1 Il committente può mettere a concorso accordi con uno o più offerenti volti a stabilire le condizioni per la fornitura delle prestazioni da acquistare durante un determinato periodo, in particolare per quanto riguarda il prezzo e se del caso le quantità previste. Sulla base di tale contratto quadro e durante il suo periodo di validità il committente può concludere singoli contratti.
- 2 I contratti quadro non possono essere conclusi nell'intento o con l'effetto di impedire o di eliminare la concorrenza.
- 3 La durata di un contratto quadro è di cinque anni al massimo. La proroga automatica non è possibile. In casi motivati può essere prevista una durata superiore.
- 4 Se il contratto quadro è concluso con un solo offerente, i singoli contratti basati sul contratto quadro sono conclusi conformemente alle condizioni di quest'ul-

timo. Ai fini della conclusione dei singoli contratti, il committente può invitare per scritto la parte contraente a completare la sua offerta.

- 5 Se per motivi sufficienti sono conclusi contratti quadro con più offerenti, i singoli contratti possono essere conclusi, a scelta del committente, sia alle condizioni definite nel pertinente contratto quadro, senza una nuova richiesta di presentare un'offerta, sia secondo la procedura seguente:
 - a) prima di concludere ogni singolo contratto il committente consulta per scritto le parti contraenti e comunica loro il fabbisogno concreto;
 - b) il committente impartisce alle parti contraenti un termine adeguato per la consegna delle offerte relative a ogni singolo contratto;
 - c) le offerte devono essere presentate per scritto e sono vincolanti per la durata menzionata nella richiesta di offerta;
 - d) il committente conclude il singolo contratto con la parte contraente che presenta la migliore offerta in base ai criteri definiti nella documentazione del bando o nel contratto quadro.

Capitolo 5: Condizioni di aggiudicazione

Art. 26 Condizioni di partecipazione

- 1 Nel quadro della procedura di aggiudicazione e nella fornitura delle prestazioni aggiudicate il committente si assicura che gli offerenti e i loro subappaltatori adempiano le condizioni di partecipazione, in particolare i requisiti di cui all'articolo 12, abbiano pagato le imposte e i contributi alle assicurazioni sociali esigibili e rinuncino ad accordi illeciti in materia di concorrenza.
- 2 Il committente può esigere che l'offerente dimostri l'adempimento delle condizioni di partecipazione, segnatamente mediante un'autodichiarazione o la sua iscrizione in un elenco.
- 3 Il committente indica nel bando o nella relativa documentazione le prove da presentare e il momento in cui produrle.

Art. 27 Criteri di idoneità

- 1 Il committente stabilisce in maniera esaustiva nel bando o nella relativa documentazione i criteri di idoneità che l'offerente deve adempiere. I criteri devono

essere oggettivamente necessari e verificabili in considerazione del progetto di appalto pubblico.

- 2 I criteri di idoneità possono in particolare riguardare l'idoneità professionale, finanziaria, economica, tecnica e organizzativa dell'offerente, come pure la sua esperienza.
- 3 Il committente indica nel bando o nella relativa documentazione le prove da presentare e il momento in cui produrle.
- 4 Non può stabilire come condizione il fatto che l'offerente abbia già ottenuto una o più commesse pubbliche da un committente sottoposto al presente Concordato.

Art. 28 Elenchi

- 1 Il committente o l'autorità competente per legge può tenere un elenco degli offerenti che grazie alla loro idoneità adempiono i requisiti per assumere commesse pubbliche.
- 2 Le seguenti indicazioni devono essere pubblicate sulla piattaforma Internet della Confederazione e dei Cantoni:
 - a) riferimento dell'elenco;
 - b) informazioni sui criteri da adempiere;
 - c) metodi di verifica e condizioni di iscrizione;
 - d) durata di validità e procedura di rinnovo dell'iscrizione.
- 3 Una procedura trasparente deve garantire che in ogni momento sia possibile presentare la richiesta di iscrizione, procedere alla verifica o alla nuova verifica dell'idoneità, nonché iscrivere un richiedente nell'elenco o radiarlo dallo stesso.
- 4 A una gara d'appalto sono ammessi anche offerenti che non figurano in un elenco, sempre che forniscano la prova della loro idoneità.
- 5 Se l'elenco è abolito, gli offerenti che vi figurano ne sono informati.

Art. 29 Criteri di aggiudicazione

- 1 Il committente valuta le offerte in base a criteri di aggiudicazione riferiti alle prestazioni. Oltre al prezzo e alla qualità della prestazione, può in particolare prendere in considerazione criteri come l'adeguatezza, i termini, il valore tecnico, l'economicità, i costi del ciclo di vita, l'estetica, la sostenibilità, la plausibilità dell'offerta, la creatività, il servizio di assistenza, le condizioni di fornitura,

l'infrastruttura, il contenuto innovativo, la funzionalità, il servizio alla clientela, la competenza tecnica o l'efficienza della metodica.

- 2 Per le commesse pubbliche che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali, il committente può tenere conto a titolo complementare in quale misura l'offerente propone posti di formazione per gli apprendisti nella formazione professionale di base, posti di lavoro per i lavoratori più anziani o il reinserimento professionale di disoccupati di lunga durata.
- 3 Il committente indica nel bando o nella relativa documentazione i criteri di aggiudicazione e la loro ponderazione. Si può rinunciare a rendere nota la ponderazione, se oggetto dell'appalto pubblico sono soluzioni, proposte di soluzione o metodologie.
- 4 Le prestazioni standardizzate possono essere aggiudicate esclusivamente secondo il criterio del prezzo complessivo più basso.

Art. 30 Specifiche tecniche

- 1 Il committente indica nel bando o nella relativa documentazione le specifiche tecniche necessarie. Queste stabiliscono le caratteristiche dell'oggetto dell'appalto pubblico, quali la funzione, la prestazione, la qualità, la sicurezza e le dimensioni o il processo di produzione e ne disciplinano i requisiti di marcatura e di imballaggio.
- 2 Per la definizione delle specifiche tecniche il committente si fonda, per quanto possibile e adeguato, sulle norme internazionali o, in assenza di queste ultime, sulle prescrizioni tecniche in uso in Svizzera, su norme nazionali riconosciute o sulle raccomandazioni del settore.
- 3 Determinate ditte o determinati marchi, brevetti, diritti d'autore, design o tipi, come pure i riferimenti a determinate provenienze o a determinati produttori non sono ammessi come specifiche tecniche a meno che non esista alcun altro modo sufficientemente preciso o comprensibile di descrivere la prestazione e che in questo caso il committente inserisca nella documentazione del bando la locuzione «o equivalente». L'equivalenza deve essere comprovata dall'offerente.
- 4 Il committente può prevedere specifiche tecniche per la conservazione delle risorse naturali o la protezione dell'ambiente.

Art. 31 Consorzi e subappaltatori

- 1 La partecipazione di consorzi e subappaltatori è ammessa soltanto se il committente non esclude o non limita tale possibilità nel bando o nella documentazione del bando.
- 2 Le candidature multiple di subappaltatori o di offerenti nel quadro di consorzi sono possibili soltanto se espressamente ammesse nel bando o nella relativa documentazione.
- 3 La prestazione caratteristica deve essere fornita in linea di massima dall'offerente.

Art. 32 Lotti e prestazioni parziali

- 1 L'offerente deve presentare un'offerta globale per l'oggetto dell'appalto pubblico.
- 2 Il committente può suddividere l'oggetto dell'appalto pubblico in lotti e aggiudicarli a uno o più offerenti.
- 3 Se il committente ha proceduto alla suddivisione in lotti, gli offerenti possono presentare un'offerta per più lotti, a meno che il committente non abbia disposto diversamente nel bando. Può stabilire che il singolo offerente ottenga soltanto un numero limitato di lotti.
- 4 Se si riserva la facoltà di esigere che gli offerenti collaborino con terzi, il committente lo deve annunciare nel bando.
- 5 Il committente può riservarsi nel bando la facoltà di aggiudicare prestazioni parziali.

Art. 33 Varianti

- 1 Gli offerenti sono liberi di proporre, in aggiunta all'offerta, varianti della prestazione descritta nel bando. Il committente può limitare o escludere questa possibilità nel bando.
- 2 Si considera variante un'offerta mediante la quale lo scopo dell'appalto pubblico può essere raggiunto con modalità diverse da quelle previste dal committente.

Art. 34 Requisiti formali

- 1 Le offerte e le domande di partecipazione devono essere presentate per scritto, in maniera completa e tempestiva conformemente alle indicazioni del bando o della relativa documentazione.
- 2 Possono essere presentate in forma elettronica, se lo prevede il bando o la relativa documentazione e se i requisiti definiti dal committente sono soddisfatti.

Capitolo 6: Svolgimento della procedura di aggiudicazione**Art. 35** Contenuto del bando

Il bando pubblicato contiene almeno le seguenti informazioni:

- a) il nome e l'indirizzo del committente;
- b) il genere di commessa e il tipo di procedura, nonché la pertinente classificazione CPV¹ e la pertinente classificazione CPC² nel caso delle prestazioni di servizio;
- c) la descrizione delle prestazioni, compresi il genere e la quantità oppure, se la quantità non è nota, una stima corrispondente, nonché eventuali opzioni;
- d) il luogo della prestazione e la data di esecuzione;
- e) se del caso la suddivisione in lotti, la limitazione del numero di lotti e la possibilità di presentare offerte parziali;
- f) se del caso la limitazione o l'esclusione di consorzi e di subappaltatori;
- g) se del caso la limitazione o l'esclusione di varianti;
- h) nel caso di prestazioni richieste periodicamente, se possibile, l'indicazione della data del bando successivo e, se del caso, l'indicazione di una riduzione del termine per la presentazione delle offerte;
- i) se del caso l'indicazione dello svolgimento di un'asta elettronica;
- j) se del caso l'intenzione di condurre un dialogo;
- k) il termine per la presentazione delle offerte o delle domande di partecipazione;
- l) i requisiti formali per la presentazione delle offerte o delle domande di partecipazione, l'indicazione secondo cui, se del caso, la prestazione e il prezzo sono proposti in due buste distinte;

¹ CPV = «Common Procurement Vocabulary» (vocabolario comune per gli appalti pubblici dell'Unione europea).

² CPC = «Central Product Classification» (classificazione centrale dei prodotti delle Nazioni Unite).

- m) la lingua o le lingue della procedura e dell'offerta;
- n) i criteri di idoneità e le prove richieste;
- o) nel caso di una procedura selettiva, eventualmente il numero massimo di offerenti invitati a presentare un'offerta;
- p) i criteri di aggiudicazione e la loro ponderazione, sempre che queste indicazioni non siano contenute nella documentazione del bando;
- q) se del caso la riserva della facoltà di aggiudicare prestazioni parziali;
- r) la durata di validità delle offerte;
- s) l'indirizzo al quale può essere ottenuta la documentazione del bando e, se del caso, un emolumento a copertura dei costi;
- t) se l'appalto pubblico rientra nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali;
- u) se del caso, gli offerenti preimpegnati e ammessi alla procedura;
- v) l'indicazione dei rimedi giuridici.

Art. 36 Contenuto della documentazione del bando

Sempre che non figurino già nel bando, la documentazione del bando fornisce le seguenti informazioni:

- a) il nome e l'indirizzo del committente;
- b) l'oggetto dell'appalto pubblico, compresi le specifiche tecniche e i certificati di conformità, i piani, i disegni e le istruzioni necessarie, come pure indicazioni sulla quantità richiesta;
- c) i requisiti formali e le condizioni di partecipazione per gli offerenti, compreso un elenco delle informazioni e dei documenti che gli offerenti devono presentare in relazione a tali condizioni di partecipazione, come pure l'eventuale ponderazione dei criteri di idoneità;
- d) i criteri di aggiudicazione e la loro ponderazione;
- e) se il committente svolge la procedura con mezzi elettronici, i requisiti eventuali relativi all'autenticazione e alla cifratura delle informazioni fornite per via elettronica;
- f) se il committente prevede di svolgere un'asta elettronica, le regole secondo le quali è svolta l'asta, compresa la designazione degli elementi dell'offerta che possono essere adeguati e valutati sulla base dei criteri di valutazione;
- g) se è prevista l'apertura pubblica delle offerte, la data, l'ora e il luogo dell'apertura;
- h) tutte le altre modalità e condizioni necessarie alla presentazione di un'offerta, in particolare l'indicazione della valuta (di norma franchi svizzeri) in cui deve essere presentata l'offerta;
- i) i termini di fornitura delle prestazioni.

Art. 37 Apertura delle offerte

- 1 Nella procedura di pubblico concorso e in quella selettiva nonché nella procedura mediante invito tutte le offerte presentate entro i termini sono aperte da almeno due rappresentanti del committente.
- 2 È stilato un verbale dell'apertura delle offerte. Nel verbale sono indicati almeno i nomi delle persone presenti, i nomi degli offerenti, la data di presentazione delle offerte, eventuali varianti delle offerte, nonché il prezzo complessivo di ogni offerta.
- 3 Se la prestazione e il prezzo devono essere proposti in due buste distinte, l'apertura delle offerte avviene conformemente ai capoversi 1 e 2, ma nel verbale relativo all'apertura delle seconde buste sono indicati soltanto i prezzi complessivi.
- 4 Al più tardi dopo l'aggiudicazione, gli offerenti che ne fanno richiesta possono consultare il verbale.

Art. 38 Verifica delle offerte

- 1 Il committente verifica se le offerte presentate soddisfano i requisiti formali. Gli errori di calcolo manifesti sono rettificati d'ufficio.
- 2 Il committente può chiedere agli offerenti di fornire spiegazioni sulle loro offerte. Annota per scritto la richiesta e le risposte.
- 3 Qualora un'offerta presenti un prezzo anormalmente basso rispetto a quello delle altre offerte, il committente deve richiedere all'offerente informazioni utili per accertare se sono adempite le condizioni di partecipazione e se sono state comprese le altre condizioni del bando.
- 4 Se la prestazione e il prezzo devono essere proposti in due buste distinte, il committente stila in un primo tempo una graduatoria delle migliori offerte sotto il profilo qualitativo. In un secondo tempo valuta i prezzi complessivi.

Art. 39 Rettifica delle offerte

- 1 Al fine di determinare l'offerta più vantaggiosa il committente può, in collaborazione con gli offerenti, rettificare le offerte per quanto concerne le prestazioni e le modalità della loro esecuzione.
- 2 La rettifica è effettuata unicamente se:

- a) è indispensabile per chiarire la commessa o le offerte o per rendere le offerte oggettivamente paragonabili sulla base dei criteri di aggiudicazione;
o
 - b) modifiche di prestazioni sono oggettivamente e materialmente necessarie, fermo restando che l'oggetto della prestazione, i criteri e le specifiche non possono essere adeguati in maniera tale da modificare la prestazione caratteristica o la cerchia degli offerenti potenziali.
- 3 Una richiesta di adeguamento del prezzo è ammessa soltanto in relazione a una rettifica effettuata secondo il capoverso 2.
- 4 Il committente riporta i risultati della rettifica in un verbale.

Art. 40 Valutazione dell'offerte

- 1 Se i criteri di idoneità sono soddisfatti e le specifiche tecniche adempite, le offerte sono verificate e valutate in maniera oggettiva, uniforme e tracciabile in funzione dei criteri di aggiudicazione. Il committente documenta la valutazione.
- 2 Se la verifica e la valutazione approfondite delle offerte richiedono un onere considerevole, il committente può, a condizione di averlo indicato nel bando, sottoporre tutte le offerte a una prima verifica fondata sui documenti presentati e classificarle. Su tale base il committente sceglie se possibile le tre offerte meglio classificate e le sottopone a una verifica e a una valutazione approfondite.

Art. 41 Aggiudicazione

L'offerta più vantaggiosa ottiene l'aggiudicazione.

Art. 42 Conclusione del contratto

- 1 Il contratto con l'offerente scelto può essere concluso dopo la scadenza del termine di ricorso contro l'aggiudicazione, salvo che il Tribunale amministrativo cantonale abbia concesso l'effetto sospensivo a un ricorso.
- 2 Se contro l'aggiudicazione è pendente una procedura di ricorso senza che sia stato richiesto o concesso l'effetto sospensivo, il committente informa senza indugio il giudice della conclusione del contratto.

Art. 43 Interruzione

- 1 Il committente può interrompere la procedura di aggiudicazione, in particolare se:
 - a) rinuncia all'aggiudicazione della commessa pubblica per motivi sufficienti;
 - b) nessuna offerta adempie le specifiche tecniche o gli altri requisiti;
 - c) sono da prevedere offerte più vantaggiose a seguito della modifica delle condizioni quadro;
 - d) le offerte presentate non permettono un acquisto economicamente vantaggioso oppure superano notevolmente il limite di spesa;
 - e) esistono indizi sufficienti di un accordo illecito in materia di concorrenza tra gli offerenti;
 - f) si rende necessaria una modifica sostanziale delle prestazioni richieste.
- 2 In caso di interruzione giustificata gli offerenti non hanno diritto a un'indennità.

Art. 44 Esclusione dalla procedura e revoca dell'aggiudicazione

- 1 Il committente può escludere un offerente dalla procedura di aggiudicazione, radiarlo da un elenco o revocare l'aggiudicazione, se constata che l'offerente, un terzo coinvolto o i rispettivi organi realizzano una delle seguenti fattispecie:
 - a) non adempiono o non adempiono più le condizioni di partecipazione alla procedura o il loro comportamento pregiudica lo svolgimento conforme alla legge della procedura di aggiudicazione;
 - b) le offerte o le domande di partecipazione presentano vizi formali rilevanti o divergenze sostanziali rispetto ai requisiti vincolanti definiti nel bando;
 - c) sono oggetto di una condanna passata in giudicato per un delitto ai danni del committente o per un crimine;
 - d) sono oggetto di una procedura di fallimento o di pignoramento;
 - e) hanno violato le disposizioni sulla lotta contro la corruzione;
 - f) si oppongono ai controlli ordinati nei loro confronti;
 - g) non pagano le imposte o i contributi sociali dovuti;
 - h) non hanno eseguito in maniera corretta commesse pubbliche precedenti o hanno altrimenti dimostrato di non essere una parte contraente affidabile e degna di fiducia;
 - i) hanno partecipato ai lavori preliminari dell'appalto pubblico senza che lo svantaggio concorrenziale che ne deriva per gli altri offerenti possa essere compensato con mezzi adeguati;
 - j) sono stati esclusi secondo l'articolo 45 capoverso 1 da future commesse pubbliche con una decisione passata in giudicato.

- 2 In presenza di indizi sufficienti, il committente può inoltre adottare i provvedimenti di cui al capoverso 1 se l'offerente, un terzo coinvolto o i rispettivi organi realizzano in particolare una delle seguenti fattispecie:
- a) hanno fornito al committente dichiarazioni e informazioni false o ingannevoli;
 - b) hanno concluso accordi illeciti in materia di concorrenza;
 - c) presentano un'offerta a un prezzo anormalmente basso senza fornire, su richiesta, la prova di avere adempito le condizioni di partecipazione e senza garantire una fornitura conforme al contratto delle prestazioni a concorso;
 - d) hanno violato norme professionali riconosciute oppure hanno commesso azioni o sono incorsi in omissioni che ne pregiudicano l'onore o l'integrità professionale;
 - e) sono insolventi;
 - f) non osservano le disposizioni in materia di tutela dei lavoratori, le condizioni di lavoro, le disposizioni sulla parità salariale tra donna uomo, le disposizioni sulla confidenzialità, le disposizioni del diritto svizzero in materia ambientale o le convenzioni internazionali per la protezione dell'ambiente designate dal Consiglio federale;
 - g) hanno violato gli obblighi di annuncio e di autorizzazione secondo la LLN¹;
 - h) violano la legge federale del 19 dicembre 1986 contro la concorrenza sleale².

Art. 45 Sanzioni

- 1 Il committente o l'autorità competente per legge può escludere per un periodo massimo di cinque anni da future commesse pubbliche l'offerente o il subappaltatore che abbia realizzato personalmente o tramite i propri organi una o più fattispecie di cui all'articolo 44 capoverso 1 lettere c ed e e nonché capoverso 2 lettere b, f e g, se le infrazioni sono gravi, oppure infliggergli una multa fino al dieci per cento della somma rettificata dell'offerta. Nei casi meno gravi può essere pronunciato un ammonimento.
- 2 Queste sanzioni possono essere inflitte a prescindere da altre azioni legali nei confronti dell'offerente o del subappaltatore inadempienti o dei loro organi. Se il committente o l'autorità competente per legge sospetta accordi illeciti in materia di concorrenza secondo l'articolo 44 capoverso 2 lettera b lo comunica alla Commissione della concorrenza.

¹ RS 822.41

² RS 241

- 3 Il committente o l'autorità competente per legge comunica all'OiAp le decisioni di esclusione ai sensi del capoverso 1 passate in giudicato. L'OiAp tiene un elenco non pubblico degli offerenti e dei subappaltatori sanzionati, con l'indicazione del tipo di sanzione e della base sulla quale essa è stata pronunciata nonché della durata dell'esclusione da commesse pubbliche. Provvede affinché ogni committente possa ottenere le informazioni riguardanti un determinato offerente o subappaltatore. A tal fine può prevedere che la consultazione dei dati avvenga mediante una procedura di richiamo. La Confederazione e i Cantoni mettono a reciproca disposizione tutte le informazioni raccolte secondo il presente articolo. Decorso il termine della sanzione, l'iscrizione è cancellata dall'elenco.
- 4 In caso di violazione del presente Concordato da parte di un committente, l'autorità competente per legge emana le opportune direttive e provvede alla loro osservanza.
- 5 Se per una commessa pubblica sono assegnati contributi finanziari, tali contributi possono essere revocati o può esserne richiesto integralmente o parzialmente il rimborso se il committente viola le disposizioni del diritto in materia di appalti pubblici.

Capitolo 7: Temi e pubblicazioni, statistica

Art. 46 Termini

- 1 Il committente fissa i termini per la presentazione delle offerte o delle domande di partecipazione tenendo conto della complessità della commessa, del numero prevedibile di subappalti e delle modalità di trasmissione delle offerte o delle domande di partecipazione.
- 2 Per le commesse pubbliche che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali valgono i seguenti termini minimi:
 - a) nella procedura di pubblico concorso: 40 giorni dalla pubblicazione del bando per la presentazione delle offerte;
 - b) nella procedura selettiva: 25 giorni dalla pubblicazione del bando per la presentazione delle domande di partecipazione e 40 giorni dall'invito a presentare le offerte per la presentazione delle offerte.

- 3 L'eventuale proroga di questi termini deve essere comunicata tempestivamente a tutti gli offerenti o pubblicata.
- 4 Per le commesse pubbliche che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali il termine per la presentazione delle offerte è di norma di almeno 20 giorni. Per le prestazioni ampiamente standardizzate il termine può essere ridotto a non meno di cinque giorni.

Art. 47 Riduzione dei termini per le commesse pubbliche che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali

- 1 In caso di urgenza comprovata il committente può ridurre a non meno di 10 giorni i termini minimi di cui all'articolo 46 capoverso 2.
- 2 Al verificarsi delle seguenti condizioni il committente può ridurre di 5 giorni, per ognuna di esse, il termine minimo di 40 giorni per la presentazione delle offerte di cui all'articolo 46 capoverso 2:
 - a) il bando è pubblicato in forma elettronica;
 - b) la documentazione del bando è pubblicata simultaneamente in forma elettronica;
 - c) le offerte pervengono per via elettronica.
- 3 Il committente può ridurre a non meno di 10 giorni il termine minimo di 40 giorni di cui all'articolo 46 capoverso 2 per la presentazione delle offerte, se ha pubblicato, almeno 40 giorni ma al massimo 12 mesi prima della pubblicazione del bando, un preavviso con il seguente contenuto:
 - a) l'oggetto dell'appalto pubblico previsto;
 - b) il termine approssimativo per la presentazione delle offerte o delle domande di partecipazione;
 - c) una dichiarazione secondo la quale gli offerenti devono comunicare al committente il proprio interesse all'appalto pubblico;
 - d) l'indirizzo al quale può essere ottenuta la documentazione del bando;
 - e) tutte le altre informazioni di cui all'articolo 35 disponibili in quel momento.
- 4 Il committente può ridurre a non meno di 10 giorni il termine minimo di 40 giorni di cui all'articolo 46 capoverso 2 per la presentazione delle offerte, se acquista prestazioni richieste periodicamente e ha annunciato la riduzione del termine in un bando precedente.
- 5 Inoltre, in occasione dell'acquisto di beni o di prestazioni di servizio commerciali oppure di una combinazione di entrambi, il committente può in ogni caso

ridurre a non meno di 13 giorni il termine per la presentazione delle offerte, sempre che pubblichi simultaneamente e in forma elettronica il bando e la relativa documentazione. Se riceve per via elettronica offerte di beni o di prestazioni di servizio commerciali, il committente può inoltre ridurre il termine a non meno di 10 giorni.

Art. 48 Pubblicazioni

- 1 Nella procedura di pubblico concorso e in quella selettiva il committente pubblica il preavviso, il bando, l'aggiudicazione e l'interruzione della procedura su una piattaforma Internet per le commesse pubbliche gestita congiuntamente dalla Confederazione e dai Cantoni. Il committente pubblica inoltre le aggiudicazioni per incarico diretto di commesse che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali.
- 2 La documentazione del bando è di norma messa a disposizione simultaneamente e in forma elettronica. L'accesso a queste pubblicazioni è gratuito.
- 3 L'organizzazione incaricata dalla Confederazione e dai Cantoni dello sviluppo e della gestione della piattaforma Internet può riscuotere emolumenti o tasse dal committente, dagli offerenti e da altri utenti della piattaforma o delle prestazioni di servizio a essa connesse. Gli emolumenti e le tasse sono calcolati in funzione del numero delle pubblicazioni o dell'entità delle prestazioni utilizzate.
- 4 Per ogni commessa pubblica che rientra nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali e che non è messa a concorso in una delle lingue ufficiali dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC), il committente pubblica simultaneamente una sintesi del bando in una delle lingue ufficiali dell'OMC. La sintesi contiene almeno le seguenti indicazioni:
 - a) l'oggetto dell'appalto pubblico;
 - b) il termine per la presentazione delle offerte o delle domande di partecipazione;
 - c) l'indirizzo al quale può essere ottenuta la documentazione del bando.
- 5 Per le commesse pubbliche che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali occorre tenere conto della realtà linguistica della regione, nella quale la commessa viene eseguita.
- 6 Le aggiudicazioni di commesse che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali sono di norma pubblicate entro un termine di 30 giorni. La comunicazione contiene le seguenti indicazioni:

- a) il tipo di procedura applicata;
- b) l'oggetto e l'entità della commessa;
- c) il nome e l'indirizzo del committente;
- d) la data dell'aggiudicazione;
- e) il nome e l'indirizzo dell'offerente scelto;
- f) il prezzo complessivo dell'offerta scelta, compresa l'imposta sul valore aggiunto.

7 I Cantoni possono prevedere ulteriori organi di pubblicazione.

Art. 49 Conservazione dei documenti

- 1 I committenti conservano i documenti determinanti relativi a una procedura di aggiudicazione per almeno tre anni a contare dal passaggio in giudicato dell'aggiudicazione.
- 2 Rientrano nei documenti da conservare:
 - a) il bando;
 - b) la documentazione del bando;
 - c) il verbale dell'apertura delle offerte;
 - d) la corrispondenza relativa alla procedura di aggiudicazione;
 - e) i verbali delle rettifiche;
 - f) le decisioni prese nel quadro della procedura di aggiudicazione;
 - g) l'offerta scelta;
 - h) i dati che consentono di ricostruire lo svolgimento elettronico di una procedura d'appalto pubblico;
 - i) la documentazione sulle commesse pubbliche aggiudicate per incarico diretto che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali.
- 3 Tutti i documenti devono essere trattati in modo confidenziale per la durata della loro conservazione, sempre che il presente Concordato non ne preveda la divulgazione. È fatto salvo l'obbligo di informare, purché esista una base legale al riguardo.

Art. 50 Statistica

- 1 Entro 12 mesi dalla fine di ogni anno civile i Cantoni elaborano, all'attenzione della Segreteria di Stato dell'economia (SECO), una statistica elettronica degli appalti pubblici dell'anno precedente che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali.
- 2 Le statistiche contengono almeno le seguenti indicazioni:

- a) il numero e il valore complessivo delle commesse pubbliche aggiudicate per ogni committente, suddivise per commesse edili, di forniture e di prestazioni di servizio, con l'indicazione della classificazione CPC o CPV;
 - b) il numero e il valore complessivo delle commesse pubbliche aggiudicate per incarico diretto;
 - c) se non possono essere presentati dati, le stime sulle indicazioni di cui alle lettere a e b, con spiegazioni sul metodo di stima utilizzato.
- 3 Il valore complessivo indicato di volta in volta deve comprendere l'imposta sul valore aggiunto.
 - 4 La statistica globale della SECO è accessibile al pubblico, fatte salve la protezione dei dati e la tutela del segreto d'affari.

Capitolo 8: Protezione giuridica

Art. 51 Notificazione di decisioni

- 1 Il committente notifica le decisioni agli offerenti mediante pubblicazione o recapito. Gli offerenti non hanno il diritto di essere sentiti prima della notificazione della decisione.
- 2 Le decisioni impugnabili devono essere motivate sommariamente e indicare i rimedi giuridici.
- 3 La motivazione sommaria di un'aggiudicazione comprende:
 - a) il tipo di procedura e il nome dell'offerente scelto;
 - b) il prezzo complessivo dell'offerta scelta;
 - c) le caratteristiche e i vantaggi fondamentali dell'offerta scelta;
 - d) se del caso, un'esposizione dei motivi che giustificano la scelta di un'aggiudicazione per incarico diretto.
- 4 Il committente non può divulgare informazioni qualora tale comunicazione:
 - a) sia contraria al diritto in vigore o lesiva di un interesse pubblico;
 - b) pregiudichi gli interessi economici legittimi degli offerenti; o
 - c) comprometta la concorrenza leale tra gli offerenti.

Art. 52 Ricorso

- 1 Contro le decisioni dei committenti è dato il ricorso al Tribunale amministrativo cantonale come unica istanza cantonale almeno a partire da un valore della commessa determinante per la procedura mediante invito.
- 2 Dei ricorsi contro gli appalti pubblici delle autorità giudiziarie cantonali superiori è competente direttamente il Tribunale federale.
- 3 Per le commesse pubbliche che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali gli offerenti esteri possono presentare ricorso soltanto se lo Stato in cui hanno sede accorda la reciprocità.

Art. 53 Oggetto del ricorso

- 1 Sono impugnabili mediante ricorso esclusivamente le decisioni concernenti:
 - a) il bando relativo alla commessa;
 - b) la scelta degli offerenti nella procedura selettiva;
 - c) l'iscrizione di un offerente in un elenco o la sua cancellazione;
 - d) le domande di ricsuazione;
 - e) l'aggiudicazione;
 - f) la revoca dell'aggiudicazione;
 - g) l'interruzione della procedura;
 - h) l'esclusione dalla procedura;
 - i) l'infrazione di una sanzione.
- 2 Le prescrizioni contenute nella documentazione del bando la cui rilevanza è evidente devono essere impugnate unitamente al bando.
- 3 Le disposizioni del presente Concordato sul diritto di essere sentiti nella procedura decisionale, sull'effetto sospensivo e sulla limitazione dei motivi di ricorso non si applicano ai ricorsi contro l'infrazione di sanzioni.
- 4 Le decisioni di cui al capoverso 1 lettere c e i possono essere impugnate mediante ricorso indipendentemente dal valore della commessa.
- 5 Per il resto, le decisioni pronunciate sulla base del presente Concordato non sono impugnabili.
- 6 È escluso il ricorso contro la conclusione di singoli contratti secondo l'articolo 25 capoversi 4 e 5.

Art. 54 Effetto sospensivo

- 1 Il ricorso non ha effetto sospensivo.
- 2 Il Tribunale amministrativo cantonale può concedere su richiesta l'effetto sospensivo, se il ricorso appare sufficientemente fondato e se non vi si oppongono interessi pubblici preponderanti. In merito all'effetto sospensivo, si procede di norma a un unico scambio di scritti.
- 3 La richiesta di effetto sospensivo abusiva o contraria al principio della buona fede non è tutelata. Le pretese di risarcimento dei danni del committente e dell'offerente scelto sono giudicate dai tribunali civili.

Art. 55 Diritto applicabile

Sempre che il presente Concordato non disponga altrimenti, la procedura decisionale e la procedura di ricorso sono rette dalle disposizioni delle leggi cantonali sulla giurisdizione amministrativa.

Art. 56 Temine, motivi di ricorso e legittimazione

- 1 I ricorsi devono essere presentati per scritto e motivati entro 20 giorni dalla notificazione della decisione.
- 2 Non si applicano le ferie giudiziarie.
- 3 Mediante il ricorso è possibile impugnare:
 - a) le violazioni del diritto, compreso l'eccesso o l'abuso del potere di apprezzamento; e
 - b) l'accertamento inesatto o incompleto di fatti giuridicamente rilevanti.
- 4 L'adeguatezza di una decisione non può essere esaminata nel quadro di una procedura di ricorso.
- 5 Nella procedura per incarico diretto può interporre ricorso soltanto chi prova di poter e di voler fornire le prestazioni richieste o le prestazioni intercambiabili. Si può unicamente censurare che la procedura per incarico diretto è stata applicata a torto o che l'aggiudicazione è avvenuta mediante corruzione.

Art. 57 Esame degli atti

- 1 Nella procedura decisionale non sussiste il diritto di esaminare gli atti.

- 2 Nella procedura di ricorso il ricorrente può, su richiesta, esaminare la valutazione della sua offerta e altri atti procedurali rilevanti ai fini della decisione, sempre che non vi si oppongano interessi pubblici o privati preponderanti.

Art. 58 Decisione sul ricorso

- 1 L'autorità di ricorso può decidere essa stessa nel merito o rinviare la pratica all'autorità inferiore o al committente. In caso di rinvio emana istruzioni vincolanti.
- 2 Se il ricorso si rivela fondato e se il contratto con l'offerente scelto è già concluso, l'autorità di ricorso accerta in quale misura la decisione impugnata viola il diritto applicabile.
- 3 Contemporaneamente all'accertamento della violazione del diritto l'autorità di ricorso decide in merito a un'eventuale richiesta di risarcimento dei danni.
- 4 Il risarcimento dei danni è limitato alle spese necessarie sostenute dall'offerente in relazione alla preparazione e alla presentazione della propria offerta.

Art. 59 Revisione

Se l'autorità di ricorso deve decidere in merito a una domanda di revisione, l'articolo 58 capoverso 2 si applica per analogia.

Capitolo 9: Autorità

Art. 60 Commissione degli appalti pubblici Confederazione-Cantoni

- 1 La sorveglianza dell'osservanza degli impegni internazionali della Svizzera in materia di appalti pubblici incombe alla Commissione degli appalti pubblici Confederazione-Cantoni (CAPCC). Questa è composta pariteticamente da rappresentanti della Confederazione e dei Cantoni. Il segretariato è gestito dalla SECO.
- 2 La CAPCC svolge segnatamente i seguenti compiti:
 - a) definire all'attenzione del Consiglio federale la posizione della Svizzera negli organismi internazionali e fungere da consulente delle delegazioni svizzere in occasione di negoziati;

- b) promuovere lo scambio di informazioni e di esperienze tra la Confederazione e i Cantoni e formulare raccomandazioni per la trasposizione nel diritto svizzero degli impegni internazionali;
 - c) curare i contatti con le autorità di sorveglianza estere;
 - d) fornire consulenze e agire da mediatore nei casi particolari di litigio in relazione agli affari di cui alle lettere a–c.
- 3 Se sussistono indizi di una violazione degli impegni internazionali della Svizzera in materia di appalti pubblici, la CAPCC può intervenire presso le autorità della Confederazione o dei Cantoni e chiedere loro di chiarire i fatti e di adottare i provvedimenti necessari nel caso in cui siano accertate irregolarità.
- 4 La CAPCC può procedere a perizie o affidare tale compito a periti.
- 5 Emanare un regolamento interno. Questo sottostà all'approvazione del Consiglio federale e dell'OiAp.

Art. 61 Organo intercantonale

- 1 L'Organo intercantonale per gli appalti pubblici (OiAp) è costituito dai membri della Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e della protezione dell'ambiente dei Cantoni concordatari.
- 2 L'OiAp svolge segnatamente i seguenti compiti:
- a) la promulgazione del Concordato intercantonale sugli appalti pubblici (CIAP);
 - b) le modifiche del presente Concordato, con riserva del consenso dei Cantoni concordatari;
 - c) l'adeguamento dei valori soglia;
 - d) la proposta al Consiglio federale di esenzione dall'assoggettamento al presente Concordato e la ricezione delle domande in merito da parte dei committenti conformemente all'articolo 7 capoverso 2 (clausola di esenzione);
 - e) il controllo sull'esecuzione del presente Concordato da parte dei Cantoni e designazione di un ufficio di controllo;
 - f) la tenuta dell'elenco degli offerenti e subappaltatori sanzionati conformemente all'articolo 45 capoverso 3;
 - g) la regolamentazione dell'organizzazione e della procedura per l'applicazione del presente Concordato;
 - h) lo svolgimento di attività quale punto di contatto nel settore dei trattati internazionali;

- i) la designazione dei delegati cantonali in organismi nazionali e internazionali nonché l'approvazione dei relativi regolamenti.
- 3 L'OiAp prende le sue decisioni a maggioranza di tre quarti dei presenti, purché sia rappresentata almeno la metà dei Cantoni. Ogni Cantone partecipante ha diritto a un voto, che viene espresso da un membro del Governo cantonale.
- 4 L'OiAp collabora con le Conferenze dei direttori cantonali, con le conferenze specialistiche dei Cantoni e con la Confederazione.

Art. 62 Controlli

- 1 I Cantoni sorvegliano l'osservanza del presente Concordato.
- 2 L'OiAp tratta le denunce dei Cantoni riguardanti l'osservanza del presente Concordato da parte di altri Cantoni.
- 3 I privati possono sporre denunce all'OiAp riguardanti l'osservanza del presente Concordato da parte dei Cantoni. La denuncia non conferisce qualità di parte né il diritto a una decisione.
- 4 L'OiAp emana un regolamento in proposito.

Capitolo 10: Disposizioni finali**Art. 63** Adesione, recesso, modifica e abrogazione

- 1 Ogni Cantone può aderire al presente Concordato consegnando all'OiAp la propria dichiarazione di adesione.
- 2 Il recesso può avvenire per la fine di un anno civile e deve essere comunicato con preavviso di sei mesi all'OiAp.
- 3 L'OiAp porta a conoscenza della Cancelleria federale l'adesione e il recesso nonché la modifica e l'abrogazione del presente Concordato.
- 4 Nel rispetto degli impegni internazionali della Svizzera, i Cantoni possono emanare disposizioni di esecuzione in particolare per gli articoli 10, 12 e 26.

Art. 64 Diritto transitorio

- 1 Le procedure di aggiudicazione avviate prima dell'entrata in vigore del presente Concordato sono portate a termine secondo il diritto anteriore.

- 2 In caso di recesso di un Cantone, il Concordato ha effetto sull'aggiudicazione delle commesse pubbliche che sono state messe a concorso prima della fine dell'anno civile in cui il recesso acquista efficacia.

Art. 65 Entrata in vigore

- 1 Il presente Concordato entra in vigore non appena due Cantoni vi aderiscono. L'entrata in vigore viene comunicata dall'OiAp alla Cancelleria federale.
- 2 Per i Cantoni, che non hanno aderito al presente Concordato, rimane applicabile il Concordato del 15 marzo 2001.

Allegati dei Cantoni

- Allegato 1: Valori soglia che rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali
- Allegato 2: Valori soglia che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali
- Allegato 3: Convenzioni fondamentali dell'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL)
- Allegato 4: Convenzioni fondamentali per la protezione dell'ambiente e delle risorse naturali

Allegato 1

Valori soglia secondo i trattati internazionali

- a. Government Procurement Agreement GPA (Accordo OMC relativo agli appalti pubblici)

Committente	Valore della commessa in CHF (Valore della commessa DSP)		
	<i>Prestazioni edili (valore globale)</i>	<i>Forniture</i>	<i>Prestazioni di servizio</i>
Cantoni	8'700'000 CHF (5'000'000 DSP)	350'000 CHF (200'000 DSP)	350'000 CHF (200'000 DSP)
Autorità e imprese pubbliche nei settori dell'approvvigionamento idrico ed energetico, dei trasporti e delle telecomunicazioni	8'700'000 CHF (5'000'000 DSP)	700'000 CHF (400'000 DSP)	700'000 CHF (400'000 DSP)

- b. Secondo l'Accordo bilaterale tra la Comunità europea e la Confederazione, i committenti seguenti sono pure sottomessi alle disposizioni dei trattati internazionali

Committente	Valore della commessa in CHF (valori soglia in EURO)		
	<i>Prestazioni edili (valore globale)</i>	<i>Forniture</i>	<i>Prestazioni di servizio</i>
Comuni / Distretti	8'700'000 CHF (6'000'000 EURO)	350'000 CHF (240'000 EURO)	350'000 CHF (240'000 EURO)
Imprese private con diritti esclusivi o speciali nei settori dell'approvvigionamento idrico ed energetico nonché dei trasporti	8'700'000 CHF (6'000'000 EURO)	700'000 CHF (480'000 EURO)	700'000 CHF (480'000 EURO)
Imprese pubbliche e private attive in virtù di un diritto speciale o esclusivo nel settore dei trasporti ferroviari nonché dell'approvvigionamento termico e di gas	8'000'000 CHF (5'000'000 EURO)	640'000 CHF (400'000 EURO)	640'000 CHF (400'000 EURO)
Imprese pubbliche e private attive in virtù di un diritto speciale o esclusivo nel settore delle telecomunicazioni *	8'000'000 CHF (5'000'000 EURO)	960'000 CHF (600'000 EURO)	960'000 CHF (600'000 EURO)

* Questo settore è esentato (cfr. Ordinanza DATEC sull'esenzione dall'assoggettamento al diritto sugli acquisti pubblici, specialmente l'allegato – RS 172.056.111)

Allegato 2

Valori soglia e procedure applicabili alle commesse non sottomesse ai trattati internazionali

Campo d'applicazione	Forniture (valore soglia in CHF)	Prestazioni di servizio (valore soglia in CHF)	Prestazioni edili (valore soglia in CHF)	
			<i>Ramo accessorio</i>	<i>Ramo principale</i>
<i>Incarico diretto</i>	inferiore a 150'000	inferiore a 150'000	inferiore a 150'000	inferiore a 300'000
<i>Procedura su invito</i>	inferiore a 250'000	inferiore a 250'000	inferiore a 250'000	inferiore a 500'000
<i>Pubblico concorso / Procedura selettiva</i>	a partire da 250'000	a partire da 250'000	a partire da 250'000	a partire da 500'000

Allegato 3

Convenzioni fondamentali dell'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL)¹

- Convenzione n. 29 del 28 giugno 1930 concernente il lavoro forzato o obbligatorio (RS **0.822.713.9**);
- Convenzione n. 87 del 9 luglio 1948 concernente la libertà sindacale e la protezione del diritto sindacale (RS **0.822.719.7**);
- Convenzione n. 98 del 1° luglio 1949 concernente l'applicazione dei principi del diritto sindacale e di negoziazione collettiva (RS **0.822.719.9**);
- Convenzione n.100 del 29 giugno 1951 sulla parità di remunerazione, per lavoro uguale, tra manodopera maschile e femminile (RS **0.822.720.0**);
- Convenzione n. 105 del 25 giugno 1957 concernente la soppressione del lavoro forzato (RS **0.822.720.5**);
- Convenzione n. 111 del 25 giugno 1958 concernente la discriminazione nell'impiego e nella professione (RS **0.822.721.1**);
- Convenzione n. 138 del 26 giugno 1973 concernente l'età minima di ammissione all'impiego (RS **0.822.723.8**);
- Convenzione n. 182 del 17 giugno 1999 concernente il divieto delle forme più manifeste di sfruttamento del fanciullo sul lavoro e l'azione immediata volta alla loro abolizione (RS **0.822.728.2**)

¹Come importanti norme internazionali sulla tutela dei lavoratori il committente può esigere l'osservanza, oltre che delle Convenzioni fondamentali di cui al presente allegato, anche dei principi sanciti da altre convenzioni dell'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL), purché la Svizzera le abbia ratificate.

Allegato 4

Convenzioni fondamentali per la protezione dell'ambiente e delle risorse naturali

- Convenzione di Vienna del 22 marzo 1985 per la protezione dello strato d'ozono (RS **0.814.02**) e Protocollo di Montreal, concluso il 16 settembre 1987 in attuazione della Convenzione di Vienna, sulle sostanze che impoveriscono lo strato d'ozono (RS **0.814.021**);
- Convenzione di Basilea del 22 marzo 1989 sul controllo dei movimenti oltre frontiera di rifiuti pericolosi e sulla loro eliminazione (RS **0.814.05**);
- Convenzione di Stoccolma del 22 maggio 2001 sugli inquinanti organici persistenti (RS **0.814.03**);
- Convenzione di Rotterdam del 10 settembre 1998 concernente la procedura di assenso preliminare con conoscenza di causa per taluni prodotti chimici e antiparassitari pericolosi nel commercio internazionale (RS **0.916.21**);
- Convenzione del 5 giugno 1992 sulla diversità biologica (RS **0.451.43**);
- Convenzione quadro del 9 maggio 1992 delle Nazioni Unite sui cambiamenti climatici (RS **0.814.01**);
- Convenzione sul commercio internazionale delle specie di fauna e di flora selvatiche minacciate di estinzione del 3 marzo 1973 (RS **0.453**);
- Convenzione sull'inquinamento atmosferico attraverso le frontiere a lunga distanza del 13 novembre 1979 e gli otto protocolli ratificati dalla Svizzera nel quadro di questa Convenzione (RS **0.814.32**).

Legge d'applicazione del Concordato intercantonale sugli appalti pubblici (LAdCIAP)

Del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	803.600
Modificato:	–
Abrogato:	803.300

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 5, l'art. 9 e l'art. 11 della legge federale sul mercato interno (LMI)¹⁾ del 6 ottobre 1995 e l'art. 63 del Concordato intercantonale sugli appalti pubblici (CIAP)²⁾ del 15 novembre 2019,

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

Art. 1 Oggetto

¹⁾ La presente legge disciplina l'introduzione del Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 novembre 2019 (CIAP) nel Cantone dei Grigioni.

Art. 2 Campo d'applicazione (art. 10 cpv. 1 CIAP)

¹⁾ L'eccezione dall'assoggettamento secondo l'articolo 10 CIAP non vale per commesse aggiudicate a organizzazioni attive nell'integrazione professionale.

¹⁾ RS [943.02](#)

²⁾ CSC [803.710](#)

Art. 3 Pubblicazioni (art. 48 cpv. 1 CIAP)

¹ I committenti pubblicano le aggiudicazioni per incarico diretto di commesse secondo l'articolo 21 capoverso 2 CIAP che non rientrano nell'ambito di applicazione dei trattati internazionali.

Art. 4 Protezione giuridica (art. 52 CIAP)

¹ Il ricorso contro decisioni dei committenti è ammesso a partire dalla procedura mediante invito.

Art. 5 Comunicazione di esclusioni (art. 45 cpv. 3 CIAP)

¹ In caso di esclusioni conformemente all'articolo 45 capoverso 1 CIAP il committente recapita al Cantone una copia della decisione esecutiva. Quest'ultimo ne fa comunicazione all'Organo intercantonale per gli appalti pubblici (OiAp).

Art. 6 Disposizioni di esecuzione (art. 63 cpv. 4 CIAP)

¹ Il Governo emana le disposizioni di esecuzione riguardo al CIAP e vi disciplina i dettagli inerenti la procedura, l'esecuzione e l'organizzazione.

² In particolare esso viene autorizzato a:

- a) designare gli organi responsabili per l'esecuzione, i controlli e la vigilanza (art. 12 cpv. 5, art. 28 cpv. 1, art. 45 cpv. 1-cpv. 5, art. 50 cpv. 1 e art. 62 cpv. 1 e cpv. 2 CIAP);
- b) definire le modalità relative alla procedura elettronica (consegna elettronica di offerte e notificazione di decisioni) (art. 34 cpv. 2 CIAP);
- c) prevedere aperture pubbliche delle offerte (art. 37 CIAP);
- d) prevedere ulteriori organi di pubblicazione (art. 48 cpv. 7 CIAP);
- e) prevedere statistiche e obblighi di annuncio aggiuntivi a carico dei committenti;
- f) delegare la competenza del committente di procedere alla notificazione di decisioni (art. 51 cpv. 1 CIAP);
- g) designare l'organo cantonale competente per l'esecuzione uniforme, la tenuta delle statistiche, la fornitura di informazioni nonché la formazione e il perfezionamento professionali nel settore degli appalti pubblici;
- h) istituire un servizio indipendente per la segnalazione di irregolarità nel settore degli appalti pubblici;
- i) prevedere misure che committenti adottano contro rischi come comportamenti scorretti di offerenti o del personale che si occupa dell'appalto.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

L'atto normativo "Legge sugli appalti pubblici (Lap)" CSC [803.300](#) (stato 1 gennaio 2014) è abrogato.

IV.

La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente legge.

Auszug Geltendes Recht

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001

vom 10. Februar 2004

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Kantonsverfassung¹⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. November 2003²⁾

beschliesst³⁾:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001⁴⁾ bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt:
 - a) den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen zu erklären;
 - b) spätere Anpassungen der Interkantonalen Vereinbarung, soweit sie weniger wichtig sind, zu ratifizieren;
 - c) mit anderen Kantonen und benachbarten Staaten Gegenrechtsvereinbarungen abzuschliessen.
3. Die Regierung kann den Beschluss über den Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 25. November 1994⁵⁾ aufheben, wenn sämtliche Kantone der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 beigetreten sind.
4. Der Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 wird mit der Veröffentlichung in der amtlichen Sammlung des Bundesrechts rechtskräftig.
5. Die Ziffern 1 bis 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum⁶⁾.

¹⁾ BR 110.100

²⁾ Seite 279

³⁾ GRP 2003/2004, 595

⁴⁾ BR 803.510; SR 172.056.5

⁵⁾ BR 803.400

⁶⁾ Die Referendumsfrist ist am 19. Mai 2004 unbenutzt abgelaufen. Mit RB vom 25. Mai 2004 Beitritt zur IVöB erklärt.

Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)

vom 25. November 1994 / 15. März 2001

Gemäss Beschluss des Interkantonalen Organs (InöB) und mit Zustimmung der Mitglieder der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK) vom 15. März 2001

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1¹⁾

¹ Diese Vereinbarung bezweckt die Öffnung des Marktes der öffentlichen Beschaffungen der Kantone, Gemeinden und anderer Träger kantonaler oder kommunaler Aufgaben. Sie bezieht dabei auch Dritte ein, soweit diese durch internationale Verträge verpflichtet werden. Zweck

² Sie will die Vergaberegeln durch gemeinsam bestimmte Grundsätze harmonisieren, sowie die Verpflichtungen insbesondere aus dem Government Procurement Agreement²⁾ (GPA) und dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens³⁾ ins kantonale Recht umsetzen.

³ Ihre Ziele sind insbesondere:

- a. Förderung des wirksamen Wettbewerbs unter den Anbieterinnen und Anbietern;
- b. Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Anbieterinnen und Anbieter sowie einer unparteiischen Vergabe;
- c. Sicherstellung der Transparenz der Vergabeverfahren;
- d. wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel.

Art. 2⁴⁾

Die beteiligten Kantone behalten sich das Recht vor:

- a. unter sich bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen zur Erweiterung des Anwendungsbereiches dieser Vereinbarung zu schliessen oder ihre Zusammenarbeit auf anderem Weg weiterzuentwickeln;

Vorbehalt anderer Vereinbarungen

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ SR 0.632.231.422

³⁾ SR 0.172.052.68

⁴⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

- b. Vereinbarungen mit den Grenzregionen und Nachbarstaaten zu schliessen.

Art. 3¹⁾

Durchführung

Die zuständigen Behörden jedes Kantons erlassen Ausführungsbestimmungen, die der Vereinbarung entsprechen müssen.

2. Abschnitt:²⁾

Art. 4³⁾

Interkantonales
Organ

¹⁾ Die Mitglieder der an der Vereinbarung beteiligten Kantone in der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz bilden das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB).

²⁾ Das Interkantonale Organ ist zuständig für:

- a. Änderung der Vereinbarung unter Vorbehalt der Zustimmung der beteiligten Kantone;
- b. Erlass von Vergaberichtlinien;
- c. Anpassung der in den Anhängen aufgeführten Schwellenwerte;
- c^{bis}. Entgegennahme und Weiterleitung eines Gesuches um Befreiung von Auftraggeberinnen und Auftraggebern von der Unterstellung unter diese Vereinbarung, sofern andere Unternehmen die Möglichkeit haben, diese Dienstleistungen in demselben geographischen Gebiet unter im Wesentlichen gleichen Bedingungen anzubieten (Ausklaukel);
- d. (...)
- e. Kontrolle über die Durchführung der Vereinbarung durch die Kantone und Bezeichnung einer Kontrollstelle;
- f. Regelung der Organisation und des Verfahrens für die Anwendung der Vereinbarung;
- g. Tätigkeiten als Kontaktstelle im Rahmen der internationalen Vereinbarungen;
- h. Bezeichnung der kantonalen Delegierten in nationalen und internationalen Gremien sowie Genehmigung der entsprechenden Geschäftsreglemente.

³⁾ Das Interkantonale Organ trifft seine Entscheide mit Dreiviertelmehrheit der Anwesenden, sofern mindestens die Hälfte der beteiligten Kantone vertreten ist. Jeder beteiligte Kanton hat eine Stimme, die von einem Mitglied der Kantonsregierung wahrgenommen wird.

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ Titel aufgehoben durch Beschluss des InöB vom 15. März 2001

³⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

⁴ Das Interkantonale Organ arbeitet mit den Konferenzen der Vorsteherinnen und Vorsteher der betroffenen kantonalen Direktionen und mit dem Bund zusammen.

Art. 5¹⁾

3. Abschnitt: Anwendungsbereich

Art. 5^{bis 2)}

¹ Es wird zwischen einem Staatsvertragsbereich und einem von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich unterschieden. Abgrenzung

² Im Staatsvertragsbereich werden die Verpflichtungen aus den internationalen Verträgen ins kantonale Recht umgesetzt.

³ Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich werden innerstaatliche Bestimmungen der Kantone harmonisiert.

Art. 6³⁾

¹ Im Staatsvertragsbereich findet diese Vereinbarung Anwendung auf die in den Staatsverträgen definierten Aufträge, insbesondere: Auftragsarten

- a. Bauaufträge über die Durchführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten;
- b. Lieferaufträge über die Beschaffung beweglicher Güter, namentlich durch Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf;
- c. Dienstleistungsaufträge.

² Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich findet diese Vereinbarung Anwendung auf alle Arten von öffentlichen Aufträgen.

Art. 7⁴⁾

¹ Die Schwellenwerte im Staatsvertragsbereich sind im Anhang 1 aufgeführt. Schwellenwerte

^{1bis} Die Schwellenwerte im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich sind im Anhang 2 aufgeführt.

^{1ter} Die Mehrwertsteuer wird bei der Schätzung des Auftragswertes nicht berücksichtigt.

² Werden für die Realisierung eines Bauwerkes mehrere Bauaufträge vergeben, ist im Staatsvertragsbereich der Gesamtwert der Hoch- und Tiefbauarbeiten massgebend. Bauaufträge im Staatsvertragsbereich, die je einzeln den Wert von zwei Millionen Franken nicht erreichen und zusam-

¹⁾ Aufgehoben durch Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

³⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

⁴⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

mengerechnet 20 Prozent des Wertes des gesamten Bauwerkes nicht überschritten, müssen mindestens nach den Bestimmungen des von Staatsverträgen nicht erfassten Bereiches vergeben werden (Bagatellklausel).

Art. 8¹⁾Auftraggeberin
und Auftraggeber

¹ Im Staatsvertragsbereich unterstehen dieser Vereinbarung:

- a. Kantone, Gemeinden sowie Einrichtungen des öffentlichen Rechts auf kantonaler oder kommunaler Ebene, mit Ausnahme ihrer kommerziellen oder industriellen Tätigkeiten;
- b. (...)
- c. Behörden sowie öffentliche und private Unternehmen, die mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten ausgestattet sind, jeweils in den Sektoren Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie Telekommunikation. Sie unterstehen dieser Vereinbarung nur für Aufträge, die sie zur Durchführung ihrer in der Schweiz ausgeübten Tätigkeit in diesen Bereichen vergeben;
- d. weitere Auftraggeberinnen und Auftraggeber gemäss den entsprechenden Staatsverträgen.

² Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich unterstehen dieser Vereinbarung überdies:

- a. andere Träger kantonaler oder kommunaler Aufgaben, mit Ausnahme derer kommerziellen oder industriellen Tätigkeiten;
- b. Objekte und Leistungen, die zu mehr als 50% der Gesamtkosten mit öffentlichen Geldern subventioniert werden.

³ Vergaben, an denen mehrere Auftraggeberinnen und Auftraggeber gemäss Absatz 1 und 2 beteiligt sind, unterstehen dem Recht am Sitz der Hauptauftraggeberin oder des Hauptauftraggebers. Vergaben durch eine gemeinsame Trägerschaft unterstehen dem Recht am Sitz der Trägerschaft. Hat diese keinen Sitz, gilt das Recht am Ort des Schwergewichts der Tätigkeit oder der Arbeitsausführung. Abweichende Vereinbarungen bleiben vorbehalten.

⁴ Vergaben einer Auftraggeberin oder eines Auftraggebers gemäss Absatz 1 und 2, deren Ausführung nicht im Rechtsgebiet ihres Sitzes erfolgt, unterstehen dem Recht am Ort des Sitzes der Auftraggeberin oder des Auftraggebers oder am Ort des Schwergewichts der Tätigkeit.

Art. 9²⁾Anbieterin und
Anbieter; Gegen-
recht

Diese Vereinbarung ist anwendbar auf Angebote von Anbieterinnen und Anbietern, die ihren Sitz oder Wohnsitz haben:

- a. in einem beteiligten Kanton;

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

- b. in einem Staat, der durch einen Staatsvertrag zum öffentlichen Beschaffungswesen verpflichtet ist;
- c. (...)

Art. 10¹⁾

¹ Die Vereinbarung findet keine Anwendung auf:

Ausnahmen

- a. Aufträge an Behinderteninstitutionen, Wohltätigkeitseinrichtungen und Strafanstalten;
- b. Aufträge, die im Rahmen von Agrar- und Ernährungshilfsprogrammen erteilt werden;
- c. Aufträge, die aufgrund eines Staatsvertrages über ein gemeinsam zu verwirklichendes und zu tragendes Objekt vergeben werden;
- d. Aufträge, die aufgrund eines besonderen Verfahrens einer internationalen Organisation vergeben werden;
- e. Aufträge für die Beschaffung von Waffen, Munition oder Kriegsmaterial und für die Erstellung von Bauten der Kampf- und Führungsinfrastruktur von Gesamtverteidigung und Armee.

² Die Auftraggeberin und der Auftraggeber brauchen einen Auftrag nicht nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung zu vergeben, wenn:

- a. dadurch die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit gefährdet sind;
- b. der Schutz von Gesundheit und Leben von Mensch, Tier und Pflanzen dies erfordert; oder
- c. dadurch bestehende Schutzrechte des geistigen Eigentums verletzt würden.

4. Abschnitt: Verfahren**Art. 11**

Bei der Vergabe von Aufträgen werden folgende Grundsätze eingehalten:

Allgemeine Grundsätze

- a. Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung der Anbieterinnen und Anbieter;
- b. wirksamer Wettbewerb;
- c. Verzicht auf Abgebotsrunden;
- d. Beachtung der Ausstandsregeln;
- e. Beachtung der Arbeitsschutzbestimmungen und der Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- f. Gleichbehandlung von Frau und Mann;
- g. Vertraulichkeit von Informationen.

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

Art. 12¹⁾

Verfahrensarten

¹ Es werden folgende Verfahrensarten unterschieden:

- a. das offene Verfahren, bei dem die Auftraggeberin oder der Auftraggeber den geplanten Auftrag öffentlich ausschreibt und alle Anbieterinnen und Anbieter ein Angebot einreichen können;
- b. das selektive Verfahren, bei dem die Auftraggeberin oder der Auftraggeber den geplanten Auftrag öffentlich ausschreibt.
Alle Anbieterinnen und Anbieter können einen Antrag auf Teilnahme einreichen. Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber bestimmt aufgrund von Eignungskriterien die Anbieterinnen und Anbieter, die ein Angebot einreichen dürfen. Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber kann in der Ausschreibung die Zahl der zur Angebotsabgabe eingeladenen Anbieterinnen und Anbieter beschränken, wenn sonst die Auftragsvergabe nicht effizient abgewickelt werden kann. Dabei muss ein wirksamer Wettbewerb gewährleistet sein;
- b^{bis}. das Einladungsverfahren, bei dem die Auftraggeberin oder der Auftraggeber bestimmt, welche Anbieterinnen oder Anbieter ohne Ausschreibung direkt zur Angebotsabgabe eingeladen werden. Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber muss wenn möglich mindestens drei Angebote einholen;
- c. das freihändige Verfahren, bei dem die Auftraggeberin oder der Auftraggeber einen Auftrag ohne Ausschreibung direkt vergibt.

² (...)

³ Wer einen Planungs- oder Gesamtleistungswettbewerb veranstaltet, regelt im Rahmen der Grundsätze dieser Vereinbarung das Verfahren im Einzelfall. Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber kann dabei ganz oder teilweise auf einschlägige Bestimmungen von Fachverbänden verweisen, soweit solche Bestimmungen nicht gegen die Grundsätze dieser Vereinbarung verstossen.

Art. 12^{bis}²⁾

Wahl der Verfahren

¹ Aufträge im Staatsvertragsbereich können wahlweise im offenen oder selektiven Verfahren vergeben werden. In besonderen Fällen gemäss den internationalen Verträgen können sie im freihändigen Verfahren vergeben werden.

² Aufträge im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich können gemäss den Schwellenwerten im Anhang 2 überdies im Einladungs- oder im freihändigen Verfahren vergeben werden.

³ Die Kantone können im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich für die Verfahren tiefere Schwellenwerte ansetzen. Daraus dürfen keine Gegenrechtsvorbehalte abgeleitet werden.

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

Art. 13¹⁾

Die Ausführungsbestimmungen gewährleisten:

- a. die notwendigen Veröffentlichungen sowie die Publikation der Schwellenwerte;
- b. die Bezugnahmen auf nicht diskriminierende technische Spezifikationen;
- c. die Bestimmung von ausreichenden Fristen für die Einreichung der Angebote;
- d. ein Verfahren zur Überprüfung der Eignung der Anbieterinnen und Anbieter nach objektiven und überprüfbaren Kriterien;
- e. die gegenseitige Anerkennung der Qualifikation der Anbieterinnen und Anbieter, die in ständigen Listen der beteiligten Kantone eingetragen sind;
- f. die geeigneten Zuschlagskriterien, die den Zuschlag an das wirtschaftlich günstigste Angebot gewährleisten;
- g. den Zuschlag durch Verfügung;
- h. die Mitteilung und kurze Begründung des Zuschlages;
- i. die Beschränkung von Abbruch und Wiederholung des Vergabeverfahrens auf wichtige Gründe;
- j. die Archivierung.

Kantonale Ausführungsbestimmungen

Art. 14

¹ Der Vertrag mit der Anbieterin oder dem Anbieter darf nach dem Zuschlag nach Ablauf der Beschwerdefrist abgeschlossen werden, es sei denn, die Beschwerdeinstanz habe der Beschwerde aufschiebende Wirkung erteilt.

Vertragsschluss

² Ist ein Beschwerdeverfahren ohne aufschiebende Wirkung gegen den Zuschlag hängig, so teilt die Auftraggeberin oder der Auftraggeber den Vertragsschluss umgehend der Beschwerdeinstanz mit.

5. Abschnitt: Rechtsschutz**Art. 15**²⁾

¹ Gegen Verfügungen der Auftraggeberin oder des Auftraggebers ist die Beschwerde an eine unabhängige kantonale Instanz zulässig. Diese entscheidet endgültig.

Beschwerderecht und Frist

^{1bis} Als durch Beschwerde selbständig anfechtbare Verfügungen gelten:

- a. die Ausschreibung des Auftrags;
- b. der Entscheid über Aufnahmen einer Anbieterin oder eines Anbieters in eine ständige Liste gemäss Art. 13 lit. e;

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

- c. der Entscheid über Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im selektiven Verfahren;
- d. der Ausschluss aus dem Verfahren;
- e. der Zuschlag, dessen Widerruf oder der Abbruch des Vergabeverfahrens.

² Beschwerden sind schriftlich und begründet innert zehn Tagen seit Eröffnung der Verfügungen einzureichen.

^{2bis} Es gelten keine Gerichtsferien.

³ Fehlen kantonale Ausführungsbestimmungen, ist das Bundesgericht für Beschwerden, welche die Anwendung dieser Vereinbarung betreffen, zuständig.

Art. 16

Beschwerdegründe

¹ Mit der Beschwerde können gerügt werden:

- a. Rechtsverletzungen, einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens;
- b. unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhaltes.

² Unangemessenheit kann nicht geltend gemacht werden.

³ Fehlen kantonale Ausführungsbestimmungen, können die Bestimmungen dieser Vereinbarung direkt geltend gemacht werden.

Art. 17

Aufschiebende Wirkung

¹ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

² Die Beschwerdeinstanz kann auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

³ Wird die aufschiebende Wirkung auf Gesuch der Beschwerdeführerin oder des Beschwerdeführers angeordnet und kann sie zu einem bedeutenden Nachteil führen, kann die Beschwerdeführerin oder der Beschwerdeführer innerhalb nützlicher Frist zur Leistung von Sicherheiten für die Verfahrenskosten und mögliche Parteientschädigungen verpflichtet werden. Wird die Sicherheit nicht fristgerecht geleistet, wird der Entscheid über die aufschiebende Wirkung hinfällig.

⁴ Die Beschwerdeführerin oder der Beschwerdeführer sind verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, der aus der aufschiebenden Wirkung entstanden ist, wenn sie absichtlich oder grobfahrlässig gehandelt haben.

Art. 18

Entscheid

¹ Ist der Vertrag noch nicht abgeschlossen, kann die Beschwerdeinstanz die Aufhebung der Verfügung beschliessen und in der Sache selbst ent-

scheiden oder sie an die Auftraggeberin oder den Auftraggeber mit oder ohne verbindliche Anordnungen zurückweisen.

² Ist der Vertrag bereits abgeschlossen und erweist sich die Beschwerde als begründet, stellt die Beschwerdeinstanz fest, dass die Verfügung rechtswidrig ist.

6. Abschnitt: Überwachung

Art. 19

¹ Die Kantone überwachen die Einhaltung der Vergabebestimmungen vor und nach dem Zuschlag durch die Auftraggeberinnen oder Auftraggeber und die Anbieterinnen und Anbieter. Kontrollen und Sanktionen

² Sie sehen Sanktionen für den Fall der Verletzung der Vergabebestimmungen vor.

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 20

¹ Jeder Kanton kann der Vereinbarung beitreten, indem er seine Beitrittserklärung dem Interkantonalen Organ übergibt, das sie dem Bund mitteilt. Beitritt und Austritt

² Der Austritt kann auf das Ende eines Kalenderjahres erfolgen. Er ist sechs Monate im Voraus dem Interkantonalen Organ anzuzeigen, das den Austritt dem Bund mitteilt.

Art. 21 ¹⁾

¹ Die Vereinbarung tritt, sobald ihr zwei Kantone beigetreten sind, durch Veröffentlichung in der amtlichen Sammlung der Bundesgesetze und für weitere Mitglieder mit der Veröffentlichung ihres Beitrittes im gleichen Organ in Kraft. Inkrafttreten

² Gleiches gilt für Ergänzungen und Änderungen der Vereinbarung.

³ Im Verhältnis zu den Kantonen, welche die vorliegend geänderten Bestimmungen vom 15. März 2001 nicht übernommen haben, gilt weiterhin die unveränderte Vereinbarung vom 25. November 1994 ²⁾.

Art. 22

¹ Die Vereinbarung gilt für die Vergabe von Aufträgen, die nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung ausgeschrieben oder vergeben wurden. Übergangsrecht

¹⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 15. März 2001

²⁾ SR 172.056.4

² Im Fall eines Austrittes gilt die Vereinbarung für die Vergabe von Aufträgen, die vor dem Ende des Kalenderjahres, auf das der Austritt wirksam wird, ausgeschrieben werden.

Dem Konkordat sind folgende Kantone beigetreten:

(Stand 24. Februar 2003)

Kanton	Beitritt	Inkrafttreten
Zürich	11. Dezember 2003	24. Februar 2004 ¹⁾
Bern	1. Januar 2003	28. Januar 2003
Obwalden	20. Januar 2004	24. Februar 2004 ²⁾
Freiburg	1. Januar 2002	28. Januar 2003
Basel-Stadt	1. Januar 2003	28. Januar 2003
Schaffhausen	15. April 2003	6. Mai 2003 ³⁾
Appenzell A. Rh	13. November 2003	2. Dezember 2003 ⁴⁾
St. Gallen	1. Januar 2003	28. Januar 2003
Wallis	10. Juli 2003	5. August 2003 ⁵⁾

Anhänge ⁶⁾

1. Schwellenwerte im Staatsvertragsbereich
2. Schwellenwerte und Verfahren im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich

¹⁾ AS 2004, 919

²⁾ AS 2004, 919

³⁾ AS 2003, 939

⁴⁾ AS 2003, 4119

⁵⁾ AS 2003, 2373

⁶⁾ Fassung gemäss Beschluss des InöB vom 31. Mai 2010.

Anhang 1

Schwellenwerte im Staatsvertragsbereich

- a. Government Procurement Agreement GPA ¹⁾ (WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen)

Auftraggeberin Auftraggeber	Auftragswert CHF (Auftragswert SZR)		
	Bauarbeiten (Gesamtwert)	Lieferungen	Dienstleistungen
Kantone	8 700 000 (5 000 000)	350 000 (200 000)	350 000 (200 000)
Behörden und öffentliche Unternehmen in den Sektoren Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation	8 700 000 (5 000 000)	700 000 (400 000)	700 000 (400 000)

- b. Gemäss Bilateralem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ²⁾ sind auch folgende Auftraggeberinnen und Auftraggeber dem Staatsvertragsbereich unterstellt:

Auftraggeberin Auftraggeber	Auftragswert CHF (Auftragswert EURO)		
	Bauarbeiten (Gesamtwert)	Lieferungen	Dienstleistungen
Gemeinden/Bezirke	8 700 000 (6 000 000)	350 000 (240 000)	350 000 (240 000)
Private Unternehmen mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten in den Sektoren Wasser, Energie und Verkehr (inkl. Drahtseilbahnen und Skiliftanlagen)	8 700 000 (6 000 000)	700 000 (480 000)	700 000 (480 000)
Öffentliche sowie aufgrund eines besonderen oder ausschliesslichen Rechts tätige private Unternehmen im Bereich des Schienenverkehrs und der Gas- und Wärmeversorgung	8 000 000 (5 000 000)	640 000 (400 000)	640 000 (400 000)

¹⁾ SR 0.632.231.422

²⁾ SR 0.172.052.68

Auftraggeberin Auftraggeber	Auftragswert CHF (Auftragswert EURO)		
	Bauarbeiten (Gesamtwert)	Lieferungen	Dienstleistungen
Öffentliche sowie aufgrund eines besonderen oder ausschliesslichen Rechts tätige private Unternehmen im Bereich der Telekommunikation	8 000 000 (5 000 000)	960 000 (600 000)	960 000 (600 000)

*Anhang 2***Schwellenwerte und Verfahren im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich**

Verfahrensarten	Lieferungen (Auftragswert CHF)	Dienstleistungen (Auftragswert CHF)	Bauarbeiten Auftragswert (CHF)	
			Baunebengewerb	Bauhauptgewerbe
Freihändige Vergabe	unter 100 000	unter 150 000	unter 150 000	unter 300 000
Einladungsverfahren	unter 250 000	unter 250 000	unter 250 000	unter 500 000
offenes/ selektives Verfahren	ab 250 000	ab 250 000	ab 250 000	ab 500 000

Submissionsgesetz (SubG)

Vom 10. Februar 2004 (Stand 1. Januar 2014)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 5, 9 und 11 des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM) vom 6. Oktober 1995²⁾ und Art. 13 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB)³⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. November 2003⁴⁾,

beschliesst:

1. Allgemeines

Art. 1 Zweck

¹ Dieses Gesetz regelt den Vollzug des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens sowie der internationalen und interkantonalen Vereinbarungen über das öffentliche Beschaffungswesen.

² Dieses Gesetz hat insbesondere zum Zweck:

- a) den wirksamen Wettbewerb unter den Anbietern zu fördern;
- b) die Gleichbehandlung aller Anbieter sowie eine unparteiische Vergabe zu gewährleisten;
- c) den wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern;
- d) die Transparenz und den Rechtsschutz bei Vergabeverfahren sicherzustellen.

Art. 2 Gleichstellung der Geschlechter

¹ Personen-, Berufs- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn dieses Gesetzes nicht etwas anderes ergibt.

¹⁾ GRP 2003/2004, 596

²⁾ SR [943.02](#)

³⁾ BR [803.510](#)

⁴⁾ Seite 279

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2. Geltungsbereich

Art. 3 Staatsvertragsbereich

¹ Im von Staatsverträgen erfassten Bereich findet dieses Gesetz Anwendung, soweit die hierzu erlassenen internationalen und interkantonalen Vereinbarungen keine oder keine abschliessende Regelung enthalten.

Art. 4 Von Staatsverträgen nicht erfasster Bereich 1. Allgemein

¹ Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich ist dieses Gesetz anwendbar auf die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

² Als Auftraggeber unterstehen diesem Gesetz der Kanton, die politischen Gemeinden und andere Träger kantonaler oder kommunaler Aufgaben, mit Ausnahme ihrer kommerziellen oder industriellen Tätigkeiten.

Art. 5 2. Sektorunternehmen

¹ Dieses Gesetz findet zudem Anwendung auf Behörden sowie auf öffentliche und private Unternehmen, die mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten ausgestattet sind, jeweils in den Sektoren Wasser-, Energie-, Verkehrsversorgung und Telekommunikation.

² Sie unterstehen diesem Gesetz jedoch nur für Aufträge, die sie zur Durchführung ihrer Tätigkeiten in diesen Bereichen vergeben.

³ In den Sektoren tätige private Auftraggeber können sich vom Geltungsbereich befreien lassen, wenn andere Unternehmen die Möglichkeit haben, diese Dienstleistungen in demselben geographischen Gebiet unter im Wesentlichen gleichen Bedingungen anzubieten (Auslinkklausel).

Art. 6 3. Subventionierter Bereich

¹ Auf andere Einrichtungen und private Personen wird dieses Gesetz angewendet:

- a) wenn öffentliche Gelder ausgerichtet werden, die mehr als die Hälfte der Gesamtkosten des Beschaffungsvorhabens ausmachen;
- b) wenn der Kanton erhebliche Beiträge ausrichtet;
- c) wenn der Subventionsgeber in seiner Beitragszusicherung die Beachtung der Submissionsvorschriften verlangt.

² Die Regierung regelt die Einzelheiten.

Art. 7 4. Ausnahmen

¹ Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Aufträge an Behinderteninstitutionen, Wohltätigkeitseinrichtungen und Strafanstalten sowie auf die Beschaffung von Waffen oder Munition.

² Aufträge müssen nicht nach diesem Gesetz vergeben werden, wenn:

- a) die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet sind;
- b) der Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen es erfordert;
- c) Schutzrechte des geistigen Eigentums verletzt werden.

Art. 8 Gegenrecht

¹ Anbieter aus Staaten, die kein Gegenrecht gewähren, können keine Ansprüche aus diesem Gesetz geltend machen.

Art. 9 Besondere Auftraggeber

¹ Vergaben ausserkantonaler Auftraggeber unterstehen grundsätzlich dem Recht am Ort ihres Sitzes. Unterstellt der Auftraggeber die Beschaffung dem Recht am Ort der Leistungserbringung, hat er dies spätestens in den Ausschreibungsunterlagen bekannt zu geben.

² Vergaben, an denen mehrere Auftraggeber beteiligt sind, unterstehen dem Recht am Sitz des Hauptauftraggebers. Abweichende Vereinbarungen bleiben vorbehalten und sind spätestens in den Ausschreibungsunterlagen bekannt zu geben.

3. Grundsätze

Art. 10 Selbstdeklaration

¹ Der Auftraggeber stellt im Rahmen einer Selbstdeklaration sicher, dass der Anbieter:

- a) die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einhält;
- b) Dritte, denen er Aufträge weitergibt, ebenfalls vertraglich verpflichtet, die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einzuhalten;
- c) sämtliche zur Zahlung fälligen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt hat;
- d) keine Absprachen oder andere wettbewerbsbeeinträchtigende Massnahmen getroffen hat;
- e) sich weder in einem Nachlass- oder Konkursverfahren befindet noch bei ihm in den vergangenen zwölf Monaten eine Pfändung vollzogen worden ist.

² Auf Verlangen hat jeder Anbieter die Richtigkeit der gemachten Angaben nachzuweisen und den Auftraggeber zur Nachprüfung zu bevollmächtigen.

³ Der Auftraggeber kann von einem Anbieter, der sich in einem Nachlassverfahren befindet, vor der Zuschlagserteilung eine angemessene Sicherheit verlangen.

Art. 11 Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen

¹ Als Arbeitsschutzbestimmungen gelten insbesondere Erlasse über den Arbeitnehmerschutz und über die Unfallversicherung.

² Als Arbeitsbedingungen gelten insbesondere die Vorschriften der Gesamtarbeitsverträge und der Normalarbeitsverträge; wo diese fehlen, gelten die orts- und berufsüblichen Vorschriften.

³ Die spezialgesetzlichen Vollzugsbehörden oder andere von der Regierung bezeichnete Instanzen, insbesondere die paritätischen und tripartiten Kommissionen, kontrollieren die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen sowie die Gleichbehandlung von Mann und Frau. Der Auftraggeber kann diese Behörden und Instanzen jederzeit konsultieren.

Art. 12 Ausstand und Vorbefassung

¹ Ein Mitglied der Vergabebehörde hat in den Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte, sein eingetragener Partner, eine Person, mit der er eine faktische Lebensgemeinschaft führt, oder Personen, die zu ihm bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind, am Ausgang eines Vergabeverfahrens ein unmittelbares Interesse haben oder wenn andere Umstände es als befangen erscheinen lassen. *

² Personen und Unternehmen dürfen sich nicht als Anbieter am Verfahren beteiligen, wenn sie:

- a) die Ausschreibungsunterlagen erstellt haben;
- b) an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens derart mitgewirkt haben, dass sie dadurch einen wesentlichen durch den Auftraggeber nicht ausgleichbaren Wissensvorsprung erlangt haben oder die Vergabe zu ihren Gunsten beeinflussen können.

4. Vergabeverfahren und besondere Anbieter

Art. 13 Verfahrensarten

¹ Es werden folgende Verfahrensarten unterschieden:

- a) Das offene Verfahren, bei dem der Auftraggeber den Auftrag öffentlich ausschreibt und alle Anbieter ein Angebot einreichen können;
- b) Das selektive Verfahren, bei dem der Auftraggeber den Auftrag öffentlich ausschreibt und alle Anbieter einen Antrag auf Teilnahme einreichen können. Der Auftraggeber bestimmt anhand von Eignungskriterien die Anbieter, welche in einer zweiten Phase ein Angebot einreichen dürfen. Der Auftraggeber kann die Zahl der zur Angebotseinreichung einzuladenden Anbieter beschränken, wenn sonst die Auftragsvergabe nicht effizient abgewickelt werden kann. Dabei muss ein wirksamer Wettbewerb gewährleistet sein;
- c) Das Einladungsverfahren, bei dem der Auftraggeber bestimmt, welche Anbieter ohne öffentliche Ausschreibung direkt zur Angebotseinreichung eingeladen werden. Der Auftraggeber muss wenn möglich mindestens drei Angebote einholen;

d) Das freihändige Verfahren, bei dem der Auftraggeber einen Auftrag ohne Durchführung eines formellen Vergabeverfahrens, insbesondere ohne öffentliche Ausschreibung, direkt vergibt. Das Einholen von Konkurrenzofferten ist zulässig.

² Der Auftraggeber, der einen Planungs- oder Gesamtleistungswettbewerb durchführt, regelt im Rahmen der Grundsätze dieses Gesetzes das Verfahren im Einzelfall. Er kann dabei ganz oder teilweise auf einschlägige Bestimmungen von Fachverbänden verweisen, soweit solche Bestimmungen nicht gegen die Grundsätze dieses Gesetzes verstossen.

Art. 14 Verfahrenswahl und Schwellenwerte

¹ Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich finden folgende Verfahren Anwendung: *

1. Das offene oder selektive Verfahren bei Vergaben:
 - a) für Aufträge im Bauhauptgewerbe ab 500 000 Franken;
 - b) für Aufträge im Baunebengewerbe ab 250 000 Franken;
 - c) für Lieferaufträge ab 250 000 Franken;
 - d) für Dienstleistungsaufträge ab 250 000 Franken.
2. Das Einladungsverfahren bei Vergaben:
 - a) für Aufträge im Bauhauptgewerbe ab 300 000 und unter 500 000 Franken;
 - b) für Aufträge im Baunebengewerbe ab 150 000 und unter 250 000 Franken;
 - c) für Lieferaufträge ab 100 000 und unter 250 000 Franken;
 - d) für Dienstleistungsaufträge ab 150 000 und unter 250 000 Franken.
3. Das freihändige Verfahren bei Vergaben:
 - a) für Aufträge im Bauhauptgewerbe unter 300 000 Franken;
 - b) für Aufträge im Baunebengewerbe unter 150 000 Franken;
 - c) für Lieferaufträge unter 100 000 Franken;
 - d) für Dienstleistungsaufträge unter 150 000 Franken.

² In Beachtung des übergeordneten Rechts kann die Regierung Anpassungen der Schwellenwerte beschliessen.

³ Die Regierung regelt die Einzelheiten, namentlich die Ausnahmen und die Berechnung des Auftragswertes.

Art. 15 Bietergemeinschaften

¹ Wird die Bildung von Bietergemeinschaften in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen nicht ausdrücklich ausgeschlossen oder eingeschränkt, können mehrere Unternehmen ein gemeinsames Angebot einreichen.

² Im Falle von Bietergemeinschaften sind die einzelnen Mitglieder im Angebot genau zu bezeichnen.

³ Jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft hat die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einzuhalten.

⁴ Das Angebot und die Selbstdeklaration sind von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Art. 16 Untervergaben

¹ Die Untervergabe von Aufträgen darf in der Regel nur mit Zustimmung des Auftraggebers und nur für untergeordnete oder spezielle Leistungen erfolgen. Die charakteristische Leistung des Auftrages hat grundsätzlich der Anbieter zu erbringen.

² Der Auftraggeber kann vom Anbieter insbesondere folgende Angaben verlangen:

- a) Art und Umfang der Leistungen, die untervergeben werden sollen;
- b) Name und Sitz der an der Ausführung beteiligten Unternehmen;
- c) Nachweis der Eignung dieser Unternehmen.

5. Einreichung und Behandlung der Angebote

Art. 17 Einreichung

¹ Die Angebote sind vollständig ausgefüllt und versehen mit den Unterschriften zu Händen der in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen genannten Stelle einzureichen.

² Sie müssen auf dem Eingabecouvert äusserlich sichtbar mit dem verlangten Vermerk (Stichwort) versehen und innerhalb der angegebenen Frist per Post eingereicht werden.

³ Die Regierung regelt die Einzelheiten und Ausnahmen.

Art. 18 Verbindlichkeit

¹ Angebote können nur während der Eingabefrist durch schriftliche Anzeige zurückgezogen werden.

² Enthalten die Ausschreibungsunterlagen keine Bestimmung über die Dauer der Verbindlichkeit der Angebote, so bleiben diese während sechs Monaten, vom Eingabetermin an gerechnet, verbindlich.

Art. 19 Verbot von Verhandlungen

¹ Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und den Anbietern über Preise, Preisnachlässe und damit zusammenhängende Änderungen des Leistungsinhalts sind unzulässig.

² Im freihändigen Verfahren sind Verhandlungen zulässig.

Art. 20 Eignungskriterien

¹ Der Auftraggeber legt objektive Kriterien und die zu erbringenden Nachweise zur Beurteilung der Eignung der Anbieter fest.

² Die Eignungskriterien betreffen insbesondere die fachliche, finanzielle, wirtschaftliche, technische und organisatorische Leistungsfähigkeit der Anbieter.

³ Der Auftraggeber berücksichtigt bei der Festlegung der Eignungskriterien und der zu erbringenden Nachweise die Art und den Umfang des Auftrages.

Art. 21 Zuschlagskriterien

¹ Das wirtschaftlich günstigste Angebot erhält den Zuschlag.

² Es können insbesondere Kriterien wie Qualität, Preis, Erfahrung, Zweckmässigkeit, Termine, technischer Wert, Ästhetik, Betriebskosten, Nachhaltigkeit, Kreativität, Kundendienst, Infrastruktur und Lehrlingsausbildung berücksichtigt werden.

³ Der Auftraggeber gibt in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen die zur Anwendung gelangenden Zuschlagskriterien mit ihrer Gewichtung oder der Reihenfolge ihrer Bedeutung bekannt.

⁴ Der Zuschlag für weitgehend standardisierte Beschaffungen kann ausschliesslich nach dem Kriterium des niedrigsten Preises erfolgen. Dies ist grundsätzlich auch dann anzunehmen, wenn der Auftraggeber den Anbietern keine Zuschlagskriterien bekannt gegeben hat.

Art. 22 Ausschlussgründe

¹ Ein Angebot wird von der Berücksichtigung insbesondere dann ausgeschlossen, wenn der Anbieter:

- a) die verlangte Adresse oder den Vermerk (Stichwort) auf dem Eingabecouvert nicht oder nicht korrekt anbringt oder die Eingabefristen nicht einhält;
- b) ein Angebot oder eine Selbstdeklaration einreicht, die seine Unterschrift oder – im Falle einer Bietergemeinschaft – die der weiteren Vertragspartner nicht oder nicht vollständig enthalten;
- c) ein Angebot einreicht, das unvollständig ist oder den Anforderungen der Ausschreibung nicht entspricht;
- d) die geforderten Eignungskriterien nicht oder nicht mehr erfüllt;
- e) dem Auftraggeber falsche Auskünfte erteilt oder das Selbstdeklarationsblatt nicht wahrheitsgetreu ausgefüllt hat;
- f) Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat;
- g) den massgeblichen Bestimmungen betreffend Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen nicht nachkommt oder das Gebot der Gleichbehandlung von Mann und Frau missachtet;
- h) Abreden getroffen hat, die den wirksamen Wettbewerb beseitigen oder erheblich beeinträchtigen;
- i) sich nicht an Vorschriften über den Umweltschutz hält;
- j) andere Aufträge nicht fachgemäss oder fristgerecht ausgeführt hat beziehungsweise weiterhin Anlass zu Beanstandungen gibt;
- k) sich in einem Konkursverfahren befindet oder gegen ihn in den letzten zwölf Monaten eine Pfändung vollzogen wurde;

- l) im Zusammenhang mit der Erfüllung von anderen Aufträgen strafrechtlich verurteilt worden ist;
- m) an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens im Sinne von Artikel 12 Absatz 2 mitgewirkt hat.

Art. 23 Eröffnung des Zuschlages

¹ Der Zuschlag ist kurz zu begründen und mit Rechtsmittelbelehrung gleichzeitig allen Anbietern zu eröffnen.

² Der Auftraggeber kann die Mitteilungsbefugnis intern delegieren.

³ Im Staatsvertragsbereich veröffentlicht der Auftraggeber spätestens 72 Tage nach dem Zuschlag eine Bekanntmachung, die mindestens im kantonalen Amtsblatt zu erscheinen hat. Diese Mitteilung enthält folgende Angaben:

- a) Art des angewandten Verfahrens;
- b) Gegenstand und Umfang des Auftrages;
- c) Name und Adresse des Auftraggebers;
- d) Datum des Zuschlages;
- e) Name und Adresse des berücksichtigten Anbieters;
- f) Preis des berücksichtigten Angebotes.

Art. 24 Widerruf, Abbruch und Wiederholung

¹ Der Zuschlag kann aus wichtigen Gründen, insbesondere unter den Voraussetzungen von Artikel 22, widerrufen werden.

² Der Auftraggeber kann das Verfahren aus wichtigen Gründen abbrechen.

³ Das Verfahren kann wiederholt werden, wenn namentlich:

- a) kein Angebot eingereicht wurde, das die in der Ausschreibung und in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Kriterien oder Anforderungen erfüllt;
- b) aufgrund veränderter Rahmenbedingungen günstigere Angebote zu erwarten sind;
- c) die eingereichten Angebote keinen wirksamen Wettbewerb garantieren;
- d) eine wesentliche Änderung der nachgefragten Leistung erforderlich wird;
- e) die gültigen Angebote den Kostenrahmen erheblich sprengen.

⁴ Der Widerruf, der Abbruch oder die Wiederholung des Verfahrens sind nach den Vorschriften über die Eröffnung des Zuschlages bekannt zu machen.

6. Rechtsschutz

Art. 25 Beschwerde

¹ Gegen Verfügungen des Auftraggebers kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

² Als durch Beschwerde selbständig anfechtbare Verfügungen gelten:

- a) die Ausschreibung des Auftrages;

- b) der Entscheid über die Auswahl der Teilnehmer im selektiven Verfahren;
- c) der Zuschlag und der Ausschluss vom Verfahren;
- d) der Widerruf, der Abbruch und die Wiederholung des Verfahrens.

³ Beschaffungen, die gemäss Artikel 14 Absatz 1 Ziffer 3 im freihändigen Verfahren erfolgen, sind nicht anfechtbar.

Art. 26 Beschwerdeverfahren

¹ Beschwerden sind schriftlich und begründet innert zehn Tagen seit Eröffnung der Verfügung einzureichen.

² Das Verfahren soll möglichst rasch durchgeführt werden. Die richterlichen Fristen dürfen nur aus triftigen Gründen und in der Regel nur einmal erstreckt werden. *

³ Die Vorschriften über die Gerichtsferien finden keine Anwendung.

Art. 27 Beschwerdegründe

¹ Mit der Beschwerde können gerügt werden:

- a) Rechtsverletzungen, einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens;
- b) unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts.

² Die Rüge der Unangemessenheit ist ausgeschlossen.

Art. 28 Aufschiebende Wirkung

¹ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

² Das Verwaltungsgericht kann auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

³ Wird die aufschiebende Wirkung auf Gesuch des Beschwerdeführers angeordnet und kann sie zu einem bedeutenden Nachteil führen, so kann der Beschwerdeführer innerhalb nützlicher Frist zur Leistung von Sicherheiten für die Verfahrenskosten und mögliche Parteientschädigungen verpflichtet werden. Wird die Sicherheit nicht fristgerecht geleistet, wird der Entscheid über die aufschiebende Wirkung hinfällig.

⁴ Der Beschwerdeführer ist verpflichtet, den durch seine Handlungen in absichtlicher oder grobfahrlässiger Weise entstandenen Schaden aus der aufschiebenden Wirkung zu ersetzen.

Art. 29 Beschwerdeentscheid

¹ Ist der Vertrag noch nicht abgeschlossen, kann das Verwaltungsgericht die Aufhebung der Verfügung beschliessen und in der Sache selbst entscheiden oder sie an den Auftraggeber mit oder ohne verbindliche Anordnungen zurückweisen.

² Ist der Vertrag bereits abgeschlossen und erweist sich die Beschwerde als begründet, stellt das Verwaltungsgericht fest, dass die Verfügung rechtswidrig ist.

Art. 30 Schadenersatz

¹ Der Auftraggeber haftet für den Schaden, den er durch einen Entscheid verursacht hat, dessen Rechtswidrigkeit vom Verwaltungsgericht festgestellt worden ist.

² Sofern ein vorzeitiger Vertragsabschluss zulässig ist, beschränkt sich die Haftung auf Aufwendungen, die dem Anbieter im Zusammenhang mit dem Vergabe- und Rechtsmittelverfahren erwachsen sind.

³ Das Schadenersatzbegehren ist spätestens ein Jahr nach Feststellung der Rechtswidrigkeit einzureichen.

⁴ Die Zuständigkeit und das Verfahren richten sich nach den Bestimmungen des kantonalen Staatshaftungsgesetzes¹⁾. *

7. Sanktionen

Art. 31 Verletzung arbeitsrechtlicher Vorschriften

¹ Die Regierung und die gemäss Spezialerlassen bezeichneten Behörden sind zuständig zur Entgegennahme von Anzeigen seitens der Arbeitnehmer, von paritätischen Kommissionen oder von anderen Kontrollorganen.

² Bei schwerwiegenden Widerhandlungen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen oder gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau kann die Regierung oder die gemäss Spezialerlassen bezeichnete Behörde den fehlbaren Anbieter verwarnen oder für die Dauer von bis zu fünf Jahren von künftigen Vergaben ausschliessen.

³ Soweit keine anderen spezialgesetzlichen Regelungen bestehen, kann dieser Entscheid innert 30 Tagen mittels Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. *

⁴ Das Departement führt eine Liste der vom öffentlichen Beschaffungswesen ausgeschlossenen Anbieter. Diese Liste ist den Auftraggebern sowie den Kontrollorganen zugänglich und gibt Auskunft über die Dauer der Sperre.

⁵ Andere Behörden, die vergaberechtliche Sanktionen gegen ein Unternehmen wegen Verletzungen der Arbeitsschutzbestimmungen oder Arbeitsbedingungen aussprechen, stellen dem mit dem Vollzug der Submissionsvorschriften betrauten Departement eine Kopie des entsprechenden Entscheides zu.

Art. 32 Falsche Selbstdeklaration

¹ Der Auftraggeber kann gegen Anbieter, die wahrheitswidrige Angaben in der Selbstdeklaration gemacht und den Zuschlag erhalten haben, einschreiten durch:

- a) Entzug des erteilten Auftrages und vorzeitige Vertragsauflösung;

¹⁾ BR [170.050](#)

- b) Auferlegung einer in den Ausschreibungsunterlagen oder vertraglich vorgesehenen Konventionalstrafe von bis zu zehn Prozent der bereinigten Angebotssumme;
- c) Ausschluss für eine Dauer von maximal fünf Jahren bei künftigen Beschaffungen.

² Weitere rechtliche Schritte gegen die fehlbaren Anbieter bleiben vorbehalten.

Art. 33 Entzug von Beiträgen

¹ Widerhandlungen gegen die Vergabebestimmungen durch subventionierte Auftraggeber können durch den ganzen oder teilweisen Entzug der Subvention geahndet werden.

8. Statistik

Art. 34 Statistikpflicht

¹ Jeder Auftraggeber teilt seine im Staatsvertragsbereich vergebenen Aufträge dem für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Departement mit.

² Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich sind sämtliche Aufträge, die im offenen und selektiven Verfahren sowie im Einladungsverfahren vergeben werden, dem für den Vollzug zuständigen Departement mitzuteilen. Gleichermassen sind alle Aufträge im freihändigen Verfahren zu melden, deren Vergabesumme 50 000 Franken übersteigt oder die aufgrund einer Ausnahmeregelung vergeben werden.

³ Die Statistik enthält mindestens folgende Angaben:

- a) Name und Anschrift des Auftraggebers;
- b) Gegenstand und Umfang des Auftrages;
- c) Auftragsart;
- d) gewählte Verfahrensart;
- e) Name, Adresse und Herkunft des berücksichtigten Anbieters;
- f) Preis des berücksichtigten Angebotes;
- g) Datum des Zuschlages.

⁴ Das Departement erstellt jährlich eine Statistik und leitet diese den interessierten Kreisen weiter.

9. Schlussbestimmungen

Art. 35 Vollzug

¹ Die Regierung erlässt die Ausführungsbestimmungen.

² Sie bezeichnet das Departement, welches für die Aus- und Weiterbildung von Submissionsverantwortlichen im Kanton, das Führen der Statistik sowie für die Erarbeitung einheitlicher Grundlagen und für die Auskunftserteilung zuständig ist.

Art. 36 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Es werden aufgehoben:

- a) das Submissionsgesetz vom 7. Juni 1998¹⁾;
- b) die Ziffern 2 bis 5 des Beitrittsbeschlusses des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 25. November 1994²⁾.

² Verweisen geltende Erlasse auf Bestimmungen, welche mit diesem Gesetz oder den dazugehörigen Vollzugsbestimmungen im Widerspruch stehen, so finden die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Art. 37 Übergangsrecht

¹ Alle Aufträge, welche im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes bereits ausgeschrieben beziehungsweise den Anbietern zur Offertstellung unterbreitet worden sind, werden nach bisherigem Recht behandelt.

Art. 38 Referendum und In-Kraft-Treten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens³⁾ dieses Gesetzes.

¹⁾ AGS 1998, 4081

²⁾ BR [803.400](#)

³⁾ Die Referendumsfrist ist am 19. Mai 2004 unbenutzt abgelaufen. Mit RB vom 25. Mai 2004 auf den 1. Juli 2004 in Kraft gesetzt.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
10.02.2004	01.07.2004	Erlass	Erstfassung	-
31.08.2006	01.01.2007	Art. 31 Abs. 3	geändert	2006, 3324
06.12.2006	01.04.2007	Art. 12 Abs. 1	geändert	2006, 4887
16.06.2010	01.01.2011	Art. 26 Abs. 2	geändert	2010, 2492
16.06.2010	01.01.2011	Art. 30 Abs. 4	geändert	2010, 2492
10.12.2013	01.01.2014	Art. 14 Abs. 1	geändert	-

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erläss	10.02.2004	01.07.2004	Erstfassung	-
Art. 12 Abs. 1	06.12.2006	01.04.2007	geändert	2006, 4887
Art. 14 Abs. 1	10.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 26 Abs. 2	16.06.2010	01.01.2011	geändert	2010, 2492
Art. 30 Abs. 4	16.06.2010	01.01.2011	geändert	2010, 2492
Art. 31 Abs. 3	31.08.2006	01.01.2007	geändert	2006, 3324

Gesetz über die Pensionskasse Graubünden (PKG)

Vom 23. April 2013 (Stand 1. Januar 2015)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 15. Januar 2013³⁾,

beschliesst:

2. Grundsätze und Finanzierung der Leistungen

Art. 13 Öffentliches Submissionsrecht

¹ Die Pensionskasse ist dem öffentlichen Submissionsrecht nicht unterstellt.

¹⁾ GRP 2012/2013, 832

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 893

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG)

Vom 15. Juni 2010 (Stand 1. April 2019)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 und 85 Abs. 4 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 2. März 2010³⁾,

beschliesst:

6. Finanzierung

Art. 30 Reserven

² Sie ist für Anlageinvestitionen dem öffentlichen Submissionsrecht nicht unterstellt.

¹⁾ GRP 2009/2010, 834

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 471

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

